Gustaf F. Steffen

Demokratie und Weltkrieg

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

ID 2494509

POLITISCHE BIBLIOTHEK

Gustaf F. Steffen

Demokratie und Weltkrieg

1. bis 4. Tausend
Verlegt bei Eugen Diederichs
Jena 1916

Aus dem Schwedischen übersetzt
von Margarethe Langfeldt

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung, vorbehalten
Copyright by Eugen Diederichs, Jena 1916

I

Deutschland und der Weltfriede

1. Deutschland als ideeller Mittelpunkt des Weltkrieges

Je länger der Weltkrieg dauert, je schrecklichere Opfer er schon gefordert, desto dringender wird die Frage, was in dieser verwüstendsten, verbittertsten geistigen und körperlichen Kraftmessung, welche das Menschengeschlecht je erlebt hat, Recht und Wahrheit, Vernunft und menschenwürdiges Streben sei.

Einige — wohlmeinende Idealisten — sagen, daß alles vollständiger Wahnsinn sei, und beweisen in der weiteren Auseinandersetzung ihre eigene vollständige Unzulänglichkeit.

Andere, und dies sind die meisten, sehen in dem Ganzen ein Intrigendrama, zusammengebraut von einem gewissen „Schurken" — der natürlich den wohlklingenden Namen „deutscher Militarismus" trägt, wenn das Urteil von der Ententeseite kommt, die, allgemein menschlich gesehen, bekanntlich heutzutage die Seite der Majorität ist. Unter wissenschaftlichem Gesichtspunkte haben wir hier den charakteristischen Zug, daß man die tiefsten weltgeschichtlichen Gründe der Katastrophe und ihre völkerpsychologische Notwendigkeit nicht sehen will. Gleichwie Sir Edward Grey versichert man z. B., daß sich der Weltfriede hätte bewahren lassen, wenn nur Deutschland ihm in seinem berühmten Konferenzvorschlage während der diplomatischen Krise im Juli-August 1914 größeres Entgegenkommen gezeigt hätte. Deutschland habe den Krieg gewollt — weil es nicht auf diesen oder jenen Vorschlag oder auf alles Beliebige eingegangen sei, um den Frieden zu bewahren.

Natürlich hat Deutschland den Krieg gewollt — lieber als ferneren Frieden unter gewissen Bedingungen. Ganz wie Rußland den Krieg wollte — lieber als Österreichs Straferpedition gegen Serbien. Ganz wie Frankreich den Krieg wollte — lieber als das Aufgeben seines tragischen Bündnisses mit Rußland. Ganz wie England den Krieg wollte — lieber als deutsche Heere an die Festlandsküsten des englischen Kanales hinanzulassen. Ganz wie Österreich den Krieg wollte — lieber als widerstandslos die fortgesetzte Unterminierungsarbeit des Panslawismus und des Panserbismus gegen

einen Staat, den sie nach eigenem Belieben ganz ruhig zum Tode verurteilt hatten, zu dulden. Ganz wie Belgien den Krieg wollte — lieber als sich nach allen Seiten hin passiv und friedlich neutral zu erklären (was vom englischen und französischen Interessenstandpunkt aus natürlich unerhört empörend gewesen wäre). Ganz wie Italien den Krieg wollte — lieber als die seemilitärischen und wirtschaftlichen Folgen der Unzufriedenheit Englands mit einer dieser Macht unbequemen Neutralität und Selbständigkeit zu riskieren. Ganz wie die Türkei den Krieg wollte — lieber als noch länger der Leichnam zu sein, aus welchem Rußland, England, Frankreich und Italien unter „Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes" sich hin und wieder nach Abmachung ein Stück herausschneiden. Ganz wie Bulgarien den Krieg wollte — lieber denn eine Zukunft als Rußlands Vasall.

Den Frieden kann man stets behalten — es kommt nur auf die Bedingungen an. Man braucht nur bereit zu sein, den Frieden um jeden Preis zu erkaufen. Aber — unglücklicherweise oder glücklicherweise! — ist der Staat, der das tut, nicht länger ein Staat. Ebensowenig wie ein Mensch ohne eigenen Willen ein Mensch ist. Was einen Staat zum Staate unter anderen Staaten macht, das ist dies, daß er als Staat den eigenen Willen zum Leben hat und daß er diesen Willen in gewissen Fällen dem anderer Staaten nie und nimmer unterordnet. Staaten, wie Menschen, existieren nicht, um zu existieren, sondern um etwas zu wollen — um etwas auf Leben und Tod zu wollen.

Wäre dem nicht so — dann wären Leben und Tod gleich sinnlos, und der Weltkrieg wäre allerdings a priori ein „Wahnsinn".

Da wir alle sterben werden, kann es unmöglich ein „Wahnsinn" sein, daß wir sterben — ausgenommen dann, wenn wir im Streite gegen den Sinn des Lebens sterben. Und dafür ist kein anderer verantwortlich als wir selber.

Es gibt also keine andere Art und Weise, dem Rechte und Unrechte, der Vernunft und der Unvernunft des Weltkrieges auf den Grund zu gehen, als ein Prüfen des Lebenswillens der verschiedenen Staaten an dem Punkte, wo er den Krieg einer Unterwerfung unter den Willen anderer Staaten vorziehen muß, und ein Untersuchen des Umstandes, wie sich im besonderen der Wille zur Beteiligung an diesem Weltkriege zu jenem kategorischen Imperative der Staatsseele verhält.

Dies ist gleichbedeutend mit einer Wertung der verschiedenen Volksseelen und Staatswillen und ihrem Abwägen gegeneinander. Die „Neutralität", der alle Völker „gleich" und alle gerade jetzt bestehenden Staatsver-

hältnisse in gleichem Maße unverletzlich sind, hat an dieser Diskussion keinen Anteil. Je mehr Leben, desto radikalere Ungleichheiten und Gegensätze, desto tiefere Veränderung und desto mächtigere Neugestaltung. Dies gilt auch dem Staatsleben.

Deutschland hat den Weltkrieg nicht gewollt. Aber Deutschland ist die jüngste Großmacht — eine noch nicht fünfzigjährige neben ihren Nebenbuhlerinnen, die zwei, drei und vier Jahrhunderte alt sind — und mußte seine Weiterentwicklung zu dem Maße an Ausdehnung, das eine Bedingung der Lebenskraft seines Volkes ist, wollen. Kein Volk hat das Recht, ein Aufhören seines eigenen Wachstums zu wollen — am allerwenigsten im Kraftalter der ersten Jugend.

Daher war, wie ich anderwärts nachgewiesen habe[1], in der weltgeschichtlich bestimmten Großmachtslage um 1900 herum die Möglichkeit gegeben, daß Deutschland eines Tages sich durch sein Verhältnis zu den anderen Großmächten gezwungen sehen könnte, lieber den Krieg zu wollen als einen Frieden unter den von jenen gemeinsam vorgeschriebenen Bedingungen — Bedingungen, die Deutschlands fernerer Volks- und Staatsentwicklung gar zu enge und gar zu willkürlich bestimmte Grenzen zogen.

Diese Möglichkeit war im Sommer 1914 vollständige Wirklichkeit geworden. Der Weltkrieg hätte einige Jahre später als gerade damals ausbrechen können. Ganz aber hätte er sich nur dadurch vermeiden lassen, daß England, Rußland und Frankreich freiwillig Deutschland den nötigen geographischen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsraum zugestanden hätten — ein ganz undenkbares Ding für jeden, der eine Ahnung von der Psychologie der Völker und der Staatsmänner Englands, Rußlands und Frankreichs hat. Schon die nötigen Einsichten in weltpolitischen Dingen fehlten sowohl jenen Staatsmännern wie, noch mehr, den Völkern.

Der Weltkrieg war eine geschichtliche Notwendigkeit, weil Deutschlands Weltstellung als politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht im Jahre 1914 in Petrograd, London und Paris als offene Frage und gemeinsame Interessenfrage angesehen wurde. Eine Interessenfrage, deren endgültige Lösung man in einer den Ansprüchen der russischen, englischen und französischen Machterweiterung günstigen Richtung zu erzwingen beschlossen hatte; wenn möglich mit den Mitteln der Diplomatie, der Kriegsrüstungen und der Koalitionsdrohung, nötigenfalls aber auch durch Krieg.

[1] Weltkrieg und Imperialismus. (Eugen Diederichs Verlag, Jena 1915.)

In zweiter Hand galt die Frage auch der Großmachtstellung Österreich-Ungarns und derjenigen der Türkei.

In Petrograd hatte man die Habsburger Monarchie zum Tode verurteilt. Aus dem Grunde, weil die unersättliche großrussische Herrschsucht — die sich vor Europa als ein nationalistisch-religiöser Panslawismus maskiert — die slawischen Länder der Habsburger verschlingen und das endgültige Protektorat über die Balkanslawen gewinnen, sowie, als Krone des „Befreiungswerkes", Byzanz nebst den nördlichen Teilen der asiatischen Türkei erobern wollte.

In London und Paris war man der Ansicht, daß der Panslawismus von nationalen Gesichtspunkten aus gegen Österreich und dessen Balkanpolitik im Rechte sei. Bei der Eroberung Konstantinopels und der Zerstückelung der asiatischen Türkei wollte man natürlich selber auch beteiligt sein.

Da Deutschland im Osten und Westen lange Landesgrenzen gegen zwei Landmilitärmächte ersten Ranges — Rußland und Frankreich — zu verteidigen hatte und da Englands übermächtige Flotte es stets von den Weltmeeren abzusperren drohte, blieb dem deutschen Staate keine andere Wahl als die, sich sowohl landmilitärische wie seemilitärische Stärke zu bewahren und nicht nur an dem Prinzipe der Integrität Österreichs gegen panslawistische Umtriebe, sondern auch an dem Prinzipe der Stellung Österreichs als Balkanmacht und seiner eigenen Stellung als einer, wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht, vorzugsweise in der asiatischen Türkei expansionsberechtigten Macht festzuhalten.

Man muß in politischen Dingen ein Kind oder von ebenso tiefem Deutschenhasse wie die politisch führenden und die öffentliche Meinung bestimmenden Kreise in Rußland, England und Frankreich besessen sein, um nicht einzusehen, daß Deutschland absolut keine andere Wahl geblieben ist, als entweder an seinem „Militarismus" und seinem Bunde mit Österreich-Ungarn, sowie an seiner türkischen Interessenpolitik festzuhalten oder sein Recht auf Entwicklung schimpflich aufzugeben — also einen Selbstmord in Form freiwilligen Aufhörens im Wachstume zu begehen und die Zukunft, die geboren werden will, freiwillig zu opfern.

Freiwilliges Verzichten auf jegliches „imperialistisches" Weiterwachsen in wirtschaftlicher und kolonisatorischer Hinsicht oder die Zustimmung dazu, daß es seinen Einfluß in der asiatischen Türkei, in Afrika und anderwärts nur soweit und derartig, daß es vor Englands, Frankreichs und Rußlands Augen Gnade fände, ausdehnen dürfe, hätte Deutschland dennoch nicht vor An-

griffen bewahren können, wenigstens nicht vor Angriffen von russischer und französischer Seite. Rußland hätte fortgefahren, Österreich panslawistisch zu unterminieren und die Balkanslawen zu „beschützen", um nach Konstantinopel, den Dardanellen und der Südküste des Schwarzen Meeres hinzugelangen. Und Frankreich hätte Rußland fortfahrend wirtschaftlich unterstützt und militärisch mit ihm zusammengearbeitet, um schließlich durch Krieg Elsaß-Lothringen endgültig wiederzugewinnen und am liebsten die ganze „Rheingrenze" zu erlangen.

Daß Deutschlands Lage vor dem Ausbruche des Weltkrieges derartig war, konnten alle politisch vorurteilsfreien, sachkundigen Leute schon damals deutlich genug sehen. Davon haben nicht nur politische Schriftsteller in Deutschland und in neutralen Ländern, sondern sogar belgische Diplomaten und verschiedene politische Beobachter in den Ländern, die jetzt Krieg gegen Deutschland führen, Zeugnis abgelegt. Und im Grunde ist diese Wahrheit über Deutschlands wirkliche Weltlage im Verlaufe des Krieges sowohl von den führenden Staatsmännern wie von der öffentlichen Meinung in Petrograd, London und Paris aufs gründlichste bekräftigt worden.

Man hat dort mit brutalster Offenheit wohl hundertmal erklärt, daß der Krieg der Koalition gegen Deutschland ein Krieg sei, um Deutschland zu verstümmeln, seine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten zu vernichten, Österreich zu zerstückeln, Konstantinopel zu erobern und die asiatische Türkei aufzuteilen. Und niemals ließ sich diese antideutsche Kriegs- und Eroberungsbrutalität lauter hören als bei dem Friedensfeste der Weihnachtszeit 1915. Französische Sozialdemokraten und englische Arbeitervertreter wetteiferten mit den berüchtigtsten Chauvinisten ihrer eigenen Länder und Rußlands um die Ehre, alle Friedensmöglichkeiten zurückzuweisen und das Menschenhinschlachten in und bei den Schützengräben bis zu dem Tage fortzusetzen, da Deutschlands Militärmacht so gründlich zertrümmert sein würde, daß die Regierungen in Petrograd, London und Paris ihm ihre Friedensbedingungen diktieren könnten.

Die Quintessenz dieser sozialdemokratischen, liberal-demokratischen und sonstigen nationalistischen, sowie chauvinistischen Antifriedensdemonstrationen war stets: „Kein deutscher Friede!" Kein Friede, bei dessen Bedingungen der Lebenswille des deutschen Staates und der deutschen Nation ein mächtiges mitbestimmendes Wort gesprochen hat! Der Friede nach dem Weltkriege soll ein „französischer" Friede, ein „englischer" Friede,

sogar ein heiliger „russischer" Friede sein! Doch bei allem, was einem westeuropäischen (und russischen!) Demokraten heilig sein kann, kein „deutscher" Friede!

Tonangebende französische Sozialdemokraten sind fest entschlossen, Elsaß-Lothringen wiederzuerobern, und sind über den Beschluß führender deutscher Sozialdemokraten, dem Deutschen Reiche diese altdeutschen Grenzländer zu erhalten, moralisch entrüstet. Dieser letztere Standpunkt soll nämlich „kaiseristisch", „imperialistisch", „militaristisch", undemokratisch und den Nationalitätsprinzipen widerstreitend sein. Dagegen sollen diese Prinzipe gestatten, daß die Friedensbedingungen ganz anders ausfallen, als das deutsche Volk in seinen breitesten Schichten sie tatsächlich als Lebensbedingung für sein Land und seinen Staat fordert. Kein deutscher Friede!

Der Krieg ist der gewaltigste Enthüller der politischen Wahrheiten und Wirklichkeiten. Er zerreißt jenen Schleier diplomatischer und parlamentarischer Humbugsphrasen, womit die Völker in Friedenszeit ihre innersten Absichten gegen einander verhüllen. Ich sage: die Völker — denn es ist offenbar eine konventionelle demokratische Lüge, daß nur die zunftmäßigen Diplomaten eine Sprache sprechen, welche die Gedanken verbirgt.

Doch der Krieg erzeugt auch Humbug — und zwar in märchenhaftem Umfange. Nämlich die Art Humbugphrasen, die nötig sind, um in den großen Volksmassen die „richtige Stimmung" gegen den Feind, das gute Gewissen, ihn zu vernichten, hervorzuagitieren und festzuhalten.

Diese Art Humbug blüht am stärksten in den am demokratischsten und parlamentarischsten regierten Ländern — denn dort hat die Auffassung der Volksmassen die unmittelbarste Bedeutung für die Möglichkeiten der führenden und handelnden Politiker, ihre Absichten praktisch durchzuführen. So gewahren wir denn, daß der rein volksagitatorische Humbug in England und Frankreich (und den Vereinigten Staaten!), den großen Demokratien, unvergleichlich viel herrlicher blüht als in dem „kaiseristischen", „militaristischen" Deutschland.

Die unerläßliche Vorbedingung der Ausführbarkeit imperialistischer und militaristischer Staatskunst in England und Frankreich ist, daß sich diese Staatskunst dort unter widerhallender Reklame und mit schmachtender Sentimentalität als demokratisch, freiheitsfreundlich und humanitär ausgibt und im Notfalle rund heraus leugnet, daß sie imperalistisch, kriegerisch und militaristisch sei.

Da nun das zu lösende politische Problem darin besteht, daß Deutschlands innere Entwicklungskraft und seine äußeren Entwicklungsmöglichkeiten mit Gewalt auf das den notorisch aggressiven Imperien Rußland, England und Frankreich bequeme Maß verringert werden sollen, so muß, wenigstens was England und Frankreich anbetrifft, diese Absicht notwendigerweise mit einer demokratisch agitatorischen Lockphrase maskiert werden — sonst bringt man die Massen nicht dazu, daß sie für den Kriegskredit stimmen. Da Rußland (weil seine „Dampfwalze" es schaffen sollte!) mit in der feinen Gesellschaft ist, muß, damit die Komik nicht in der weltgeschichtlichen Tragödie fehle, auch Rußland demokratisch und liberal agitieren. Und — wirklich erbärmlich — englische und französische Staatsmänner müssen vor ihren Landsleuten und der ganzen Welt darauf schwören, daß Rußland ehrlich „humanitär" sei — ja, das heißt, es genau ebenso ehrlich meine wie England und Frankreich.

Die westeuropäisch-demokratisch-demagogische Schreckphrase im Weltkriege 1914—1916 ist ja: deutscher Militarismus.

Das deutsche Volk sowie auch, auslandspolitisch gesehen, Europa und die ganze Welt seufzen seit lange unter diesem scheußlichen Nachbar und sollen nun endlich durch die ebenso selbstlosen wie unmilitaristischen Ritter England, Rußland und Frankreich von ihm befreit werden.

Und nicht allein dies. Deutschland hat den Krieg begonnen. Dies ist Deutschlands Angriffskrieg gegen seine tief friedlichen Nachbarn im Osten und Westen, im Nordwesten und Süden, ja gegen die ganze Welt.

Der deutsche Militarismus ist nicht nur das Brutalste alles Menschlichen — wenn er überhaupt menschlich zu nennen ist in einer Welt, wo so edle Wesen wohnen wie die Einwohner in den Mutter- und Kolonialländern der russischen, englischen und französischen Imperien! Er ist auch das Wahnsinnigste auf der Welt — indem er sich durch einen gänzlich unmotivierten Anfallskrieg gegen fast ganz Europa, ja gegen beinahe die ganze Welt, freiwillig seinen eigenen Untergang bereitet, wobei er sich jedoch mit teuflischer List den ihm selbst günstigsten und den armen Opfern ungünstigsten Augenblick zu dem Überfall ausgesucht hat!

Daß dieser „demokratische" Blödsinn seit dem ersten Tage des Weltkrieges über den ganzen Erdball ausgetrommelt und ausposaunt ist — das beweisen ja seine englisch-französisch-russischen Dokumente im Übermaße.

Aber diese Dokumente und die der neutralen Länder beweisen auch, daß der Humbug nicht nur von den kriegführenden west- und osteuropäischen „Demokratien" mit gierigem Appetite verschlungen worden ist, sondern auch von Europas und Amerikas neutralen Demokratien, ja in einiger Ausdehnung sogar auch innerhalb demokratischer Kreise in Deutschland selbst.

Hier liegt der Kern des speziell psychologischen Problemes des Weltkrieges.

Von diesem Ausgangspunkte muß die Frage über Krieg und Kultur und über Deutschlands Stellung in der Welt erforscht und behandelt werden.

Ist nicht Deutschland die Ursache des Krieges? Ei freilich! Denn Deutschland ist nicht so, wie die Liberalen und Demokraten der Welt nebst den Imperien England, Rußland und Frankreich es sich wünschen. Und Deutschland wächst gewaltig — nach seiner eigenen Art. Wirkt also täglich in immer höherem Grade störend in der westeuropäisch-demokratisch-liberalen und russischen Weltordnung.

Deutschland hatte seit 42 Jahren keinen Krieg entfesselt. Doch es wollte Erlaubnis haben, die ihm innewohnenden eigenartigen Kräfte ungefähr ebenso entwickeln zu können, wie England, Frankreich, Rußland, die Vereinigten Staaten und Italien bisher die ihrigen hatten entfalten dürfen — d. h. in mehr oder weniger imperialistischer und militaristischer Hinsicht in der Bedeutung, die diese Worte nach dem Zeugnisse einer universalen Wirklichkeit haben.

Dazu erhielt Deutschland jedoch grundsätzlich keine Erlaubnis. Denn Deutschlands Eigenart ist etwas Besonderes, das nicht beliebt ist. Und dieses Besondere nennen die westeuropäischen Demagogen bald „deutschen Militarismus" und deutschen „Autokratismus", bald deutsche „Welteroberungslust".

Um was handelt es sich hier eigentlich?

Allerdings ist Deutschland militärisch außerordentlich stark. Aber auch auf vielen anderen Lebensgebieten ist es außerordentlich stark — ja, auf den meisten.

Die Frage ist tief und schwer, denn sie betrifft die Eigenart eines großen, eines jungen und starken, mit gewaltigen äußeren und inneren Schwierigkeiten kämpfenden Volkes, seine innerste Eigenart im Guten und Bösen und die Stellung der übrigen Menschheit zu dieser Eigenart. Und man darf ja nicht vergessen, daß auch diese übrige Menschheit menschlich ist, allzu menschlich im Bösen wie im Guten. Der Richter ist kurzsichtig, voreingenommen und egoistisch an der Sache interessiert.

Wir haben indessen den Ausgangspunkt unserer Untersuchung des zentralen psychologischen Problemes des Weltkrieges klar festgestellt. Deutschland ist das Zentrum des Weltkrieges — nicht allein geographisch, sondern auch politisch, weltgeschichtlich und rein ideell. Durch den Weltkrieg der Jahre 1914—16 ist die Zukunft der ganzen Menschheit in eine besondere, unauflösliche Abhängigkeit von Deutschlands Eigenart und Deutschlands Schicksal gebracht worden.

Das Kriegsziel der Feinde Deutschlands ist, Deutschland in politischer, militärischer, territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht in etwas ganz anderes zu verwandeln, als es bisher gewesen ist und zu werden Neigung gezeigt hat.

Die Koalition Rußland-England-Frankreich will ein anderes Deutschland haben. Darüber hat die Welt seit dem Ausbrechen des Weltkrieges am 1. August 1914 beinahe jeden Tag neue Proklamationen offizieller und privater Art erhalten und neue Aufklärungen und Ermahnungen anhören müssen.

Mehr oder weniger weitgehende, eigenartige Zustimmungen zu diesen weltumwälzenden frommen Wünschen hört man nicht nur von dem kriegführenden Bundesbruder der Koalition (Italien) und ihren geopferten Schützlingen (Serbien und Belgien oder was von ihnen noch übrig ist), was ja menschlich ist und daher zu erwarten war. Überraschender und bedeutungsvoller ist, daß eine lange Reihe kriegspolitisch neutraler Staaten sich durch Majoritätsströmungen und andere Aufwallungen in der öffentlichen Meinung sehr auf den ideenpolitischen Krieg der Koalition eingelassen hat. Da sei besonders an den ebenso wunderbar neutralen wie intensiv unternehmungslustigen und moralischen, für Kriegsmaterial und andere Kriegskonterbande sorgenden Lieferanten der Koalition — Nordamerikas Vereinigte Staaten — erinnert, der auf diese Weise materiell und ideell (vor allem ideell) mit dem gelben Freunde und Verbündeten der weltverbessernden Koalition, mit Japan, brüderlich gemeinsam arbeitet.

Eine „einige Welt" — worin der neutrale, sozialdemokratische, liberaldemokratische und pazifistische Einschlag außerordentlich stark ist — erklärt, daß gerade Deutschland, unter allen Ländern der Erde, nicht länger tauge oder, so wie es ist, nie getaugt habe und recht gründlich umgestaltet werden müsse. Und die Koalition soll es tun — nicht nur die unbestreitbar tugendhaften Westmächte England und Frankreich, sondern auch die verbürgt europafreundlichen Ostmächte Rußland und Japan, sowie die kürzlich aus Tripolis heimgekehrte, wegen ihrer Zuverlässigkeit bekannte Südmacht Italien.

Deutschlands allgemein menschlich unerläßliches Reformbedürfnis ist so kolossal, daß nicht einmal neutrale Sozialdemokraten und Liberaldemokraten und Pazifisten es sich leisten können, in der Wahl der Weltreformatoren gar zu gewissenhaft zu sein. „Man nimmt, was man hat." Ein vorausgefaßter heroischer Beschluß, eventuelle Unzulänglichkeiten der Reformatoren zu übersehen und das Resultat (wenn aus der Reform etwas wird!) „sehr gut" zu finden, scheint jenen wunderlichen Wohltätern in spe des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit zu genügen.

Ja — seinen Wohltätern! Denn sie meinen es ja alle so gut, Engländer, Franzosen, Russen, Japaner, Italiener, neutrale Sozialdemokraten, neutrale Liberaldemokraten, neutrale Pazifisten und neutrale Kriegsmaterialliefe-ranten.

For Brutus is an honourable man;
So are they all, all honourable men. —

Die Welt hat nur den Fehler, daß es in Deutschland, gerade in Deutschland, einige nicht honourable men und eine sonderbare Einrichtung gibt, die „Militarismus" genannt wird, nicht honourable ist und natürlich in allen anderen Ländern fehlt und (wenn man mir einen Superlativ des Wortes fehlen gestattet!) ganz speziell innerhalb der Koalition, auch „Entente" geheißen, fehlt, am allerspeziellsten aber in dem wohlgeordneten, friedlich gesinnten und sittenreinen Rußland fehlt.

Jedoch läßt sich, nachdem man dies alles gebührendermaßen zugegeben hat, nicht gänzlich bestreiten, daß die Koalition um Deutschland herum es auch mit sich selber gut meine, nicht nur allein mit dem armen verpreußten deutschen Volke und der Menschheit im allgemeinen. Aus leicht begreiflicher Bescheidenheit und Moralität unterläßt man es natürlich, dieses Wohlwollen gegen sich selbst auf eine Weise zu erörtern, die selbstsüchtig klingen könnte. Nein, nur der Menschheit im allgemeinen soll durch die beabsichtigte äußere und innere Reformation Deutschlands genützt werden. Und sollten zufällig einige bescheidene Vorteile als Nebenprodukte der großen Weltreform auch Rußland, Japan, England, Italien, Frankreich, den Vereinigten Staaten usw. zufallen, dann muß man ja bedenken, daß es nicht so leicht ist, diese und die Welt als Ganzes — wenigstens großpolitisch gesehen — voneinander zu trennen. Denn es bleiben ja nur ein paar wenig mächtige neutrale kleinere Staaten, China und Südamerika übrig — außer Deutschland und seinen Verbündeten.

Die Stimme der antideutschen Koalition ist Gottes Stimme. Denn wer sollte protestieren? China? Not yet! Südamerika? Das so viel Geld von England geliehen hat! Die kleinen Neutralen? Die täglich so wertvolle Gratislektionen auf Englisch in der Lehre über „die Freiheit der kleinen Nationen" und die „Freiheiten und Rechte der Neutralen auf den Weltmeeren", sowie auch über „die Heiligkeit des internationalen Rechtes und der Moral" unter Britannias Schutze erhalten! Not they!

Man muß doch wohl wissen, was zum eigenen Frieden gehört, wenn man auch in einem Kriege, der die Richtlinien des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens aller Völker der Erde und ihrer Weiterentwicklung bestimmt, zufällig neutral ist.

Man kann natürlich neutral sein und dabei im Schweiße seines Angesichtes Kriegsmaterial ausschließlich an Deutschlands Feinde liefern. So ist die Neutralität. Und so sind die Bewohner der Vereinigten Staaten Amerikas. Will man aber fortfahrend vor englisch-russischen Augen Gnade finden, so darf man nicht neben seiner kriegspolitischen Neutralität zu deutlich eine moralisch unneutrale Auffassung des ideellen Wertes, der in der von England-Rußland geleiteten und von Italien und Japan so hübsch abgerundeten Koalition gegen Deutschland wohnt, durchblicken lassen.

Doch der Mensch ist ein schwaches Gefäß und will nicht immer die großen Ideale so sehen, wie eine aus Russen, Engländern, Japanern, Franzosen, Italienern usw. bestehende antideutsche Koalition sie sieht. Aber so ist es.

Leider existiert eine Art vielleicht perversen Menschenverstandes, dem es so aussieht, als ob England, Frankreich und Rußland — mit berücksichtigungswerter unneutraler Hilfe Japans und kräftiger neutraler Hilfe der Freiheit, Frieden und Humanität liebenden Vereinigten Staaten — wichtige Veränderungen in Deutschlands (und im Zusammenhange damit in Österreich-Ungarns, den türkischen und bulgarischen) politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geographischen Zuständen nicht durchführen könnten, ohne zugleich auch ihre eigenen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse zu verändern. Und es ist die Frage, ob nicht auch die neutralen und unneutralen Helfer sowie die, in Erwartung anderer, bisher radikal geopferten Schützlinge Belgien, Serbien und Montenegro von Rechts wegen an der allgemeinen Veränderung der Geographie, Wirtschaft usw. beteiligt sein müssen.

Der moralisch-unneutral-kriegsneutrale Beobachter muß also vielleicht davon ausgehen, daß Deutschland eigentlich gezwungen sei, sich im eigenen Interesse und im Namen der Menschheit kräftig gegen einen Reformwillen zu wehren, der sich nicht nur auf Deutschland selbst erstreckt, sondern auch, selbstverständlich in aller respectability, eine gehörige Umgestaltung aller äußeren Politik und Wirtschaft zugunsten der drei gewaltigsten Imperien der Gegenwart — Englands, Rußlands und Frankreichs — einschließt und wenigstens den neutralen und unneutralen Helfern, den Vereinigten Staaten, Japan und Italien, eine gar nicht so kleine besondere Entschädigung und Begünstigung verspricht. Es ist nun einmal so, daß man in der Geographie, im Militarismus und in der Wirtschaft nicht dem einen etwas nehmen kann, ohne dem anderen mittelbar oder unmittelbar etwas zu geben, so daß dieser absolut oder relativ mehr erhält, als er vorher besessen hat, und in Zukunft mehr im Machtkampfe bedeutet als vorher.

Dies, nämlich daß der schließliche Sinn des Weltkrieges ein politischer und allgemeinmenschlicher Kraft- und Machtzuwachs der russisch-englisch-französisch-japanisch-italienisch-amerikanischen Brüderschaft auf Kosten des germanischen Mitteleuropas sein würde — ist indessen eine Sache, die wohl zu bedenken ist. Es kann nämlich den Anschein haben, als ob das Machtübergewicht schon von Anfang an ganz entschieden bei besagter menschenfreundlicher Brüderschaft und am allerdeutlichsten bei ihrem russisch-englisch-französischen Kerne gelegen habe.

Der mitteleuropäische Block — das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien — umfaßt (mit den Kolonien) 154 Millionen Menschen. Der Feind des Blockes — die Koalition Rußland-England-Frankreich-Japan-Italien, ihre Schützlinge Belgien und Serbien, sowie ihr Vasall Portugal und der streng neutrale Lieferant-Helfer Nordamerikas Vereinigte Staaten — besitzt (mit den Kolonien) eine Volkskraft, die nicht weniger als 965 Millionen Menschen beträgt. Diese bilden zu Wasser und zu Lande buchstäblich einen Ring, eine Menschenmauer, um die erstgenannte Gruppe herum.

Zusammen machen beide Gruppen 1119 Millionen der Gesamtbevölkerung der Erde aus, die 1657 Millionen Menschen beträgt. Die nicht offiziell am Kriege beteiligte und nicht amerikanisch-neutrale Menschenmenge beträgt also nicht ganz ein Drittel oder nur 538 Millionen, von denen nicht weniger als 330 Mill. China allein gehören. Als nicht amerikanisch-neutrale Nichtchinesen bleiben also nur 208 Millionen oder nicht ganz 13% der Menschheit übrig.

Deutschland ist jetzt ein Reich der Mitte.

Nicht nur auf der Karte Europas und damit auf der Karte der Weltgeschichte, sondern auch auf der Kriegskarte. Und dies bedeutet etwas mehr als nur eine geographische und militärpolitische Tatsache. Auch in der unsinnlichen Welt der weltpolitischen Pläne und Bestrebungen, der Ideale und der Hoffnungen, die geographisch unbestimmbar und militärisch unangreifbar ist, steht Deutschland jetzt als das Reich der Mitte da.

Überall innerhalb der Menschheit, wo sich weltpolitische Begriffe zu bilden begonnen haben, werden jetzt Ansichten über den Anteil des Deutschen Reiches an der Schuld am Vorbereiten des Weltkrieges und an seinem Ausbrechen formuliert. Und die außerhalb Deutschlands und der Landgrenzen seiner Verbündeten unvergleichlich volkstümlichste Auffassung ist die, daß im Grunde Deutschland allein den Krieg vorbereitet habe und daß Deutschland allein die eigentliche Schuld am Ausbrechen des Weltkrieges trage.

Dies ist Deutschlands Angriffskrieg zu Welteroberungszwecken, nicht nur gegen Serbien und Belgien, sondern auch gegen Rußland, Frankreich und England. Diese haben also das Schwert nur zur Selbstverteidigung gezogen, und um die Freiheit der kleinen Nationen und die ganze Menschheit gegen die absolut wahnsinnigen Welteroberer- und Weltbedrückerpläne des geradezu teuflisch brutalen deutschen Militarismus zu schützen.

Dergleichen wird gepredigt und geglaubt — auch in neutralen Ländern und dort auch von internationalistischen Sozialdemokraten.

So sieht ein Stück aus der Psychologie des Krieges aus. So ist eine Seite der intellektualen und ethischen Kultur des Krieges. Durchaus nicht die schlimmste Seite — ebensowenig wie die beste.

2. Die Friedensstimmung der Entente um die Weihnachtszeit 1915

Um die Weihnachtszeit 1915 wurde die Friedensfrage, besonders bei Deutschlands Feinden, mit außerordentlichem Eifer besprochen — obwohl auf eine Weise, die von einer Stimmung zeugte, welche der sonst bei dem großen Feste des Friedens und des guten Willens herkömmlichen möglichst entgegengesetzt war. Um den Geist jener Aussprüche zu charakterisieren, dürfte es wohl angebracht sein, zuerst zwei aus Paris anzuführen.

Der eine ist aus einer Rede, die der französische Kriegsminister Gallieni am 28. Dezember 1915 bei Vorlage des Antrages auf die Einberufung der Jahresklasse 1917, der die Deputiertenkammer schon zugestimmt hatte, im Senate gehalten hat. Nach dem „Schwedischen Telegrammbureau" schloß der Minister folgendermaßen: „Frankreich, das vor 18 Monaten den Frieden wollte, will nun mit seiner ganzen Energie den Krieg, und es wird alle seine Hilfsmittel dafür einsetzen. Wer das Wort Friede ausspricht, der wird als schlechter Staatsbürger angesehen. Der Jahrgang 1917 wird ausrücken, und die Nation begleitet mit ihren besten Wünschen die jungen Männer, die sich zu dem großen Streite vorbereiten, der nicht eher enden wird, als bis Frankreich zusammen mit seinen Verbündeten sagen kann: ‚Ich halte auf, ich habe gewonnen, was ich haben wollte, und ich kehre wieder zu meiner friedlichen Arbeit zurück'."

Ein Privattelegramm an „Stockholms Dagblad" schildert die charakteristische Episode so: „Als Gallieni in seiner Rede die Worte sprach: ‚Der Franzose, der öffentlich das Wort Friede ausspricht, muß als schlechter Staatsbürger angesehen werden, und Frankreichs Mütter beweinen ihre toten Söhne nicht, sondern wollen sie rächen', da erhob sich der gesamte Senat und spendete dem Redner eine ganze Weile Beifall, worauf Gallieni nach dem Verlassen der Tribüne von neuem Gegenstand starker Ovationen wurde. Es machte einen unvergeßlichen Eindruck, zu sehen, wie diesem kalten, nüchternen und militärisch strengen General von den alten Senatoren, die wie Jünglinge begeistert waren, gehuldigt wurde."

Das andere Dokument ist eine Resolution, die am 29. Dezember von dem an diesem Tage beendeten Sozialistenkongresse angenommen wurde. Nach

einem in der Zeitung „Social-Demokraten" (Stockholm) am 31. Dezember veröffentlichten Telegramm ließen sich die wichtigsten Punkte der Resolution folgendermaßen zusammenfassen: „Die sozialistische Partei wird fortfahren, sich solange am Kriege zu beteiligen, wie der französische Boden noch nicht befreit ist und die Vorbedingungen eines dauernden Friedens noch nicht gesichert sind. Ein dauernder Friede kann nicht eher zustandekommen, als bis die unterdrückten Nationen Europas ihr freies Selbstbestimmungsrecht wiedererhalten haben und zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen das Band, das nur durch brutale Gewalt im Jahre 1870 trotz der aus dem Herzen der deutschen Nation selbst hervorgegangenen Proteste Bebels und Liebknechts zerschnitten wurde, im Namen der Gerechtigkeit wieder neugeknüpft worden ist."

Wie diese Resolution außerhalb der sozialistischen Kreise in Frankreich aufgefaßt wurde, kann man sich nach einem Privattelegramme des Pariser Korrespondenten der Zeitung „Stockholms Dagblad" vorstellen, das am 31. Dezember veröffentlicht ist und worin es zum Schlusse heißt: „Die Resolution übt scharfe Kritik an der deutschen Politik, die, wie sie erklärt, Verträge gebrochen und Konventionen verletzt habe, und sie verkündet die Notwendigkeit, bis zur Zertrümmerung des preußischen Militarismus zu kämpfen — denn dieser bilde die beständige Gefahr für die Menschheit —, aber sie wünscht weder die politische noch die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands."

„Zertrümmerung des preußischen Militarismus, aber weder die politische noch die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands!" Wann haben Franzosen auf einmal so gründliche Kenntnis und Verständnis der innersten politischen Lebensgeheimnisse eines fremden Landes erlangt, daß sie jetzt, mit Rußland als Oberchirurgen, eine Operation, deren Lebensgefährlichkeit, besonders unter den gegebenen mühseligen Verhältnissen, sie doch zu ahnen scheinen, übernehmen können?

Ein Gruß, den der ehemalige Sozialdemokrat Aristide Briand ein wenig später, zum russischen Neujahrsfeste 1916, nach Petrograd sandte, beseitigt in wohltuender Weise die im Operationsprogramme des Sozialistenkongresses herrschende Unklarheit. Der französische Ministerpräsident erinnerte seinen den Frieden, die Sozialisten und die Demokratie liebenden Adressaten daran, „wie das russisch-französische Bündnis bald zwanzig Jahre hindurch die beiden Nationen in derselben Arbeit für den Frieden und die Zivilisation vereinigt habe". Und er fügte hinzu: „unzertrennlich mit ihren

Alliierten verbunden, können Frankreich und Rußland auf der Schwelle dieses Jahres ohne Furcht der Zukunft entgegengehen, denn wir sind an dem Zeitpunkte angekommen, wo unsere Feinde sich ermattet aufreiben und vergeblich ihre Heere in die Breite ziehen, während unsere Armeen sich in ausdauerndster Arbeit zu den entscheidenden Anstrengungen vorbereiten, welche die Zivilisation retten und dem befreiten Europa den friedlichen Wohlstand der freien Länder sichern werden."

In „unzertrennlicher" Vereinigung mit Rußland wird Frankreich Europa „befreien". Wovon? Vom „preußischen Militarismus?" Oder nicht vielmehr schlechtweg von einem starken, lebenskräftig wachsenden Deutschland überhaupt? Sonst wäre es ja merkwürdig, daß von dem „Befreiungs"-bedürfnisse Europas von allerlei anderem „Militarismus" — z. B. dem russischen — kein Wort gesagt wird.

Über diesen „unzertrennlichen" Freund und Bundesgenossen Frankreichs ging dem „Social-Demokraten" (Stockholm) am 27. Dezember 1915 folgende Mitteilung zu: „Bei der Budgetkommissionssitzung der Reichsduma am Donnerstag gab Sasonow auf eine Anfrage Miljukows ein förmliches Dementi aller Gerüchte über Friedensverhandlungen ab. Auf Vorschlag Schingaroffs wurde dann eine Resolution angenommen, die feierlich erklärt, daß Rußland erst dann an Frieden denken könne, wenn Deutschlands Kraft gebrochen sei."

Die „bedrohte Menschheit" der französischen Sozialisten und Briands „befreites Europa" spuken auch in einer Rede des Präsidenten Poincaré, die wirklich außerordentlich interessant ist, weil sie die politische Auffassung des Staatsoberhauptes einer Großmacht zeigt. Die Rede wurde am 1. Februar 1916 in Paris gehalten und endete mit folgenden Worten[1], die ich mir, auf ganz eigene Verantwortung, teilweise gesperrt gedruckt wiederzugeben erlaube.

„Frankreich", sagte der Präsident, „will von einem Lande, das, durch den Glauben an seine militärische Kraft berauscht, sich als berufen ansieht, alles zu beherrschen, weder betrogen werden, noch ihm zum Opfer fallen. Frankreich will seine Zivilisation, seinen Geist und seine Sitten unangetastet behalten. Wenn der Einsatz unsererseits in diesem Kriege fürchterlich groß ist, so ist der unserer Verbündeten es nicht weniger. Auch die Neutralen könnten sich, wenn sie eine klare Auffassung ihrer künftigen Interessen hätten, gegen diesen Konflikt, in welchen so viele Nationen hineingezogen sind, nicht uninter-

[1] Nach einem Pariser Telegramme im „Stockholms Dagblad" vom 3. Februar 1916.

essiert verhalten. Diejenigen unter ihnen, welche uns vorsichtige oder offene Sympathie zeigen, wie auch die, welche unsicher oder unbestimmt zu sein scheinen, haben alle vitale Interessen an unserem Siege. Dagegen haben sie von den usurpierenden, treulosen Nationen, die in den von ihnen selbst unterzeichneten Verträgen nichts anderes als Papierfetzen sehen und einen wilden Genuß darin finden, die kleinen Völker zu vernichten, alles zu fürchten. Ihr werdet den Nationen, die jetzt unter der Bedrohung der Gewalt Deutschlands leben, wieder Sicherheit geben. Ihr arbeitet an einer neuen Welt und seid die Vorläufer der befreiten Menschheit. Es ist notwendig, daß der Friede, dessen Bedingungen dem besiegten Feinde diktiert werden, uns die Provinzen, die man uns mit Gewalt geraubt, wiedergebe, das verstümmelte Frankreich vollständig wiederherstelle und uns sichere Garantien gegen die Kriegstollheit des kaiserlichen Deutschlands biete. An dem Tage, da Ihr uns diesen Frieden bringt, wird das starke, ruhige Frankreich seine Söhne, die es gerettet haben, an sein Herz drücken."

Merkwürdigerweise scheint Präsident Poincaré ganz übersehen zu haben, daß bei den Neutralen ebensogut „offene Sympathie" für Deutschland und seine Bundesgenossen zu finden sein kann wie für Frankreich und dessen Verbündete — daß es Neutrale geben kann, die radikal und ehrlich außerstande sind, sich die Anschauungen des Präsidenten und anderer französischer Patrioten über den Krieg und die Weltlage im allgemeinen und über das Verhältnis, worin Deutschland und Frankreich zur „Menschheit" stehen, im besonderen zu eigen machen.

Über die in England herrschende Friedensstimmung um die Jahreswende 1915 ist wohl in dieser Verbindung genug gesagt, wenn man daran erinnert, daß gerade damals die Regierung dieses Landes den revolutionär unenglischen, nach englischen Begriffen unzweifelhaft „militaristischen" Entschluß faßte, den ersten Schritt zur allgemeinen Wehrpflicht zu tun.

Indessen hatte ja die Rede des deutschen Reichskanzlers im Reichstage am 9. Dezember 1915 über die Lage und die Friedensaussichten der englischen Presse kurz vorher noch eine ungesuchte Veranlassung gegeben, ihrer Herzensmeinung Ausdruck zu verleihen, und daß sie die Gelegenheit nicht unbenutzt hatte vorübergehen lassen, davon mögen folgende Berichte (der „Göteborgs Handelstidning" vom 18. Dezember 1915 entnommen) Zeugnis ablegen.

„Die ‚Times' bringen einen Artikel (über die Rede des Reichskanzlers) mit der Überschrift ‚Die Komödie im Reichstage' und behaupten, daß alle die vielen früheren Gerüchte über bevorstehende Friedensunterhandlungen von Berlin aus verbreitet worden seien, um Bethmann-Hollwegs Rede einen ansprechenden Hintergrund zu geben. Der Reichskanzler habe darin ganz recht, daß ein Friedensvorschlag von deutscher Seite jetzt reine Torheit sein werde; es werde alles so bleiben, bis Deutschland sich dazu verstehe, die Friedensbedingungen der Alliierten anzunehmen. Seine Aussprüche zeugten von Besorgnis vor der Zukunft. England kämpfe jetzt für dasselbe Ideal wie einst gegen Napoleon, der, wie jetzt Kaiser Wilhelm, eine militärische Oberherrschaft über ganz Europa an sich zu reißen versucht habe, und Deutschland werde bald Napoleons Schicksal teilen."

„Daily Chronicle erklärt, daß der Auftritt im deutschen Reichstage geschickt in Szene gesetzt sei, aber dennoch keinen Menschen irreführen könne, und daß die Entente sich keineswegs als geschlagen anzusehen gedenke, weil es einem Reichskanzler beliebe, dies zu behaupten. Die Aussprüche des Reichskanzlers hätten meistens aus reinem Unsinn bestanden, und die Völker der Entente beabsichtigten fortfahrend die Welt von dem Alpdrucke des preußischen Militarismus zu befreien. Es könne einmal der Tag kommen, da die Entente den Reichskanzler anhöre, aber dann müsse er ganz anders reden, auf leere Drohungen verzichten und sich den Bedingungen der Entente unterwerfen. Nur Deutschlands vollständige Unterwerfung lasse sich als Bürgschaft für die Zukunft der Zivilisation annehmen."

„Die Daily News geben zu, daß das Prahlen des Reichskanzlers mit den deutschen Erfolgen im Felde eine gewisse Berechtigung besitze und daß die deutsche Kriegsmaschine, wenigstens oberflächlich betrachtet, niemals stärkere Kraft entwickelt habe als gerade jetzt. Aber die Friedensbedingungen Englands und der Entente blieben dieselben wie zu Anfang des Krieges: Gerechtigkeit für Belgien, Gerechtigkeit für Serbien, Gerechtigkeit für Frankreich, Gerechtigkeit für Europa und für die Menschheit, die durch das Verbrechen des deutschen Militarismus verletzt worden sei. Das einzige wirkliche Hindernis eines baldigen Friedens liege in Deutschlands offenkundigen Eroberungsplänen; ehe die Deutschen solchen Träumen nicht entsagt hätten, sei kein Friede denkbar."

Die alte angesehene politische Wochenzeitung Spectator war in ihrer letzten Nummer noch nicht dazu gekommen, die Rede des Reichskanzlers durchzunehmen, glaubte aber trotzdem, die englische Auffassung in Aus-

drücken wie den folgenden feststellen zu können. „Die einzig mögliche Grundlage eines dauerhaften Friedens ist vollständiges Vernichten der militärischen Macht Deutschlands; keine andere taugt." „Die Blockade Deutschlands muß mit einer Intensität betrieben werden, die gar keine Ausnahmen zuläßt, und ohne Berücksichtigung irgendwelcher falscher und paradoxaler Humanitätsgründe" — wie solcher, daß man an die hungernden Frauen und Kinder im blockierten Deutschland denken solle. „Lieber noch zwei Jahre Krieg und alle die Leiden, die er uns bringen muß, als die blutbespritzte Unsicherheit eines schlechten Friedens."

Damit auch eine in ihrem gründlich verschrobenen Blicke auf Deutschlands Verhältnis zum Kriege und zur Friedensfrage typisch neutrale und demokratische Auffassung in dieser einleitenden Übersicht nicht fehle, führe ich schließlich noch eine als Leitartikel gedruckte Weihnachtsbetrachtung aus der Zeitung „Social-Demokraten" (Stockholm) vom 24. Dezember 1915 an, worin unter anderem folgendes geschrieben steht:

„Wir erleben die zweiten Kriegsweihnachten, ohne daß sich — ebenso wenig wie vor einem Jahre — ein Ende des Weltstreites absehen läßt. Unaufhörlich werden neue Milliardenopfer in den Schlund des Krieges geworfen, und überall lautet die offizielle Parole — jetzt wie vor einem Jahre — Kampf bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Heller. Es könnte unter diesem Gesichtspunkte den Anschein haben, als ob die europäischen Kulturnationen alle von einer Art Selbstvernichtungswut ergriffen wären, die sie unerbittlich einer allgemeinen Katastrophe entgegentriebe.

Natürlich ist dies bei keiner der kämpfenden Nationen der offiziell an den Krieg angelegte Gesichtspunkt. Jetzt, wie vor einem Jahre, kämpft man überall für seine nationale Existenz, sein Recht aufs Dasein.

Aber dieses Sich-zum-legitimen-Verteidigungskriege-Bekennen nimmt sich wesentlich verschieden aus, je nachdem es im Lichte der militärischen Lage auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen betrachtet wird. Bei Belgiern, Franzosen, Serben und Russen, die größere oder kleinere Teile ihres Landes allen Schrecken des Krieges preisgegeben gesehen haben, ist der Verteidigungskrieg eine unabweisbare Tatsache. Friede ‚um jeden Preis' bedeutet für diese Völker Wunden, die in absehbarer Zukunft nicht heilen würden. Die Kraft der Verzweiflung, die sie bei der Verteidigung einsetzen, ist also der höchste Ausdruck ihrer Existenzberechtigung.

„Die Sache liegt ja unbestreitbar anders, wenn man zu der Machtgruppe, die bisher das überwiegende Waffenglück auf ihrer Seite gehabt hat, übergeht. Die Legende des legitimen Verteidigungskrieges, den die Truppen der Mittelmächte in den Schützengräben Flanderns, auf den Rebenhügeln der Champagne, in den Sümpfen Rußlands und auf Serbiens Bergen führen, nimmt man wohl weder in Deutschland noch in Österreich mehr ernst. Im deutschen Reichstage haben die bürgerlichen Parteien und so ziemlich auch die Regierung die Maske abgeworfen und eingestanden, daß der Preis des Friedens Eroberungen nicht genauer spezifizierter Nachbargebiete seien, deren Besitz, wie man erklärt, zur künftigen Sicherheit Deutschlands erforderlich sei.

Soweit ist die Stellung klar. Auf der einen Seite schlägt man sich, um den Feind aus dem Lande zu vertreiben, auf der anderen, um das, was man sich genommen hat, oder jedenfalls das Wichtigste davon zu behalten. Zwischen diesen Gegensätzen eine Brücke zu schlagen, scheint einstweilen hoffnungslos. Die Staatsmänner der neutralen Länder haben, erst kürzlich in Holland und in der Schweiz, erklärt, daß — jetzt wie vor einem Jahre — gegenwärtig jede direkte Friedensinitiative verlorene Liebesmühe sei und nur zu Mißverständnissen führen werde.

Ist denn nicht der kleinste Lichtblick in dieser Finsternis des Kriegswahnsinns zu entdecken? Doch wohl, glücklicherweise — auch wenn ihm sowohl Deutschlands ‚Oberannerionisten' wie Deutschlands Gegner vorläufig praktische Bedeutung absprechen werden. Das klare Verzichten der zwanzig deutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auf den Eroberungskrieg, das sie durch Verweigerung neuen Kriegskredites bewiesen haben, ist sicherlich ein bedeutungsvolleres Symptom, als man mancherorten zugeben will. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die überwältigende Masse unserer deutschen Parteigenossen im Herzen und in der Seele gegen den Eroberungskrieg sind — auch die Majorität der Reichstagsgruppe hat ihn ja stets zurückgewiesen — und seitdem die Machthabenden sich nicht länger bemühen, die Art ihrer Kriegsziele zu verheimlichen, dürfte vielleicht die Zeit nicht mehr fern sein, da — wie verschiedene prophezeien — die jetzige Minorität sich in eine Majorität verwandeln wird."

Die Entente war also um Weihnachten 1915 außerordentlich friedensfreundlich — aber ausschließlich unter ihren eigenen Bedingungen: „Deutschlands vollständige Unterwerfung", Deutschlands „Annehmen der Friedensbedingungen der Entente" und „vollständige Vernichtung der militärischen

Macht Deutschlands". Und der neutrale schwedische „Social-Demokraten" sieht in Deutschlands „Eroberungslust" ein unübersteigliches Hindernis einer Verständigung zwischen Deutschland und der Entente und entdeckt keinen anderen „Lichtblick in der Finsternis des Kriegswahnsinnes" als das „klare Verzichten der zwanzig deutschen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auf den Eroberungskrieg, das sie durch Verweigerung neuen Kriegskredites bewiesen haben".

Der neutrale „Social-Demokraten" spricht den französischen Sozialisten seine warme Billigung wegen ihres Stimmens für den Kriegskredit aus, den deutschen Sozialdemokraten aber seine scharfe Mißbilligung wegen ihrer gleichartigen Stimmabgabe. Warum? Weil der Krieg der Entente ein Verteidigungskrieg ist und der Krieg der Mittelmächte ein Angriffs- und Eroberungskrieg.

Als in der ersten Augustwoche des Jahres 1914 der Krieg begann, konnten der „Social-Demokraten" und sein Schriftleiter, der Führer der schwedischen sozialistischen Arbeiterpartei, durchaus nicht begreifen, daß Deutschlands Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich sich mit einem Verteidigungskriege Deutschlands vereinigen ließen. Dagegen begriff Herr Branting damals mit größter Leichtigkeit, daß Englands Kriegserklärung an Deutschland die Tatsache, daß auf Englands Seite ein reiner, klarer Verteidigungskrieg vorlag, nicht im geringsten erschütterte.

Später, Weihnachten 1915, war es Herrn Branting unmöglich, zu begreifen, wie Deutschland „in den Schützengräben Flanderns, auf den Rebenhügeln der Champagne, in den Sümpfen Rußlands und auf Serbiens Bergen" einen Verteidigungskrieg führen könnte. Daß eine schnelle, erfolgreich strategische Offensive unter gewissen Umständen ein durchaus notwendiger Bestandteil eines politischen Verteidigungskrieges sein kann, wenn dieser glücklich verlaufen soll, das kann also Herr Branting unmöglich begreifen — wenigstens dann nicht, wenn deutsche Offensivkraft den Verteidigungskrieg gegen ungeheuer übermächtige Feinde in deren eigene Länder hineinträgt. Ebensowenig scheint er verstehen zu können, daß Besetzung fremder Gebiete als Pfänder günstiger Friedensbedingungen etwas anderes ist als die endgültige Eroberung dieser Gebiete.

Natürlich glaube ich nicht im Ernste, daß Herrn Brantings Intelligenz ganz so schwach ist — aber ich glaube, daß er ein Beispiel des alten Erfahrungssatzes „Wess' das Herz voll ist, dess' geht der Mund über" liefert, und ich

glaube, daß jenes alte Sprichwort nicht zum wenigsten dann die Wahrheit trifft, wenn „der Mund" Unsinn redet.

Der neutrale Herr Branting und seine zahlreichen sozial- und liberaldemokratischen Gesinnungsgenossen in verschiedenen neutralen Ländern haben Deutschlands militärische Erfolge augenscheinlich ebenso schmerzlich empfunden wie Deutschlands kriegführende Feinde — d. h. schmerzlich in prinzipiell politischem und moralischem Sinne. Dies Neutralitätsmysterium werde ich im folgenden gründlicher zu beleuchten versuchen.

Wenn also Herrn Brantings und seiner neutralen Genossen tiefer Kummer über die großen militärischen Erfolge Deutschlands und seiner Verbündeten ein Geheimnis ist, das gründlicherer Erforschung bedarf, so ist es dagegen ja selbstverständlich, daß eine Koalition, der es nach vieljährigen diplomatischen Vorbereitungen endlich geglückt ist, Deutschland und Österreich zum Erklären des Krieges zu zwingen, und die dies in der Hoffnung auf Erlangung großer politischer und wirtschaftlicher Beute jederlei Art (in Elsaß-Lothringen, in Österreich, auf dem Balkan, in der asiatischen Türkei, auf den Weltmeeren usw.) getan hat, unmöglich damit zufrieden sein konnte, daß der Verteidigungskrieg der Mittelmächte deren in noch höherem Maße qualitativ überlegene als quantitativ geringere Heere bis an die Linie Riga-Dünaburg-Czernowitz im Osten, die serbisch-griechische Grenze im Süden und die Linie Nieuport-Arras-Soissons-Reims-St. Mihiel im Westen geführt und daß Deutschlands türkische Bundesgenossen die englischen Eroberer bei den Dardanellen, auf Gallipoli und vor Bagdad geschlagen und sie gezwungen hatten, ihre farbigen Truppen aus Frankreich zurückzuziehen, um das (ganz kürzlich vollständig annektierte) Ägypten und den Suezkanal, der, nach englisch-imperialistischer Auffassung, die „große Schlagader der englischen Weltherrschaft" ist, zu schützen.

Da ein berechtigter, erzwungener Verteidigungskrieg unmöglich einen anderen vernünftigen Sinn haben kann als den, den Kriegsschauplatz so weit wie möglich über die eigenen Landesgrenzen hinauszuverlegen und dadurch den Gegner zu einem Frieden zu zwingen, worin er in bindender Form auf seine Angriffs- und Eroberungspläne verzichtet, ist es leicht zu verstehen, daß Deutschlands Zufriedenheit mit der Sachlage etwas ganz anderes ist als die eines Eroberers. Und es ist nicht weniger leicht zu begreifen, daß die auf Deutschlands „Zerschmetterung" so erpichte Entente die angegebene militärgeographische Lage als vollstän-

dige Niederlage empfinden muß — ganz abgesehen von jeder wirklichen Besorgnis, daß Deutschland, ohne förmlich dazu gezwungen zu sein, eines oder das andere der militärisch besetzten Gebiete in Zukunft könne behalten wollen.

Wer in einer solchen Lage noch auf Fortsetzung des Krieges bestehen will und darin von der Zustimmung der großen Volksmassen abhängig ist, der muß zu den stärksten demagogischen Mitteln greifen. Nun hilft es nichts mehr, daß man sich den Anschein gibt, sich mit etwas so Lauem wie der Defensive begnügen zu wollen. Die Maske muß abgeworfen werden, und man hat sich offen zu den kräftig anfeuernden aggressiven Zwecken des Krieges zu bekennen. Ein ehrenhafter, schneller Friede, der Deutschland die gebührende Anerkennung seines vollen Entwicklungsrechtes als Großmacht zugesteht und ihm die nötigen geographischen Garantien gegen den diesmal mißglückten Versuch von französisch-englisch-russischer Seite, die kosakische „Dampfwalze" schnell und unwiderstehlich nach Berlin rollen zu lassen, gibt — das wäre in solcher Lage keine zureichend aufreizende Parole. Nein — man muß unter Fanfaren offen eingestehen, daß man sich wirklich auf dem Kriegspfade befinde, um „Deutschland vollständig" zu „zerschmettern" und daß Frankreich geistig totkrank sein werde, wenn es die im 17. Jahrhundert auf so wenig anständige Weise annektierten und jetzt jedenfalls mehr deutschen als französischen Reichslande Elsaß-Lothringen nicht wiedererobern dürfe.

Diese geistige Krankheit Frankreichs ist ohne Zweifel Wirklichkeit. Gleichwie Rußlands blinder Eroberertrieb Wirklichkeit ist und Englands Verlangen, auch fortfahrend die Rolle des Oberimperiums der Erde, besonders zur See, zu spielen, ebenfalls Wirklichkeit ist. Und hier haben wir die Wirklichkeit, die hinter der Friedensstimmung der Entente um die Weihnachtszeit 1915 liegt — eine Friedensstimmung, die sich in der Mitteilung an Deutschland und die Menschheit äußert, daß von Frieden nicht eher die Rede sein dürfe, als bis die Entente das bisher siegreiche Deutschland so gründlich besiegt habe, daß sie einen Friedensvertrag diktieren könne, worin Deutschlands eigener Wille, eigene Interessen und eigene Forderungen überhaupt keine Rolle spielen würden.

Ist etwas wirklichem Friedenswillen Entgegengesetzteres denkbar als solche Worte an einen militärisch erfolgreichen Gegner und eine solche Agitation gegen ihn? Welche andere Wahl bleibt ihm dann, als danach zu streben, daß er die schon erlangte militärische Oberhand noch mehr und auf

möglichst entscheidende Weise gewinne? Wer ist nun dafür verantwortlich, daß der Krieg in ein entsetzliches Ringen auf Tod und Leben ausartet, wobei vielleicht einem oder dem anderen Staate das Rückgrat unheilbar gebrochen wird — ohne daß es notwendig gewesen wäre, wenn es um die Jahreswende 1915—16 weniger zügellosen Chauvinismus, weniger Deutschenabneigung und mehr echte allgemeine Menschenliebe auf seiten der Entente und ihrer „neutralen" Freunde gegeben hätte?

3. Der deutsche Reichskanzler, die Friedensfrage und ein „neutraler" Kritiker

Wie wir gesehen haben, ist auf seiten der Entente hier und da wenigstens der Versuch gemacht worden, den um die Weihnachtszeit 1915 kundgegebenen guten Willen, den Krieg bis zur „vollständigen Zertrümmerung Deutschlands" fortzusetzen, wenigstens teilweise dadurch zu motivieren, daß man auf die Worte des deutschen Reichskanzlers im deutschen Reichstage über die Friedensaussichten und Deutschlands Friedensbedingungen hinwies. Es ist daher notwendig, daß wir uns den Inhalt jener hochoffiziellen deutschen Gesichtspunkte hinsichtlich der Lage der Dinge wieder ins Gedächtnis rufen.

Dabei handelt es sich zunächst um Bethmann-Hollwegs Rede am 9. Dezember 1915. Aber auch seine Aussprüche in der am 19. August 1915 abgehaltenen Reichstagssitzung sind in dieser Verbindung außerordentlich wichtig. Und die Kritik, die auch dieser Äußerung des leitenden deutschen Staatsmannes über die Grundbedingungen eines künftigen Friedensvertrages von seiten der Entente und der neutralen Ententefreunde zuteil geworden, ist so charakteristisch und der Kritik über die Rede vom 9. Dezember so gleichartig, daß es sich wirklich verlohnt, mit der Augustrede zu beginnen.

Diese Rede behandelt die Grundfrage, die Frage des Verantwortlichseins für den Weltkrieg, nach der einzig zulässigen Methode — d. h. durch Hinweisung auf die Grundzüge der europäischen Staatsentwicklung und der Diplomatie während der dem Schicksalsjahre 1914 unmittelbar vorhergehenden Jahrzehnte[1].

Die Koalitionspolitik, die seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Frankreich und Rußland gegen Deutschland und seit Anfang dieses Jahrhunderts von England mit Frankreich und Rußland gegen Deutschland betrieben worden war, hatte die deutschen Bestrebungen einer endgültigen Annäherung an sowohl Frankreich wie England vereitelt und

[1] Da ich selbst in meinem Buche „Weltkrieg und Imperialismus" diese Untersuchungsmethode anzuwenden versucht habe, bin ich ein halbes Jahr vor der Rede des deutschen Reichskanzlers zu denselben Resultaten in den Hauptpunkten gelangt wie er.

überdies weder mehr noch weniger bedeutet, als daß Deutschland schließlich in allen seinen diplomatischen Angelegenheiten, nicht nur mit jedem dieser Staaten, sondern auch mit jedem anderen Staate, mit einem feindlichen russisch-französisch-englischen „Ringe" hatte rechnen müssen. Deutschlands künftige Entwicklung in allem Wesentlichen, das eine Erweiterung der deutschen Einfluß- und Machtsphäre außerhalb der Grenzen Deutschlands berührte, war unter die tatsächlich durchgeführte Vormundschaft der russisch-französisch-englischen Koalition gestellt worden. Dies ist das, was die Deutschen Englands „Einkreisungspolitik" nennen — denn der „Ring" um Deutschland und seine Zukunft wurde durch Englands (und seines Verbündeten, Japans) diplomatisch organisiertes Zusammengehen mit der deutsch-freundlichen Brüderschaft Rußland-Frankreich geschlossen.

Diesen feindlichen „Ring" um Deutschland hatten belgische Diplomaten schon frühzeitig wahrgenommen und als große Gefährdung ihres eigenen, militärgeographisch zwischen Deutschland und Frankreich-England eingeklemmten Landes aufgefaßt. Und daß „der Ring" Wirklichkeit sei, das hatte sich Ende Juli und Anfang August des Jahres 1914 grauenhaft deutlich gezeigt, als Deutschland Frankreichs und Englands Neutralbleiben verlangt hatte, damit der durch den österreichisch-serbisch-russischen Konflikt drohende Krieg auf diese Staaten beschränkt und ein russisch-deutscher Krieg möglicherweise verhindert werde. Da antwortete Frankreichs Regierung, daß „Frankreich tun werde, was ihm seine Interessen geböten", und der englische Minister des Auswärtigen weigerte sich, sich auf irgendeine Weise Deutschland gegenüber die Hände zu binden, seine „freien Hände" — seine schon mit denen Frankreichs und Rußlands in gemeinsamer, deutschfeindlicher Interessenpolitik fest verbundenen Hände.

Interessant ist in dieser Verbindung die Anführung des deutschen Reichskanzlers, daß Deutschland schon 1912 (bei den Verhandlungen mit Haldane in Berlin) eine klare, bindende Vereinbarung mit England über gegenseitige Neutralität zustande zu bringen versucht habe. Doch Sir Edward Grey habe sich geweigert — um nicht die unter deutschfeindlichem Gesichtspunkte so teure Freundschaft mit Frankreich-Rußland zu trüben!

Auch mit Rußland habe die deutsche Regierung kurz vor dem Weltkriege eine Verständigung anzubahnen versucht, in der Überzeugung, „daß freundliche Beziehungen zu den einzelnen Ententegenossen die allgemeine Spannung mildern könnten". „Wir waren", fährt hier der deutsche Reichskanzler in seiner Augustrede fort, „dabei in Einzelfragen mit Rußland zu einer

guten Verständigung gelangt — ich erinnere an das Potsdamer Abkommen — und die Beziehungen von Regierung zu Regierung waren nicht nur korrekt, sondern von persönlichem Vertrauen getragen. Aber die Gesamtlage wurde dadurch nicht geheilt. Die war bis in die Wurzeln vergiftet, weil die chauvinistischen Revanchegedanken Frankreichs und die kriegerischen, panslawistischen Expansionsbestrebungen in Rußland durch die antideutsche Politik der Balance of power des Londoner Kabinetts nicht sowohl beschwichtigt als unausgesetzt aufgestachelt wurden und frische Nahrung erhielten. Die Spannung wurde so groß, daß sie eine ernste Belastungsprobe nicht mehr vertrug."

Es kann, soweit ich zu sehen vermag, auch nicht der geringste Zweifel darüber herrschen, daß die französische und die englische Regierung es unterlassen haben, gegen Rußland das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung des Ausbrechens eines Weltkrieges anzuwenden — nämlich ihm rund heraus zu erklären, daß sie ihm in einem Kriege, welcher der seine sei, um Serbiens und seiner Großserben willen nicht gegen Österreich und Deutschland beistehen würden. Dagegen unterließ es die Regierung Englands nicht, Deutschland in sehr anmaßendem Tone aufzufordern, daß es die entsprechende Methode zur Vermeidung des Weltkrieges gegen Österreich anwende. Und die von englischen Ministern geleitete Kriegsagitation gegen Deutschland bediente sich im August 1914 fleißig der Behauptung, daß Deutschland die Schuld an dem Kriege trage, weil es Sir Edward Greys Konferenzvorschlag zurückgewiesen und unterlassen habe, Österreich zurückzuhalten, ja Österreichs Angriffslust und Kriegsbegierde geradezu gesteigert habe.

Bethmann-Hollwegs Augustrede ist nicht zum wenigsten dadurch dokumentarisch wertvoll, weil sie ein neues Licht in diese Fragen bringt. In der mir vorliegenden Wiedergabe lautet die betreffende Stelle der Rede folgendermaßen. „In England wird neuerdings immer wieder behauptet, der ganze Krieg hätte vermieden werden können, wenn ich auf den Vorschlag Sir Edward Greys eingegangen wäre, mich an einer Konferenz zur Regelung des russisch-österreichischen Streitfalles zu beteiligen. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: der englische Konferenzvorschlag wurde hier am 27. Juli durch den englischen Botschafter überbracht. Wie auch aus dem englischen Blaubuch hervorgeht, hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amts in der betreffenden Unterredung mit Sir Edward Goschen, in der er den vorge-

schlagenen Weg als unzweckmäßig bezeichnete, mitgeteilt, nach seinen Nachrichten aus Petersburg sei Herr Sasonow zu einem direkten Meinungsaustausch mit dem Grafen Berchtold geneigt. Er sei der Ansicht, daß eine direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien zu einem befriedigenden Ergebnis führen könne; es sei daher das Beste, zunächst das Ergebnis dieser Aussprache abzuwarten. Sir Edward Goschen meldete dies nach London und erhielt von dort eine telegraphische Antwort, in der Sir Edward Grey wörtlich folgendes erklärte: ‚Solange Aussicht für einen direkten Meinungsaustausch zwischen Österreich und Rußland vorhanden ist, würde ich auf jede andere Anregung verzichten, da ich durchaus damit übereinstimme, daß dies das Verfahren ist, das allen anderen bei weitem vorzuziehen ist.'

Sir Edward Grey schloß sich also damals dem deutschen Standpunkt vollkommen an und stellte seinen Konferenzvorschlag ausdrücklich zurück.

Ich habe es aber nicht, wie Sir Edward Grey, bei dem platonischen Wunsche bewenden lassen, es möge eine Aussprache zwischen Wien und Petersburg erfolgen, sondern ich habe alles getan, was in meinen Kräften stand, um die russische und die österreichisch-ungarische Regierung dem Gedanken zugänglich zu machen, sich in einem Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett auseinanderzusetzen. Meine Herren, ich habe es an dieser Stelle schon einmal ausgesprochen, daß wir unsere Vermittlungsaktion, speziell auch in Wien, in einer Form betrieben haben, die, wie ich damals sagte, ‚bis an das Äußerste dessen ging, was mit unserem Bundesverhältnis noch vereinbar war'. Da diese meine vermittelnde Tätigkeit im Interesse der Erhaltung des Friedens immer wieder in England in Zweifel gestellt wird, will ich hier an der Hand der Tatsachen zeigen, wie nichtig diese Zweifel sind.

Am 29. Juli abends traf hier folgende Meldung des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg ein: ‚Herr Sasonow, der mich eben zu sich bitten ließ, teilte mir mit, daß das Wiener Kabinett auf den ihm von hier aus geäußerten Wunsch, in direkte Besprechungen einzutreten, mit einer kategorischen Ablehnung geantwortet habe. Es bleibe somit nichts anderes übrig, als auf den Vorschlag Sir Edward Greys einer Konversation zu Vieren zurückzukommen.'

Da sich die Wiener Regierung inzwischen zu dem direkten Meinungsaustausch mit Petersburg bereit erklärt hatte, war es klar, daß hier ein Mißverständnis vorliegen mußte. Ich telegraphierte entsprechend nach Wien und benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, um meiner Auffassung von der Ge-

samtsituation erneut bestimmtesten Ausdruck zu geben. Meine Instruktion an Herrn v. Tschirschky lautete folgendermaßen: ‚Die Meldung des Grafen Pourtalès steht nicht im Einklang mit der Darstellung, die Eure Exzellenz von der Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung gegeben haben. Anscheinend liegt ein Mißverständnis vor, das ich Sie aufzuklären bitte. Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit St. Petersburg aber würde ein schwerer Fehler sein. Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Euere Exzellenz wollen sich gegen Grafen Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst in diesem Sinne aussprechen.‘

Herr v. Tschirschky meldete darauf am 30. Juli: ‚Graf Berchtold bemerkte, es liege in der Tat, wie Eure Exzellenz annehmen, ein Mißverständnis, und zwar auf russischer Seite, vor. Nachdem er auch schon durch Graf Szapary — den österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg — von diesem Mißverständnis Mitteilung erhalten und gleichzeitig unsere dringende Anregung erfolgt sei, in Konversation mit Rußland einzutreten, habe er Graf Szapary sofort entsprechende Instruktionen erteilt.‘

Meine Herren, ich habe, als in England kurz vor Ausbruch des Krieges die Erregung sich steigerte und ernste Zweifel an unseren Bemühungen um die Erhaltung des Friedens laut wurden, diesen Vorgang in der englischen Presse bekanntgeben lassen. Jetzt, nachträglich, tritt dort die Insinuation hervor, der Vorgang habe gar nicht stattgefunden und die Instruktion an Herrn v. Tschirschky sei nur fingiert worden, um die öffentliche Meinung in England irrezuführen. Sie werden mit mir darin übereinstimmen, meine Herren, daß diese Verdächtigung keiner Erwiderung bedarf. Ich will aber gleichzeitig auf das österreichisch-ungarische Rotbuch verweisen, das meine Darstellung lediglich bestätigt und erkennen läßt, wie nach Aufklärung des erwähnten Mißverständnisses die Konversation zwischen St. Petersburg und Wien in Fluß kam, bis sie durch die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee einen jähen Abschluß fand. Meine Herren, ich wiederhole: wir haben die direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg mit dem äußersten Nachdruck und mit Erfolg betrieben. Die Behauptung, daß wir uns durch Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages an dem Ausbruch dieses Krieges schuldig gemacht hätten, gehört

in die Kategorie derjenigen Verleumdungen, hinter denen unsere Gegner ihre eigene Schuld verstecken wollen. Unausweichlich wurde der Krieg lediglich durch die russische Mobilmachung": — — — — „Aber wir werden letzten Endes den Kampf gegen diese Verleumdungen ebenso siegreich bestehen wie den großen Kampf draußen auf den Schlachtfeldern."

Soweit die Erklärung des deutschen Reichskanzlers in dieser Frage. Ich kann verstehen, daß bei einem so forcierten diplomatischen Notenwechsel, wie dem während der dreizehn Tage vor dem Kriegsausbruche zwischen Berlin, London, Petersburg, Wien und Paris stattfindenden, wirkliche Mißverständnisse entstehen können. Und ich kann noch besser verstehen, daß die ungeheuer starken nationalen Interessengegensätze und Vorurteile in einer solchen Krisis hinterdrein zu falscher Auslegung einiger Aussprüche und Dokumente führen können. Doch steht unsere Kultur wirklich so tief, daß man bewußte Lügen und absichtliche Täuschungen mit zu den entscheidenden Faktoren des Ausbrechens eines Weltkrieges rechnen muß? Oder sind solche Beschuldigungen in der Hauptsache nur Bestandteile einer in Kriegszeiten als notwendig angesehenen Demagogie oder Kriegshetzkunst? Und wenn dem so wäre, wo sind dann die Staatsmänner durch die innere politische Lage am meisten darauf angewiesen, sich einer solchen Demagogie zu bedienen? Im „demokratischen" England? Im „demokratischen" Frankreich? Oder im „brutal autokratischen" Deutschland?

Diese Frage hat ohne Zweifel als Kulturfrage Interesse, ganz abgesehen davon, daß die wirklichen Ursachen des Weltkrieges natürlich unendlich viel tiefer liegen, als ein Studium des dreizehntägigen diplomatischen Notenwechsels auch nur ahnen läßt.

Ihre größte politische Bedeutung erhielt die im August 1915 gehaltene Rede des deutschen Reichskanzlers jedoch durch ihre Formulierung der Kriegsziele Deutschlands. Mit Klarheit und Kraft spricht hier Bethmann-Hollweg den sowohl unter Deutschlands Gesichtspunkt wie unter dem seiner Feinde einzig und allein tragenden Grundgedanken aus: in der Beschaffenheit des Staatssystemes Europas vor dem Kriege liegt die Grundursache, daß es zum Kriege kam und kommen mußte. Daher müsse dieses Staatssystem nach dem Kriege anders aussehen — und zwar so, daß es schon durch seine Art und seinen Aufbau selber eine starke, möglichst starke Bürgschaft

künftigen Weltfriedens gebe. Die scheinbare oder wirkliche Übermacht der Deutschland feindlichen Koalition sei es gewesen, die sie dazu verlockt habe, bis zum letzten Augenblicke während jener dreizehn Tage ihr diplomatisches Spiel mit dem von Rußland und seinen Freunden „zum Tode verurteilten" Österreich und seinem diplomatisch so gut „eingekreisten" Verbündeten zu treiben. In dem neuen europäischen Staatssysteme nach dem Kriege müsse Deutschland also, sowohl um des Weltfriedens willen wie seiner eigenen Lebensinteressen halber, politisch so stark sein, daß seine ungünstige militärgeographische Lage nicht wieder eine neue russisch-englisch-französische Koalition zu einem gemeinsamen Versuche, „den deutschen Militarismus zu zertrümmern", d. h. Deutschlands politische Machtlosigkeit vor 1870 wiederherzustellen, verlocken könne.

Die hierher gehörenden Teile der Rede des Reichskanzlers lauteten bekanntlich folgendermaßen.

„Dieser Krieg wird, je länger er dauert, ein zerrüttetes, ein aus tausend Wunden blutendes Europa zurücklassen. Die Welt, die dann erstehen wird, soll und wird nicht so aussehen, wie unsere Feinde es sich träumen. Sie streben zurück nach dem alten Europa mit einem ohnmächtigen Deutschland in der Mitte als dem Tummelplatz fremder Ränke und, wenn nötig, als dem Schlachtfeld Europas, einem Deutschland, in dem kraftlose Einzelstaaten auf fremde Winke lauern, ein Land mit zertrümmerter Industrie, nur mit Kleinhandel auf den eigenen Märkten und ohne Flotte, die das Meer von Englands Gnaden befahren könnte. Ein Deutschland als Vasallenstaat des russischen Riesenreiches, das den ganzen Osten und Südosten Europas beherrschen und alle Slawen unter dem Zepter Moskaus vereinen soll. So träumte man im Anfange des Krieges in Paris, in London und in Petersburg.

Nein, meine Herren, dieser ungeheuere Krieg, der die Fugen der Welt klaffen macht, wird nicht zu alten, vergangenen Zeiten zurückführen. Ein Neues muß erstehen! Soll Europa jemals zur Ruhe kommen, so kann das nur durch eine starke unantastbare Stellung Deutschlands geschehen. Die Vorgeschichte dieses Krieges redet eine harte Sprache. Mehr als zehn Jahre lang ist das Sinnen und Trachten der Ententemächte einzig darauf gerichtet gewesen, Deutschland zu isolieren, es auszuschließen von jeder Mitverfügung über die Welt. Die englische Politik der balance of power muß verschwinden; denn sie ist, wie es der englische Dichter Bernard Shaw neulich genannt hat, ein Brutofen für Kriege. Bezeichnend ist in

dieser Beziehung eine Bemerkung, die Sir Edward Grey zu unserem Botschafter, dem Fürsten Lichnowsky, machte, als er sich von diesem am 4. August 1914 verabschiedete. Er sagte nicht ohne Betonung, der zwischen England und Deutschland ausgebrochene Krieg werde es ihm ermöglichen, uns beim Friedensschlusse wertvollere Dienste zu leisten, als die Neutralität Englands ihm gestattet hätte. Vor dem Auge des englischen Ministers erstand also wohl schon hinter dem geschlagenen Deutschland die Riesengestalt eines siegreichen Rußlands, und dann wäre ein geschwächtes Deutschland wieder gut genug gewesen, Vasall und Helfer für England zu sein. Meine Herren, Deutschland muß sich seine Stellung so ausbauen, so festigen und stärken, daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben. Wir müssen zu unserem wie zum Schutz und Heil aller Völker die Freiheit der Weltmeere erringen, nicht um die Meere, wie es England will, allein zu beherrschen, sondern damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienstbar sein können. Wir sind es nicht, die die kleinen Staaten bedrohen. Wir wollen sein und bleiben ein Hort des Friedens, der Freiheit der großen und der kleinen Nationen. — — —

Wohl kein großes Volk hat in den letzten Jahrhunderten solche Leiden zu tragen gehabt wie das deutsche. Und doch können wir das Schicksal lieben, das uns mit solchen Leiden den Ansporn zu unerhörten Leistungen gegeben hat. Für das endlich geeinte Reich war jedes Friedensjahr ein Gewinn. Ohne Krieg kamen wir am glücklichsten vorwärts. Wir brauchten ihn nicht. Nie hat Deutschland die Herrschaft über Europa angestrebt. Sein Ehrgeiz war es, in dem friedlichen Wettbewerb der Nationen, in den Aufgaben der Wohlfahrt und der Gesittung voranzustehen. Dieser Krieg hat es an den Tag gebracht, welcher Größe wir fähig sind, gestützt auf die eigene sittliche Kraft. Und die Macht, die uns unsere innere Stärke gab, können wir auch nach außen hin nur im Sinne der Freiheit gebrauchen. Die von den fremden Regierungen gegen uns in den Krieg gehetzten Völker hassen wir nicht. Aber wir haben die Sentimentalität verlernt. Wir halten, meine Herren, den Kampf durch, bis jene Völker von den wahrhaft Schuldigen den Frieden fordern, bis die Bahn frei wird für ein neues, von französischen Ränken, von moskowitischer Eroberungssucht und englischer Vormundschaft befreites Europa."

Diese Rede des deutschen Reichskanzlers veranlaßte das neutrale Oberhaupt der neutralen schwedischen Sozialdemokratie, Herrn Branting, sich unter dem Titel „Deutschlands Verteidigungsrede" im „Social-Demokraten" vom 21. August 1915 unter anderem so auszusprechen:

„Während ich dies schreibe, ist über den Kommentar der Debatte noch nichts bekannt. Doch wie er auch ausfalle — über die Wirkung der Rede auf das außerhalb des deutschen Kreises stehende Europa kann gar kein Zweifel herrschen. — In den Ländern der Entente wird sie, außer flammender Entrüstung, aufrichtiges Erstaunen über den Zynismus sein, worin man den hervortretendsten Zug der Verteidigungsrede sehen wird. Englands Führer werden die Antwort auf die Anklagen, eine Vereinbarung, die der Welt den Frieden sichern sollte, unmöglich gemacht zu haben, ganz gewiß nicht schuldig bleiben. Und die Version, daß Grey seinen Vorschlag einer Konferenz der vier Mächte ‚ausdrücklich zurückgenommen' und sich in jenen kritischen Tagen auf den deutschen Standpunkt gestellt habe, wird sicherlich auch gründlich beleuchtet werden. — Aber noch stärker, und wahrlich nicht zum Frommen des Friedens, werden die vom Reichskanzler bezeichneten Ziele des Krieges wirken. Ein so starkes Deutschland, daß von irgendwelchem Machtgleichgewicht nie wieder die Rede sein kann, ein ‚unangreifbares' Deutschland, das jedem denkbaren Zusammenschlusse anderer Mächte überlegen wäre — kann man, so wird es heißen, deutlicher die Weltherrschaft als Ziel des Krieges verkünden; und läßt es sich auf unverschämtere Weise herausfordern, wird man hinzufügen, als dadurch, daß man die Stirn hat zu behaupten, daß eine derartige Ordnung ein ‚Schutz des Friedens und der Freiheit' sein werde?

Wir Neutrale haben ja andere Voraussetzungen zur sachlichen Prüfung dessen, was beide Seiten vorbringen können. Doch auch mit aller gebührenden Berücksichtigung dessen, was die belgischen Archive an Kompromittierendem hinsichtlich der antideutschen Politik des verstorbenen Edward des Siebenten haben enthalten können, müssen wir uns sagen, daß damit gar nichts gegen die Aufrichtigkeit des Friedenswillens Haldanes, Asquiths und Greys im Jahre 1912 bewiesen werden kann. Was Bethmann über die Neutralitätsverpflichtungen, die man damals zu erlangen gesucht, anführt, kann von neutralem Horizonte aus unmöglich die englischen Staatsmänner schuldig erscheinen lassen, die sich damals geweigert haben, England dazu zu verpflichten, daß es gänzlich abseits stehe, wenn ‚Deutschland zu einem Kriege gezwungen sein sollte'. Deutschland ist ja jetzt, nach seiner

eigenen Überzeugung, zum Kriege ‚gezwungen' worden. Welch beredteres Beispiel läßt sich dafür anführen, daß jene deutsche Formel, gerade wie von englischer Seite eingewendet wurde, ein einseitiges Fesseln Englands bedeuten sollte, während es Deutschland (und seinen Bundesgenossen) freistand, nach Belieben zu handeln! — — —"

Da der neutrale Herr Branting in der Darstellung des leitenden deutschen Staatsmannes von dem Bestreben Deutschlands zur Erhaltung des Friedens während der verhängnisvollen diplomatischen Verhandlungen Ende Juli 1914 nur eitel „Zynismus" sieht, kann man sich ja nicht wundern, daß er die Worte des Reichskanzlers, daß Deutschlands Befreiung von Englands Einkreisungspolitik und die Befreiung der Weltmeere von der Alleinherrschaft Englands „zum Schutz des Friedens und der Freiheit" ausgenutzt werden sollen, als „unverschämtes Herausfordern" bezeichnet.

„Deutschland ist seit lange die größte Militärmacht der Erde und sollte nun auch noch die Weltmeere beherrschen", sagt Herr Branting, — wobei er augenscheinlich die kleine friedliche russische Militärmacht (in der Ententesprache einst so hoffnungsvoll „Dampfwalze" genannt) vergißt und auch wohl Englands Fähigkeit, sich selbst dann noch eine ziemlich große Flotte zu halten, wenn die Weltmeere von Englands jetziger Alleinherrschaft befreit sind, in etwas grotesker Weise unterschätzt.

Herrn Brantings Neutralität reicht augenscheinlich nicht so weit, daß sie deutschen (und österreichischen) Staatsinteressen ebensoviel Wichtigkeit zugestehen könnte wie englischen, russischen und französischen. Letztere sind ihm unter demokratischen Gesichtspunkten den deutschen unbedingt überlegen, da diese ja, nach englisch-französischer Formel, nur als Vertreter des „zynischen", nach der „Weltherrschaft" strebenden „deutschen Militarismus" gelten.

Das stockblinde Vorurteil des schwedischen Sozialistenführers gegen Deutschland und sein Köhlerglaube an die demokratische Zuverlässigkeit der russisch-englisch-französischen Weltkriegspolitik haben zum Glück auch bei verschiedenen seiner eigenen schwedischen Parteigenossen starkes Bedenken erregt — sogar bei solchen, die ihn an „antimilitaristischer" und radikaldemokratischer Orthodoxie noch weit übertreffen.

So spricht zum Beispiel der Führer jener „radikalen" Richtung, Herr Z. Höglund, in seiner Zeitung „Die Sturmglocke" seine Mißbilligung über „den einseitig frankophilen Standpunkt" aus, „den Branting zum Welt-

kriege eingenommen hat und gegen welchen wir die wirklich sozialistische Auffassung festhalten, die der in kapitalistischem und militaristischem Geiste geführten Politik der Regierungen aller Länder die Schuld gibt". In einem Artikel über „die Verantwortung für den Weltkrieg" fährt er folgendermaßen fort:

„Daß die französische Regierung den Frieden erhalten wollte, jedenfalls den Frieden in jenem Augenblicke, ist sehr glaubhaft. Aber, wenn etwas, so ist gerade dies eine ‚Vereinfachung historischer Probleme', wenn man nur nach dem Verhalten der Regierungen an dem Zeitpunkte, als die Krisis akut wurde, urteilen will. Daß Frankreich, das seine dreijährige Wehrpflicht noch ebensowenig hatte durchführen können, wie es seinem Bundesbruder Rußland gelungen war, seinen großen Flottenplan zu verwirklichen, gerade jetzt nicht gut auf den Krieg vorbereitet war und deshalb den Frieden zu bewahren suchte, verhindert nicht, daß diese Mächte durch ihre vorhergehende Politik ebensowohl wie Deutschland die ungeheuere Verantwortung für den Weltkrieg tragen. Ist es ein ‚Armutszeugnis', so zu urteilen, dann sind die ganze sozialistische Wissenschaft und die Beschlüsse der Internationale reine Armutszeugnisse, denn sie haben diese Weltkatastrophe vorausgesagt, und zwar nicht als Folge der böswilligen Machthaber eines einzigen Landes, sondern als Resultat der imperialistischen Politik, die sämtliche Großmächte getrieben haben. Und diese Theorie ist sicherlich haltbarer als das erhitzte Gefühlsdenken, das nur einer Seite alle Schuld und alle Verantwortung zuschieben will — eine Stimmung, die freilich wegen der vielen verabscheuenswürdigen Taten der deutschen Kriegsführung, die uns alle empören, erklärlich ist, die aber doch wenig mit der materialistischen Geschichtsauffassung, zu der Branting sich früher bekannt hat, übereinstimmt.

Es gilt, nicht nur deutschen Militarismus und Kapitalismus, sondern in allen Ländern Militarismus und Kapitalismus zur Strecke zu bringen, das muß unsere Losung sein. Französische Nationalisten oder englische Nationalisten sein ist nicht besser, als deutsche Nationalisten zu sein. Nein, nichts von alledem! Nur mit einem Vaterlande sympathisieren wir: dem Sozialismus! Nur einen Krieg billigen wir: den Klassenkampf! Nur eine Fahne erheben wir: die der Internationale!"

Diese Art programmatisch korrekter Argumentation hätte man mit unbestreitbarem Rechte von einem sozialdemokratischen Führer eines neutralen Landes, wo der Weltkrieg noch keine rein nationalen oder nationalistisch-politischen Leidenschaften gegen irgendeine der kämpfenden Nationen hat

entzünden können, erwarten sollen. Anstatt dessen hat Herr Branting vom ersten Tage des Weltkrieges an die schwedische Sozialdemokratie in eine grundsätzlich deutschfeindliche und ententefreundliche Politik hineinbugsiert, welche die fundamentalen sozialdemokratischen Gesichtspunkte, die an die große Weltkrise anzulegen sind, gänzlich beiseiteschiebt.

Ich werde in der Folge reichlich Gelegenheit haben, dieses in Beziehung auf die Frage nach dem Einflusse des Weltkrieges auf die künftige Entwicklung des europäischen Demokratismus so beachtenswerte Verhalten näher zu beleuchten. Nun gehe ich zu der zweiten großen Aussprache des leitenden deutschen Staatsmannes über Deutschlands grundsätzliche Mindestanforderungen an den Inhalt eines Friedensschlusses über.

In seiner am 9. Dezember 1915 im deutschen Reichstage gehaltenen Rede konnte der Reichskanzler auf eine Reihe neuer, den Mittelmächten sehr günstiger und für ihre Lage bedeutungsvoller Kriegsereignisse zurückblicken. Die starke gerade Schützengrabenlinie im Osten (Dünaburg-Czernowitz) war nun schon eine „alte" strategische Tatsache. Serbien war vollständig besetzt. Der Weg zwischen Mitteleuropa und Vorderasien war erschlossen — mit allem, was dies an Möglichkeiten, um dem von den Weltmeeren abgesperrten Deutschland Lebensmittel und Rohstoffe zuzuführen und die Türkei mit Kriegsmaterial und Truppenführern zu versehen, mit sich bringt. Das Säubern der Gallipolistellungen vom Feinde und das Beginnen einer Offensive unten am Persischen Meerbusen und gegen Suez waren nur noch Zeitfragen. Über die gegen Rußland und Serbien nicht länger notwendigen Truppenmassen ließ sich nun anderweitig verfügen. Gewaltige Offensivversuche des Feindes in Frankreich und auf der italienischen Seite hatten vor kurzem ihre aller Welt bekanntgegebenen Zwecke, nämlich zu einem „entscheidenden Durchbruche" nach Art des Durchbruchs der Mittelmächte in Galizien und Serbien zu führen, vollständig verfehlt.

Nachdem er über diese Lage Bericht erstattet hatte, beantwortete der Reichskanzler eine von sozialdemokratischer Seite vorgebrachte Interpellation: ob der Reichskanzler bereit sei, sich darüber zu erklären, unter welchen Bedingungen er auf Friedensverhandlungen eingehen werde. Die Antwort war, ebenso wirklichkeitsgetreu wie tragisch, unvermeidlicherweise diese: Die Feinde Deutschlands seien nicht in der Gemütsverfassung, daß sie einen deutschen Friedensvorschlag diskutieren würden, denn sie erklärten einstimmig, daß sie sich nicht mit weniger als der „Zertrümmerung Deutschlands"

oder der „Vernichtung des deutschen Militarismus" begnügen könnten. Jedes deutsche Friedensangebot werde als ein Geständnis deutscher Schwäche aufgefaßt und entflamme daher die Kampflust und die Siegesgewißheit des Feindes noch mehr — verlängere also den Krieg.

„Wenn ich hier über eigene Friedensbedingungen sprechen soll," sagte der Reichskanzler, „muß ich mir erst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Feinde haben im ersten Rausch der Hoffnungen, die sie zu Beginn auf diesen leichten Krieg setzen zu können meinten, die ausschweifendsten Kriegsziele aufgestellt, haben die Zertrümmerung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, für diesen Zweck 20 Jahre lang kämpfen. Inzwischen ist man dort über eine solche Dauer des Krieges etwas besorgt geworden. Aber das Endziel ist trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit dasselbe geblieben. Ich verweise auf die kürzlich von der vielgelesenen ‚National Review' aufgestellten Kriegsziele. Und so geht es mit wenigen Ausnahmen fast durch die ganze englische Presse. Der ‚Statesman', ein als gemäßigt bekämpftes liberales Blatt, nennt unter den Friedensbedingungen die Zurückgabe Elsaß-Lothringens, die Vernichtung des preußischen Militarismus, die Vertreibung der Türken aus Europa, die Herstellung eines Großserbiens mit Bosnien. Der frühere Minister Masterman verlangt die Abtretung der linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes. Und der ‚Labour Leader' meint, mit diesen Forderungen habe die Regierung einen Fühler ausstrecken wollen. Es bleibt eben alles beim alten: Deutschland muß vernichtet werden.

Und so klingt es auch aus der französischen Presse heraus. Noch immer wird Elsaß-Lothringen gefordert. Herr Hanotaux hat noch kürzlich im ‚Figaro' im Gegensatz zu der sonst üblichen Legende von dem überfallenen Frankreich das offene Bekenntnis abgelegt, Frankreich habe den Krieg gemacht, um Elsaß-Lothringen zu erobern. Mir schien, daß der Herr Abgeordnete Scheidemann andeuten wollte, solche Presseäußerungen gäben die wahre Stimmung des Volkes nicht wieder. Es mag sein, daß bei den Feinden einzelne nachdenkliche Männer, die sich Rechenschaft von der militärischen Lage geben, im Grunde ihres Herzens wünschen, daß dem entsetzlichen Blutvergießen bald ein Ende gemacht werde. Aber ich sehe nicht, daß diese Männer in den spärlichen Fällen, wo sie zum Worte kommen, auch durchdringen. Vielleicht gehört ihnen einmal die Zukunft, die Gegenwart sicher nicht. — — —

Unter der Protektion der Regierungen hat man die Völker von Anfang

an über die Wirklichkeit getäuscht, durch die fabrikmäßige Herstellung und Verbreitung von Lügennachrichten aller Art unauslöschlichen Haß gegen uns gesät. Nun sieht man, daß mit alledem keine Siege erfochten werden. Man hat reichliche militärische und diplomatische Niederlagen erlitten, Hekatomben geopfert, man kann es nicht mehr verbergen, daß wir weit in Feindesland stehen, im Osten und im Westen, daß wir den Weg nach dem Südosten geöffnet haben, und daß wir sehr wertvolle Faustpfänder in der Hand haben. Aber das Ceterum censeo, daß Deutschland zertrümmert werden soll, soll trotzdem nicht aufgegeben werden. Man hat sich so fest darauf verbissen, daß man davon nicht mehr loskommen kann. Und deshalb müssen weitere Hunderttausende auf die Schlachtbank getrieben werden. — — —

Wenn einmal die Geschichte über die Schuld an diesem ungeheuerlichsten aller Kriege und seine Dauer urteilen wird, dann wird sie das entsetzliche Unheil aufdecken, das Haß, Verstellung und Unkenntnis angerichtet haben. Solange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Machthabern besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die nicht den Krieg verkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen. Noch wird der Vernichtungskrieg gegen uns betrieben. Damit müssen wir rechnen. Mit Theorien, mit Friedensäußerungen von unserer Seite kommen wir nicht vorwärts und nicht zu Ende. Kommen uns unsere Feinde mit Friedensangeboten, die der Würde und Sicherheit Deutschlands entsprechen, so sind wir allezeit bereit, sie zu diskutieren. In dem vollen Bewußtsein der großen, von uns erstrittenen und unerschütterlich dastehenden Waffenerfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Elends ab, das Europa und die Welt erfüllt. Es soll nicht heißen, wir wollten den Krieg auch nur um einen Tag unnötig verlängern, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand erobern wollen.

In meinen früheren Reden habe ich das allgemeine Kriegsziel umrissen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die Kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet. Aber eines müssen sich unsere Feinde selbst sagen: je länger und verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind.

Wollen unsere Feinde für alle Zukunft eine Kluft zwischen Deutschland

und der übrigen Welt aufrichten, dann sollen sie sich nicht wundern, daß auch wir unsere Zukunft danach einrichten. Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue und schärfer als bisher bedrohen. Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute. Und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten.

Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und wir müssen auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Entfaltung sichern. Was dazu nötig ist, muß erreicht werden. Ich denke, es gibt im deutschen Vaterlande niemanden, der nicht diesem Ziele zustrebte."

Einem gewöhnlichen Menschenverstande, der die Darstellungen der Ententekritiker und der Ententepresse über die Vorgeschichte des Kriegsausbruches nicht ganz unkritisch mit Haut und Haar verschluckt und dazu die am tiefsten liegenden weltgeschichtlichen Ursachen des Krieges wie seine vor dem Juli 1914 liegenden diplomatischen Vorbereitungen unparteiisch durchforscht hat, wird diese maßvolle Darstellung des deutschen Reichskanzlers hinsichtlich der Stellung Deutschlands zur Friedensfrage im Dezember 1915 schwerlich als etwas anderes erscheinen können denn als selbstverständlicher Ausdruck der gegebenen Lage. Die Feinde schwören, jetzt wie im ersten Augenblicke des Krieges, hoch und heilig, daß sie nicht anders als unter gewissen, für Deutschland geradezu wahnsinnig unannehmbaren Bedingungen an Frieden denken werden. Was bleibt da einem Staatsmanne anderes übrig, als ganz ruhig zu erklären, daß Deutschland sich nur an einem Frieden beteiligen könne, der dem Deutschen Reiche wirksamen Schutz gegen die gegenwärtige und künftige Verwirklichung dieser ursprünglichen, auch jetzt noch festgehaltenen Kriegsziele des Feindes gewähre?

Die neutrale Leitung der neutralen schwedischen Sozialdemokratie war jedoch anderer Meinung. Denn ihr neutraler Gedankengang ist so: Rußland-England-Frankreich kämpfen für das Recht und für die Humanität, wenn sie für ihre Staatsinteressen kämpfen; Deutschland aber ist so beschaffen, daß es für nichts anderes als Unrecht und Unmenschlichkeit kämpfen kann, wenn es für seine Staatsinteressen kämpft.

Bethmann-Hollwegs Worte über „notwendige Garantien" empören die neutrale Zeitung „Social-Demokraten" aufs tiefste und veranlassen sie, folgendes zu schreiben:

„Deutschland muß ‚Garantien' haben, und diese Garantien bestehen in Eroberungen im Osten sowohl wie im Westen. Die ‚Einfallstore', worüber man den Feind nicht verfügen lassen darf, sind nicht genauer bezeichnete fremde Landgebiete, die unter deutsche Herrschaft gebracht werden sollen, und die Größe der Garantien wird in direkter Proportion zur Vollständigkeit der militärischen Erfolge stehen. — Dies ist ein so offenes Eingeständnis des Annexionskrieges, daß es durch einige vorangehende oder nachfolgende Stilblüten wie ‚Kampf um unser Leben und unsere Freiheit' oder die sonderbar herausfordernde, aber vollständig unbewiesene Behauptung, daß ‚Frankreich und England Belgien als ihr Aufmarschgebiet betrachteten' (!), nicht zu verwischen ist.

Das Gute hat also die sozialistische Interpellation mit sich gebracht, daß der Reichskanzler gezwungen war, sich deutlicher auszusprechen. Über die Art der kaiserlich deutschen Kriegsziele kann von nun an kein Zweifel herrschen, wenn auch das detaillierte Annexionsprogramm einstweilen noch nicht vorliegt. — Deutschlands Krieg ist offen ein Krieg zur Machterweiterung geworden. Die Parteien, die in der Folge die deutsche Regierungspolitik stützen, können sich nach diesem noch weniger als früher damit entschuldigen, daß es ihnen an Kenntnis des Zieles, das von ihr angestrebt wird, fehle."

Der „Social-Demokraten" ist in so extremem Grade neutral, friedensfreundlich, annexionsfeindlich und volksfreiheitsfreundlich, daß er fortfahren muß, gegen Deutschland zu hetzen, obgleich der deutsche Reichskanzler versichert, daß er jedes Friedensangebot, welches mit Deutschlands Würde und seiner zukünftigen Sicherheit vereinbar sei, diskutieren werde. Und die Zeitung fährt fort, warm mit Rußland und seinen Freunden England und Frankreich zu sympathisieren, obwohl diese seit sechzehn Monaten durch ihre verantwortlichen Staatsmänner versichert haben, daß sie von keinem anderen Frieden als einem solchen wissen wollen, der gewaltige Annexionen deutscher und österreichischer Gebiete nebst der gröbsten Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes in inneren politischen Fragen („Vernichtung des Militarismus", Zerstörung der Reichseinheit usw. in Deutschland) enthalte.

Es kann ja den Anschein haben, als ob ein Grundsätzlich-Neutraler und grundsätzlicher Friedensfreund wie Herr Branting, wenn nicht aus Deutschfreundlichkeit, so doch aus gewöhnlicher „Humanität", vor den entsetzlichen weiteren Blutopfern zurückscheuen müßte, welche das Durchsetzen der Annexions- und Unterwerfungspläne der Entente gegen Deutschland selbstverständlich kosten wird, wenn der Ausgangspunkt des Siegeszuges in strategischer Hinsicht so ungünstig ist wie die Lage der Entente am Ende des Jahres 1915.

Keineswegs! Das moralische Entsetzen des neutralen Pazifisten Branting vor einem deutschen Erfolge und sein heiliges Herbeisehnen eines gründlichen Russen- und Ententesieges lassen ihn den Blutpreis, um welchen solche Herrlichkeit und solcher Segen erkauft werden müssen, ganz vergessen.

Ungleich solchen engelhaften Staatswesen wie Rußland, England und Frankreich ruht Deutschland, wie Herr Branting meint, seit 1870 auf unheiligem Grunde. Die Menschheit kann keinen Frieden in ihrer Seele finden, bevor nicht das in der Weltgeschichte absolut einzig dastehende Verbrechen, das Deutschland 1871 gegen Frankreich begangen hat, gesühnt worden ist — gesühnt nach dem gegenwärtig gegen Deutschland aufgestellten Siegesprogramm der Entente! Der neutrale schwedische Arbeiterführer schreibt nämlich im „Social-Demokraten" vom 17. Dezember 1915 unter dem Titel „Die Voraussetzungen des Friedens" (und auf Veranlassung der Dezemberrede Bethmann-Hollwegs) auf folgende ebenso friedfertige wie geschichtlich-neutrale und tiefsinnige Weise:

„Wie nie vorher in der Geschichte der Welt," sagt er, „ist es Massen unter den kämpfenden Völkern klar, daß, wenn jetzt das Unglück über sie hereinbricht, eine Lösung zu finden sein muß, die es mit sich bringt, daß sich dies nicht wiederholen darf und daß der unheimlichste, größte aller Kriege auch der letzte ist. — Doch eine solche Lösung, ein dauerhafter Friede läßt sich nur auf allgemeiner Anerkennung der in unserer gegenwärtigen Entwicklungsperiode allgemeingültigen Rechtsgrundsätze aufbauen. Die Heiligkeit der zerrissenen Verträge muß wiederhergestellt werden. Der Friede kann niemals daraus hervorgehen, daß ein gewisses Volk für sich eine unangreifbare Machtstellung, die unter Zertreten des Rechtes kleinerer Nachbarvölker auf Selbstbestimmung erlangt werden soll, beansprucht.

Solange derartige Ansprüche festgehalten und sogar mit der Drohung, daß die Bedingungen des Siegers um so drückender werden sollen, je länger der Widerstand dauert, verschärft werden, kann Verzweiflung über die

Schrecken des Krieges nie zu dem Frieden, nach welchem der gute Wille ruft, führen. Denn noch lebt, zur Ehre unseres Geschlechtes, bei Kleinen und Großen im tiefsten Innern das Freiheitsgefühl, das da sagt: lieber Tod als Sklaverei. Und wenn dieser oder jener kleine vertrocknete Winkelprädikant nichts von dem erfaßt, was die Zeit mit donnernder Stimme einschärft, daß überall der Einzelmensch willig zurücktritt, sobald es sich um Leben und Tod der Nation handelt, und wenn fortfahrend, wie vor der Wirklichkeit des Ernstes, diese oder jene höhnische Stimme fragt, was es dem Proletariate nütze, für das sogenannte Vaterland zu fallen, so hat die Arbeiterwelt in allen kriegführenden Ländern, wo man weiß, daß man für das Recht des Volkes, frei und ungekränkt zu leben, kämpft, oder wo man dafür zu kämpfen geglaubt hat, millionenfach gezeigt, daß sie, sobald es wirklich darauf ankommt, mit jenen Stimmen nichts gemeinsam hat. — Der Wille zum Frieden und der Wille zur Freiheit dürfen weder voneinander isoliert betrachtet werden, noch kann man sie überhaupt so sehen. Ein Friede, der nur die Unterdrückung legalisieren würde, wäre ein permanentes Verbrechen, aber auch als Friede von geringem Werte. Er würde nur ein Waffenstillstand sein, ein Sammeln der Kräfte, unter neuem Rüsten zu neuen Abrechnungen mit neuen Hekatomben an Blutopfern.

Der muß blind sein, welcher nicht sieht, daß der jetzt tobende große europäische Krieg eine seiner tiefen Wurzeln noch in dem Unrecht hat, welches das siegreiche Deutschland 1871 beging, als Frankreich um zwei Provinzen verstümmelt wurde, ohne Rücksicht auf die ergreifenden Proteste ihrer Bevölkerung. Damals berief man sich auf militärische Gründe und ließ sie ausschlaggebend gegen das Selbstbestimmungsrecht sein — damals mußte wie jetzt ein ‚Einfallstor' um Deutschlands künftiger Sicherheit willen mit festem Riegel versperrt werden. Damals aber sagte Karl Marx die verhängnisvollen Folgen einer solchen törichten Politik, die in letzter Hand nur dem freiheitsfeindlichen Zarentum nützen würde, voraus, und Bebel sowie Liebknecht der Ältere wanderten wegen ihres Einspruchs gegen das Recht der Gewalt ins Gefängnis. Jetzt will nur noch eine Minderzahl der so gewaltig angewachsenen deutschen Sozialdemokratie in der Frage Elsaß-Lothringens der Bevölkerung dieser Landesteile zugestehen, daß sie endlich selbst ihre Wahl treffe, und das Einverstandensein des einen Sprechers der Mehrzahl mit den Gesichtspunkten des Reichskanzlers gibt wahrlich geringe Hoffnung auf ernsten Widerstand gegen neues Annektieren neuer ‚Einfallstore'.

„Wie kann man sich dann darüber wundern, daß auch die flehentlichsten Friedensstimmen verklingen, ohne auf den Seiten Widerhall zu finden, wo man aus bitterer Erfahrung den geringen Wert eines Friedens kennt, den die Macht in Widerstreit mit dem tiefsten Rechtsgefühl des Volkes, das ihr Opfer wird, diktiert hat! Kann man sich wundern, daß Nationen, die schon soviel kostbares Blut vergossen und den Schrecken ins Auge gesehen haben, sich weigern, auch nur einen Augenblick daran zu denken, das Ende neue unheilbare Wunden zwischen den ersten Völkern Europas, neue Zwangsformationen, die früher oder später neue Krisen erzeugen würden, sein zu lassen! Und daß sie sich um so bestimmter weigern, weil sie Grund zu haben glauben, damit rechnen zu können, daß das Übergewicht einer viel größeren Kriegsbereitschaft sich, trotz allem, während der Dauer des Krieges immer mehr ausgleichen muß."

Die Weltgeschichte der letzten Jahrzehnte (oder Jahrhunderte) hat bekanntlich keine anderen „zerrissenen Verträge" aufzuweisen als die, welche Deutschland, einzig und allein aus Brutalität und Schurkerei, zerrissen hat! Die Geschichte neuerer und älterer Zeiten hat keine anderen „rechts- und freiheitsverletzenden" Annexionen aufzuweisen, als die 1864 und 1871 von deutscher Seite erfolgten Annexionen jener Gebiete, die zum allergrößten Teile alte deutsche Reichsländer waren! Es gibt in der Gegenwart kein anderes Volk, als das deutsche jetzt eben durch seinen Reichskanzler, das „für sich eine unangreifbare Machtstellung beansprucht" hat oder beansprucht! Hier kann von England oder von Rußland — oder von Frankreich vor 1866—70 — gar keine Rede sein, denn sie haben ja nie, zu keiner Zeit und am allerwenigsten kürzlich, das „Selbstbestimmungsrecht" kleinerer Völker, besonders „kleinerer Nachbarvölker" zertreten!

„Lieber Tod als Sklaverei!" — ruft der pazifistische Herr Branting aus, da er so aus der Tiefe seines weltgeschichtlichen Wissens heraus das neutrale Bild der einzig dastehenden Schlechtigkeit Deutschlands und der weißen Unschuld Englands, Rußlands und Frankreichs aufmalt. Das Ende des Weltkrieges darf nicht „neue unheilbare Wunden zwischen Europas ersten Völkern, neue Zwangsformationen, die früher oder später Krisen erzeugen würden," sein, und daher muß die Entente nach ihrem Programm siegen, nicht Deutschland nach seinem. Der neutrale Herr Branting scheint nämlich, obgleich er Sozialdemokrat ist, mit Sasonow, Grey und Poincaré befreundet genug zu sein, um vor Gott und der Weltgeschichte zuverlässig verbürgen zu können, daß von irgendeiner „unheilbaren Wunde" und irgend-

welcher „Zwangsformation" sicherlich nicht die Rede sein wird, falls diese Herren nach ihrem Programme siegen.

Aber dieses Programm wird ja (natürlich „zum Frommen der Menschheit!" — aber dennoch, leider, nicht ganz mit der freien Zustimmung des deutschen Volkes!) doch Deutschland „unheilbare Wunden" schlagen und es in allerlei „Zwangsformationen" fesseln! Oder nimmt Herr Branting dies Programm nicht ernst? Sieht er es als weniger ernst gemeint an? Hegt er gar keine Besorgnis um z. B. Polen und Finnland oder um z. B. die orientalischen Staaten, denen Rußland, England und Frankreich, in gutem Einverständnis miteinander und unter grundsätzlicher Zurückweisung jeglicher Einmischung von deutscher Seite, gerade in den dem Weltkriege vorangehenden Jahren „unheilbare Wunden" beizubringen und „Zwangsformationen" anzulegen begonnen haben? Oder ist Herr Branting bei näherem Nachdenken doch damit einverstanden, daß man auch diese, seine eigene, „humanitäre", so lebhaft an den Stil der um Soldaten und Kredit werbenden Ententepresse erinnernde Tirade, die ich mir hier anzuführen erlaubt habe, als weniger ernstgemeint ansieht?

Auf diese interessante Frage werde ich in einem späteren Kapitel zurückkommen, denn Herr Branting gibt uns ein außerordentlich feines Beispiel einer Parteiführerpolitik in einem neutralen Lande, wie sie während einer Weltkrise, die sowohl bei den Neutralen wie bei den Kriegführenden zu den umfassendsten, bedeutungsvollsten Veränderungen in der außenpolitischen Lage führen muß, nicht sein soll.

4. Deutschlands Entwicklungsanforderungen und Friedensbedingungen

Der als Napoleonbiograph und durch sein berühmtes Buch The Development of the European Nations 1870—1900 bekannte Geschichtsprofessor in Cambridge, J. Holland Rose, hielt im Herbst 1914 eine Reihe Vorlesungen über den Weltkrieg unter dem Titel The Origins of the War. In der dritten Vorlesung, Germany's World-Policy, spricht er sich unter anderem über die deutschen Reichseinheitsbestrebungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus, die er mit the Pan-German movement in Verbindung bringt — eine Bezeichnung, die er, obgleich mit zweifelhafter Berechtigung, auf die Theoretiker und Agitatoren des gegenwärtigen deutschen Imperialismus im allgemeinen anwendet. Die jetzigen „Pangermanen" oder die Alldeutschen sind nur der politisch bedeutungslose extreme Chauvinistenflügel des in viele „Zweige" zersplitterten heutigen Imperialismus.

„Die Pangermanen", sagt Rose[1], „streben irgendeine Art Vereinigung aller Völker, die Deutsch oder gewisse Dialekte dieser Sprache sprechen, an. Dies ist kein neuer Gedanke. Viele Studentengenerationen hatten die berühmte Zeile in dem Arndtschen Nationalliede von 1813: Das ganze Deutschland soll es sein! mit Begeisterung gesungen. Und 1848—49 sah es kurze Zeit so aus, als ob ein größeres Deutschland hätte zustande kommen können. Daß der demokratische Imperialismus in diesem Lande erfolglos blieb, das ist eines der größten Unglücke des 19. Jahrhunderts. Denn die damals beabsichtigte Föderation hätte sowohl die Forderung der nationalen Einheit wie auch die der Volkssouveränität befriedigt. Außerdem hätte das deutsche Volk, nachdem es so eine passende politische Organisation erhalten, auf einen Anteil an den überseeischen Gebieten, die damals leicht zu erlangen waren, Beschlag legen können. In solchem Falle wäre wohl das Britische Imperium jetzt nicht ganz so groß geworden, wie es jetzt ist, aber wir hätten wahrscheinlich auch nicht den gegenwärtigen Weltkrieg zu erleben brauchen, der, in kolonialpolitischer Hinsicht, der planmäßig angelegte Versuch des Kaisers

[1] Op. cit. Seite 63—64. Ich habe gewisse Stellen gesperrt wiedergegeben.

und seines Volkes ist, Gebiete an sich zu reißen, welche früher gestartete Mitbewerber im Wettrennen des Imperialismus sich schon angeeignet haben. — — — Deutschland hat hierbei Grund zur Klage, und darin liegt die Stärke der pangermanischen Bewegung — — —."

Deutschland bedürfe, wenigstens in Zukunft, eines Kolonialreiches von ganz anderem Typus, als es bisher habe erlangen können, meint Rose. Und er schließt das Kapitel mit folgenden Worten[1], die nicht nur den Ententevölkern und ihren Lenkern, sondern auch neutralen, demokratischen Ententepolitikern und Antideutschenfanatikern vom Schlage Brantings zur Beherzigung anempfohlen werden können.

„Wir müssen daher den Gedanken aufgeben, daß wir nur gegen eine Regierung, die ihre Untertanen verblendet hat, Krieg führen. Die Tatsachen der Lage beweisen, daß es sich anders verhält. Wir kämpfen auch nicht gegen eine herrschende Militärkaste, die nach einigen Niederlagen gestürzt werden kann. Wir bekriegen ein fast ganz einiges Volk. Die Begeisterung, mit welcher eine Welle der alten Männer des deutschen Landsturms und der Jünglinge nach der anderen bei Ypern der beinahe unvermeidlichen Vernichtung entgegenstürmte, muß uns die Tatsache erkennen lassen, daß wir einem ganzen Volke in Waffen Auge in Auge gegenüberstehen, einem Volke, das entschlossen ist, zu siegen, koste es, was es wolle. Denn der Siegespreis ist ein Weltimperium (‚a World-Empire'), während die Niederlage bedeuten wird, daß die deutsche Bevölkerungsfrage auf die schrecklichste aller Arten gelöst wird, nämlich durch Entvölkerung."

Eine etwas gediegenere Sachkenntnis, als der Professor Rose sich bei dieser Gelegenheit zu leisten geruht hat, muß jeden halbwegs vorurteilslosen oder unparteiischen Beobachter davon überzeugen, daß man den Weltkrieg, von seiner Ursprungsseite gesehen, durchaus nicht als den „planmäßig angelegten Versuch" („The deliberate attempt") „des Kaisers und seines Volkes, Gebiete an sich zu reißen, welche früher gestartete Mitbewerber im Wettrennen des Imperialismus sich schon angeeignet haben", bezeichnen kann. So einfach war, wie Professor Rose wissen dürfte, die kolonialpolitische und diplomatische Lage vor dem Weltkriege nicht. Und Professor Rose wird wohl zugeben, daß irgendwelche unmittelbare kolonialpolitische Ursache zum Ausbrechen des Weltkrieges überhaupt nicht

[1] Op. cit. S. 67. Auch hier habe ich einige Zeilen in Sperrdruck wiedergegeben.

vorhanden war. Er entstand erwiesenermaßen dadurch, daß die führenden Staatsmänner Rußlands den nach dem Morde in Serajewo unvermeidlichen lokaleuropäischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien mit unerschütterlicher Folgerichtigkeit und ohne den geringsten Versuch wirksamen Verhinderns von seiten Englands und Frankreichs zu einem kriegerischen Zusammenstoße zwischen den beiden großen Koalitionen Europas, der mitteleuropäischen und der west-osteuropäischen, erweitert haben.

Doch Professor Rose hat, abgesehen von seiner ein wenig dilettantenhaften bevölkerungstheoretischen Argumentation, in seiner Auffassung, daß Deutschland auf kolonialpolitischem Gebiete „Grund zur Klage" habe und daß „hierin die Stärke der pangermanischen Bewegung liege," unwiderleglich recht. Und zahlreiche deutsche Meinungsäußerungen während des Krieges beweisen, daß dieser eine kolonialpolitische Bedeutung erhalten hat, nachdem er Deutschland in einem ganz anderen Zusammenhange aufgezwungen worden war — ganz gegen den Wunsch und Willen des „Kaisers und seines Volkes", wenn auch ganz gewiß zur Zufriedenheit einer relativ kleinen Anzahl chauvinistischer, aber politisch einflußloser „Alldeutscher" und fanatischer Kriegspolitiker.

Unklare Schwärmer und schädliche Schwätzer des letzteren Typus findet man erwiesenermaßen in allen kriegführenden Ländern. Aber in England und Rußland, sogar auch in Frankreich stehen sie in unvergleichlich viel stärkerem Zusammenhange mit den tiefsten nationalen und politischen Instinkten der breiten Volksschichten als in Deutschland. Nicht zum wenigsten aus dem Grunde, weil die tatsächlich existierenden englischen, russischen und französischen Kolonialreiche durch ihre Entstehung die mächtigsten Volkserzieher zu gerade der betreffenden Art eines tiefeingewurzelten, im Alltagsleben halb unbewußten Chauvinismus gewesen und es durch ihr bloßes Dasein auch geblieben sind.

Dagegen ist es reiner Irrtum oder (natürlich nicht bei Rose) reine Fälschung, die den Nachbarn lebensgefährliche Eroberungslust oder geradezu Weltherrschaftsträume als Hauptfaktor in den sorgfältig ausgearbeiteten politischen Aktionsplänen des „Kaisers und seines Volkes" vor dem Weltkriege darzustellen. Und was die „Weltherrschaft" anbetrifft, so fehlt es der Entente und ihren neutralen Freunden auch jetzt, nachdem der Weltkrieg anderthalb Jahre gedauert, natürlich an allem realen Grunde zu ihrem hysterisch-agitatorischen Geschwätze, daß jeder andere Ausgang des Krieges, als Deutschlands vollständige zerschmetternde Niederlage, die „Pläne des

Kaisers" zu einer die Menschheit in Sklaverei bringenden Weltoberherrschaft zu Lande und zu Wasser verwirklichen und Deutschland, wie Lloyd George am 28. Februar in Bangor gesagt hat, zum „Weltdiktator der auswärtigen Politik" machen würde[1]. Diese Rolle muß ja in den Händen Englands bleiben, dessen auslandspolitische Interessen glücklicherweise immer mit den Geboten der (englischen) Religion und Moral und mit den höchsten Interessen der ganzen Menschheit (durch die englische Brille betrachtet) identisch sind.

Doch es liegt allerdings nahe, daß Deutschland durch einen ihm günstigen Ausgang des Weltkrieges eine sowohl festländisch-europäische wie kolonialpolitische und handelspolitische Machtstellung erlangen kann, die seinen Entwicklungskräften besser entspricht und es Rußland und England ebenbürtiger macht, als es vor dem Ausbruche des Krieges war. Falls Professor Rose unter dem „World-Empire" als dem von Deutschland angestrebten „Siegespreise" des Weltkrieges nicht eine militärisch und politisch höchste Herrschaft über die Welt, was ja Unsinn wäre, oder auch nur ein solches Oberimperium, wie England es hundert Jahre hindurch auf Grundlage seiner maritimen Alleinherrschaft zu verwirklichen versucht hat, versteht, sondern nur eine besonders in kolonialpolitischer Hinsicht erheblich stärkere Weltmachtstellung als Deutschlands bisherige, dann glaube ich, daß er nunmehr recht hat — dank der umwälzenden Einwirkung des Weltkrieges auf die deutsche Volksmeinung und auf das Arbeitsprogramm der leitenden deutschen Staatsmänner.

Will man sich ein wirklichkeitsgetreues Bild wirklicher deutscher Meinung und wirklicher deutscher Bestrebungen auf den Gebieten der auswärtigen Politik verschaffen — anstatt mit den kriegführenden und neutralen Feinden Deutschlands die übertriebenen Äußerungen politisch einflußloser deutscher Theoretiker und Agitatoren noch mehr zu übertreiben — und will man zu der in dieser ebenso verwickelten wie politisch bedeutungsvollen Frage enthaltenen Wahrheit vordringen, dann dürfte es in erster Reihe erforderlich sein, daß man zwischen der deutschen öffentlichen Meinung vor dem Kriege und der Meinung, wie sie sich unter dem Eindrucke der ungeheueren Opfer und der bedeutungsvollen militärischen Erfolge der achtzehn Kriegsmonate gestaltet hat, einen Unterschied mache. Vieles, was vor dem Krieg nur Theorie war, ist jetzt praktisches Arbeitsprogramm.

[1] Through Terror to Triumph, London 1915. S. 86.

Ein Krieg ums Dasein gegen eine so fürchterliche Koalition, wie die russisch-englisch-französisch-japanisch-italienische mit ihren willigen neutralen Helfern, kann nicht das Schicksal eines großen Volkes werden, ohne daß dies Volk die Grundgedanken zur Regulierung seines künftigen Zusammenlebens mit näheren und ferneren Nachbarn auf tiefgehendste Weise umgestaltet und mit aller Energie feststellt. Diese Grundgedanken müssen „imperialistisch" sein — mögen auch alle pazifistischen, demokratischen, neutralen und anderen Deutschfeinde jetzt noch so laut über diese schreckliche Tatsache jammern, die sie ruhig gutheißen, sobald es sich um England, Rußland, Frankreich, Japan usw. handelt. Denn es gilt der Regelung des Lebensverhältnisses zwischen einem Imperium, one imperial race, und den anderen. Dieses Lebensverhältnis kann, so wie es war, nicht gut gewesen sein — weil der Weltkrieg gekommen ist. Also: wie wird Deutschlands imperialistisches Friedens- und Zukunftsprogramm aussehen?

Mit einer Weisheit, die grell gegen die zahlreichen, reklameartigen Programmäußerungen besonders der englischen Staatsmänner absticht, haben die leitenden deutschen Staatsmänner trotz der gerade ihnen durch die Kriegslage dargebotenen Versuchungen, sich in möglichstem Maße enthalten, der Welt zu erzählen, wie sie das Fell zu verteilen gedenken, bevor der Bär wirklich erlegt ist. Und sie haben nicht zu öffentlichen Kannegießereien nach dieser Richtung hin ermuntert. Natürlich aber war es nicht zu vermeiden, daß es sowohl von seiten der großen politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen wie vieler Privatpersonen zu mehr oder weniger klaren Andeutungen und mehr oder weniger autoritativen Äußerungen gekommen ist. Und ebenso natürlich war es, daß diese oft in mehr oder weniger entstellter Form oder auch als rein apokryphische Dokumente Gegenstand der moralisch, politisch und wirtschaftlich empörten Kommentare der Feinde werden mußten.

Nunmehr, nachdem der Krieg entbrannt ist, sind wir uns und der Welt die Antwort auf die Frage schuldig: Wofür kämpft Deutschland?", schreibt der bekannte Nationalökonom G. v. Schulze-Gaevernitz in seiner Broschüre Freie Meere![1] „Deutschland", antwortet er, „erklärt jenen Zustand für kulturwidrig und menschheitsfeindlich, wonach es in das Belieben einer Macht gestellt ist, die Weltwirtschaft zu unterbinden, das Dasein aller anderen Völker damit ins Herz zu treffen und Not und Elend

[1] Berlin 1915, S. 23. Geschrieben im Februar 1915.

bis in die entlegensten Hütten zu tragen. Deutschland kämpft für die Freiheit der Meere, also für die Menschheit — auch für Frankreich. Deutschland erstrebt für sich keine Seeherrschaft, wozu es gar nicht die Kräfte hätte, sondern einen Zustand maritimen Gleichgewichts mehrerer Seemächte, in welchem Deutschland der stärksten Macht gleichberechtigt und gleichwertig zur Seite steht. Unter dieser Bedingung — aber auch nur unter dieser Bedingung, die allein das Dasein seiner Kinder und Enkel sichert — weist Deutschland auch heute noch Abrüstungsgedanken nicht von der Hand.

Des weiteren erklärt Deutschland jenen Zustand für kulturwidrig, wonach eine Macht in der Lage ist, die kolonialen Rohstoffgebiete der Welt nach Belieben für sich vorwegzunehmen, ihren Günstlingen zuzuteilen und anderen zu entziehen. Kolonialpolitik ist kein Luxus, sondern ein Lebensbedürfnis alteuropäischer Industrie- und Gläubigerstaaten mit beschränkter territorialer Basis. Für sich erstrebt Deutschland als Industrie- und Gläubigerstaat eine genügend breite, geographisch nicht zu entlegene koloniale Ausweitung. Der belgische Kongo böte die Möglichkeit einer solchen Ausweitung ohne ernstliche Beeinträchtigung der französischen oder britischen Kolonialinteressen.

Forderungen wie diese sind nicht etwa nur Gedanken eines einzelnen oder einer Klasse, sondern Forderungen des gesamten deutschen Volkes. Vor allem ist die deutsche Arbeiterschaft mehr als andere Volksklassen am freien Weltverkehr interessiert: an der Zufuhr von Nahrung, der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, dem Besitz von Rohstoffgebieten.

Zusammenfassend: Deutschland erstrebt Gleichberechtigung für sich und kämpft damit zugleich für die Befreiung der Menschheit."

Also: Deutschland kämpft für seine Gleichberechtigung (vor allem in kolonialpolitischer Hinsicht mit England) und damit auch für die Befreiung der ganzen Menschheit (von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von England).

In einer der Hauptsache nach ähnlichen Richtung scheint sich der ehemalige deutsche Kolonialminister Dernburg schon während seines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten nach dem Kriegsausbruche ausgesprochen zu haben. In den Times vom 4. Dezember 1914 finde ich ein Telegramm aus Neuyork, nach welchem Dernburg erklärt hätte, daß Deutschlands Friedensbedingungen keine berücksichtigungswerten Landerwerbungen in Europa umfassen würden, wohl aber gewisse koloniale Erweiterungen, sowie eine wirtschaftliche Interessensphäre von den Dardanellen bis zum Persischen

Meerbusen und die Beseitigung der maritimen Alleinherrschaft Englands. Er soll sich in dieser letzteren Frage folgendermaßen geäußert haben. Da England jetzt die Nordsee gesperrt habe, erweise es sich als notwendig, ein mare liberum herzustellen. Es sei unmöglich, Englands Theorie, daß die Weltmeere die Grenzgebiete des englischen Imperiums bildeten und alle Meere bis an die Dreimeilengrenze von der Küste anderer Staaten englische Gewässer seien, noch länger zu dulden. Folglich müßten die Gewässer vor den Küsten Englands, Frankreichs, Belgiens und Hollands auch für Kriegszeiten neutralisiert werden; und die Forderung der Vereinigten Staaten und Deutschlands, daß Privateigentum sich während des Krieges desselben Schutzes zu Wasser erfreue wie zu Lande, müsse durchgesetzt und von allen Nationen garantiert werden.

Außerdem sollen Dernburgs Friedensforderungen noch das politische Selbstbestimmungsrecht Finnlands, Polens und Ägyptens umfaßt haben, sowie auch die Aufhebung der Neutralität Belgiens, „die sich als praktische Unmöglichkeit erwiesen", da Belgien „Frankreichs und Englands Vasall" geworden sei. Deutschland müsse daher irgendeine Garantie dafür haben, daß die belgischen Häfen in Zukunft nicht wieder als Stützpunkte eines englischen oder französischen Angriffes gegen Deutschland benutzt werden könnten.

Diesen Grundgedanken, daß ein für Deutschland annehmbarer, dauerhafter Friede nur auf Grundlage der Befreiung der Weltmeere von Englands maritimer Alleinherrschaft und Deutschlands maritimer Gleichberechtigung mit den übrigen stärksten Handels- und Seemächten denkbar sei, habe ich oft angetroffen, nicht nur in der gewaltigen deutschen Kriegsliteratur, sondern auch, im persönlichen Gedankenaustausche, bei vielen führenden deutschen Politikern und Geschäftsleuten. Keine deutsche Weltsuprematie irgendeiner Art anstatt der englischen. Diese soll die letzte gewesen sein. Aber eine durch internationale Abmachungen garantierte und geschützte Freiheit für alle Völker zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und nationalen Wohlfahrt durch Befahren der Weltmeere. Diese dürfen nicht so, wie das trockene Land zwischen den Staaten geteilt sein muß, politisch beherrscht oder geteilt werden.

Wenn das englische Imperium ohne die gegenwärtige autokratische Waffenmacht über die Weltmeere nicht lebensfähig ist, so steht dies Imperium nicht nur Deutschlands freier Entwicklung, sondern auch der aller anderen

nichtenglischen Völker im Wege. Nichts kennzeichnet die gegenwärtige Lage deutlicher als die Unfähigkeit der Engländer und ihrer mit Deutschenhaß erfüllten Bewunderer, sich irgendeine andere Alternative zu denken, denn Deutschland an Stelle Englands als alleiniger Beherrscher der Weltmeere! Nach sich selbst beurteilt man andere.

Kein klarsehender, sachlich urteilender Nationalökonom wird meines Erachtens bestreiten können, daß diese Grundforderung des deutschen Friedens — freie Meere! — ihre Berechtigung haben muß, einerlei ob man die handelspolitische Zukunft im Freihandel und in der „offenen Tür" oder im Zeichen der geschlossenen Interessensphären und der wirtschaftlich selbstgenügenden Produktionsgebiete erblickt.

Es mag ganz richtig sein, daß zollpolitische Verbände zwischen Mutterländern und ihren Kolonien nach dem Weltkriege gewaltige „geschlossene Handelsstaaten" erschaffen werden. Doch etwas ganz Bestimmtes hierüber oder über die Zukunft des Freihandels und des Protektionismus überhaupt können wir unmöglich wissen. Und — was noch schwerer wiegt — der Überseeverkehr muß zwischen den Mutterländern und Kolonien der „geschlossenen" Handelsstaaten, sowie zwischen diesen Handelsstaaten untereinander und zwischen ihnen und den kleineren Staaten, die keine oder nur unbedeutende Kolonien haben oder selbst überseeische Rohstofferzeuger sind, in ungeheuerem Umfange fortfahren und beständig zunehmen.

Es wäre reine Utopie, auf die Theorie der zukünftigen geringen Bedeutung des überseeischen Handelsverkehrs zu bauen, selbst wenn die kommende Periode der „geschlossenen" Handelsstaaten absolute Gewißheit wäre. Denn die innere wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten muß, in Analogie mit gleichzeitigen wirtschaftlichen Erscheinungen, als quantitativ und qualitativ so üppiger, wechselvoller Art angenommen werden, daß Geringfügigsein, geschweige denn Überflüssigsein des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen ihnen nie zu erwarten ist — wie weit auch die Staatsmänner der Zukunft in ihrem Bestreben, diese Staaten handelspolitisch gegeneinander „abzuschließen", gehen mögen.

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser", wie sich auch die Handelspolitik und Kolonialpolitik der Zukunft gestalte. Was die Frage der Land- und Seemacht anbetrifft, so kann im Rahmen riesiger Maße und superlativer Lebensnotwendigkeiten nur von einem „Sowohl — als auch" und einem „Mehr oder weniger" die Rede sein.

Freie Meere ist eine deutsche Grundforderung, selbst wenn der „geschlossene" Handelsstaat der herrschende handelspolitische Staatstypus der Zukunft wird. In dieser gegen England gerichteten Friedensbedingung scheint Deutschland mir auch sehr einig zu sein. Nachher aber gehen natürlich die grundsätzlichen Freihändler und die grundsätzlichen Schutzzöllner, die Kolonialpolitikschwärmer und die Kolonialpolitikfeinde, sowie die eine wirtschaftliche Interessengruppe und die andere weit auseinander.

Es wäre übrigens bei allen der ungereimteste Mißgriff, wenn sie übersähen, daß der eigene Verlauf des Weltkrieges einen entscheidenden Einfluß auf Deutschlands wirtschaftlich-politische Zukunftspläne und damit auch auf die betreffenden Friedensbedingungen Deutschlands ausüben muß. Andererseits ist es auch klar, daß hinter wenigstens einem Zuge des deutschen Kriegsplanes ein großer wirtschaftlich-politischer Zukunftsgedanke, ein staatsmännischer Gedanke allerersten Ranges liegt.

Ich meine natürlich die Balkanoffensive durch Serbien hindurch, die nicht nur einen Weg zu notwendiger Zufuhr während des Krieges freimachte, sondern auch einen Weg zu künftiger wirtschaftlicher und politischer Entwicklung erschloß — einen Weg, der allerdings die Straßen in Englands teilweise verwirklichtem, teilweise aber noch bloß ersehntem Imperium drunten um den Nil und den Euphrat herum schneidet. Doch gerade dies ist ja eines der innersten ursächlichen Geheimnisse des Weltkrieges — daß das englische Imperium sich überall da quer vor den Weg gelegt hat und sich immer noch legt, wo Deutschland annehmbarerweise nach demselben Systeme, das England nebst Frankreich und Rußland in ihrer imperialistischen Entwicklung angewandt haben und noch anwenden, „vorzudringen" beabsichtigen könnte.

Eine der bedeutungsvollsten deutschen Friedensforderungen außer den freien Meeren wird vielleicht die sein, daß England, Rußland, Frankreich, Italien und Serbien einen politischen und wirtschaftlichen Verband zwischen Deutschland und dem Türkischen Reiche als zukunftsgültige politische Neubildung anerkennen sollen — einen Verband, woran auch Österreich-Ungarn und Bulgarien, sowie Serbien auf verschiedene Art beteiligt sind.

Es hat den Anschein, als ob der Weltkrieg schon, wenn er, außer den freien Meeren, zu einem Ergebnisse dieser Art führte, Deutschlands berechtigte Ansprüche auf Befreiung von Englands willkürlicher Weltbevormundung sowohl wie auf die äußeren geographisch-politischen Vorbedingungen zu ge-

sicherter wirtschaftlicher Entwicklung und politischer sowie kultureller Expansion typisch moderner Art recht wesentlich befriedigen würde.

Aber die Schwierigkeiten eines Erlangens der Anerkennung einer solchen Friedensbedingung von seiten des Feindes scheinen ungeheuer groß zu sein. Denn das „geschlossene" Wirtschaftsgebiet und der politisch-wirtschaftliche „Block" Deutschland-Österreich-Ungarn-Bulgarien-Serbien-Türkei könnten weder errichtet werden noch existieren, ohne sowohl den großrussischen Vormundschafts- und Eroberungsplänen gegen die Balkanslawen und die nördliche Asiatische Türkei, wie auch den englischen Eroberungsplänen gegen die südliche Asiatische Türkei den Lebensfaden abzuschneiden. Und was nun Konstantinopel und die Dardanellen anbetrifft, so kreuzen sich dort, wie bekannt, die russischen und die englischen Weltherrschaftsgelüste.

Wieder tritt eine der tiefsten Ursachen des Weltkrieges hervor und entpuppt sich als fürchterliches Hindernis eines Friedens, über den Deutschland, als seiner würdig, verhandeln könnte. Englands und Rußlands unersättliche imperialistische Aggressivität gewährt Deutschland den nötigen Spielraum zur Verwirklichung seiner unerläßlichen Entwicklungsforderungen nicht ohne blutigen Kampf.

Noch düsterer erscheinen natürlich die Aussichten zur Befriedigung dieser Entwicklungsansprüche auf anderem Wege als dem der Besiegung Rußlands, Englands und Frankreichs durch die Macht der Waffen, wenn man das Bedürfnis eines gutgelegenen zusammenhängenden afrikanischen Kolonialgebietes als rohstofferzeugendes Anhängsel des mitteleuropäisch-türkischen Staatenblockes zwischen den Mündungen der Elbe und des Euphrats ins Auge faßt.

Indessen muß ja anerkannt werden, daß der Weltfriede sich nicht stärker garantieren läßt als durch Beseitigen der Kriegsursachen. Und welche Ursache des Weltkrieges ist im Grunde in beiden kämpfenden Lagern allgemeiner anerkannt als die, daß die Entwicklungsforderungen Deutschlands mit den bereits verwirklichten sowohl wie mit den als Wechsel auf die Zukunft gezogenen englischen und russischen Weltherrschaftsbestrebungen zusammenprallen?

Was fordern wohl, im allertiefsten Grunde, England und Rußland (und auf seine Weise auch Frankreich) anderes von Deutschland, als daß es sein Recht auf eine der ihren gleichberechtigte Weltstellung, das sie auf immer zu gewisser Beschränkung ihrer eigenen Erweiterungsbestrebungen zwingen müßte, durch Macht beweise? Dies — oder ein flügellahmes Dasein im

Schatten der englischen und russischen Reiche, mehr oder weniger nach ihren gemeinsamen Beratungen und von ihrer „Gnade"! Eine „Gnade", von welcher die Vereinbarungen über Persien, Marokko, Ägypten, Mesopotamien und den Kongostaat adäquate Proben geben. Und natürlich kämpfen England, Rußland und Frankreich mit heiliger Begeisterung für dieses letztere „Ideal"! Und ihre neutralen Bewunderer sehen darin den Triumph des „Rechtes" über die „Macht"!

Erst dann, wenn man sie auf diesem von weltgeschichtlicher Logik geprägten und in den größten Maßen der Weltgeschichte zugeschnittenen Hintergrunde — dem Friedensprogramme: freie Meere und der wirtschaftlich-politische Staatenblock von der Nordsee bis an den Persischen Meerbusen mit einem zentralafrikanischen Kolonialgebiet — betrachtet, erhalten die anderen deutschen Friedensprogramme und andere Gerüchte über Deutschlands Friedensbedingungen ihre richtigen Proportionen.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland, sowohl im Interesse des künftigen Weltfriedens wie in dem seiner eigenen Sicherheit, von militärischem Gesichtspunkte aus einige Änderungen gewisser Grenzverhältnisse und staatlicher Anordnungen im Osten und Westen anstreben muß. Die von der Natur und durch Völkerwanderungen nun einmal gegebenen und dem Deutschen Reiche ungünstigen, unklaren geographischen Grenzverhältnisse verbieten nicht allein, daß das Elsaß wieder französische Provinz werde, sondern auch, daß Belgien je wieder politisch und militärisch unter deutschfeindlichen Einfluß gerate.

Doch jedem, der Ohren hat, zu hören, und der das Hetzen gegen Deutschland nicht zu seiner politischen Religionsübung gemacht hat, muß es klar sein, daß die entscheidende politische Meinung in Deutschland erst dann für Annexionen in Europa gewonnen werden kann, wenn sie durch einen bis aufs Äußerste fortgesetzten Versuch, den in London, Petrograd und Paris so oft und so laut verkündeten Vernichtungskrieg gegen Deutschlands Volk, Deutschlands Staat und Deutschlands Volkswirtschaft durchzuführen, dazu gezwungen sein wird.

Daß die deutsche Besetzung Belgiens, Nordfrankreichs und Westrußlands irgendwie bewiese, daß Deutschland diese Gebiete „erobern" will, ist teils ein Stück leichtbegreiflicher englisch-russisch-französischer Demagogie, teils, bei gewissen Demokraten, Pazifisten und Neutralen ein Stück so grotesker Einfältigkeit, daß man sie eigentlich gar nicht besprechen kann. Es gibt jedoch

Leute, die so beschaffen sind, daß sie mit flammender Überzeugung glauben, ein Verteidigungskrieg höre auf ein Verteidigungskrieg zu sein, sobald er, dank militärischen Erfolgen, nicht mehr im eigenen Lande geführt zu werden braucht, und daß ein Eroberungs- und „Vernichtungs"krieg aufhöre, ein Angriffskrieg zu sein, wenn er infolge militärischer Mißerfolge auf dem Boden des eigenen Landes unter beständigem Versichern weitergeführt wird, daß der Krieg nicht eher enden dürfe, als bis der Feind gänzlich „vernichtet" und sein Land gründlich besetzt sei.

Sollte wirklich das Festhalten der Entente am „Vernichtungskriege" ein siegendes Deutschland schließlich in seinen Ansprüchen auf Garantien für seine Zukunft und den künftigen Frieden *weiter* treiben, als die deutsche Politik aus nur eigenem Antriebe vielleicht je hat gehen wollen, dann handelt es sich also sicherlich dennoch nicht um „Eroberungen" in Europa, sondern um neue Staatsbildungen *außerhalb* des Deutschen Reiches — um das Errichten von Pufferstaaten, besonders im Osten, und um das Organisieren eines noch größeren wirtschaftlichen und politischen Verbandes, als der deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarisch-serbisch-türkische Block an sich sein würde.

Nach dieser Richtung hin gehende Andeutungen sind in der Literatur sehr zahlreich. Ich brauche nur an die Namen Rohrbach, v. Liszt, Lamprecht, v. Wiese, Grabowsky, Dietrich Schäfer, Ernst Jäckh, Karl Mehrmann, Paul Lensch und Franz Köhler zu erinnern.

Besonders treten hier die Namen Jäckh, Rohrbach und Köhler hervor, indem der erste kräftig für den Gedanken an das deutsch-türkische Bündnis eingetreten ist und die beiden anderen versucht haben, dem Plane eines Bekämpfen des „Panslawismus" durch staatliches Anschließen der West- und Südslawen an Mitteleuropa feste Form zu geben. Beinahe als Folge des deutsch-türkischen Programmes tritt eine dritte Gedankenlinie hervor: die eines konsolidierten deutschen Kolonialgebietes in Zentralafrika mit geographischem Anschlusse durch den Sudan mit dem wieder mit der Türkei vereinigten Ägypten.

Der weitgereiste deutsche Orientkenner Dr. Ernst Jäckh veröffentlichte schon 1908 das vielbeachtete Werk: *Der aufsteigende Halbmond; Auf dem Weg zum deutsch-türkischen Bündnis.* Seitdem ist er als Publizist und Organisator unermüdlich für den deutsch-türkischen Zusammengehörigkeitsgedanken tätig gewesen, der noch 1908 phantastisch und mit unüberwindlichen Schwierigkeiten behaftet erschien, aber Ende 1914 durch die

manch einem so unerwartet kommende Beteiligung der Türkei am Weltkriege an der Seite der Mittelmächte verwirklicht worden ist.

Er schreibt in jenem Buche, daß trotz aller damaligen inneren Schwäche der Türkei und ihrer Abhängigkeit von Rußland, England und Frankreich sich ein Weg zu einer deutsch-österreichisch-türkischen Vereinbarung auf Grundlage gemeinsamer Interessen erschließen werde, eine deutsch-österreichisch-türkische Gemeinschaft, die von Hamburg-Berlin über Wien-Budapest bis nach Konstantinopel-Bagdad einen breiten Keil zwischen Rußlands panslawistischen Druck und Englands arabisch-persische Maulwurfsarbeit schieben werde.

Jäckh betont mit Nachdruck, daß der für die Türkei scheinbar so unglückliche Ausgang des Balkankrieges (1912—13) sowohl den Weg zu ihrer wirklichen staatlichen Wiedergeburt wie auch zu türkisch-deutschem Zusammenwirken in der Weltpolitik gebahnt habe. Durch den Verlust fast aller ihrer europäischen Eroberungen habe die Türkei ungeheuer an nationaler und religiöser Einheitlichkeit gewonnen, und damit auch an Kraft, eine eigene Politik zu treiben, die nicht mehr die dilatorische, hoffnungslose Politik des „kranken Mannes" sei, sondern eine erfolgreich gegen russische und englische Eroberungspläne und französische und italienische Teilungshoffnungen gerichtete Politik. Wegen dieser Politik brauche die Türkei eine Stütze und finde sie vor allem an Deutschland, dem es seit lange ein viel klügerer Staatsgedanke erschienen sei, die Unversehrtheit der Türkei aufrechtzuerhalten, als sich an ihrer Aufteilung, die Rußland und England hätte Deutschland und Österreich von der Levante und den Landwegen nach Innerasien und Afrika absperren lassen, zu beteiligen.

Besondere Beachtung scheint mir auch Franz Köhler wegen seines im Mai 1915 veröffentlichten Buches „Der neue Dreibund: ein politisches Arbeitsprogramm für das gesamte deutsche Volk und seine Freunde" zu verdienen.

Mit außergewöhnlicher Kraft und Folgerichtigkeit geht Köhler dem verwickelten, schwer zu lösenden geographisch-ethnographischen und wirtschaftlich-politischen Lebensprobleme des deutschen Volkes auf den Grund und sieht seine Lösung in einer politischen Zusammenorganisierung Deutschland-Österreich-Ungarns sowohl mit den West- und Südslawen wie mit der Türkei.

Die Habsburger Monarchie habe, nicht zum wenigsten während des Welt-

krieges, die Notwendigkeit und Möglichkeit eines dauerhaft organisierten staatlichen Zusammenwirkens zwischen Deutschen und Magyaren und zwischen Deutschen und den westlichen Südslawen bewiesen. Einzig und allein staatlich mit einem kulturell hochstehenden, organisatorisch und militärisch kraftvollen Volke zusammenorganisiert könnten Polen, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Serbo-Kroaten, Bulgaren und Ukrainer einer Zukunft mit selbständiger nationaler Entwicklung entgegensehen — anstatt der für sie sonst früher oder später unvermeidlichen Verrussung zu verfallen. Und in einer fortschreitenden Verrussung und politischen Moskowitisierung der West- und Südslawen liege die in Zukunft der Kultur, der Freiheit und dem Frieden Europas drohende Gefahr — seitdem die vor dreihundert Jahren so drohende Türkengefahr nun dadurch gänzlich geschwunden sei, daß die Türkei angefangen habe, sich dem mitteleuropäischen Staatsverbande politisch und wirtschaftlich einzuordnen.

Die zukunftsgültige Organisierung des Verhältnisses Europas zu Asien und dem halbasiatischen Großrußland müsse von dem Kernvolke Mitteleuropas ausgehen, das hierdurch nicht nur für seine eigene Sicherheit und sein eigenes Entwicklungsrecht sorge, sondern auch für ganz Europa — soweit wie Europa nicht halbasiatisch-moskowitisch sei und seine legitime Entwicklungslinie im Osten, nach Asien hinein, suchen müsse.

„Wir wollten keinen Eroberungskrieg und wurden gezwungen, einen Daseinskampf zu führen", schreibt Franz Köhler[1]. „Jetzt gilt es Vorsorge zu treffen, daß eine Wiederholung solchen Ringens auf viele Jahrzehnte hinaus zur Unmöglichkeit wird, indem wir unsere Grenzen selbst gegen den Gedanken eines Angriffs sichern. Eine vornehme Aufgabe wird es aber zugleich sein, diesen Frieden nicht nur uns zu bringen, sondern der ganzen Umwelt dadurch, daß wir gesunkene Völker, wie die Völker des Islams, zu einer höheren Kultur emporführen, daß wir den geknechteten Stämmen Rußlands die Freiheit bringen, daß wir andere, die mit dem Feuer des Weltbrandes gespielt haben, wie Belgier und Serben, höheren Zielen unterordnen und den Völkern und Stämmen, die sich unserer Führung anvertrauen, eine ihrer Macht, ihrer Zahl und ihren wirtschaftlichen Interessen entsprechende Stellung geben. Groß und erhaben über die Verlockung, aus einem glücklichen Ausgang des Kampfes eine reine Eroberungspolitik abzuleiten, die nicht der Höhe unserer Bestimmung, nicht unserem Volkscharakter und nicht den Lehren geschichtlicher Erkenntnis entspricht."

[1] Op. cit., Seite 18.

Seine Auffassung, daß Deutschland durch ein vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean hin zusammenhängendes Kolonialreich dem mitteleuropäischen Blocke sein tropisches, rohstofferzeugendes Gebiet geben müsse, gründet Köhler nicht nur auf wirtschaftliche, sondern auch auf politische Gründe. Die Türkei soll Ägypten wiedererhalten, wird dann den Weg zwischen Mitteleuropa und seiner großen deutschen Kolonie beherrschen und erhält an dieser Machtstellung eine Garantie der ehrlichen Absicht Deutschlands, die politische Selbständigkeit der Türkei zu achten.

Diesen Hauptpunkt der deutschen Orientpolitik — den türkischen Staat zu stärken und zu stützen, anstatt ihn zu schwächen und zu Fall zu bringen — hebt Köhler auf folgende Weise hervor[1]:

„Das jedenfalls ist festzuhalten, daß es sich für uns niemals um eine politische Eroberung mohammedanischer Gebiete handeln kann, wenn wir uns an einem Aufbau des Osmanischen Reichs und darüber hinaus des islamitischen Weltreichs beteiligen wollen. Daß wir im Gegensatz zu allen anderen Großmächten Europas nirgends in die Welt des Islam mit politischen Ansprüchen hineingriffen, war es ja gerade, was uns die Freundschaft der mohammedanischen Welt und in erster Linie das Vertrauen des führenden türkischen Staates eintrug. Halten wir diesen Gedanken fest, dann wird auch die Aussöhnung des deutschen Volkes mit dem scheinbaren Fehlschlag unserer Marokkopolitik nicht allzu schwer fallen.

Gerade die Erinnerung an Marokko führt uns zu unseren eigenen politischen Wünschen und Plänen zurück. — — — — Die Richtung, in der sich unsere eigenen Pläne bewegen müssen, ist uns durch unsere bisherige afrikanische Politik bereits vorgezeichnet."

Köhler wünscht in der Hauptsache ein Vereinigen Deutsch-Ostafrikas mit Kamerun vermittelst des bisher Belgien gehörenden Kongostaates und eine Erweiterung Deutsch-Ostafrikas nach Norden hin über Uganda und den östlichen Sudan bis an die Südgrenze des der Türkei wiedergegebenen Ägypten. So werde man dann von den deutschen Nordsee- und Ostseeküsten, über Österreich, den Balkan, Kleinasien, Syrien, Ägypten, ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bis an den Nyassasee im Südosten und die Mündung des Kongo im Südwesten erhalten.

Frankreich und England würden keine irgendwie erheblichen kolonialen Verluste erleiden — abgesehen davon, daß England der Türkei Ägypten wiedergeben und auf den Plan, sich den ganzen Länderblock zwischen dem

[1] Op. cit., Seite 110—111.

Kap und Kairo anzueignen und durch Eroberungen in der südlichen Türkei und in Südpersien eine englische Landbrücke zwischen Ägypten und Indien herzustellen, verzichten müßte.

Die bedeutungsvollsten Züge dieses deutschen Friedensprogrammes scheinen mir die zu sein, daß es in der Hauptsache, und soweit wie es möglich ist, Deutschlands politische und wirtschaftliche Entwicklungsforderungen dadurch befriedigen will, daß ein bereits existierendes, freiwilliges Zusammenschließen zwischen mitteleuropäischen Staaten auch in Zukunft bei Bestand erhalten und ausgebaut werden soll, und daß es ferner, auch in seinem kolonialen Teile, weniger ein Eroberungsprogramm ist als ein politisches Organisationsprogramm, das große beabsichtigte Eroberungen endgültig unmöglich machen will — nämlich die von Rußland und England im vorderen Oriente geplanten und schon ein gutes Stück in Angriff genommenen.

Neben dem großen staatsmännischen Gedanken, Mitteleuropa einen Landweg nach dem vorderen Oriente und nach dem äquatorialen Afrika über ein politisch und wirtschaftlich wiedergeborenes, mit Europa endgültig versöhntes Osmanenreich zu erschließen, steht der für abendländische Völkerfreiheit und Kultur kaum weniger bedeutungsvolle staatsmännische Gedanke, Europa durch Erschaffung einer Schranke politisch freier, an Mitteleuropa angeschlossener west- und südslawischer Staaten vor dem blinden Expansionstriebe des moskowitischen Halbasiens endgültig zu schützen. Hierdurch hört die Habsburger Monarchie auf, eine von Rußland und England zum Tode verurteilte staatliche Abnormität zu sein, und wird anstatt dessen eine Entwicklungsstufe, die zur endgültigen, in großem Stile angelegten Lösung des verwickelten politischen Freiheits- und Organisationsproblemes des mitteleuropäischen, germanisch-slawischen Völkergemisches hinaufführt. Da Polens Befreiung durch die Macht der Waffen, Serbiens Eroberung und Bulgariens freiwilliger Anschluß an die Mittelmächte drei weitere, bereits zurückgelegte Schritte zur Verwirklichung des Programmes sind, verliert es viel von dem hypothetischen Charakter, der ihm sonst angehaftet hätte. Die großserbischen Träume lassen sich jetzt vielleicht in Form eines serbischen Totalstaates verwirklichen — aber nicht *mit* dem „panslawistischen" Rußland *gegen* die Mittelmächte, sondern *mit* den Mittelmächten *gegen* das „panslawistische" Rußland — was für die Zukunft der europäischen Freiheit und Kultur den größten Unterschied auf der Welt macht.

Und schließlich öffnet sich hier eine große, inspirierende kulturelle Perspektive — durch die Aussicht auf einen ungehinderten und geschützten, intensiven direkten Verkehr zwischen den Völkern Mitteleuropas und denen des vorderen Orientes, sowie auf ein intensives direktes Zusammenwirken beider. Die ältesten Kulturstätten der Menschheit können, nach Jahrhunderten der Isolierung und des Verfalles, auf eigenem nationalen Grunde und sowohl im Zeichen der politischen Selbständigkeit wie in dem des gesicherten Friedens und der Ordnung wieder zu neuer Blüte erweckt werden. Anstatt der beständige Gegenstand der Teilungspläne der europäischen Großmächte und damit eine beständige Gefahr für den Frieden Europas und der Welt zu sein, kann die wiedergeborene, freie Levante von neuem ein selbständiger Faktor der Wirtschaft, des Staatslebens und der Kultur der Welt werden.

Wenn der deutsche Friede uns dies, die Freiheit der Meere und das auf immer Verscheuchtwerden des Nachtmahrs des „Panslawismus" brächte, dann könnte die Tragödie des Weltkrieges sicherlich die Einleitung eines neueren, helleren, vor allem friedlicheren und kulturell fruchtbareren Abschnittes der Weltgeschichte werden, als die mit dem Juli 1914 abschließende Periode gewesen ist. Aber es ist schwer zu sehen, wie diese Begrenzung der vor dem Weltkriege noch vorhandenen Erweiterungs- und Eroberungsbestrebungen der englischen und russischen Imperien sich auf irgendeinem anderen Wege erreichen ließe, als durch den imperialistischen Lebenswillen eines militärisch starken und wirtschaftlich entwicklungskräftigen Mitteleuropas.

5. Englands Friedensideal

Am 29. November 1915 — also an dem Zeitpunkte, da die deutsch-österreichisch-bulgarische Offensive gegen Serbien durch völlige Besiegung dieses Landes endete — enthielt die Zeitung The Daily News einen Germany and peace überschriebenen Leitartikel, der Englands prinzipiellen Standpunkt zur Frage über Friedensverhandlungen und Friedensschluß ohne chauvinistisches Prahlen, aber mit ungewöhnlicher Vollständigkeit und Aufrichtigkeit kennzeichnet.

Zuerst wird betont, daß *Deutschland* sicherlich nach Frieden trachte oder richtiger, nach Frieden umhertaste — jetzt, gleichwie nach Beendigung seiner früheren großen Offensiven in Frankreich und Rußland. „Ganz Deutschland wünscht Frieden," fährt die Zeitung fort[1], „und zwar aus sehr guten Gründen. Das Volk will Frieden haben; denn, auch abgesehen von allen möglichen Übertreibungen und Irrtümern, ist es ganz gewiß, daß der Krieg Massen von Deutschen einzig dastehende Entbehrungen und Leiden auferlegt. Und die deutschen Staatsmänner wollen Frieden haben, denn es muß ihnen ebenso klar sein wie uns anderen allen, daß Deutschland jetzt den Höhepunkt seiner militärischen Erfolge erreicht hat.

„In *England* aber ist die Lage *ganz anders*. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß Deutschland geneigt sein würde, *die* Friedensbedingungen anzunehmen, welche Herr *Asquith* mit Zustimmung fast des ganzen englischen Volkes wiederholt als das unumgängliche Minimum, womit England sich zufrieden geben könne, formuliert hat. Der Verlauf des Krieges und die Kriegführung der Deutschen haben mehr die Tendenz gehabt, diese Bedingungen noch zu *erhöhen*, als die, sie *herabzusetzen*, und eher die, den Entschluß der Nation, sie durchzusetzen, noch zu *verstärken*, als die, ihn abzuschwächen. Reines Rachegefühl gibt es unter den Beweggründen der Friedensbedingungen der Entente nicht und darf es auch nicht geben. Aber den Forderungen der *Gerechtigkeit* muß genügt werden, und sie können hinsichtlich der *Verbrechen*, die Deutschland während der letzten achtzehn Monate begangen hat, nicht klein sein.

[1] Ich übersetze nach einem in meinem Besitze befindlichen Exemplare der Zeitungsnummer und lasse gewisse Worte und Ausdrücke gesperrt wiedergeben um die Aufmerksamkeit des Lesers darauf hinzulenken.

Es handelt sich jetzt nicht mehr bloß darum, daß Belgien Genugtuung gegeben werde. Serbien, Polen und Armenien fordern Strafe wegen des unerträglichen Unrechts, das an ihnen begangen worden ist. Es gilt nicht nur, Frankreich vor der Aggressivität eines ruhmsüchtigen Nachbarn zu schützen. Entschädigung muß gegeben werden für die grauenhafte Verwüstung, die in Frankreich angerichtet ist, und für die ungeheueren Verluste, die das Land durch die Invasion erlitten hat. Und jetzt ist es nicht mehr bloß Preußens Militärgewalt, die „ganz und endgültig vernichtet" werden muß. Es ist nicht mehr möglich, die Herrschaft des Türken zu dulden, sei es in Europa, sei es in Asien. Er muß in der zivilisierten Welt als politischer Machthaber zu existieren aufhören. Schließlich darf man dem im Verfalle befindlichen österreichischen Kaisertume nicht länger erlauben, weiterhin als öffentliche, dauernde Bedrohung des europäischen Friedens zu existieren. Auch hier müssen die ‚Rechte der kleinen Nationen', die der Tschechen, Ruthenen, Serben und Rumänen, in endgültiger Weise formuliert und anerkannt werden.

Was man über unsere Friedensziele auch sagen möge — unbestimmt sind sie nicht. Weil sie so bestimmt sind, darum ist das Bemühen derjenigen, welche Frieden suchen und ihn gerade jetzt fördern wollen, ganz besonders vergeblich. — — — Was England anbetrifft, so kann nur dadurch Friede eintreten, daß Deutschland selbst den Mißerfolg seines Wagestückes eingesteht, daß es seinen verbrecherischen Ehrgeiz aufgegeben hat und bereit ist, für das begangene Unrecht Buße zu tun — — —."

Das Ergebnis ist also, daß Deutschland, trotz anerkannter Geneigtheit zum Frieden, nicht einmal unter den Bedingungen, „welche Herr Asquith mit Zustimmung fast des ganzen englischen Volkes wiederholt formuliert hat", Frieden erhalten kann. Darüber hinaus muß Deutschland sich unter anderem noch damit einverstanden erklären, daß es „Strafe wegen des unerträglichen Unrechtes", das es Polen durch die Befreiung von dem schrecklichen russischen Sklavenjoche angetan hat, erleide, und daß es die „grauenhafte Verwüstung" in Frankreich bezahle, obwohl diese augenscheinlich in großem Umfange durch die dort praktisierten Kampfmethoden der Franzosen und der Engländer bedingt ist. Deutschland soll nicht nur mit einer solchen Kleinigkeit wie der völligen, endgültigen Vernichtung der „Militärgewalt Preußens", sondern auch damit einverstanden sein, daß die Türkei als Staat zu existieren aufhöre (noch eine reine Bagatelle für Deutschland!), und ferner seine Zustimmung geben, daß dem österreichischen Kaisertum

nicht länger erlaubt werde, als „Bedrohung des europäischen Friedens weiter zu existieren", indem die „Rechte" seiner Tschechen, Ruthenen, Serben und Rumänen „formuliert und anerkannt" werden.

Diese Friedensziele Englands, versichern die Daily News, seien durchaus nicht „unbestimmt", sondern, im Gegenteil, in hohem Grade „bestimmt" („definitive"). Sollte dem wirklich so sein? Ist es gewöhnlichen Sterblichen so ganz klar, was mit „the military domination of Prussia" gemeint ist und was man darunter versteht, daß sie „wholly and finally destroyed" werden müsse? Was soll sich ein Staatsmann unter diesen fetten, flapsigen Redensarten denken können? Und beabsichtigt man, die Habsburger Monarchie gänzlich wegzufegen, oder will man nur ihren slawischen Ländern das „Recht" schenken, ihrerseits vom Panslawismus, d. h. vom Moskowitertum, verschlungen zu werden, wie es schon mit so vielen anderen slawischen und nichtslawischen Völkern geschehen ist? Und warum fehlt jegliche Andeutung, daß Polens künftiges Schicksal nicht seinem bisherigen unter der Herrschaft Rußlands gleich sein dürfe? Geniert man sich im demokratischen London, ein offenes Wort mit den freiheitsliebenden Freunden in Petrograd zu reden?

Mir erscheint dieses ganze englische Friedensprogramm außerordentlich verschwommen in seinen Einzelheiten, während seine nicht eigens formulierten Hauptgedanken um so deutlicher hervortreten.

Deutschland soll die militärische Kraft genommen werden, Rußland aber wird sie gelassen. Die Türkei soll vollständig zwischen Rußland, England und Frankreich aufgeteilt werden. Hierdurch wird Deutschland völlig vom Oriente abgesperrt bleiben — zur großen Zufriedenheit aller, namentlich Englands. Die Stütze gegen Rußland, die Deutschland bisher an dem Bündnisse mit der Habsburger Monarchie gehabt, soll ihm dadurch radikal weggezogen werden, daß man diese Monarchie in ihre einzelnen Bestandteile auflöst — zur besonderen Zufriedenheit Rußlands. Russischer und englischer Imperialismus werden in Mitteleuropa reinen Tisch machen — und von einer Staatskonstellation, aus welcher sich wieder eine starke Mauer gegen russische Aggressivität und russische Barbarei aufbauen ließe, keinen Stein auf dem anderen lassen. Russischer und englischer Imperialismus werden die Levante endgültig monopolisieren und dem germanischen Mitteleuropa endgültig die Lustgärten des Orients verschließen. In Deutschland soll der moderne Imperialismus, besonders der koloniale und maritime Imperialismus, streng verboten sein — im Namen der „Gerechtigkeit", der „Frei-

heit" und der „Humanität"; England aber soll seine koloniale und maritime Weltoberherrschaft behalten, während das Innere und der nördlichere Teil des europäischen Festlandes kosakischen Zukunftsperspektiven überlassen wird.

Dies ist, wie mir scheint, das wirkliche Friedensideal, der einzig wirkliche „definitive" Inhalt, der sich hinter dem in den Daily News in so autoritativer Weise aufgerollten Friedensprogramm entdecken läßt.

Es darf indessen nicht übersehen werden, daß das angeführte Programm, nach eigenem Eingeständnisse, nichts anderes ist als die im November 1915 zeitgemäße Verschärfung des durch Asquith in den ersten Monaten des Weltkrieges aufgestellten Friedensprogrammes. Rufen wir uns daher auch die Hauptzüge dieses Friedensprogramms ins Gedächtnis zurück — wie wir sie in den vom englischen Premierminister während der Monate August, September und Oktober gehaltenen Reden wiederfinden, in jenen Reden, die in schlechten Übersetzungen umsonst in neutralen Ländern verteilt worden sind, wobei ein halbes Dutzend Exemplare auch in meine unwürdigen Hände gerieten. Es sind der Zahl nach fünf Reden, und sie wurden gehalten: im Unterhause am 1. und am 27. August, in Edinburg am 18. September, in Dublin am 25. September und in Cardiff am 2. September, alles 1914; also nacheinander in England, Schottland, Irland und Wales, um in allen Ländern des Vereinigten Königreiches den Leuten die richtige Auffassung des „Krieges, seiner Ursachen und seiner Bedeutung" einzuschärfen. Die Dokumentensammlung läßt sich passenderweise durch Asquiths Rede im Unterhause am 6. August 1914 vervollständigen, und man kann auch noch Sir Edward Greys dort am 3. August 1914 gehaltene Rede hinzufügen, die beide in der Beilage des englischen „Weißbuches" (auch in dem Blaubuche „Great Britain and the European Crisis") enthalten sind.

Was entdecken wir nun für Friedensideale in diesen, in der internationalen Agitation zum Besten der Sache der Entente so energisch ausgenutzten Reden des englischen Ministerpräsidenten und des englischen Ministers des Auswärtigen? Wir entdecken das Friedensideal der imperialistischen Selbstsucht und der Aggressivität in seiner spezifisch englischen Gestaltung — aber auf englische Weise hinter einem dichten Schleier schöner Redensarten über den reinsten politischen Idealismus und über die unschuldsvollste Friedensliebe versteckt.

„Wir befinden uns", sagte Asquith am 18. September 1914 in Edinburg,

„aus drei Gründen im Kriege. Erstens, um die Heiligkeit vertragsmäßiger Verpflichtungen und das, was man mit Recht das allgemeine Gesetz Europas genannt hat, zu verteidigen; zweitens, um die Unabhängigkeit freier, relativ kleiner und schwacher Staaten gegen Übergriffe und Gewalt von seiten des Starken zu behaupten und aufrechtzuerhalten; und schließlich, um, wie wir glauben, nicht nur im besten Interesse unseres eigenen Reiches, sondern auch in dem der ganzen Zivilisation den übermütigen Ansprüchen entgegenzutreten, welche eine einzelne Macht auf Beherrschung der Entwicklung der Geschicke Europas erhebt."

In seiner am 2. Oktober 1914 in Cardiff gehaltenen Rede fügt er jenen Behauptungen folgende denkwürdigen Worte hinzu: „Wir bilden einen großen, weltumfassenden, den Frieden liebenden Kompler. Durch die Weisheit und den Mut unserer Vorfahren, durch die Großtaten des Heldenmutes und der Unternehmungslust zu Wasser und zu Lande, durch die Einsicht, die vereinigte Weisheit und wohlbewährte Erfahrung vieler Generationen haben wir ein Reich erbaut, das von den beiden Pfeilern Freiheit und Gesetz getragen wird. Wir sind weder eitel noch töricht genug, um zu glauben, daß im Laufe einer langen Entwicklung nicht Fehler gemacht seien oder nie etwas Schlimmeres als Fehler vorgekommen sei und daß unser Reich heute so dastehe, wie es unter idealistischem Gesichtspunkte hätte werden können und wozu es, wie wir glauben, bestimmt ist. Doch so haben wir es empfangen, und so hoffen wir es behalten zu dürfen. Wir trachten nicht nach dem Gebiet irgendeines anderen Volkes. Wir streben nicht danach, fremden Bevölkerungen unser Regiment aufzuzwingen. Uns genügt das britische Reich, alles, was wir gewünscht haben, alles, was wir jetzt wünschen, ist, daß man uns erlaube, unsere eigenen Hilfsquellen in Frieden zu konsolidieren, innerhalb des Reiches das Niveau, wo allen jede Gelegenheit offen steht, zu erhöhen, die Bande der Zuneigung und des Vertrauens zwischen seinen Teilen fester zusammenzuziehen und es überall zu einem würdigen Heime der besten Überlieferungen britischer Freiheit zu machen. Geht daraus nicht hervor, daß es nirgends auf der Welt ein Volk gibt, das stärkere Beweggründe hat, Krieg zu vermeiden und Frieden zu suchen und anzustreben? Weshalb aber schmiedet denn das britische Volk so lang und so weit, wie unsere Macht reicht, die Pflugschar in ein Schwert um? Weshalb vertauschen die besten unserer kriegsfähigen Männer Felder, Fabriken und Kontore gegen Rekrutendienst und Exerzierplatz?"

Die Antwort ist schon gegeben: Deutschland macht „übermütige An-

sprüche auf Beherrschung der Entwicklung der Geschicke Europas". Und nun fügt der englische Ministerpräsident hinzu: „In Buchstaben des Blutbades und der Plünderung sehen wir jetzt klar und deutlich die wirklichen Absichten und Methoden geschrieben, welche diesen lange vorbereiteten, gut organisierten Plan gegen Europas Freiheit und Recht kennzeichnen." Und Sir Edward Grey bedient sich derselben Fragestellung, als er am 3. August 1914 im Unterhause von „unmeasured aggrandisement" einer gewissen Großmacht und der Notwendigkeit redet, zu „verhindern, daß das ganze England gegenüberliegende Westeuropa unter die Herrschaft einer einzigen Macht gerate".

Dies ist sehr eigentümlich und — sehr englisch. Über den eigentlichen Kernpunkt der weltgeschichtlichen Lage — den allgemeinen imperialistischen Macht- und Expansionskampf — wird nichts gesagt. Vielmehr stellt man die Welt als ungewöhnlich friedlich und wohlgeordnet dar — wenn nur Deutschland das Krakeelen lassen wollte. Und dies „Krakeelen" Deutschlands wird, in direktem Gegensatze zur Wahrheit und Vernunft, als ein Trachten nach Unterjochung ganz Westeuropas hingestellt — obgleich Deutschlands Sicherheits-, Entwicklungs- und Erweiterungsbedürfnisse mit aller nur möglichen Deutlichkeit allerlei Veränderungen im Osten und Südosten und Süden verlangen, teilweise auf Kosten der russischen und der englischen Expansionsbestrebungen.

Doch Asquith und Grey lag daran, ein Reden über die Pläne des Panslawismus auf Österreich, die Balkanhalbinsel, Konstantinopel und die Südküste des Schwarzen Meeres zu vermeiden. Es galt, jedes Wort über Englands eigene Kap-Kairopläne und Kairo-Kalkuttapläne (quer über die südliche Türkei und Südpersien hinweg) zu vermeiden. Denn es wäre dann ja unmöglich gewesen, in demselben Atemzuge zu versichern: „Wir trachten nicht nach dem Gebiete irgendeines anderen Volkes".

Als sich England, zur Förderung seiner eigenen wohlverstandenen imperialistischen Interessen gegen Deutschlands steigende imperialistische Machtentwicklung, in den lange vorbereiteten Eroberungs- und Rachekrieg Rußlands und Frankreichs gegen die Mittelmächte stürzte, glaubten seine leitenden Minister nach alter, guter englischer Tradition von keinen anderen Argumenten als den demokratischsten, friedensfreundlichsten und unimperialistischsten Gebrauch machen zu dürfen. Diese vom Ausland „Heuchelei" und von den Engländern „Moral" genannte Tradition gebot, daß „wir" gerade jetzt ganz verschweigen und für den Augenblick, wenn möglich, wirklich ver-

gessen, daß „wir" drei Jahrhunderte hindurch und noch bis vor wenigen Jahren „uns" in einem in der Weltgeschichte einzig dastehenden Umfange die „Gebiete" unzähliger anderer Völker unterworfen haben und daß „wir" gerade jetzt in Arabien und Südmesopotamien die englische Herrschaft über eine Reihe „Gebiete" zwischen dem türkischen „Gebiete" Ägypten und den persischen „Gebieten", die nach Vereinbarung mit Rußland im Jahre 1908 zur „englischen Interessensphäre" erklärt worden sind, auf verschiedene Weise vorbereitet haben. Es wäre, nach englischem Normalmaße öffentlicher Moral, zuviel verlangt gewesen, daß ein englischer Minister bei dieser Gelegenheit mit einem Hauche verraten hätte, daß eben diese neuesten Spekulationen Englands auf die „Gebiete" anderer Völker unwillkürlich einen Konflikt mit Deutschland heraufbeschworen, weil sie einem deutschen Handels- und Kolonialimperialismus, der nicht nötig hätte, von englischen „Konzessionen" oder englischer Gnade zu leben, den einzigen gangbaren Weg versperrten.

Es handelte sich für Asquith und Grey darum, sorgfältig zu verschleiern, daß dies der Kern des Friedens ist, den England Deutschland gönnen will. Ein Friede, der England auf immer die Alleinherrschaft zur See läßt und England außerdem noch gestattet, mit vollständiger Aufopferung der jedenfalls relativ bescheidenen imperialistischen Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands sein eigenes Imperium zu einem auch zu Lande weltumfassenden Oberimperium zu konsolidieren.

Der unerschütterlich sichere Instinkt, mit welchem die beiden leitenden englischen Staatsmänner den imperialistisch monopolitischen und aggressiven Kernpunkt des englischen Friedensideals bei allen öffentlichen Besprechungen der Kriegsursache und der Möglichkeiten und des Inhaltes des Friedens haben im Hintergrunde bleiben lassen, tritt vielleicht noch auffallender in einem späteren Dokumente hervor. Sir Edward Grey übernahm am 25. August 1915 in einem offenen Briefe die Beantwortung der Augustrede des deutschen Reichskanzlers im Reichstage. Wir finden dort folgende Fragen und Antworten.

„Und was ist Deutschlands Programm, wie es in der Rede des Reichskanzlers und in den öffentlichen Aussprüchen in Deutschland hervortritt? Deutschland soll Kontrolle über die Geschicke aller anderen Nationen ausüben, soll ‚ein Hort des Friedens, der Freiheit der großen und kleinen Nationen' sein. Dies sind die Worte des Reichskanzlers — ein bewaffneter Friede und Freiheit unter preußischem Schutze und unter deutscher Ober-

hoheit. Deutschland, das allmächtige Deutschland allein, würde frei sein, frei, um internationale Verträge zu brechen, frei, um andere niederzuschlagen, sobald es ihm gefiele, frei, um jeden Einspruch zurückzuweisen, frei, um Krieg zu beginnen, wenn es ihm paßte, frei, um, sobald es Krieg begonnen, sich wieder gegen alle Regeln der Zivilisation und der Menschlichkeit zu Wasser und zu Lande zu vergehen, und während es dies tun darf, soll sein Handel auf den Meeren in Kriegszeit ebenso frei bleiben, wie aller Handel in Friedenszeit ist.

Die Freiheit der Meere kann nach diesem Kriege ein sehr geeigneter Gegenstand der Besprechung, Feststellung und Übereinkunft zwischen den Nationen werden, aber nicht an und für sich allein, nicht so lange, wie es kein Freisein von Kriegen und deutschen Kriegsmethoden zu Lande und keine Sicherheit dagegen gibt. Wenn Garantien gegen einen künftigen Krieg aufgestellt werden sollen, so müssen es in gleicher Weise bindende, wirksame Garantien sein, die Deutschland ebenso gut binden wie andere Nationen, uns selbst einbegriffen.

Deutschland soll übermächtig werden. Die Freiheit der anderen Nationen wird die ihnen von Deutschland zugemessene sein. Diesen Schluß kann man offenbar aus der Rede des deutschen Reichskanzlers ziehen, und dem fügt der deutsche Finanzminister noch hinzu, daß die schwere Bürde vieler tausend Millionen Jahrzehnte hindurch getragen werden müsse, nicht von Deutschland, sondern von denen, welche es ihm beliebt die Urheber des Krieges zu nennen. Mit anderen Worten: Deutschland fordert, daß alle die Nationen, die seine Widersacher gewesen, noch Jahrzehnte arbeiten sollen, um ihm in Gestalt einer Kriegsentschädigung Steuern zu zahlen. Unter solchen Bedingungen kann kein Friede geschlossen werden, wenn das Leben anderer Nationen als der deutschen frei oder auch nur erträglich sein soll. Die Reden des deutschen Reichskanzlers und des deutschen Finanzministers lassen deutlich erkennen, daß Deutschland um die Oberherrschaft und das Tributrecht über andere kämpft. Wenn dem so ist und solange dem so ist, kämpfen unsere Verbündeten und wir für das Recht zu leben, nicht unter deutscher Herrschaft, sondern in wirklicher Freiheit und Sicherheit zu leben, und müssen wir dafür kämpfen."

Wenn wir einen Augenblick von den in einem ernsten politischen Dokumente ungehörigen, hitzig agitatorischen Schreckphrasen über die Kriegführung der Deutschen und ihre Kriegsentschädigungsansprüche absehen, so bleibt nichts anderes übrig als die alte unbegründete Beschuldigung, daß

Deutschland nach Alleinherrschaft auf dem europäischen Festlande strebe, und, als einziger Beitrag zu positiver Beleuchtung des englischen Friedensideales, das bedeutungsvolle Eingeständnis, daß es mit der „Freiheit der Meere" doch nicht ganz so wohlbestellt sei, wie es, unter anderen als englischen Gesichtspunkten gesehen, vielleicht sein müßte. Doch unter welchen Bedingungen will der englische Minister des Auswärtigen, seiner eigenen Angabe nach, die „Freiheit der Meere" diskutieren? Darüber erhalten wir keine vernünftige Auskunft, und zwar aus dem einfachen, tragischen Grunde, weil der Auslandsminister des englischen Weltreiches in seinem Briefe, gleichwie in allen seinen hierher gehörenden öffentlichen Äußerungen, einen bei einer solchen Persönlichkeit besonders beklagenswerten Mangel an Fähigkeit und gutem Willen zeigt, die weltgeschichtlichen Zwistigkeiten zwischen Deutschland, Rußland und England sachlich, der Wahrheit entsprechend und gerecht anzusehen.

Die richtige Auslegung der vielen unklaren Worte Greys in diesem Briefe dürfte so lauten: England verzichtet nicht eher auf seine Macht, ein willkürliches Gewaltregiment auf allen Weltmeeren und allen großen maritimen Heerstraßen auszuüben, als bis Deutschland auf eine oder die andere Weise auch zu Lande außerstande gesetzt ist, irgendwie gegen das englische Imperium einzuschreiten oder dessen fortgesetzte „Konsolidierung" durch neue, mehr oder weniger fein maskierte Annexionen (in fortgesetztem Einverständnisse mit den Annexionsfreunden Rußland und Frankreich, gegebenenfalls auch Italien und Japan) zu hindern oder zu stören.

Es ist allerdings ein wunderbares Stück „Kultur", einer solchen Wirklichkeit rein instinktiv ein so feines moralisches Mäntelchen umhängen zu können, wie Sir Edward Grey in seinem hier angeführten offenen Briefe getan hat. Indessen dürfen wir auch von der sich in diesem Briefe zeigenden kräftigen Anwendung der üblichen englischen Anschauung der deutschen „Kriegsmethoden zu Lande" als großpolitisches Argument nicht gänzlich absehen. Man kann sich wohl fragen, ob es wirklich irgendeinen tieferen Qualitätsunterschied zwischen der hier enthüllten politischen Anschauungsweise und der Litanei des bekannten, wenn auch gerade nicht rühmlich bekannten Herausgebers der Zeitschrift John Bull, des Mr. Horatio Bottomley, gibt, die ich in der Zeitung „Stockholms Dagblad" vom 7. Juni 1915 folgendermaßen wiedergegeben finde.

„Mr. Horatio Bottomley versucht in diesem Artikel zu beweisen, daß „die Deutschen samt und sonders zum Anhang des Teufels gehören. Ihre Seelen

sind nicht Gottes, sondern des Satans. Kaiser Wilhelm, ‚der blutige Schlachter aus Berlin', dient dem Teufel als Oberhofmeister und weiß die leckersten Gerichte auf seines Herren Tisch zu setzen. Und die Lieblingsgerichte sind Mord, Grausamkeit, Liederlichkeit, Plünderungssucht, Zerstörungslust und Seeräuberei. ‚Vergewaltigte und ermordete Weiber, verstümmelte und auf Bajonette gespießte Kinder, durch Höllendünste erstickte edle und tapfere Krieger; denkt nur, welch ein Festmahl der Böse hat, dank dem blutigen Schlachter und seinen Handlangern.' In diesem Stile geht es weiter, bis der über zwei Spalten lange Artikel schließlich in einen leidenschaftlichen Schrei nach Rache ausmündet. Das Werk, das England zu tun auferlegt worden ist, ist nicht etwa, einen ehrlichen Gegner zu besiegen, sondern die ganze Höllenbrut auszurotten, nicht das Umregulieren einiger Nationalgrenzen, sondern das Beseitigen eines giftigen Auswuchses aus dem lieblichen Antlitz der Natur; es besteht nicht darin, einem menschlichen Heere Halt zu gebieten, sondern darin, eine ganze Teufelsrasse wieder in den Abgrund zurückzuschleudern. Wenn man solche Arbeit vorhat, darf man sich nicht durch konventionelle Regeln binden lassen. Es liegt im Interesse der Menschheit und der Zivilisation, daß jetzt keine Skrupel hindernd im Wege stehen müssen, sondern daß nun zu jedem beliebigen Mittel gegriffen wird."

Wenn Asquith und Grey in Beziehung auf gewisse Züge des englischen Friedensideales außerordentlich zurückhaltend sind, so gilt dies jedoch nicht in gleichem Maße von allen in vorgeschobener oder verantwortlicher Stellung befindlichen englischen Politikern.

So erklärte der Minister Runciman am 22. September 1915 in einer Sitzung des Unterhauses, daß die „Board of Trade" damit beschäftigt sei, eine Untersuchung über das Benutzen des englischen Bankwesens durch die Deutschen anzustellen, über das Benutzen englischer Häfen durch ihre Schiffe und über den Gebrauch, den Deutsche als Besitzer von englischen Schiffen machen, die sie die englische Flagge führen lassen, obwohl es in Wirklichkeit deutsche Schiffe seien. Die Frage des Besitzrechtes der Ausländer an Grund und Boden sei ebenfalls Gegenstand der Untersuchung und die Frage der Kontrolle der Deutschen über Ölvorräte gleichfalls. „Was den Handel angeht, so ist Deutschland eine besiegte Nation, und es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, daß es den Kopf nach dem Kriege nicht mehr so hoch tragen wird wie vorher." — Der Minister betonte in

diesem Zusammenhange, man dürfe in Frankreich und Rußland nicht glauben, „daß wir (in England), wenn wir uns auf die Zukunft vorbereiten, an baldigen Frieden dächten. Es gibt keinen Frieden, wie bald er auch eintrete, auf welchen wir uns einlassen könnten, wenn er auf irgendeine Weise mit den Interessen unserer Verbündeten in Konflikt geriete. Die Verbündeten halten alle zusammen."[1]

Der liberale Minister a. D. Mastermann hatte einige Wochen früher — in der Daily Chronicle vom 15. November 1915 — erklärt, daß Deutschland nicht nur militärisch gründlich zerschmettert werden müsse — unter anderem dadurch, daß seine Flotte entweder versenkt oder unter den Mitgliedern der Entente verteilt werde — sondern auch wirtschaftlich zu vernichten und seiner Kolonien gänzlich zu berauben sei, in welche sich dann England, Frankreich und Japan zu teilen hätten. „Nur unter solchen Bedingungen kann der Friede von Dauer sein."

Wenn Staatsmänner ein so verlockendes wirtschaftliches Ideal des englischen Friedens aufstellen, ist es selbstverständlich, daß Zeitungsmänner und Gewerbetreibende nicht unberührt bleiben können. Angesehene technische und ökonomische Zeitungen und Zeitschriften träumen von einer organisierten gründlichen Vernichtung der deutschen Industrieanlagen, besonders aller Eisen- und Stahlwerke — wenn die Truppen der Entente Deutschland erst glücklich besetzt haben werden. Denn, schreibt The Engineer vom 25. September 1915, „das Auftreten der Deutschen in französischen und belgischen Städten und Dörfern hat schon allgemeine Empörung ins Leben gerufen und so teilweise den Weg zur Anerkennung dieser Methode als legitimer Waffe der wirtschaftlichen Kriegführung und als eines kräftigen Mittels zu gerechter Wiedervergeltung geebnet."

Es gibt indessen englische Kreise, die sich mit einer künftigen, auf Deutschlands wirtschaftlicher und kolonialer sowohl wie militärischer Vernichtung oder „Zertrümmerung" erbauten Friedensära doch nicht so ganz einverstanden erklären können — und zu ihnen hat lange die angesehene englische Wochenzeitung The Economist gehört, die unter anderem sogar gewagt hat, einzugestehen und zu verkünden, daß, hinsichtlich des europäischen Festlandes, „weder von Deutschlands noch von Österreichs Seite je eine andere Politik offiziell bekannt gegeben worden, als die Erlangung zuver-

[1] Runcimans am 10. Januar 1916 im Unterhause gehaltene Rede atmet nach dem Berichte der Times ganz denselben Geist.

lässiger Sicherheit vor künftigen Angriffen". Andererseits muß aber betont werden, daß das Friedensideal, welches diese weniger radikal deutschfressserischen Kreise in England zu verbreiten suchen, gleichwohl einen sehr weitgehenden Mangel an elementarer Erkenntnis der wirklichen Lebensprobleme der festländischen Staaten und besonders der Deutschlands und Österreichs enthüllt.

Diese relativ besonnenen englischen Politiker glauben den Weltfrieden auf eine radikale Umgestaltung der politischen Karte Europas nach dem Nationalitätsprinzip gründen zu können. Aber in Wahrheit läßt sich offenbar nicht einmal der Friede in Europa — wenn er von dem auch von Kolonialpolitik und Handelsimperialismus so sehr abhängigen Weltfrieden überhaupt zu trennen wäre — dadurch sichern, daß gerade das Deutsche Reich und Österreich dem Nationalitätsgrundsatze gemäß verstümmelt werden, das russische Imperium oder seine Hauptmasse aber als blutiger Hohn auf dasselbe Prinzip bestehen bleibt. Von irgendwelchen Vorschlägen, Irland, Schottland und Wales politisch selbständig zu machen oder auch nur die beiden Nationen Belgiens zwei verschiedenen Staaten zuzuweisen, ist überdies nichts verlautet. Ist das nicht außerordentlich merkwürdig?

Wenn der Staatsgedanke unbedingt den Vortritt vor dem Nationalitätsgedanken haben muß, sobald es sich um The United Kingdom of Great Britain and Ireland handelt oder um dessen hochgeschätzten Pufferstaat auf dem Festlande, Le Royaume de Belgique, oder um den mächtigen östlichen Bundesgenossen, das Zarentum aller Russenländer, weshalb denn nicht auch dann, wenn es ganz Europas beiden Pufferstaaten gegen das moskowitische Halbasien gilt? Ist es nicht eine reichlich stark „insulare" Kurzsichtigkeit oder Selbstsucht, d. h. eine nach europäisch-festländischem Maßstabe gründlich unzulässige Auffassung, daß ein „Prinzip", das für England ohne jeden Zweifel ein tödliches Gift sein würde, für Mitteleuropa außerordentlich heilsam und, namentlich unter dem Gesichtspunkte des Friedens, für die Welt im allgemeinen und das europäische Festland im besonderen eine Wohltat sein müsse?

Ist demnach schon das „Prinzip" dieses englischen Friedensideales viel zu „insular", so muß man von den vorgeschlagenen Anwendungen des Prinzipes sagen, daß sie deutlich erkennbar den wohlbekannten Charakterstempel der deutschfeindlichen Ententeinteressen und besonders des englischen Imperialismus tragen.

So wird z. B. in der Morning Post vom 19. August 1915 die Forderung

aufgestellt, daß, durch Zusammenlegung des russischen Polens, der Provinz Posen, Westpreußens, wenigstens des südlichen Ostpreußens und des nördlichen Teiles des österreichischen Galiziens, Polen wieder neu entstehe und dann unter Rußlands Oberhoheit gestellt werde — was in der Praxis ja nichts anderes bedeuten kann, als daß der Moskowiterimperialismus im Namen des Nationalitätsprinzipes die ganze polnische Nation verschlingen darf. Zugleich wird dann Rußland, infolge des starken Nationalitätsgemisches in den deutsch-polnischen Grenzgebieten, unabänderlich eine Masse deutschen Landes und eine Menge deutscher Bevölkerung beschlagnahmen und seine strategische Grenze gegen das Deutsche Reich in höchstem Grade verbessern. Die Entfernung von dieser Grenze bis Berlin würde sich dann ungefähr mit der zwischen Berlin und Stettin oder der zwischen Berlin und Leipzig decken.

Ferner verlangt die Morning Post, auf Kosten der Habsburger Monarchie, die Errichtung eines serbischen und eines rumänischen nationalen Grenzstaates — und die Vereinigung beider mit Bulgarien und Griechenland zu einem neuen Balkanbunde. Dieser letztere soll offenbar zweien imperialistischen Zwecken Englands dienen — nämlich Deutschland und Österreich von der Levante absperren und Rußland die Besitzergreifung Konstantinopels erschweren, wenigstens solange, bis es der panslawistischen Diplomatie geglückt ist, die slawischen Mitglieder jenes neuen Balkanbundes gründlich in ihrem Netze zu verstricken. Dies bißchen Unwillfährigkeit gegen den Panslawismus dürfte auch nicht allzu ernst gemeint sein. Denn sicherlich muß sich ein Realpolitiker wie der Schriftleiter der Morning Post klargemacht haben, daß Rußland unerbittlich auf alle slawischen Nationalstaaten als seine Vasallen Anspruch erhebt und daß ein siegreiches Rußland sich diesmal nicht durch Frankreich und England Konstantinopel und Kleinasien vorenthalten läßt. Doch die schließliche Abrechnung mit Rußland läßt der Engländer aus gewichtigen Gründen gern in den Hintergrund treten, wenn er beweisen soll, daß er sein Friedensideal auf heiliger Ehrfurcht vor dem Grundsatze der politischen Selbständigkeit jeder Nation und auf dem Prinzipe des Machtgleichgewichtes zwischen den Staaten des europäischen Festlandes aufbaut. Dem Lebenswillen der russischen, moskowitisch-panslawistisch regierten Festlandsmacht ist der Begriff „Gleichgewicht" zu Lande eine genau ebenso klare Selbstverneinung wie England der Begriff des Machtgleichgewichtes zur See.

Professor Kjellén berechnet, daß Deutschlands Verlust (hauptsächlich an die

russische Machtsphäre) durch die englische Anwendung des Nationalitätsprinzipes 7 Millionen Einwohner und 100 000 Quadratkilometer Landes betragen würde, der Österreichs aber sogar 16 Millionen Einwohner und 270000 Quadratkilometer Landes. Wenn man hiermit das Programm der „Zertrümmerung des deutschen Militarismus", der Beseitigung der deutschen Flotte, der Wegnahme der deutschen Kolonien, der Zerstörung der deutschen Industrieanlagen und der künftigen handelspolitischen Isolierung Deutschlands vergleicht, so kann es, allem Anschein nach, Zweifeln unterworfen sein, welche der beiden Methoden — die Anwendung des „idealistischen" Nationalitätsprinzipes oder die des „realistischen" Zertrümmerungs- und Annerionsprinzipes — die Deutschen auf die fernstmögliche Zukunft hin am gründlichsten aus der Reihe der weltgeschichtlich mitbestimmenden Völker ausrangieren würde.

Sooft unser neutraler Ententefreund Herr Branting irgendeine Bestätigung seiner düsteren Ahnungen über das Vorhandensein eines deutschen Imperialismus, der wenigstens gewisse koloniale Landerweiterungen fordert und daher mit der Möglichkeit irgendwelcher Annerionen oder Eroberungen rechnet, wahrnimmt, gerät er jedesmal in einen Paroxysmus des Entsetzens über den deutschen „Militarismus" und seine „Weltreich"-gelüste. Dieser Anhänger eines wissenschaftlichen Sozialismus und der materialistischen Gesellschaftsauffassung Marxens hat sich während des Weltkrieges der neutralen, naheliegenden Reflexion unfähig erwiesen, daß dieselben weltgeschichtlichen Entwicklungsgesetze, die Englands, Frankreichs und Rußlands kriegerischen kolonialen Imperialismus bedingt haben, ein ähnliches Streben auch bei Deutschland bedingen und legitimieren dürften. Weshalb der Weltkrieg sich auch durch genügendes Berücksichtigen dieses Umstandes — besonders von seiten Englands, aber auch von Frankreichs und Rußlands Seite — hätte vermeiden lassen.

Ich möchte deshalb Herrn Branting und Gleichgesinnten anempfehlen, ein wenig über die Äußerungen in der Kriegsdiskussion, worin diese selbstverständlichen, aber der leitenden englischen, französischen und russischen Staatskunst viel zu fremden Gesichtspunkte endlich zu ihrem Rechte kommen, nachzudenken. Natürlich keine deutschen oder deutschfreundlichen Äußerungen — denn, wenn ein Rohrbach, ein Ruedorffer oder ein Delbrück spricht, so gerät Herr Branting sofort in Wut über die brutale deutsche „Machtpolitik". Aber es gibt andere, die einem Ententedemokraten angenehmer sein müssen. Man nehme zum Beispiel folgenden Ausspruch des Engländers

H. N. Brailsford, der Mitglied der „Union of Democratic Control" ist, in The Nation[1].

Vor allem wünschen wir einen dauerhaften Frieden. Die Ursache des Krieges war, daß die verschiedenen Staaten Europas sich mit Absichten auf territoriale Erweiterung trugen, die sich ohne Krieg nicht verwirklichen ließen, da unseren heutigen Staaten bei derartigen, oft berechtigten Wünschen kein anderer Ausweg bleibt. Deutschland strebte nach kolonialer Erweiterung, die Südslawen und die Italiener nach Vereinigung ihrer Nationalitäten auf Kosten Österreichs, die Franzosen nach der Wiedererlangung Elsaß-Lothringens und Rußland nach Konstantinopel. Europas künftige Ruhe wird von dem Grade abhängen, in welchem diese Ziele sich durch den Krieg verwirklichen lassen. Sollten die Deutschen verlieren, so werden sie doch die Eigenschaften ihrer Rasse behalten, ihre wissenschaftliche Veanlagung, ihre weitverbreitete Bildung, ihre Disziplin und ihre ungeheuere Volksvermehrung. Auch ein besiegtes Deutschland wird sich immer mit der Frage beschäftigen, weshalb denn Deutschland allein unter allen den großen europäischen Nationen sein Anteil an den Landerwerbungen in den anderen Weltteilen vorenthalten bleiben solle. Muß Frankreich unbedingt auch Syrien haben, weil es schon Algier, Tunis und Marokko besitzt? Und müssen wir Engländer unbedingt auch Mesopotamien erhalten, weil wir schon Indien, Birma, Südpersien und Ägypten haben? Deutschlands Forderung, sich im nahen Osten auszudehnen, ist durchaus ebenso berechtigt wie die Erweiterungsbestrebungen der Entente in Marokko, Persien, Ägypten, Tripolis, der Mandschurei und Korea. Wir müssen das deutsche Trachten nach wirtschaftlicher Entwicklung in unseren Berechnungen als eine bestehende Kraft, die nach Veränderungen strebt und die Ruhe der Welt bedrohen muß, berücksichtigen.

„Unter solchen Verhältnissen läßt sich der Weltfriede nur dann erreichen, wenn das Veränderungsbedürfnis der verschiedenen Nationen befriedigt wird. Ein Sieg, der auf der anderen Seite Groll und Zorn hinterläßt, oder eine unentschiedene Partie, aus welcher beide Spieler mit genügender Kraft, um gegenseitig die Erfüllung ihrer Wünsche vollständig zu hindern, hervorgingen, würde trübe Friedensaussichten erschließen. Eine dauernde Lösung ist nicht möglich ohne einen Frieden, bei welchem jede Partei sich

[1] Ich zitiere nach der Zeitung Nya Dagligt Allehanda vom 15. Januar 1916. Die gesperrt gedruckten Stellen waren so in der Zeitung gedruckt.

ehrlich bemüht, nicht nur das Ziel ihrer eigenen Wünsche zu erreichen, sondern auch im Interesse des Friedens die des Feindes berücksichtigt.

„Ein patriotischer Engländer muß demgemäß danach streben, daß die Ententeseite bei einem Friedensschlusse das Nationalitätsprinzip durchführt, aber auch danach, daß Deutschlands Bedürfnis einer wirtschaftlichen und industriellen Expansion geachtet wird. Deutschlands kolossale Energie muß einen Abfluß haben. Das den Staatsmännern der Welt vorliegende große Problem besteht darin, daß sie für jenen mächtigen Strom ein Strombett finden, worin er fließen kann, ohne die Welt zu verheeren. Wenn Deutschland keine Eisenbahnschienen für Bagdad herstellen kann, dann gießt es Kanonen in Essen. Wenn die Kräfte auf beiden Seiten ungefähr gleich sind, so werden wir aus einem Friedensschlusse um so stärker hervorgehen, je mehr wir Rücksicht auf unseren Feind genommen haben. Deutschlands Bestrebungen können befriedigt werden, wenn wir ihm die politische und wirtschaftliche Herrschaft in der Türkei überlassen. Die Türken haben ihr Schicksal selbst gewählt; viele dürften in der Wahl eine gerechte Strafe für ihre Sünden in vergangenen Zeiten sehen. Zu einer solchen Oberherrschaft würde die freie Benutzung gewisser Eisenbahnen und Häfen des Balkans gehören, nicht aber die Unterwerfung der Balkanvölker. Andererseits müßte Deutschland Garantien gegen seinen Militarismus geben, und wir hätten unsererseits unseren eigenen Marinismus einzuschränken. Deutschland müßte ein permanentes System der Lösung aller Streitfragen durch Schiedsgericht annehmen. Auf diese Weise ließe sich die elsässische, serbische, polnische Frage, und natürlich auch die belgische, dem Nationalitätsgrundsatze gemäß lösen. Hierdurch würde Europa dauernd zur Ruhe kommen. Es dürfte schwer zu beweisen sein, daß eine deutsche Türkei eine größere Bedrohung der Freiheit der Welt wäre als ein britisches Indien."

Vielleicht werden sich Herr Branting und Gleichgesinnte, nachdem sie ein derartiges englisches Dokument durchgelesen haben, zu dem Eingeständnis gezwungen sehen, daß sie in gewissen Punkten viel weniger neutral sind als einige unter den Kriegführenden und daß dieser merkwürdige Umstand auf Vorurteil (gegen Deutschland) und Unkenntnis (der universalen Grundfakta der Großstaatsentwicklung in der Gegenwart) zurückzuführen ist.

6. Rußlands Kampf „für das Ideal der Menschenliebe und des Rechtes" und „der französische Friede"

Auf dem Gebiete der Kultur hat der Weltkrieg nicht nur die Wirkung gehabt, daß die Welt mit englisch-französischen und anderen ententehaften Schilderungen der grenzenlosen Barbarei und teuflischen Menschenfeindlichkeit des deutschen Militarismus — wobei auch das ganze deutsche Volk oft seinen reichlich bemessenen Anteil abbekommen hat — überschwemmt worden ist. So schrieb der mehr als üblich idealistische und menschenliebende belgische Dichter Emile Verhaeren in einer Septembernummer der französischen Zeitschrift „Je sais tout" (nach einer Wiedergabe in „Stockholms Dagblad" vom 15. September 1915), daß „der deutsche Geist in Europa der einzige ist, der sich nicht entwickeln läßt", daß die Deutschen „la nation incivilisable" seien und daß die Schlösser, Exerzierplätze und Kasernen Deutschlands „das unerschöpfte, vielleicht unerschöpfliche Reservoir der menschlichen Wildheit" seien.

Der Weltkrieg hat auch eine andere kulturelle Wirkung gehabt, die nämlich, daß den durch Waffenbrüderschaft verbundenen Völkern in weit höherem Grade als gewöhnlich die Augen sowohl für ihre eigenen wie ihre gegenseitigen edlen Züge im allgemeinen und edlen Friedensideale im besonderen geöffnet worden sind.

Der Petrograder Korrespondent der Morning Post gab am 26. April 1915 über die ideale Veranlagung der Russen im Gegensatze zu dem tierischen Charakter der Deutschen folgendes Zeugnis ab, das wohl schwerlich in irgendeinem moskowitischen Patriotenblatte übertroffen worden ist.

„Die Russen", schrieb er, „stehen jetzt in den Karpathen, hinter sich sichere Festungen und vor sich die fruchtbaren Ebenen Ungarns. Seitdem Hannibal auf den Südabhängen der Alpen seinen Soldaten gebot, nach Rom zu blicken, ist ein solches Bild nicht wieder über die Welt hinausgestrahlt. Und diesmal sind es die Feinde der Zivilisation, welche die Ebenen halten, während diejenigen, welche gewissermaßen die Erben Roms sind, von den Höhen auf sie hinabblicken. Dieser Krieg ist von seiten Rußlands ein Kampf der Ideale gegen die rohe Kraft, ein Krieg der Nationen, die glauben,

daß die Inspiration die einzige Quelle des wahren Lebens sei, gegen die Nationen, welche die Wissenschaft als ihren Gott und Leitstern anbeten. Also auch von geistigen Höhen blickt Rußland jetzt auf die allwissenden Tiere der tieferen Ebenen hinab[1]."

Welch ein schwerer Schlag muß es für die englischen Kulturidealisten und Russenfreunde gewesen sein, als bald darauf die Nachricht eintraf, daß deutsche und österreichische Brutalität die russischen Idealisten gezwungen habe, ihren inspirierten Befreiungszug in die „fruchtbaren Ebenen Ungarns" hinunter aufzugeben!

Lauschen wir den Stimmen der eigenen Auserwählten Rußlands, so ist es ebenso klar, daß keineswegs einzig und allein ein Gemisch von Idealismus und Materialismus, wie z. B. das Trachten nach Konstantinopel und den Dardanellen, sondern auch, und vor allem, reine Begeisterung „für das Ideal der Menschenliebe und des Rechtes" Rußland in den Krieg getrieben hat und seine Friedensziele bestimmt. Als die Duma am 9. Februar 1915 Sasonows Bericht über die außenpolitische Lage angehört und „nachdem die darauffolgenden Ovationen verstummt waren, gaben eine ganze Reihe Redner, Bauern, Geistliche, Polen, Armenier, Esthen, Israeliten, Letten, Mohammedaner und Eingeborene aus der Provinz Kasan, Erklärungen ab, die alle darin übereinstimmten, daß im gegenwärtigen Augenblicke der einzige Gedanke aller sei, sich angestrengt zu bemühen, um die Macht Deutschlands, die Rußland bedrohe, zu vernichten und diesem Ziele alles zum Opfer zu bringen. — Der Führer der Kadettenpartei, Professor Miljukow, erklärte, daß die Armee jetzt die Nation geworden sei, denn alle seien einig in der Überzeugung, daß der Krieg die Sache der Nation sei. Alle Nationalitäten des Reiches seien mit derselben patriotischen Begeisterung zur Duma gekommen. Die Duma habe mit Befriedigung die Mitteilungen des Ministers des Auswärtigen zur Kenntnis genommen und daraus ersehen, daß die Verwirklichung der nationalen Aufgaben auf dem besten Wege sei. Wir sind überzeugt, sagte der Redner, daß das Erreichen unseres Hauptzieles, der Erwerbung der Meerengen und Konstantinopels, seinerzeit die nötigen Garantien sowohl diplomatisch wie militärisch erlangt hat. (Anhaltender Beifall.) Rußland habe volles Vertrauen zu seinen Verbündeten. Der Redner erinnerte hier an Englands und Frankreichs Dienste sowie an Belgiens heldenhaften Kampf und sprach zum Schlusse die Hoffnung aus, daß Rußland das armenische

[1] Referat in „Göteborgs Handelstidning" vom 8. Mai 1915.

Volk unter seine Obhut nehmen und es von dem Drucke eines hundertjährigen Joches befreien werde.

„Nach der Rede Miljukows lösten sich auf der Tribüne Redner der Parteien der Progressisten, Oktobristen und Nationalisten ab, die alle auseinandersetzten, daß Rußland, wenn es gegen den germanischen Militarismus streite, das Ideal der Menschenliebe und des Rechtes verteidige. Ein vorzeitiger Friedensschluß würde ein Verbrechen gegen das Vaterland und die Menschheit sein. Folglich sei Rußland bereit, alle Opfer zu bringen, damit Deutschland endgültig zu Boden geschlagen werde.

Am Ende der Sitzung nahm die Duma einstimmig folgenden Antrag an. ‚Die Duma, die den ehrenvollen Leistungen unserer Krieger ihre Huldigung darbringt, sendet der russischen Armee und Flotte einen warmen Gruß und unseren Verbündeten den Ausdruck aufrichtiger Achtung und Sympathie. Sie spricht die feste Hoffnung aus, daß die großen nationalen und befreienden Ziele des gegenwärtigen Krieges erreicht werden können, und gibt Zeugnis von dem unerschütterlichen Entschlusse der russischen Nation, den Krieg zu führen, bis sich die Bedingungen, die den europäischen Frieden nebst der Wiederherstellung des Rechtes und der Gerechtigkeit sichern, vorlegen lassen‘[1].“

Wenn wir nun den Blick auf Frankreich richten, um nach dem Inhalte des „französischen Friedens“ zu forschen, so kann es ja, nachdem wir schon im heiligen Rußland solche Erfahrungen gemacht, kaum anders möglich sein, als daß wir folgende denkwürdige, von dem neutralen Herrn Branting verfaßte Zeilen, die am 7. Dezember 1915 in der Zeitung „Social-Demokraten“ zu lesen standen, als unser Motto annehmen müssen. „Gerade in Frankreich, wo man felsenfeste Gewißheit hat, der eifrige Friedensfreund zu sein, den brutaler Überfall in den Krieg gestürzt hat, ist ‚das Recht‘ ein Wort, das sich sowohl hinsichtlich der Ursache des Krieges wie auch seiner Ziele immer wieder vordrängt.“

Beim Niederschreiben dieses Zeugnisses hatte Herr Branting unzweifelhaft den ausführlichen Bericht im Gedächtnisse, den der „Social-Demokraten“ am 17. November 1915 über die Debatte Renaudel-Briand beim ersten Erscheinen der neugebildeten französischen Regierung in der Kammer gebracht hat. Der Ministerpräsident Briand erklärte: „ein überlegter An-

[1] Wiedergegeben im „Stockholms Dagblad“ vom 11. Februar 1915.

griff, den kein Sophismus je wird rechtfertigen können, hat uns den Krieg gebracht" und „Frankreich wird die Waffen nicht eher niederlegen, als bis das Recht durch den Sieg wiederhergestellt worden ist und wir alle Garantien für einen dauerhaften Frieden erhalten". „Garantien!" Genau dasselbe Wort, dessen sich der „barbarische" „Sophist" Bethmann-Hollweg bedient hat! Jedoch hatte die sozialistische Gruppe eine Interpellation eingereicht, deren Gedankengang der Deputierte Renaudel genauer entwickelte, der, als er auf die Frage des Kriegszieles kam, sich folgendermaßen aussprach.

„Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident, daß Frankreichs Streben auf die ‚Vertreibung des Feindes aus allen Gebieten, in welche er eingedrungen ist, sowohl aus denen, die seit Monaten unter der Invasion leiden, wie auch aus denen, welche seit so vielen Jahren darunter leiden', ausgehen müsse. Wir stimmen hierin mit Ihnen überein. Meine Freunde und ich nehmen diese Erklärung als förmliches, erneuertes Gelübde an, daß Frankreich in diesem Kriege, außer der Wiederherstellung des Rechtes hinsichtlich seiner selbst, außer der Wiederherstellung Belgiens in seiner politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit — und jetzt muß man dies auch von Serbien sagen — außer allem diesem weder auf Annexionen noch auf Eroberungen ausgeht." (Beifall bei den Sozialisten, Ausrufe und Lärm auf einer Menge anderer Bänke.)

Nun folgte eine lange dauernde Lärmszene in der Kammer, wobei sich herausstellte, daß Renaudel mit seinem Keine-Annexionen-oder Eroberungenstandpunkte wenig Anklang fand. So erwiderte z. B. der radikale Deputierte Henri Galli folgendes:

„In diesem Augenblicke haben wir alle nur ein Interesse: das des Sieges. Wir sind alle auch darin einig, daß Frankreich der Kämpfer des Rechtes bleiben muß. Doch als der Konvent die Fahnen Frankreichs über den Rhein trug, war er immer noch der Kämpfer des Rechtes." (Beifall vom Zentrum und der Rechten.)

Ein großer Teil der Kammer gab also seine Anschauung kund, daß Frankreich natürlich stets für „das Recht" kämpfe — auch dann, wenn es z. B. bis an die Ufer des Rheines, nicht nur drunten im Elsaß, sondern auch höher hinauf bei Mannheim, Mainz und Koblenz, ja bis an die holländische Grenze Annexionen vornehme oder Eroberungen mache.

Als der Ministerpräsident Briand endlich wieder zu Wort kommen konnte, beendete er seine Rede mit der Erklärung, erst dann, wenn man die

Deutschen aus Frankreich, Belgien und Serbien vertrieben habe, „erst dann werden wir an Frieden denken können". Warum nicht eher? Die Hauptsache wäre doch wohl, sich nach den Friedensbedingungen der Deutschen zu erkundigen und sie unter den Gesichtspunkten des „Rechtes" zu prüfen. Oder ist es für den „Kämpfer des Rechtes" wirklich wichtiger, zu *siegen* als mit einem Minimum an Blutvergießen einen gerechten Frieden zu erlangen?

„Welcher Friede wird dies dann sein?" fragte der Ministerpräsident. „Ein beliebiger Friede, der ein egoistisches Frankreich, das auf die Verwirklichung seiner persönlichen Wünsche bedacht ist, befriedigen könnte? Nein, ich weigere mich zu glauben, daß mein Land, das in den Prüfungen, die wir durchgemacht, so schön dastand, zu einer so kleinen und so niedrigen Auffassung seiner Rolle hinabsteigen könnte. Frankreich ist in diesem Kriege — das gereicht ihm zur Ehre und wird sein Ruhm sein — der Kämpfer der Welt. (Die Kammer erhebt sich. Anhaltender, einmütiger Beifall.)

Frankreich steht mit gezogenem Degen im Kampfe für die Zivilisation und die Unabhängigkeit der Völker. Wenn es den Degen senkt, dann geschieht dies, weil es Garantien eines dauernden festen Friedens erlangt hat; weil in diesem Frieden, den Frankreich und seine Verbündeten der Welt geschenkt, alle Hintergedanken an tyrannische Oberherrschaft vor der Idee des Fortschrittes der Zivilisation durch die Freiheit der im Besitze ihrer völligen Autonomie befindlichen Völker zurückgetreten sein werden. (Anhaltender Beifall.)

Das, meine Herren, ist der Friede, für welchen Frankreichs Heere vorrücken (lebhafter Beifall), der einzige, der unser würdig ist, der einzige, von dem die Rede sein kann. — Doch da wir in diesem Punkte einig sein können und wir leider noch einen langen Weg zusammen wandern müssen, ehe das Ziel erreicht ist, werden wir doch nicht noch diskutieren und uns auf dem Marsche trennen wollen?

Niemals wird jemand unser Land beschuldigen können, daß es als aggressive Räubernation auftrete. (Beifall.) Mehr als vierzig Jahre lang hat unsere Nation mit einer Wunde in der Seite gezeigt, wie sehr sie in allen Lagen am Frieden hing, den sie trotz aller Herausforderungen zu bewahren suchte, weil sie die Sühne für das uns zugefügte Unrecht nur vom Triumphe des Rechtes erwartete. Plötzlich stürzt man sich auf unser Volk, will es zerschmettern, seine Freiheit vernichten und in ihm eine der Haupttriebfedern der Zivilisation der Welt töten. (Gut.)

Man will uns, gleichwie den anderen zivilisierten Nationen, eine Art

Hegemonie auferlegen, eine Art Oberherrschaft, die keine Nation, welche dieses Namens würdig ist, ertragen könnte. (Beifall.) Unser Volk hat sich erhoben, den Angreifer zurückgetrieben und kämpft jetzt mit ihm. Wer könnte wagen, zu behaupten, daß unter diesen Verhältnissen Frankreich als Räubernation aufgetreten sei? Eine solche muß man anderwärts suchen. Solange sie ihre Krallen, ihren Schnabel, ihre Mordpläne hat, kann von Frieden mit ihr keine Rede sein. (Lebhafter Beifall.) Erst dann, wenn man sich dort darauf beschränkt, seinen Platz unter den Nationen wieder einzunehmen in der Absicht, sich nach seinem eigenen Geiste zu entwickeln, aber den anderer zu achten (Bravorufe und Beifallklatschen), erst dann, wenn wir sie also unfähig gemacht haben, die Unabhängigkeit der anderen Völker zu verletzen, erst dann können wir von Frieden sprechen. (Beifall.)

Dieser Friede wird der französische Friede sein, der Friede, wovon wir träumen. (Lebhafter Beifall.) Der ruhmreiche Sieg, der nicht nur Frankreichs Recht, sondern auch das der ganzen zivilisierten Welt wiederhergestellt haben wird. — So denkt die Regierung in diesem Punkte. Ich habe den Gedanken klar aussprechen wollen, um zu verhüten, daß im Schutze irgendeines mehrdeutigen Ausdruckes zwischen uns ein Mißverständnis entstehen könnte. (Beifall.)

Frankreich ist der Kämpfer der Welt!" Zusammen mit dem panmoskowitischen Nikolai Nikolajewitsch und dem Rußland der Pogrome!

Zur Aufklärung für den „Kämpfer der Zivilisation", der mit fremden Sprachen nicht immer sonderlich vertraut sein soll, füge ich hier, nach dem neuesten englischen Konversationslexikon, hinzu, daß „das Wort Pogrom ein russisches Wort ist, das Verwüstung bedeutet und angewandt wird, um jede organisierte Verfolgung jeder beliebigen Personengruppe, die das Mißfallen der russischen Regierung erregt hat, zu bezeichnen; gewöhnlich aber bedeutet das Wort Judenmassaker".

„Frankreich steht mit gezogenem Degen im Kampfe für die Zivilisation und für die Unabhängigkeit der Völker!" Also wohl auch im Kampfe gegen die russische ‚Zivilisation' in der Ukraine, Finnland und Polen und für die Freiheit Finnlands, Polens und der Ukraine? Und wohl auch für Irlands Unabhängigkeit? Und für Marokkos, Ägyptens, Tripolitaniens, Persiens, Madagaskars und Indiens Unabhängigkeit? „Alle Hintergedanken an tyrannische Oberherrschaft werden vor der Idee des Fortschrittes der Zivilisation durch die Freiheit der Völker zurückgetreten sein" — hat der Ministerpräsident Herr Briand gesagt, und er hat auch davon gesprochen

„nicht nur das Recht Frankreichs, sondern auch das der ganzen zivilisierten Welt wiederherzustellen."

Dies ist liebenswürdige französische parlamentarische Rhetorik, wird man nun vielleicht einwenden können. Ganz gewiß — aber man darf wohl hoffen, daß auch etwas Ernst dahinter stecke! Wo endet die Rhetorik, und wo beginnt der Ernst? Davon erhalten wir vielleicht einen Begriff, wenn wir als Fortsetzung hören, daß das „friedliche" Frankreich „plötzlich" „überfallen worden" sei, um „zerschmettert" oder einer „Art Hegemonie" unterworfen zu werden. Dies unerwartete Unglück hat, seltsamerweise, das stolze, rechtlich denkende, friedliche Frankreich getroffen, obgleich es doch nicht ganz allein auf der Welt steht, sondern seit Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein militärisches Bündnis mit der berühmten „russischen Dampfwalze" selbst haben soll und seit der Jahrhundertwende in kolonialem und maritimem Einverständnisse mit der Beherrscherin der Weltmeere, Südafrikas, Ägyptens, Indiens, Australiens und Kanadas vorgeht, die ihrerseits sowohl mit dem Russen wie mit dem Japaner auf freundschaftlichem Fuße steht und gezeigt hat, daß sie, wenn es gilt, sogar Uncle Sams dollarverhärtetes Herz im Sturme erobern kann.

Es gibt vielleicht Leute, die von dem „Kämpfer der Welt" und dem auserkorenen Ritter des „Rechtes" einen etwas männlicheren Ton erwartet hätten, als die Frage der Mitschuld an der Weltkatastrophe zur Sprache kam. Eine Nation, die vier Jahrzehnte hindurch den Gedanken an die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens nicht hat aufgeben können oder ein solches Verzichten nicht für recht gehalten hat, die zu diesem Zwecke ein Kriegsbündnis mit dem Selbstherrscher aller Russenländer eingegangen ist und am 1. August 1914 Deutschlands Anfrage wegen Neutralität dahin beantwortete, daß „Frankreich tun werde, was ihm seine Interessen geböten" — die Nation müßte doch jetzt den Stolz haben, einzugestehen: nun ist das Weltunglück über uns gekommen, aber nicht ganz ohne meine Schuld — wenn es eine Schuld ist, zur „Wiederherstellung des Rechtes", „der Freiheit der Völker" und der „Zivilisation" einen Krieg gewollt und gewagt zu haben.

Doch als der damalige Ministerpräsident Viviani Ende Dezember 1914 der Kammer Auskunft über die Ursachen und den Ausbruch des Krieges gab, sprach er die ganze Entente völlig von jeder Verantwortung frei und schob diese ganz und gar Deutschland zu, „dessen Absichten seit vierzig Jahren darauf ausgegangen sind, Frankreich zu unterdrücken, um sich zum Herrn der Welt machen zu können" (denn dann bliebe ja nur noch die Kleinigkeit

zu erledigen, auch England, Rußland, Japan, die Vereinigten Staaten, China, Südamerika und noch einige Staaten zu „unterdrücken").

Und als Präsident Poincaré Ende Dezember 1915 ein Manifest an die französische Armee erließ, enthielt es unter anderem folgende Worte. „Das furchtbare Problem, das sich der französischen Nation aufstellt, bedeutet kurz und gut die Frage resignierten Vasallentums oder wirtschaftlicher und nationaler Unabhängigkeit. Das Problem gestattet keine Kompromißlösung. Jeder Friede, der an uns mit verdächtigem Antlitz und ungeeigneten Vorschlägen herantreten würde, der zweideutige Transaktionen und unechte Kombinationen erböte, würde unter trügerischem Scheine nur Schande, Ruin und Sklaverei bringen. Wer wollte nun Frankreichs Vergangenheit und Zukunft aus Ungeduld oder Ermattung auf solche Weise verkaufen? — Kein Franzose hat das Verbrechen begangen, diesen Krieg zu wünschen. Alle Regierungen nach 1871 haben sich bemüht ihn zu vermeiden. Jetzt müssen wir ihn zusammen mit unseren treuen Verbündeten weiterführen, bis der deutsche Militarismus vernichtet und Frankreich in seinem vollständigen Umfange wiederhergestellt ist. Gelegentliche Schwäche wäre Undankbarkeit gegen unsere Toten und Verrat an der Nachwelt."

Abgesehen von der, milde gesagt, eigentümlichen Erklärung, daß „kein Franzose das Verbrechen begangen habe, diesen Krieg zu wünschen" (aber doch einen militärisch erfolgreicheren Krieg gegen Deutschland?), konstatiert man gleichwohl in dieser Rede mit Vergnügen ein wenig mehr von dem bekannten gallischen Kriegergeiste Gambettas, Boulangers, Deroulèdes, Delcassés, Barrès' und Hervés als in Vivianis und Briands phantastischen Unschuldserklärungen, bei denen manchem stolzen französischen Patrioten recht schlecht zumute geworden sein mag.

Ich ziehe diesen Schluß, wenn ich die große Masse der vielen Äußerungen über den Inhalt des „französischen Friedens" durchsehe, die mir auf verschiedenen Wegen — in Zeitungen und Zeitschriften (trotz der lange so strengen französischen Zensur), in Broschüren und Büchern — zuhanden gekommen sind. Und dennoch kann ich nicht umhin, in der ganzen bunten Sammlung — von Briand und Viviani bis zu Maurice Barrès und Léon Daudet, von den vorsichtigsten parlamentarischen, diplomatischen und ententehaften Unschulds- und Kompromißphilosophen bis zu den am rücksichtslosesten aufrichtigen Bekennern der alten Suprematie — Gloire — und Kriegerreligion Frankreichs — eine wunderbar starke innerste Einheit-

lichkeit festzustellen, ein sich bis zur Eintönigkeit wiederholendes Grundthema in der Mannigfaltigkeit der lyrisch, episch, religiös, philosophisch, geschichtlich, volkswirtschaftlich, psychologisch oder nur politisch-agitatorisch und journalistisch ausgestalteten Bekenntnisse und Beschwörungen.

Dieser gemeinsame Zug ist die naive Selbstvergötterung des „französischen Geistes", welche die heilige Überzeugung gebiert, daß der „französische Friede" die „Befreiung der Menschheit" und den „Sieg der Zivilisation" in dem absoluten Sinne dieser Worte, den vielleicht nur ein Franzose völlig begreift, bedeuten müsse.

Ja, es gibt noch etwas, das ebenso allgemein wiederkehrt und die Aktenstücke über den „französischen Frieden" ebenso einförmig kennzeichnet — und das ist eine Wertung des deutschen Volkes, welche die genaue Umkehrung der französischen Selbstapotheose ist. Mein Feind ist ebenso gemein und tierisch, wie ich selber edel und gotterzeugt bin — sagt der „Kämpfer des Rechtes".

Hier nur ein Beispiel. Herr André Beaunier schreibt in einem innerhalb der neutralen Staaten umsonst verteilten Hefte, das auch Beiträge der Herren Maurice Donnay und Gaston Deschamps enthält, folgendes:

„Es ist schon durch den Krieg und die vor ihm gemachten Studien bewiesen, daß Germanismus und Barbarei zusammengehören und zwei verschiedene Namen ein und derselben Sache sind und daß Deutschland die ganze Weltgeschichte hindurch zwischen Barbarei und Zivilisation abgewechselt hat, daß es zivilisiert gewesen, wenn es sich der Führung der französischen Bildung hingegeben, und barbarisch, wenn es sie abgeschüttelt hat. Ein Deutscher hat, wie Fustel de Coulanges anführt, das Bekenntnis abgelegt, daß ‚das deutsche Volk niemals aus eigener Kraft und ohne äußeren Antrieb einen Schritt in der Richtung der Zivilisation getan' habe. Der Frankfurter Friede hatte das Resultat, ein Räuber- und Barbarenvolk an die Spitze des Kaiserreiches zu stellen. Dieses paradoxe Umkehren dessen, was hätte sein müssen, war darauf und daran, ganz Europa und in erster Reihe Frankreich aus den Angeln zu heben. Verblüfft darüber, daß es besiegt worden, begann Frankreich, das doch die Schule des Menschengeschlechtes ist, in gewissen Dingen bei Deutschland in die Schule zu gehen. Aber — ich wiederhole es — das ist jetzt vorbei. Eine wohltuende Reinigung soll selbst die Erinnerung an jene gelegentliche Besudelung beseitigen."

Aus der bereits angeführten Rundfrage im Septemberhefte der Zeitschrift Je sais tout (1915) erfährt man, daß der Philosoph und Akademiker Emile Boutroux vom Frieden erwartet, daß „Frankreich, befreit von der Verringerung seines politischen Einflusses, die der Krieg des Jahres 1870 verursacht hat, seine Großmachtstellung wieder einnehmen wird". Der Empfänger des Nobelpreises, Professor Charles Richet, ist der Ansicht, daß es jetzt gelte, „auszuhalten, um nicht Deutschland die Führung eines wenn auch ruinierten, verbluteten Europas zu überlassen. Es kommt Frankreich zu, der Führer des erschöpften Europas auf dem Wege zur Wiedergeburt zu sein". Der spezielle Wortführer des nach französischer Auffassung ein Wiedervereinigtwerden mit Frankreich herbeisehnenden Elsaß-Lothringens, Abbé Wetterlé, erklärt, daß „Krieg bis zur vollständigen Vernichtung der Deutschen eine absolute Notwendigkeit" sei.

Der fromme Abbé scheint einen Gesinnungsgenossen an dem bekannten Pazifisten d'Estournelles de Constant zu haben, der einem Zeitungsschreiber erklärt haben soll, „daß die französischen, englischen, belgischen und russischen Friedensfreunde, die vergeblich versucht, den Krieg zu verhindern, jetzt auf dem Standpunkt stehen, daß man nie mit dem preußischen Militarismus Frieden schließen darf, weil Deutschlands Hegemonie vernichtet werden muß. Sonst kann wieder Krieg ausbrechen". Daß „wieder Krieg ausbrechen kann" und zwar gerade als Folge eines allzu energischen französischen Ausnutzens eines eventuellen Sieges über Deutschland, das ist eine Lehre, welche die mit Elsaß-Lothringen gemachte Erfahrung gibt, die aber, wenn die Unterredung richtig wiedergegeben ist, dem friedliebenden Baron gerade so fern zu liegen scheint wie manch anderem französischen Patrioten in diesen Tagen.

Alles dies zeugt jedoch von einer ruhigen, milden Auffassung „des französischen Friedens" nach dem Evangelium des „Rechtes", wenn man es z. B. mit den Lehren vergleicht, die das Mitglied der Französischen Akademie, Herr Maurice Barrès, in seinen Artikeln im Echo de Paris, Herr Onésime Reclus in dem Buche L'Allemagne en Morceaux und der anonyme Verfasser der Broschüre La paix que nous devons faire verkünden.

Herr Barrès will das Deutsche Reich in selbständige Kleinstaaten aufteilen und Deutschland vollständig entwaffnen, nicht aber dessen gegenwärtige Gegner. Er will, daß Frankreich allein oder mit Belgien zusammen alles Land auf der Westseite des Rheins annektiere. Er schreibt über diese großen Dinge kurz, ruhig und sachlich: „pas d'armée du tout; pas un officier, pas

un soldat; une police intérieure civile; rien d'autre; pas de canons, pas de mitrailleuses, à peine des fusils." Deutschland dürfe nicht einmal Waffenfabrikation zur Ausfuhr gestattet werden — denn eine so „tiefstehende Rasse" könnte ja betrügen und einen Teil der Waffen im Lande behalten. Die Kriegsentschädigung soll so ungeheuer groß sein, daß Deutschland „mehrere Generationen hindurch" damit zu tun habe und sich schon deswegen nach dem Kriege kein Wehrbudget leisten könne. Außerdem müsse Frankreich Deutschland aller seiner Kunstwerke berauben — vermutlich nach dem Grundsatze, daß die Deutschen viel zu barbarisch sind, um solche Dinge nützlich zu verwenden.

Diese außerordentlich gemäßigte Ankündigung eines großen, beliebten französischen Nationalistenpropheten über den humanen Inhalt „des französischen Friedens" stand am 24. Februar 1915 im Echo de Paris und wurde in der Nummer vom 26. Februar noch durch allerlei Vorschläge dahin ergänzt, daß die Deutschen in den rein deutschen Gebieten, die Deutschland genommen und Frankreich einverleibt werden sollen, gewisser wirtschaftlicher Rechte beraubt werden müßten.

Der nichts weniger als deutschfreundliche oder franzosenfeindliche Pariser Korrespondent der Zeitung The New Statesman, der sich R. E. D. unterzeichnet, schildert in der Nummer vom 6. März 1915, wie Herr René Bazin voller Begeisterung Herrn Barrès dadurch unterstützte, daß er an Ludwigs des Vierzehnten ruhmreiche Eroberung und Verwüstung der Pfalz erinnerte und als Leitstern des „französischen Friedens" den schönen Grundsatz aufstellte: „la conquête est légitime, lorsqu'elle est si clairement désignée à notre ambition." Ein Pronunciamento des allerinnersten „Ich" der alten kriegs- und herrschsüchtigen, dünkelhaften und „barbaren"verachtenden gallischen Rassenseele, über welches alle Entente- und Friedensfreunde, die in ihrer Naivität glauben, ihre Stellungnahme zu den Streitenden auf das Dogma der „Friedlichkeit" und „Humanität" Frankreichs und der „Eroberungslust" und des „Militarismus" Deutschlands zu gründen, gar nicht ernsthaft genug nachdenken können.

„Es ist unmöglich zu sagen, eine wie große Anhängerschar diese Barrès-Bazin-Propaganda hat", schreibt R. E. D. weiter, nachdem er uns ein düsteres Bild der Verheerungen der französischen Zensur in der französischen freien Meinungsäußerung gegeben hat. „Aber", fährt er fort, „der Gedanke, den Rhein zur Grenze Frankreichs zu machen, wird von den unerwartetsten

Seiten unterstützt. Herr Charles Dupuis, der im vorigen Jahrhundert während kurzer Perioden viermal Ministerpräsident war, hat einem Vertreter der Zeitung Petite Gironde gesagt, daß die französische Grenze bis an den Rhein und die Mosel vorgeschoben werden müsse, und er hat hinzugefügt: ‚wir müssen einen französischen Präfekten in Koblenz haben'. Herr Ernest Denis, Professor an der Sorbonne und Präsident der Ligue du Droit des Peuples, hat in einem kürzlich veröffentlichten Buche über den Krieg nur deshalb gezaudert, sich Barrès anzuschließen, weil durch Hineinziehung einer rein deutschen Bevölkerung in den französischen Staat innere politische Schwierigkeiten entstehen könnten. Und von keinem Geringeren als Herrn Lavisse wurde vor einiger Zeit erzählt, daß er das Bilden eines Vereines fördere, der aus unbekannter Veranlassung die Ehre haben sollte ‚Michelet' zu heißen, und der zugunsten des Barrèsprogrammes tätig sein werde. Da indessen nichts weiter von der Sache verlautet ist, steht zu hoffen, daß Herr Lavisse sich anders besonnen hat ———."

Doch Barrès steht ja als Programmschmied (in altgallischem Stile) des „französischen Friedens" durchaus nicht allein da. Herr Onésime Reclus und der anonyme Verfasser der Broschüre „La Paix que nous devons faire" reden in demselben geschichtlich berühmten Tone und in demselben aus der Geschichte so gut bekannten Stile — aber nicht ohne originelle, beachtenswerte eigene Erfindungen und Zusätze. Man sehe einige Hauptzüge.

Überhaupt keine Friedensverhandlungen mit dem Deutschen Reich — sondern nur mit jedem der deutschen Teilstaaten. Dies nicht zum wenigsten, um zu markieren, daß man „das deutsche Volk" vom „preußischen Joche" befreie. Die Hohenzollern werden auf ewig abgesetzt. Wollen die Deutschen dennoch durchaus einen Kaiser haben, so wird es ein Wahlkaiser, sodaß Deutschlands politische Ohnmacht vor 1870 in aller Zukunft verbürgt bleibt. Die deutschen Kolonien werden restlos unter den Siegern geteilt. Frankreich erhält die Rheingrenze bis Köln, sowie auch Luxemburg. Belgien erhält Köln, Aachen und einen Teil des westfälischen Industriegebietes. Die Königreiche Hannover und Westfalen werden wiederhergestellt. Die deutsche Nordseeküste bis Bremen wird holländisch. Bremen, Hamburg und Helgoland werden englisch. Schleswig-Holstein mit Kiel fällt an Dänemark, „dem heiligen Nationalitätsprinzip gemäß". Unter russischem Protektorat wird ein Königreich Polen gebildet, das aus einem Teile Russisch-Polens, Ost- und Westpreußen, Posen, Teilen Schlesiens und der Provinz Galizien bestehen wird. Die vielen Deutschen, die sich auf diese Weise auf der verkehrten Seite

der deutschen Reichsgrenze befinden werden, haben sich in ihr Schicksal zu finden, da das Nationalitätsprinzip es diesmal aus höheren Gesichtspunkten so verlangt. Italien und Serbien erhalten ihre Irredenta reichlich bemessen, und die Schweiz heimst Vorarlberg ein. Die Kriegsentschädigung wird auf mindestens fünfzig und höchstens hundert Milliarden festgesetzt und ist von Deutschland in mindestens fünfzig und höchstens hundert Jahren zu bezahlen.

Dies ist „la paix que nous devons faire", — und ihn werden die Sieger, das humane Frankreich an der Spitze, dem Besiegten diktieren. „Mit solchem Volke unterhandelt man nicht!"

Oder, wie die allgemeine Parole jetzt (zu Anfang des Jahres 1916) in Frankreich und in allen nationalen und politischen Lagern der Entente formuliert wird: „erst der Sieg, dann der Friede!"

Oder, wie die auch von ententefreundlich-neutralen Sozialdemokraten angenommene Formel lautet: „kein Friede, der nicht ein dauerhafter Friede werden kann" — und es kommt den Feinden des „preußischen Militarismus" allein zu, darüber zu entscheiden, welche als „Dauerhaftigkeit" verbürgende Bedingungen gelten sollen. Der Friede wird auf der Zertrümmerung des deutschen Staates aufgebaut werden, und zwar gerade so, wie man es während des Siegesrausches in Frankreich, England, Rußland usw. zufällig als recht ansieht!

Das wird sicherlich ein dauerhafter Friede und ein Triumph des Rechtes! Wer daran zweifeln kann, der kennt eben seine Franzosen nicht, und ebensowenig seine Russen und seine Engländer!

II

Sozialdemokratische auswärtige Politik

7. Die Arbeiterbewegung als ein Faktor der auswärtigen Politik unserer Zeit

In der auswärtigen Politik, sowie auch in der inneren, nehmen heutzutage, seitdem die Zeit der politischen Religionsstreitigkeiten vorüber ist, die wirtschaftlichen Macht- und Wohlfahrtsfragen die erste Stelle ein, neben den Bestrebungen des Nationalismus und des Demokratismus und oft in unzertrennlicher Verbindung mit ihnen. Die politischen Parteien sind wesentlich wirtschaftliche Interessenvertretungen, sofern sie nicht um nationale Gleichstellung innerhalb eines aus mehreren Nationen zusammengesetzten Staates oder um konstitutionelle Reformen liberalistischer oder demokratischer Art kämpfen. Und auch die Verhältnisse zwischen den Staaten werden im Frieden und im Kriege überwiegend durch wirtschaftliche Interessen bestimmt, soweit nicht rein nationale Einheitsbestrebungen oder rein staatliche Selbständigkeits-, Macht- und Ehrenfragen entscheiden.

Da ist es denn selbstverständlich, daß die Arbeiterbewegung und die auswärtige Politik tiefliegende Berührungspunkte miteinander haben müssen.

Die politische Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts wird nicht nur durch das Vordringen des Demokratismus und des Nationalismus zu Rangstellungen von entscheidender Bedeutung im inneren und äußeren Leben der Staaten gekennzeichnet, sondern auch durch das Hinaufsteigen der Arbeiterklasse zu sozialem und politischem Selbstbewußtsein und zu einer politischen Machtstellung. Und während des letzten Jahrzehntes des neunzehnten Jahrhunderts sowie im ersten des zwanzigsten haben die politischen Parteiorganisationen und wirtschaftlichen Fachorganisationen der Arbeiter auch auf internationalem Gebiete bedeutungsvolle Tätigkeit entwickelt — d. h. eine eigene Art auswärtiger Politik neben der der Staatsbehörden betrieben und auch einen gewissen Einfluß auf diese letztere ausgeübt.

Die Frage, wie sich die Arbeiterbewegung vor dem Ausbrechen des Weltkrieges, beim Kriegsausbruche und nachher verhalten hat, ist daher eine in hohem Grade zeitgemäße politische Frage. Und es ist nicht schwer zu erkennen, daß sie dies auch unter rein prinzipiellen Gesichtspunkten sein muß.

Die „Arbeiter" — d. h. die körperlich arbeitenden, besitzlosen, ihr ganzes Leben hindurch den Unternehmungen anderer dienenden Lohnarbeiter und

die ihnen kulturell und wirtschaftlich am nächsten stehenden untersten Intelligenzarbeiter, die scheinbar selbständigen, aber im Grunde sehr abhängigen ganz kleinen Landwirte, die Handwerker und die Krämer — bilden die Hauptmasse der Bevölkerungen der modernen Industriestaaten. In jedem Lande vergrößert sich die Proportion dieser wirtschaftlich dienenden oder sonstwie unselbständigen Bevölkerung in demselben Maße, wie die Industrialisierung oder Kommerzialisierung des Erwerbslebens fortschreitet.

In England ist vor zehn Jahren ausgerechnet worden, daß die „kleinen" Einkommen, d. h. in der Mittelzahl um 2000 Mark herum pro Familie von Durchschnittsgröße, etwas mehr als die Hälfte des gesamten privaten Nationaleinkommens betragen und daß 88% der Bevölkerung von solchen „kleinen" Einkommen leben. Die eigentlichen Lohnarbeiter und ihre Familien wurden auf 75% der Bevölkerung und ihr Anteil am Nationaleinkommen auf 38% geschätzt.

So unsicher derartige Berechnungen in ihren feineren Einzelheiten auch sind, so lassen doch die auf anderem Wege, z. B. auf dem der Berufsstatistik, gemachten Beobachtungen keinen Zweifel daran bestehen, daß der wirtschaftliche und soziale Zustand, dessen Typus die Verhältnisse des Lohnarbeiters oder „Arbeiters" kennzeichnen, in den modernen Gesellschaften bereits das Los der meisten Staatsbürger ist oder es schnell wird.

Daher hat es für den Gesellschaftsforscher die größte „typologische" Bedeutung, zu beobachten, wie der „Arbeiter" in unseren Tagen seine wirtschaftlichen und politischen Interessen auffaßt und wie er sie innerhalb der inneren und der auswärtigen Politik zu fördern und zu schützen sucht.

Der „Arbeiter" kann nicht, wie der Bauer, durch eigene Arbeit auf eigener Scholle notdürftig für seinen Unterhalt und den seiner Familie sorgen, wenn eine Wirtschaftskrise die übrige Gesellschaft erschüttert. Die Wirtschaft des „Arbeiters" beruht gänzlich darauf, wie es im großen ganzen mit der Gesellschaftswirtschaft steht. Gerät diese ins Stocken, so verliert er sein Einkommen, ganz oder teilweise. Tritt schnell Teuerung ein, so muß er auch dann von verminderten Rationen leben, wenn er das Glück hat, sein altes Geldeinkommen zu behalten. Der Auslandshandel interessiert ihn direkt ebenso sehr wie der Inlandshandel, die Handhabung der ausländischen Produktion oft ebenso sehr wie die der nationalen Produktion.

Als eine dem Existenzminimum nahestehende Haushaltung und als eine vollständig „kommerzialisierte", von aller Eigenproduktion losgelöste Wirtschaft ist die Ökonomie des „Arbeiters" das gegen äußere und innere Stö-

rungen empfindlichste Gebiet der ganzen Nationalwirtschaft. Alles, was Politik — innere und auswärtige — ausrichten kann, um das nationale Erwerbsleben zu fördern und zu stabilisieren und um dem „Arbeiter" einen größeren, sichereren Anteil am Nationaleinkommen zu gewähren, muß ihm im höchsten Grade wichtig sein.

Wenn man als ein den Unternehmungen anderer auf Lebenszeit Dienender seine wirtschaftliche Existenz so eng mit den Wirtschaftsverhältnissen der meisten anderen Mitbürger und zahlreicher anderer Länder verflochten weiß, dann bleibt einem nichts anderes übrig als zu Organisation und Politik zu greifen, um aus dem Chaos und einem Zustande verzweifelter Hilflosigkeit errettet zu werden.

Man braucht in der politischen und ökonomischen Geschichte und Statistik unserer eigenen Zeit gar nicht sehr bewandert zu sein, um zu wissen, daß der moderne Arbeiter tatsächlich in größtem Maßstabe zu diesen beiden zeitgemäßen Universalmitteln im Kampfe einer sozialen Klasse um ihr Dasein gegriffen hat und daß dadurch sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik ein neuer Machtfaktor entstanden ist.

Das dem Lohnarbeiter am nächsten liegende Organisationsbedürfnis ist rein wirtschaftlich und gilt der Regelung der Höhe des Lohnes und der Beschaffenheit der Arbeitsbedingungen. Dem Arbeitgeber des modernen Großbetriebes gegenüber kann er nur in festem Verbande mit seinen Kameraden, durch eine Fachgenossenschaft hoffen, das notwendige Mitbestimmen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben zu dürfen. Und dank der zunehmenden Internationalisierung des Erwerbslebens durch den Auslandshandel sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb derselben Fächer in verschiedenen Ländern sehr voneinander abhängig geworden — so daß sich ein internationales Zusammenwirken der Fachgenossenschaften vernotwendigt hat.

Diese gemeinsame Tätigkeit war vor dem Weltkriege in der „internationalen Föderation der Fachvereine" konzentriert, die ihren Sitz in Berlin hatte und im Jahre 1912 zweiundzwanzig nationale Zentralorganisationen mit zusammen fast 7 400 000 Mitgliedern umfaßte — obgleich der Anschluß an die internationale Organisation bis dahin noch nicht dazu gelangt war, sämtliche Fachvereinsmitglieder in den angeschlossenen Ländern zu umfassen. Es ist selbstverständlich, daß eine derartige Riesenorganisation, der Kohlengrubenarbeiter, Eisenindustrie- und Metallarbeiter, Textilarbeiter,

verschiedene Gruppen der Transportarbeiter, Bauarbeiter usw. angehören, alle Voraussetzungen besitzt, so nach und nach eine außerordentlich bedeutsame international-regulierende Tätigkeit zu entwickeln. Allein schon in den unter diesen Gesichtspunkten wichtigsten der jetzt kriegführenden Länder (außer Rußland, wo statistische Angaben fehlen) — also in Deutschland, Österreich, England, Frankreich und Italien — waren gegen 4 500 000 Fachgenossenschaftsmitglieder an die internationale Organisation angeschlossen. Dies ist indessen nur ungefähr die Hälfte sämtlicher Fachvereinsmitglieder in den genannten fünf Ländern.

In Deutschland gab es 1912 allein 3 300 000 Fachgenossenschaftsmitglieder, unter denen 2 500 000 an die internationale Föderation angeschlossen waren. In England dagegen waren von 3 000 000 nur 860 000 angeschlossen, und in Frankreich unter 1 000 000 bloß 390 000. Daraus geht deutlich hervor, daß in der Fachvereinswelt Englands und Frankreichs das „internationale" Interesse geringer ist als in der Deutschlands.

Die einzige, von Lohnarbeitern als solchen gebildete politische Organisation, die Bedeutung hat, ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei — die allerdings in verschiedenen Ländern unter ein wenig abweichenden Bezeichnungen und mit nicht ganz gleichlautenden Programmen auftritt. Auch auf diesem Gebiete gibt es, wie allgemein bekannt, eine internationale Organisation — gewöhnlich „die Internationale" genannt — die noch tiefer in dem Programme und den Bestrebungen der Bewegung selbst wurzelt, als es bei der internationalen Föderation der Fachgenossenschaftsbewegung der Fall ist. Die Sozialdemokratie ist bisher ihrer Idee nach zuerst international und nachher national gewesen, während hinsichtlich der Fachgenossenschaftsbewegung das Gegenteil gilt — obgleich diese letztere in gewissen Ländern in sehr großem Umfange von der Sozialdemokratie großgezogen und geleitet worden ist.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands hatte 1912 gegen 970 000 Mitglieder, erhielt aber bei den Wahlen zum deutschen Reichstage 4 250 000 Stimmen und damit 110 der 397 Volksvertreter. Die österreichische Sozialdemokratie hatte etwa 290 000 Mitglieder, erhielt aber (1911) 1 000 000 Stimmen und 82 Mandate von 516. Noch schärfer tritt in Frankreich und Italien das Mißverhältnis zwischen der relativ niedrigen Parteimitgliederziffer und den großen parlamentarischen Stimmen- und Vertreterzahlen hervor. In Frankreich beliefen sich 1914 die sozialistischen Stimmen auf 1 400 000 und die Parlamentsvertreter auf 101 von 595; Italien

hatte (1909) 339 000 sozialistische Stimmen zu verzeichnen und unter 508 Volksvertretern 42 Sozialisten. In diesen vier Ländern — Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien — besitzen die sozialdemokratischen Parteien also einen politischen Anhang und eine parlamentarische Macht, die das, wozu ihre bloße Mitgliederzahl sie berechtigen würde, weit übersteigt. Die unter den Fahnen der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiter bilden in diesen Ländern eine Kerntruppe, um welche sich gewaltige Massen der Reichstagswähler scharen, zum großen Teil ganz gewiß, ohne in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung der Arbeiterklasse ganz gleichgestellt zu sein.

Schon diese Tatsache muß argwöhnen lassen, daß die internationalistischen Ideen der „Internationale" schwerlich von allen den Reichstagswählern, die in diesen Ländern sozialdemokratisch stimmen, gleichmäßig stark umfaßt sein können — denn es liegt nahe, anzunehmen, daß sie durch ihr „Mitlaufen" mit der Sozialdemokratie vorzugsweise wirtschaftliche und demokratisch-politische, aber national begrenzte Zwecke zu fördern suchen. Die internationalen Ideen und Bestrebungen liegen doch immer dem Denken des gewöhnlichen Staatsbürgers etwas ferner als die nationalen.

Was England anbetrifft, so gab es dort 1912 zwar eine „Arbeiterpartei" mit ungefähr 1540000 Mitgliedern — aber es sind wenig Sozialdemokraten darunter, und diese haben wenig theoretische und internationalistische Interessen. Von den mehr als 3 Millionen Fachgenossenschaftsmitgliedern in England stimmen die meisten konservativ oder liberal, nicht mit der „Arbeiterpartei".

Die großen inneren und äußeren Voraussetzungen der Arbeiterklasse, eine bedeutende Rolle in der auswärtigen Politik zu spielen, lassen sich nicht in Zweifel ziehen. Die Organisationsfähigkeit und das Interesse sind durch Zahlen, wie die eben angeführten, bewiesen. Die großen Massen der Nationen haben begonnen sich in Bewegung zu setzen — sowohl in außenpolitischer wie in innerpolitischer Hinsicht. Allerdings liegen die Verhältnisse, die eine internationale Föderation nationaler Fachgenossenschaften hervorzwingen, offen zutage. Aber mit der Sozialdemokratie verhält es sich anders. Ihr internationalistischer Ideenvorrat ist geschichtlich bedingt und hat eine geschichtliche Verwandlung erlitten, die gerade durch den Weltkrieg einen kritischen Punkt erreicht hat.

8. Die ursprünglichen außenpolitischen Prinzipe der Marxistischen Sozialdemokratie

Sozialistische Ideen und Idealkonstruktionen sind ebenso alt wie die Gesellschaftsphilosophie, die von Anfang an eine individualistische und eine sozialistische Denklinie aufgewiesen hat. Ein Faktor des aktiven politischen Lebens wird die sozialistische Gesellschaftsanschauung erst während und unmittelbar nach der großen französischen Revolution — von der Mitte der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts an. Verschwörung und Revolte waren in jener Zeit die politischen Aktionsmittel des Sozialismus, und Frankreich war dazumal das klassische Land der sozialistischen Bewegung. Doch diese Bewegung war noch nicht speziell eine Arbeiterbewegung, sondern eine Propaganda und ein Kampf politischer und wirtschaftlicher Ideologen aus allen Schichten der Gesellschaft, hauptsächlich aus den höchsten und den niedrigsten.

Um das Jahr 1848 herum findet eine Szenenveränderung von fundamental weltgeschichtlicher Bedeutung statt. Der Sozialismus wird die Gesellschaftstheorie und das Gesellschaftsideal einer neuen politischen Partei — der eigenen politischen Partei der modernen Arbeiterklasse — einer politischen Partei mit internationalen Prinzipien und Bestrebungen — einer im äußersten Grade umstürzlerischen politischen Partei — einer Partei, die ihre revolutionären Forderungen und Hoffnungen auf eine streng wissenschaftliche Gesellschaftsauffassung stützt. Zugleich werden die Denkwerkstatt und das Organisationszentrum von Frankreich nach Deutschland verlegt — nicht ohne heftige, noch heute andauernde Proteste von französischer Seite.

Wir haben also in der Geschichte des politisch aktiven Sozialismus mit einer älteren französischen und einer jüngeren deutschen Führerschaft zu rechnen. Und wir haben einen tiefgehenden entwicklungsgeschichtlichen Unterschied zwischen französischer und deutscher Führung zu beachten — einen Unterschied, den der Übergang des Sozialismus von klassenloser, utopistischer Ideologie zu einer politischen Klassenpartei mit einem auf wissenschaftlichem Grunde ruhenden Programm am besten kennzeichnet, worin der Gedanke, daß der soziale Umsturz als evolutionäre Naturnotwendigkeit und nicht als geglückter Revolutionsstreich kommen werde, eine Hauptrolle spielt.

Obwohl der deutsche Sozialismus Frankreich in gewissem Maße erobert hat, findet man doch noch Spuren des alten Gegensatzes, dem es auf französischer Seite niemals an einem nationalistischen und chauvinistischen Zuge gefehlt hat. Es hat stets französische Sozialisten gegeben, welche den, französischem Nationalismus unbequemen, Internationalismus des deutschen Sozialismus als — „Pangermanismus" ausgelegt haben! Eine Erinnerung hieran ist, unter vielem anderen, ein von James Guillaume geschriebenes Buch Karl Marx pangermaniste et l'Association internationale des Travailleurs de 1864 à 1870[1], worauf ich noch wieder zurückkommen werde.

In der langen Geschichte der sozialistischen Theorien und Bestrebungen bildet Karl Marx mit seiner wissenschaftlichen und organisatorischen Tätigkeit den großen Scheideweg. In der Mitte des 19. Jahrhunderts beginnt Marx seinen großangelegten, tiefdurchdachten Versuch, den bis dahin utopisch-spekulativen sozialistischen Ideen eine streng wissenschaftliche Grundlage zu geben. Und zugleich versucht er, einen hiermit engzusammenhängenden nicht weniger genialen Gedanken zu verwirklichen — den, aus der Arbeiterklasse eine politische Partei mit Bestrebungen zu machen, die zugleich grundverschieden von denen aller anderen politischen Parteien sein sollen und nichts anderes bedeuten als das bewußte planmäßige Fördern des eigenen naturnotwendigen Entwicklungsverlaufes der Gesellschaft bis zur sozialistischen Form des Gesellschaftslebens hin.

Der Gedanke, daß Armut und soziale Unfreiheit durch das Betreiben der Produktion mit gesellschaftlich besessenen Produktionsmitteln und gesellschaftlich organisierter Arbeit beseitigt werden sollen, war niemals an besondere nationale Verhältnisse gebunden. Marx macht den Gedanken dadurch noch internationalistischer, daß er ihn auf eine allgemeine soziologische Entwicklungstheorie stützt. Er versuchte zu beweisen, daß der moderne Großindustrialismus mit Naturnotwendigkeit und unabhängig von allen nationalen Verschiedenheiten und Schranken eine Produktionstechnik und ein Eigentumssystem heranreifen läßt, die schließlich die Fortdauer des Privatkapitalismus unmöglich machen und an seiner Stelle den Sozialismus hervorzwingen. Diese wirtschaftliche Entwicklung ist ihrer Natur nach nationalitätsauflösend, internationalistisch, denn sie macht die Produktionstechnik, das Eigentumssystem und die Arbeitsordnung in allen Ländern gleichartig und vereinigt diese, durch den Welthandel, zu einer internationalen Wirt-

[1] Paris, 1915.

schaft mit beständig abnehmenden nationalen Gegensätzen und Verschiedenheiten.

Der soziale Ausdruck dieses Internationalisierungsvorganges ist das Verschwinden der alten, national gefärbten Gesellschaftsklassen (der Stände) und ihr Ersetztwerden durch zwei, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage grundsätzlich nationalitätslose Klassen: die besitzlosen Lohnarbeiter („die Proletarier") und die das Eigentum monopolisierenden Unternehmungsleiter („die Kapitalisten", die „Bourgeoisie"). Wenn die „Proletarier" zureichend besitzlos geworden, abhängig und verarmt sind, wenn die Mittelklassen verschwunden sein werden und alles Produktiveigentum in den Händen weniger „Kapitalmagnaten" konzentriert ist, dann muß der Umsturz von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung ganz von selbst kommen. Durch ihre Armut und ihre Sklavenstellung hat die „Proletarier"-klasse alle nationale Eigenart verloren. Desgleichen die Kapitalistenklasse, dank ihren ausschließlich wirtschaftlichen Lebensinteressen und der selbstverständlichen Nationalitätslosigkeit des Privatkapitals. Ob der Profit durch Landsleute oder durch Neger oder Chinesen erzeugt werde, das ist dem Privatkapital als solchem gänzlich gleichgültig. Doch daß das Privatkapital auf den Profit verzichten könnte, damit Landsleute imstande seien, wie Menschen zu wohnen und zu leben — das ist eine innere Ungereimtheit.

Werden sich nun die „Proletarier" ihrer Klassenlage bewußt, so werden sie sich zugleich auch ihrer Nationalitätslosigkeit bewußt. Die politische Partei, die sie bilden, um zum „Übernehmen der politischen Macht" bereit zu sein, wenn die kapitalistische Gesellschaft zusammenbricht, wird grundsätzlich eine nationalitätslose, eine international fühlende, denkende und strebende Partei. Die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder sind vom ersten Augenblicke ihres Daseins an auf gemeinsames Verständnis und gemeinsames Arbeiten angewiesen — müssen eine „Internationale" bilden.

Das erste Programm der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist das 1847 von Marx (zum Teil gemeinschaftlich mit seinem Freunde Friedrich Engels) verfaßte „Kommunistische[1] Manifest". „Den Kommunisten ist vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität, abschaffen", heißt es darin. Und die Antwort lautet: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben."

[1] Dem damaligen Sprachgebrauche nach bedeutete das Wort „Kommunist" dasselbe wie heute „Sozialist" und „Sozialdemokrat".

Das Manifest schließt mit dem bekannten Aufrufe an das Proletariat, sich an der sozialen Revolution zu beteiligen, wenn die Zeit dazu reif sei. „Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. *Proletarier aller Länder vereinigt euch!*"

Zwei Fragen wären also zu beantworten. Denkt Marx sich jene neue „Welt", welche die „Proletarier" sich so „erobern", nationalitätslos oder nicht? Und meint er, daß die Arbeiter *vor* der Revolution nationale Interessen zu verteidigen hätten, oder nicht?

Es läßt sich schwerlich bestreiten, daß Marx die erstere Frage in seinem „Manifest" in negativer Richtung beantwortet. Er sagt dort unter anderem folgendes: „Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen."

Hier wird deutlich genug gesagt, daß das Proletariat *nur* so lange einen gewissen nationalen Charakter behalte und „noch national" sei, wie es sein Befreiungswerk im Rahmen der Bourgeoisie betreiben müsse. Doch nachdem schon hierbei die nationale Eigenart verringert worden sei, werde sie in der neuen, nachrevolutionären Sozialistengesellschaft „noch mehr verschwinden".

Das Ideal, das Marx vorgeschwebt hat, ist ohne Zweifel die beständig fortschreitende *Verminderung* der nationalen Verschiedenheiten, nicht aber ihre weitere Entwicklung und ihr immer höhere Form annehmendes Weiterbestehen in aller Zukunft als unverlierbarer Zug der geistigen Kraftausrüstung der Menschheit.

Doch die Vereinfachung und Vergröberung einer Idee oder Theorie, die sich bei ihrer Übertragung aus dem Denkleben des Erfinders in das der großen Massen unwillkürlich einstellt, hat unvermeidlich dazu geführt, daß die Sozialdemokratie auf lange Zeit hinaus abstrakt, dogmatisch nationalitätsfeindlich wurde, „vaterlandslos" — *in der Theorie*, wenn auch nicht im Herzen!

Jedenfalls lag hier eine Ursache zu Unklarheit und Zersplitterung vor. Die aus persönlicher Neigung sowohl im Herzen wie in der Theorie nationali-

tätsfeindlichen Mitglieder der Sozialdemokratie konnten sich jederzeit auf Marrens hohe Autorität und auf gewisse traditionelle Agitationsphrasen innerhalb der Bewegung berufen. Die Mitglieder hingegen, die in der Nationalität einen großen, ewigen Menschheitswert sahen, waren gezwungen, so lange, wie es ging, sowohl mit der Theorie wie mit ihrer eigenen Überzeugung einen Kompromiß zu schließen, um nicht als offenbare Ketzer gegen das theoretische Programm aus dem einmal gegebenen Rahmen der Bewegung zu fallen.

Dieselbe halbe Unklarheit und denselben halben Negativismus, die also Marrens Standpunkt in der Frage des zukünftigen Wertes der Nationalität und ihrer zukünftigen Bedeutung im Jahre 1848 charakterisierte, finden wir wieder, wenn es sich um die gegenwärtigen Verhältnisse handelt — um die Kapitalistengesellschaften, ihren Kampf miteinander und das Verhalten des Proletariates gegen diesen Kampf.

Auf den ersten Blick hin scheint die Sache freilich ganz einfach zu sein. „Der Arbeiter hat" ja „kein Vaterland". Er hat „nichts zu verlieren" als seine „Ketten".

Hier ist der Grundgedanke bei Marx natürlich der, daß der Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft gezwungen ist, ein viel zu elendes und kulturloses Leben zu führen, daß er einen viel zu geringen Einsatz in die materiellen und geistigen Werte des Vaterlandes hat, um an dessen Geschicken Interesse zu haben, und daß es ihm unmöglich ist, „national zu empfinden".

Hierbei aber übersieht Marx offenbar, daß die Nationalität „im Blute liegt" und gleich diesem unveräußerlich ist. Die Nationalität ist eine körperliche und geistige Beschaffenheit, die sich weder durch irgendein „Produktionssystem" noch durch wirtschaftlichen Verkehr, noch durch soziales Elend auslöschen läßt. Kapitalismus und Proletenelend können die Menschen verflachen und versumpfen; aber auch diese ihre Erniedrigung trägt die charakteristischen Merkmale ihrer Nationalität; und wenn sie sich wieder aus der Verflachung und Versumpfung erheben, sind sie konkrete, national eigenartige Menschen, die wieder in voller geistiger Kraft und Gesundheit auferstehen, nicht abstrakte internationale Menschen. Nationalität ist kollektive, naturbedingte Persönlichkeit — im Guten wie im Bösen.

Augenscheinlich haben die Vorstellungen, die sich Marx, als er das „Manifest" schrieb, von dem Wesen und der Zukunft der Nationalität machte, unter dem Einflusse nationalitätsverneinender Ideenströmungen gestanden. Daher

sind seine Äußerungen über diesen Punkt ebenso unreif, wie seine Theorien über die Aussichtslosigkeit des „Proletariats" auf Erhaltung eines Anteils an den materiellen und geistigen Werten der „Kapitalistengesellschaft" einseitig pessimistisch, unrealistisch und falsch waren.

Als demokratischer Freiheitskämpfer und revolutionärer Mann der Opposition gegen die ganz oder halb autokratischen Regierungen der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mußte er gegen nationale Unfreiheit, die Gewalt und Bedrückung, der eine Nation die andere unterwarf, aufs schärfste Front machen! Aber er tut dies unter internationalistisch demokratischen und humanitären Gesichtspunkten, aus allgemeinem demokratischem und pazifistischem Empfinden und Überzeugtsein heraus — nicht etwa aus Besorgnis um das Erhaltenbleiben nationaler Eigenart als solcher.

Mit der Oberflächlichkeit der Marxschen Nationalitätsauffassung hängt auch die Oberflächlichkeit seiner Theorie über die Ursachen des Krieges zusammen. Diese ist ausschließlich eine wirtschaftliche Theorie und einseitig darauf zugeschnitten, daß sie den Krieg zwischen Kapitalistenstaaten soll erklären können.

„In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben", sagt er im „Manifest". „Mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander", fährt er fort.

Nach der Theorie, die Marx 1848 aufgestellt hat, sind Krieg, Eroberung und Nationalitätsbedrückung also ebenso unerläßliche wie ausschließliche Kennzeichen der vorkapitalistischen und kapitalistischen, der noch nicht proletarisch revolutionierten Gesellschaft, der Standesgesellschaft und der Klassengesellschaft. Wenn das Proletariat „die politische Macht übernommen hat", fallen die Gegensätze, die Kriegsursachen und der Unfriede zwischen den Völkern ganz von selbst fort.

Die tiefste Kriegsursache ist nach Marx die wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung einer Gesellschaftsklasse durch die andere innerhalb der Nationalgesellschaften. Dem eigenen Wesen des Privatkapitalismus gemäß müssen diese Ausbeutung und diese Bedrückung in Gestalt von Handelskriegen, Kolonialkriegen und Eroberungskriegen über die Grenzen des kapitalistischen Nationalstaates hinausgreifen und die Freiheit anderer Völker beeinträchtigen. Die fundamentale Kriegsursache ist, auch in einem ausge-

prägt nationalistischen Kriege, der Kapitalismus, nicht der Nationalismus — denn der Nationalismus erhält seinen kriegerischen Inhalt durch die kapitalistische, wirtschaftliche Expansionsbegierde, die im Grunde eine Expansionsnotwendigkeit ist, solange der Kapitalismus selbst existiert.

Nicht „die Völker", sondern ihre Herrscher und Ausbeuter stiften Kriege an. Im „Volke", im „Proletariat" als solchem, liegen keine Kriegsursachen versteckt. Die Arbeiter der verschiedenen Länder haben eitel übereinstimmende Interessen und sympathische Gefühle gegeneinander.

Wer sich für die auslandspolitischen Prinzipe und Tendenzen der Sozialdemokratie interessiert, der tut gut daran, wenn er die fundamentale Unklarheit beachtet, die sich hinter dieser scheinbar so einfachen und klaren Auffassung verbirgt.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gesellschaftstheorie der Sozialdemokratie naturwissenschaftlich deterministisch ist. Die soziale Entwicklung geht unabhängig von dem „freien" Willen der Menschen vor sich. Höchstens läßt sie sich durch die Menschen beschleunigen oder verzögern — aber niemals in wesentlichen Zügen ändern.

Eine solche Auffassung muß doch für eine grundsätzlich pazifistische Arbeiterklasse in einer Gesellschaftsordnung, die grundsätzlich das Gegenteil von pazifistisch ist, recht eigentümliche Konsequenzen enthalten!

Solange, wie das Proletariat in der Kapitalistengesellschaft leben muß — weil diese Gesellschaft noch nicht reif zum Umsturze ist — können die Lebensinteressen des Proletariates, wie es mir scheinen will, doch unmöglich denen der Kapitalistengesellschaft ganz und gar ungleich sein. Wenn es, geschichtlicher Notwendigkeit und soziologischem Gesetze zufolge, noch keine andere Art, zu produzieren und zu leben (denn man muß ja produzieren, um leben zu können), gibt als das privatkapitalistische System und wenn dies System notwendigerweise imperialistisch ist, Kolonialkriege, Eroberungskriege, Handelskriege und Militarismus mit sich bringt, dann wird wohl ein soziologischer Determinist unmöglich leugnen können, daß das Proletariat sein, allerdings tragisches Interesse bis auf weiteres mit jenem Imperialismus, Unfrieden und Militarismus verflochten sieht — gleichwie mit dem Bestehen und der Entwicklung des Privatkapitalismus überhaupt.

Die Proletarier der verschiedenen kapitalistischen Nationen geraten miteinander in wirtschaftliche Interessenkonflikte und können zu Kriegen gegeneinander gezwungen sein — nicht deshalb, weil sie selbst einander übel-

wollen, sondern weil sie von einer ehernen soziologischen Notwendigkeit beherrscht werden; sind sie doch bis auf weiteres an die kapitalistische Gesellschaft und deren Lebenswillen gefesselt.

Und wie wird es dann, wenn die eine Nation die andere in kapitalistischer Entwicklung überflügelt und sich der Weiterentwicklung der anderen mit Gewalt zu widersetzen sucht, um „Suprematie" als Handelsstaat, Kolonialstaat, Kapitalistenstaat zu gewinnen? Wie England z. B. wiederholt getan hat und sichtlich während des jetzt vor sich gehenden Weltkrieges mit Deutschland tun will. Wie wird es dann mit der Interessenharmonie zwischen den Arbeitermassen beider Länder? Werden die Arbeiter in dem um einige Jahrzehnte zu spät gekommenen Lande fordern, daß der Konflikt durch freiwilliges Verzichten ihres Vaterlandes auf seine Weiterentwicklung zu kapitalistischer Großmacht beigelegt werde?

Was wird dann aus den eigenen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten jener Arbeiter — solange die Periode des Kapitalismus noch andauert?

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Lebenshaltungen der Arbeiter zwischen 1850 und 1915, im großen gesehen, gestiegen sind, teilweise vom Niveau des „Lumpenproletariats" auf das der „Arbeiteraristokratie", und daß diese, von Marx 1850 nicht vorausgesehene, noch immer fortschreitende Verbesserung der materiellen, kulturellen und sozialen Lage der Arbeiterklasse aufs engste mit der Entwicklung des primitiven, chaotischen Großkapitalismus zu einem reiferen, besser organisierten Großkapitalismus zusammenhängt. Aber es läßt sich auch nicht bestreiten, daß der wirtschaftliche und politische Imperialismus gleichfalls ein wesentlicher Zug dieser Entwicklung des modernen Kapitalismus ist.

Es besteht eine ursächliche Verbindung zwischen Deutschlands 1871 erfolgter Konsolidierung und Machtvergrößerung und seiner ungeheueren, auch der Arbeiterklasse zugute kommenden wirtschaftlichen Entwicklung nach 1871. Die englischen Arbeiter wissen selber ganz genau, daß der gewaltige englische Kolonial- und Handelsimperialismus — dessen Grund im 17. und 18. Jahrhundert durch Handels- und Kolonialkriege gelegt wurde und der sich im 19. durch Kolonialkriege, andere Kriege und Eroberungen weiter entwickelt hat — keineswegs eine für ihren relativen Wohlstand und dessen fernere Hebung bedeutungslose Sache ist.

Moderner Großkapitalismus und moderne Großstaatsbildung imperiali-

stischer Art sind zwei Ausdrücke ein und desselben Grundfaktums: der zunehmenden Bedeutung des Großbetriebes, der Organisation im großen, innerhalb des sozialen Lebens. Und ist das sozialdemokratische Programm in seinem sozialistischen Teile etwas anderes als eine Voraussagung, daß der soziale Großbetrieb schließlich so vollständig zum Durchbruche kommen werde, daß „die Expropriateure expropriiert" werden und die Gesellschaft die Produktion nach einheitlichem Plane selbst übernimmt?

Der Kapitalistenstaat ist ein Raubstaat — im Inneren und nach außen hin — dem Marxismus gemäß. Die Proletarier leben in diesem Raubstaate und können sich auf keine andere Weise von ihm losmachen, als durch seine eigene naturnotwendige innere Entwicklung zu einem Sozialistenstaate — dem Marxismus gemäß.

Entstehen dann nicht mit geschichtlicher Notwendigkeit manchmal Entwicklungssituationen, in welchen der Pazifismus der Proletarier und ihr Wohlwollen gegeneinander über die Nations- und Staatsgrenzen hinaus sowohl mit dem Gesetze der geschichtlichen Entwicklung (dem Marxismus gemäß) wie auch mit dem eigenen, nationalen Proletarierinteresse in Konflikt geraten?

Und sehen wir nicht gerade dies während des Weltkrieges 1914—16 in allergrößtem Maßstabe stattfinden? In diesem Kriege, der den proletarischen Pazifismus in einem proletarischen Nationalismus hat ertrinken sehen — wenigstens in Frankreich und England.

Mit anderen Worten: hier ist noch ein Paragraph im Programme des Marxismus, der sich vor der geschichtlichen Entwicklung unhaltbar erwiesen hat und deshalb der Umarbeitung bedarf.

Der Weltkrieg hat plötzlich einen sehr auffallenden Mangel an Übereinstimmung zwischen den radikal pazifistischen und antiimperialistischen auslandspolitischen Theorien und Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung einerseits und dem radikal imperialistischen und kriegerischen Verlauf der tatsächlichen auswärtigen Politik andererseits aufs gründlichste enthüllt. Dies kann einer Volksbewegung, die ihre Autorität in vielem auf den Glauben gründet, daß sie die reifste wissenschaftliche Auffassung des Ursachenverhältnisses zwischen der wirtschaftlichen Organisation der Gesellschaft und dem politischen Charakter der Staaten und ihrem politischen Zusammenleben besitze, nichts weniger als gleichgültig sein.

Die marxistische „materialistische Gesellschaftsauffassung" ist entweder nicht imstande gewesen, der modernen Arbeiterklasse die richtige Erklärung des notwendigen Verhältnisses der modernen Gesellschaft zu den Problemen des Nationalismus und des Krieges zu geben, oder die Erklärung ist, obgleich wenigstens teilweise wertvoll, aus irgendeinem Grunde innerhalb der Arbeiterbewegung nicht vorurteilslos und folgerichtig angewandt worden.

Die sozialistische Arbeiterbewegung unserer Zeit hat unzählige radikal pazifistische Deklarationen erlassen — in gewissen kritischen Lagen vielleicht nicht ganz ohne Wirkung. Die entscheidende Probe — Ende Juli und Anfang August 1914 — hat sie dennoch nicht bestanden. Europas friedensfreundliche sozialistische Arbeiterorganisationen konnten das Ausbrechen des Krieges nicht verhindern. Ja, sie konnten nicht einmal verhindern, daß der Krieg ihre gewaltige internationale gemeinsame Organisation völlig auseinandersprengte. Die sozialistische „Internationale" zerfiel in nationale, ja in nationalistische Sozialistengruppen, die sich hinsichtlich der unerschütterlichen Durchführung des Krieges bis zum Siege mit der Regierungspolitik der verschiedenen kämpfenden Staaten identifizierten.

Diese entscheidende Tatsache hat man auf sozialdemokratischer Seite durch eine Phrase über unerschütterte theoretische Einigkeit innerhalb der augenblicklich durch den Weltkrieg auseinandergerissenen Nationszweige der Internationale zu bemänteln versucht. Diese Zweige werden sich solange, wie es nötig ist, an der Verteidigung ihres respektiven Vaterlandes beteiligen, und hernach wird die Internationale wieder entstehen, sagt man — ungefähr so, als ob nichts vorgefallen sei.

Das Argument huscht über den entscheidenden Punkt der Situation hinweg. Verschiedene Nationszweige der Internationale stellen unvereinbare, teils nationalistisch, teils chauvinistisch gefärbte Friedensbedingungen auf — schon jetzt, da ich dies niederschreibe (zu Anfang des Jahres 1916). Und es ist vorauszusehen, daß diese Meinungsverschiedenheiten sich noch vervielfältigen und verschärfen werden, wenn der verhängnisvolle Tag kommt, da es wirklich gilt, die Umrisse der neuen Weltlage, die als das politische Resultat, als die Frucht der Aufopferungen, aus der blutigsten, verwüstendsten kriegerischen Kraftmessung der Weltgeschichte hervorgehen wird, endgültig zu bestimmen.

9. Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer späteren außenpolitischen Auffassung

Wir kehren zu der Frage der eigenen Geschichte der sozialdemokratischen Auslandspolitik zurück — um in ihr eine Antwort auf die Frage, die sich jetzt aufdrängt, zu suchen. Kann sich die Sozialdemokratie, ohne ihre wirklich zentralen Prinzipe und Bestrebungen aufzugeben, eine gewisse Art Nationalismus und Imperialismus einverleiben?

Ich sage „eine gewisse Art", denn darin hat Marx in seinem „Manifest" ohne Zweifel recht, daß der Arbeiter, wenn er „national" ist, dies nicht genau „im Sinne der Bourgeoisie" zu sein braucht. Und mit dem Imperialismus ist es ebenso.

Nach Marx ist der Sozialismus an sich selbst eine Art Imperialismus — ein friedliches, föderalistisches Weltreich der wirtschaftlich und politisch einigen, gemeinsam organisierten Arbeiterklassen; einer der gewaltigsten, wenn auch unklarsten Staatsgedanken, der jemals in die Kampfarena der praktischen Politik hineingeworfen worden ist.

Noch eine Frage ist die: kann die Sozialdemokratie um jeden Preis, unter allen Umständen pazifistisch sein? Wenn nicht — wo und wann wird der Krieg als Notwendigkeit und Pflicht hingenommen? Und entstehen nicht innere Berührungspunkte zwischen der Sozialdemokratie und — — — dem Militarismus!?

Allerdings nicht mit einem Militarismus „im Sinne der Bourgeoisie". Anstatt dessen aber eine Wechselwirkung zwischen straffem militärischem Organisations- und Autoritätsgeiste und dem straffsten wirtschaftlich-sozialen Organisations- und Autoritätsgeiste, der je existiert hat — nämlich mit dem, welchen das Proletariat, wie es heißt, unumgänglich haben muß, wenn es „die politische Macht" soll „erobern" und dann ausüben, sowie die neue „sozialistische Gesellschaftsordnung" soll gestalten und stabilisieren können. Mit schönen Redensarten soll dergleichen nicht gelingen. Sondern dazu dürfte etwas erforderlich sein, das proletarisch, d. h. in diesem Falle organisatorisch, jenem Blut und Eisen entspricht, womit die Bourgeoisie als Gesellschaftserbauerin so fleißig operiert hat, bekanntlich nicht zum wenigsten in dem demokratischen Musterlande Frankreich — obgleich man sich

dort, in charakteristischer Engsichtigkeit und Selbstzufriedenheit, bei Erwähnung des schrecklichen Namens Bismarck fromm bekreuzt.

Es gilt nun, zunächst festzustellen, wie Marx und sein auf diesem Gebiete von ihm besonders hochgeschätzter Freund Friedrich Engels sich nach 1848, dem Jahre des „Manifestes", zu den größten außenpolitischen Problemen stellten, die sie selbst als Zeitgenossen unmittelbar beobachten und diskutieren konnten. Der Mangel an Raum verbietet mir, hierbei weiter in der Zeit zurückzugehen als bis zur Krisis des Jahres 1870, wie sie in dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels[1] besonders beleuchtet ist. Ich verweile gerade bei diesem Briefwechsel, weil er uns unmittelbar in medias res führt.

Der Briefwechsel ist in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts außerordentlich lebhaft gewesen — er umfaßt 76 Nummern — und dreht sich während der zweiten Hälfte des Jahres natürlich hauptsächlich um den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich. Am 15. August 1870, also elf Tage nach Wörth und drei Tage vor Gravelotte, sendet der in Manchester wohnende Engels an seinen in London ansässigen, zurzeit aber in Ramsgate weilenden Freund Marx einen Brief, der folgende sehr merkwürdige Zusammenfassung der Ansicht eines marxistischen Sozialdemokraten über den Krieg und die allgemeine politische Lage enthält[2].

„Mir scheint der Kasus so zu liegen: Deutschland ist durch Badinguet[3] in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es gegen Badinguet, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem, nationalem Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. Daß eine deutsche politische Partei unter

[1] Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844—1883: Herausgegeben von A. Bebel und Ed. Bernstein. Band I—IV, Stuttgart 1913.
[2] Op. cit., Band IV. Seite 319—320. [3] Spitzname Napoleons des Dritten.

diesen Umständen à la Wilhelm[1] die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen (kann), scheint mir unmöglich.

Dazu kommt, daß der Badinguet diesen Krieg nicht hätte führen können ohne den Chauvinismus der Masse der französischen Bevölkerung, der Bourgeois, Kleinbürger, Bauern und des von Bonaparte in den großen Städten geschaffenen, aus den Bauern hervorgegangenen Bauernproletariats. Solange dieser Chauvinismus nicht auf den Kopf gehauen, und das gehörig, ist Friede zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich. Man konnte erwarten, daß eine proletarische Revolution diese Arbeit übernehmen würde; seitdem aber der Krieg da ist, bleibt den Deutschen nichts übrig, als dies selbst und sofort zu tun.

Daß — und jetzt kommen die Nebenrücksichten — dieser Krieg von Lehmann[2], Bismarck und Co. kommandiert wird und ihnen zur augenblicklichen Glorie dienen muß, falls sie ihn glücklich durchführen, das verdanken wir der Misere der deutschen Bourgeoisie. Es ist allerdings sehr eklich, aber nicht zu ändern. Darum aber den Antibismarckismus zum allein leitenden Prinzip erheben, wäre absurd. Erstens tut Bismarck jetzt, wie 1866, ein Stück von unserer Arbeit, in seiner Weise und ohne es zu wollen, aber er tut's doch. Er schafft uns reineren Bord als vorher. Und dann sind wir nicht mehr anno 1815. Die Süddeutschen treten jetzt notwendig in den Reichstag ein, und damit erwächst dem Preußentum ein Gegengewicht. Dazu die nationalen Pflichten, die ihnen zufallen und die, wie du schon schriebst, die russische Allianz von vornherein verbieten. Überhaupt à la Liebknecht, die ganze Geschichte seit 1866 rückgängig machen zu wollen, weil sie ihnen nicht gefällt, ist Blödsinn. Aber wir kennen ja unsere Mustersüddeutschen.

Ich meine die Leute[3] können:

1. sich der nationalen Bewegung anschließen — wie stark sie ist, siehst du aus Kugelmanns Brief — soweit und solange sie sich auf Verteidigung Deutschlands beschränkt (was die Offensive bis zum Frieden unter Umständen nicht ausschließt),

2. den Unterschied zwischen den deutsch-nationalen Interessen und den dynastisch-preußischen dabei betonen,

[1] Hiermit ist der Sozialdemokrat Wilhelm Liebknecht gemeint, dessen kopfloses, phrasenradikales Auftreten gegen die deutschen Staatsmänner 1870—71 von seinem Sohne Dr. Karl Liebknecht während des Weltkrieges 1914—16 mit noch größeren Übertreibungen nachgeahmt worden ist. [2] Spitzname des Königs von Preußen und späteren Deutschen Kaisers. [3] Engels meint seine Parteigenossen.

3. jeder Annexion von Elsaß und Lothringen entgegenwirken — Bismarck läßt die Absicht durchblicken, diese an Bayern und Baden zu annektieren —

4. sobald in Paris eine republikanische, nicht chauvinistische Regierung am Ruder ist, auf ehrenvollen Frieden mit ihr hinwirken,

5. die Einheit der Interessen der deutschen und französischen Arbeiter, die den Krieg nicht gebilligt und die sich auch nicht bekriegen, fortwährend hervorheben,

6. Rußland wie in der internationalen Adresse.

Amüsant ist bei Wilhelm[1] die Behauptung, weil Bismarck ein ehemaliger Spießgeselle des Badinguet[2], sei der wahre Standpunkt, sich neutral zu halten. Wenn das die allgemeine Meinung in Deutschland wäre, hätten wir bald wieder einen Rheinbund, und der edle Wilhelm[1] sollte mal sehen, was er in dem für eine Rolle spielte und wo die Arbeiterbewegung bliebe. Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt und Tritte, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen, und dazu in Wilhelms[1] geliebten Kleinstaaten!

Wilhelm[1] hat offenbar auf Sieg des Bonaparte gerechnet, bloß damit sein Bismarck dabei draufgehe. Du erinnerst dich, wie er ihm immer mit den Franzosen drohte. Du bist natürlich auf Wilhelms[1] Seite"[3] ———

Diesen Brief beantwortet Karl Marx am 17. August 1870 folgendermaßen.

———— „Dein Brief stimmt ganz mit dem Plan der Antwort überein, die ich mir im Kopf bereits zurechtgemacht. Indes wollte ich in einer so wichtigen Sache — es handelt sich dabei um Verhaltungsinstruktion für die deutschen Arbeiter — nicht vorgehen ohne vorherige Rücksprache mit Dir.

Liebknecht schließt seine Übereinstimmung mit mir

1. aus der Adresse der Internationale;

2. aus dem Umstand, daß ich seine und Bebels Erklärung im Reichstag gebilligt habe.

Das war ein ‚Moment', wo die Prinzipienreiterei un acte de courage war, woraus aber keineswegs folgt, daß dieser Moment fortdauert, und noch viel weniger, daß die Stellung des deutschen Proletariats in einem Krieg, der national ist, sich in Wilhelms[4] Antipathie gegen die Preußen zusammen-

[1] Wilhelm Liebknecht! [2] Napoleon III. [3] Daß diese Worte ironisch gemeint sind, beweist Marxens folgender Brief. [4] Op. cit. IV, S. 322—323.

faßt. Es wäre gerade so, als wenn wir, weil wir im passenden Moment unsere Stimme gegen die ‚bonapartistische' Befreiung Italiens erhoben, die relative Unabhängigkeit, die Italien infolge dieses Krieges erhalten hat, redressieren wollten.

Das Elsaß-Lothringen-Gelüst scheint in zwei Kreisen vorzuherrschen, in der preußischen Kamarilla und im süddeutschen Bierpatriotismus. Es wäre das größte Unglück, welches Europa und ganz spezifisch Deutschland treffen könnte. Du wirst gesehen haben, daß die meisten russischen Blätter bereits von der Notwendigkeit europäisch-diplomatischer Intervention sprechen, um das europäische Gleichgewicht zu erhalten.

Kugelmann verwechselt einen defensiven Krieg mit defensiven militärischen Operationen. Also wenn ein Kerl mich auf der Straße überfällt, so darf ich nur seine Hiebe parieren, aber nicht ihn knock down, weil ich mich damit in einen Angreifer verwandeln würde! Der want an Dialektik guckt an allen diesen Leuten aus jedem Worte heraus — — — — — —"[1].

Die sich aus diesen Briefen ergebenden auffallenden Übereinstimmungen zwischen gewissen Situationen und Auffassungen während des Krieges 1870—71 und während des Weltkrieges 1914—16 werden sicherlich manch einen überraschen.

Die entscheidende nationale und staatliche Bedeutung des deutsch-französischen Krieges für Deutschland wird darin betont, und desgleichen die Unmöglichkeit einer modernen Arbeiterbewegung in Deutschland, solange das nationalstaatliche Problem nicht gelöst sein werde — d. h. solange, wie die Hauptmasse des deutschen Volkes nicht ihr wirtschaftliches und politisches Leben in einem starken, nationaldeutschen Ganzstaate, der dem französischen, englischen und russischen ebenbürtig sei, führen und darin ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung fortsetzen könne. Unter anderen Umständen wäre an „eine selbständige deutsche Arbeiterbewegung" nicht zu denken. Und es liegt Engels nicht zum wenigsten am Herzen, daß die deutschen Arbeiter nicht „ins Schlepptau" der französischen geraten. Die beiden deutschen Gründer der Internationale wußten, daß ihre Schöpfung, falls sie lebensfähig bleiben sollte, die eigentümlichen geistigen Kräfte, die ihr einzig und allein eine starke deutsche Arbeiterbewegung zuführen konnte, nicht zu entbehren vermöchte.

Demnächst ist es auffallend, welche eigentümliche Rolle der Name Lieb-

[1] Op. cit. IV. S. 327.

knecht in diesen Briefen spielt — eine Rolle, die wir aus dem Auftreten seines Sohnes fünfundvierzig Jahre später unter ähnlichen Verhältnissen nur zu gut kennen. Wilhelm Liebknecht will „totale Obstruktion" treiben und „allerhand Nebenrücksichten über die Hauptrücksicht setzen". Ihm ist das rein Negative, der Haß gegen Preußen und Bismarck, wichtiger als das Positive: die Errichtung des Deutschen Reiches. Die demokratische „Prinzipienreiterei" ist ihm wichtiger als die praktischen politischen Realitäten, die doch, nach Engels Worten, deutlich erkennbar einschlossen, daß Bismarck unbewußt für die deutsche Sozialdemokratie arbeitete, wie sehr er sie auch bewußt bekämpfte. Hierin stehen die Realpolitiker Marx und Engels im schärfsten Gegensatze zu dem doktrinären, des tieferen Verständnisses für die betreffenden Erscheinungen gänzlich ermangelnden Phrasenpolitikers Wilhelm Liebknecht — welcher in dieser Hinsicht offenbar der würdige Vater des Dr. Karl Liebknecht ist, der sich im Weltkriege einen herostratischen Namen gemacht hat.

Auf dieselbe Weise, wie dieser letztere als ein marxistischer Sozialdemokrat besonders „radikaler Richtung" zu gelten sucht, wollte sich augenscheinlich auch sein Vater Wilhelm Liebknecht Marxens Mantel umhängen, um dadurch die Autorität seiner wirrigen Ideen innerhalb der Arbeiterbewegung zu verstärken. Doch Marx selbst weist ihn, wie wir sehen, entschieden ab. Zur größeren Gewißheit läßt sich noch ein Dokument dieser, dank dem Dr. Karl Liebknecht noch höchst aktuellen Angelegenheit anführen.

In einem Briefe vom 2. September[1] 1870 schreibt Marx unter anderem folgendes über sein Verhältnis zu Wilhelm Liebknecht. „— — — — In meinem ausführlichen Antwortschreiben an das Braunschweiger Komitee habe ich die schöne ‚Identität' mit mir, worin unser Wilhelm sich, sobald es seinen Zwecken dient, anderen vorstellt, ein für allemal beseitigt. Es ist gut, daß er mir die Gelegenheit gab, mich einmal offiziell über dies von ihm unterhaltene malentendu zu erklären." — — —

Ein zweiter merkwürdiger, noch außerordentlich aktueller Zug in den angeführten Briefen ist Engels Hervorheben des französischen Chauvinismus, seiner eigentümlichen Charakterart und seiner Verbreitung ziemlich tief drunten in den Schichten der Gesellschaft. „Solange dieser Chauvinismus nicht auf den Kopf gehauen, und das gehörig, ist Friede zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich." Auch dieser Zug kann mit noch zwei weiteren Dokumenten in geeigneter Weise beleuchtet werden.

[1] Op. cit. IV, S. 327.

In einem vom 4. September 1870 datierten Briefe schreibt Engels unter anderem folgendes[1]. „— — — — Man bekommt bei diesen ewigen kleinen Paniks der Franzosen — die alle aus Angst vor dem Moment hervorgehen, in dem man endlich die Wahrheit erfahren muß — eine viel bessere Idee von der Schreckensherrschaft. Wir verstehen darunter die Herrschaft von Leuten, die Schrecken einflößen; umgekehrt, es ist die Herrschaft von Leuten, die selbst erschrocken sind. La terreur, das sind großenteils nutzlose Grausamkeiten, begangen von Leuten, die selbst Angst haben, zu ihrer Selbstberuhigung. Ich bin überzeugt, daß die Schule der Schreckensherrschaft[2] anno 1793 fast ausschließlich auf den überängstesten, sich als Patrioten gebarenden Bourgeois, auf den kleinen Spießbürger und auf den bei der terreur sein Geschäft machenden Lumpenmob fällt. Bei der jetzigen kleinen terreur sind es auch gerade diese Klassen — — —."

Dann lesen wir noch in einem Briefe, den Engels am 7. September 1870 geschrieben:

„— — — — Wenn die Pariser internationale Proklamation einigermaßen getreu hertelegraphiert (ist), so beweist sie allerdings, daß die Leute noch vollständig unter der Herrschaft der Phrase stehen. Diese Menschen, die den Badinguet[3] zwanzig Jahre geduldet, die noch vor sechs Monaten nicht verhindern konnten, daß er 6 Millionen Stimmen gegen $1^1/_2$ (Millionen) erhielt und daß er sie ohne Grund und Vorwand auf Deutschland hetzte, diese Leute verlangen jetzt, weil die deutschen Siege ihnen eine Republik — et laquelle! — geschenkt haben, die Deutschen sollen sofort den heiligen Boden Frankreichs verlassen, sonst guerre à outrance! Es ist ganz die alte Einbildung von der Überlegenheit Frankreichs, von dem durch 1793 geheiligten Boden, den keine späteren französischen Schweinereien entheiligen können, von der Heiligkeit der Phrase Republik — — — —"[4].

Aber das Eigentümliche und Verhängnisvolle ist, daß der französischen Phrase — noch heute — durchaus nicht in Frankreich allein als einem Zuge des französischen Patriotismus, sondern auch außerhalb Frankreichs als einem Zuge eines internationalen, „radikalen" politischen Glaubensbekenntnisses gehuldigt wird. Und keineswegs steht es so gut, wie Engels und Marx, im großen und ganzen wenigstens, zu glauben scheinen, daß das Proletariat und seine Führer gegen Ansteckung gefeit sind. Beweise dieser Behauptung werden gegenwärtig außerordentlich reichlich geliefert — z. B.

[1] Op. cit. IV, S. 329—330. [2] Während der großen französischen Revolution. [3] Napoleon III. [4] Op. cit. IV, S. 331.

von den ententefreundlichen Richtungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei der neutralen Länder.

Diese Sozialdemokraten können überdies sowohl von Engels wie von Marx etwas über den Unterschied zwischen einem Angriffskriege und einer strategischen Offensive in einem Verteidungskriege lernen. Marx bedient sich eines sehr milden Ausdruckes, wenn er von dem „Mangel dieser Leute an Logik" spricht, und Engels betont ausdrücklich — was gewöhnlichem Menschenverstande als selbstverständlich gilt — daß die Aufgabe, ein angegriffenes Land zu verteidigen, „die Offensive unter Umständen bis zum Frieden" nicht ausschließe. Was der Angegriffene braucht, ist ein Friede, der ihn vor neuen Angriffen schützt. Die Besetzung des Gebietes seines Gegners, ganz oder teilweise, kann das einzige Mittel sein, einen solchen Frieden zu erzwingen — der darum noch nicht zur Annexion dessen, was während des Krieges besetzt worden ist, zu führen braucht. Wenn man unter solchen Verhältnissen, wie die Franzosen 1870 getan und jetzt während des Weltkrieges tun, das Aufheben der Besetzung als Bedingung stellt, damit überhaupt von Friedensunterhandlungen die Rede sein könne, so ist dies natürlich bloß eine eigentümliche Art und Weise, rund heraus zu erklären, daß man von Frieden erst dann sprechen wolle, wenn man Aussicht habe, als Sieger die Friedensbedingungen diktieren zu können.

Den Umstand, daß die Besetzung Elsaß-Lothringens (nebst vielen anderen Teilen, die vor dem Ausbruche des Krieges im Jahre 1870 zum Reichsgebiete Frankreichs gehörten) schließlich zur Annexion führte, sah Marx als „das größte Unglück, welches Europa und ganz spezifisch Deutschland treffen könnte", an, und Engels scheint diese Ansicht in der Hauptsache geteilt zu haben. Marx und Engels erblicken hierin eine zukünftige Gefahr des europäischen Friedens, und zwar zunächst in Gestalt eines gegen Deutschland gerichteten Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland. Leider haben sie sich hinsichtlich der französisch-russischen Allianz und ihrer schließlichen Wirkungen als wahre Propheten erwiesen.

Ob dies die Richtigkeit ihrer Theorie und der ihrer zahlreichen Gesinnungsgenossen über die Annexion Elsaß-Lothringens als Grundursache des Krieges, zu welchem es schließlich zwischen Frankreich und Deutschland kommen würde, zu beweisen vermag, ist eine ganz andere Sache. Dieser Krieg ist jetzt gekommen — aber seine Ursachen lassen sich durchaus nicht so engbegrenzt konstruieren, wie diese Theorie es mit sich bringt.

Bismarck hatte 1871 völlig klar erkannt, daß der französische Chauvinismus ein *besiegtes* Frankreich zu Deutschlands unversöhnlichem, rachsüchtigem Feinde machen werde, ganz *unabhängig* von der Annexion gewisser Landesteile — die überdies weder ursprünglich französisch, noch ganz französiert waren und die sich Frankreich auch nicht auf besonders saubere Weise angeeignet hatte. Ich glaube, daß der Völkerpsychologe und Historiker wohl daran tut, diese Auffassung des großen Baumeisters des deutschen Reiches zu beachten und gründlich zu erwägen. Was nach 1871 in der französischen Politik gegärt hat, das ist etwas viel Bittereres, als der Kummer um die verlorenen Grenzprovinzen, nämlich der Gram darüber, daß Frankreich seine Übermachtstellung gegen den östlichen Nachbarn eingebüßt hat. Davon zeugen, wie wir sehen werden, die französischen Dokumente aus dem Weltkriege mit aller möglichen Deutlichkeit.

10. Die Auslandspolitik der deutschen Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg

Da der marxistische Sozialismus — sowohl als Theorie wie als Organisation — auf einem schon stark durch französische Ideen und Methoden beherrschtem Arbeitsfelde auftrat, war es bloß natürlich, daß der Marxismus erst nach einem Kampfe innerhalb der sozialistischen Bewegung und relativ spät zu einer hohen, wenn auch nie ganz unbestrittenen Machtstellung gelangen konnte.

Weder innerhalb der Internationale noch in der deutschen Sozialdemokratie haben die von Marx und Engels verkündeten Ideen sich ohne harten Kampf geltend zu machen vermocht, und in keiner der beiden haben sie je völlig oder in ganzer Reinheit geherrscht. Wenn man unter „Marxismus" die mehr oder minder folgerichtig auf die Theorien jener beiden Männer gegründete Ausgestaltung der Programme der Internationale und der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und gewissen anderen Ländern versteht, dann ist vor allem zu beachten, daß zwischen dem Marxismus und Marx oder Marx-Engels immer starke Abweichungen bestanden haben. Außerdem kompliziert sich die Sache dadurch, daß auch zwischen Marx und Engels — zwei guten Freunden, aber sehr verschiedenen Naturen — bedeutungsvolle theoretische Divergenzen existieren. Teilweise ist der Marxismus mehr eine bei Engels als bei Marx gemachte Anleihe. Wenn Marx wirklich das ihm zugeschriebene Scherzwort: „Ich bin nicht Marxist!" ausgesprochen hat, so hatte er jedenfalls guten Grund dazu. Sein Leben war ein Kampf — sowohl innerhalb wie außerhalb der Sozialdemokratie.

Die erste, 1848 von Marx in Paris erschaffene internationale sozialistische Arbeiterorganisation segnete schon 1852 das Zeitliche — nachdem ihr in Wirklichkeit bereits durch die blutige Niederlage des Pariser Proletariats im Jahre 1848 und die nach dem großen Revolutionsjahre eintretende allgemeine europäische Reaktion der Todesstoß versetzt worden war.

Erst im Anfange der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts war die Zeit wieder zu einer internationalen Arbeitervereinigung reif, die nun nicht in Paris, sondern in London, aber wieder durch Karl Marx, ins Leben gerufen wurde. Seine Programmschrift, die „Inaugural-adresse", nimmt die Grund-

gedanken des 1848 erlassenen „Manifestes" auf. Die Arbeiter aller Länder leiden unter denselben fundamentalen wirtschaftlichen Übelständen, die sich nicht anders beseitigen lassen als durch eine vollständige, den Privatkapitalismus stürzende soziale Revolution. Sie müssen sich zur Eroberung der politischen Macht vereinigen; erst nachher können sie ihre wirtschaftliche Emanzipation verwirklichen.

Programm und Statuten sind mit Unklarheiten und Mehrdeutigkeiten durchsäuert. Es galt, höchst ungleichartige Elemente gemeinsam zu organisieren — nüchterne englische Fachgenossenschaftler mit französischen, italienischen und polnischen Terroristen, französische Kleinbürger und deutsche Sozialdemokraten mit russischen Anarchisten — und die völlig geistige Einheitlichkeit erst hinterdrein als Resultat des Zusammenarbeitens innerhalb der Organisation zu erreichen zu suchen. Von 1866 bis 69 fanden alljährlich Kongresse statt, und es ging auf ihnen stürmisch zu, weil sich das Streben des Marxismus nach der Oberleitung durchaus nicht widerstandslos durchsetzen ließ. Die Spaltung erreichte nach dem Kriege 70—71 ihren Höhepunkt und führte schließlich zur förmlichen Auflösung — im Jahre 1870.

Der dritte Versuch, eine internationale sozialistische Arbeiterorganisation ins Leben zu rufen, datiert von dem 1889 in Paris abgehaltenen internationalen Sozialistenkongresse und war endlich in jeder Weise erfolgreich. Und dies lag daran, daß die sozialdemokratischen Arbeiterparteien der verschiedenen Kulturländer sich inzwischen organisiert hatten und nun reif zu politischer Aktionsfähigkeit waren. Die Arbeiterbewegung machte die grundlegende, allgemeingültige Erfahrung, daß die internationale Organisation auf der nationalen basiert sein muß. Nur als Verband festorganisierter, tiefwurzelnder nationaler Arbeiterorganisationen oder ein Zusammenarbeiten solcher Organisationen läßt sich „die Internationale" aufbauen.

Damit aber wird auch das ganze Problem gemeinsamer Arbeit unwillkürlich durch den unumstößlichen Gegensatz zwischen nationalen Charakterzügen und Interessen einerseits und den internationalen Ideen und Bestrebungen andererseits verwickelt werden müssen. Hatte Marx sich, im „Manifest" von 1848, ursprünglich „die Internationale" aus geistig nationalitätslosen (wenn auch äußerlich nach Nationen und Staaten in primärer Weise organisierten) Individuen zusammengesetzt gedacht, so hatten seine Schüler, falls sie weitblickend genug waren, jetzt alle Veranlassung, dies Programm einer Revision zu unterziehen und es durch ein ganz anderes zu ersetzen.

Die dritte Internationale hat ihre großen Kongresse ungefähr jedes dritte Jahr abgehalten (in Paris, Brüssel, Zürich, London usw.) und ihre Organisation durch Errichtung eines permanenten Bureaus in Brüssel (1900) sowie auch (1904) durch Einrichten eines organisierten Zusammenarbeitens der sozialdemokratischen Vertretungen in den Parlamenten der verschiedenen Länder verstärkt. Schließlich ist zu beachten, daß gewaltige Fachvereinsverbände in verschiedenen Ländern den Kern der politischen sozialdemokratischen Parteiorganisationen bilden und den inneren Zusammenhang dieser mit der Arbeiterwelt sichern.

Noch wohnen zwei Seelen in der Brust der Internationale — die alte, rein agitatorische oder propagandistische, und die neue, praktisch-politische. Wie schlecht sie sich vertragen, werde ich in der Folge zeigen müssen. Aber trotz aller inneren Unklarheit und Inkonsequenz hat die dritte Internationale doch eine unvergleichlich viel größere realpolitische Bedeutung erlangt als ihre Vorgängerinnen. Stellt sich heraus, daß 1914 ihr Todesjahr war, so entsteht nach dem Weltkriege ohne Zweifel eine neue, vierte Internationale mit einem durch die Lehren und Wirkungen der großen Weltkrise bedingten, teilweise neuen Ideeninhalt.

Im großen gesehen herrscht Marxens Geist in der dritten Internationale vor. Die vierte wird mehr theoretische Klarheit und größere realpolitische Zielbewußtheit haben müssen, als der Marxismus hat schenken können.

Die erste allgemeine deutsche sozialistische Arbeiterorganisation, der 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, war nichts weniger als rechtgläubig marxistisch, denn ihr Urheber war Marxens genialer Schüler Ferdinand Lassalle, der in vielem von seinem Lehrer abwich. Schon 1869 erlangte jedoch der Marxismus bei der Bildung einer neuen deutschen arbeitersozialistischen Organisation, die in Eisenach ins Leben gerufen wurde und Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands hieß, einen gewissen Einfluß. Eine vollständige Verschmelzung der Lassalleschen und der Marxistischen Richtung fand indessen erst 1875 in Gotha statt — obgleich auch dann nicht auf einer theoretischen Grundlage, die Marx befriedigte. Es dauerte noch bis zum Erfurter Parteikongresse im Jahre 1891 — als Marx schon 8 Jahre tot war! — ehe das Programm der deutschen Sozialdemokratie streng marxistisch wurde.

Wer das schnelle Veralten aller soziologischen Theorien in der außerordentlich schnellen sozialen Entwicklung unserer Zeit beobachtet hat, dem wird sich

hier die Reflexion aufdrängen, daß vieles von Marxens Anschauungen über das Wesen des Kapitalismus wahrscheinlich schon durch die Wirklichkeit widerlegt worden war, als diese Anschauungen endlich zum offiziellen Programm des revolutionären deutschen Proletariats wurden. Sogar bei einer so zukunftshungrigen Volksbewegung kann die geistige Rührigkeit offensichtlich nicht zureichen, um das schließliche offizielle Festsetzen bereits veralteter Theorien zu verhindern.

Marx und Engels wollten, wie wir gesehen haben, die auswärtige Politik der Sozialdemokratie zugleich auf die Prinzipe des Nationalismus und des Internationalismus bauen. Hierbei machten sie einen scharfen Unterschied zwischen dem herben Nationalitätsgefühl der Bourgeoisie und dem milden des Proletariats und betrachteten das letztere nicht als einen bestehenden allgemeinmenschlichen Zukunftswert, sondern nur als eine Übergangsstufe zu einem nationalitätslosen „Humanismus". Dies in der Theorie. Im wirklichen Leben wurde es hauptsächlich das Los der deutschen Sozialdemokratie, den Internationalismus zu praktizieren, während besonders die französische sich mehr an die nationale Praxis hielt, und zwar in einem Stile, der sich oft dem der Bourgeoisie genähert hat. Eine Abweichung von dieser Regel gewahren wir erst während des Weltkrieges, der die deutsche Sozialdemokratie in eine nationalgesinnte Mehrheit und eine internationalistische Minderheit gespalten hat.

Während des Krieges 1870—71 ging es dagegen anders zu. Die Oberleitung der deutschen Partei erließ nach Sedan ein Manifest, das zu Massendemonstrationen *für* einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik und *gegen* eine Annexion Elsaß-Lothringens aufrief. Die Folge war ein Gerichtsverfahren, das gegen die Führer unter Anklage des Hochverrats eingeleitet wurde und bei dreien unter ihnen einstweilen zur Festungshaft führte. Im Frühling 1872 wurden Bebel und Wilhelm Liebknecht, die sich bis dahin der Freiheit erfreut hatten, von einer Jury der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig erklärt und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Dies Märtyrertum gab dem doktrinären Internationalismus innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die Weihe der Tradition — was zu der deutschen Gemütsart in jeder Richtung paßte, mit der französischen oder englischen aber ganz gewiß nicht in Einklang gestanden hätte.

In den „allgemeinen Grundsätzen" des Erfurter Programms wird die internationale Natur der wirtschaftlichen Entwicklung betont. „Die Inter-

essen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturstaaten gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich *eins* mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder." Mit einigen unwesentlichen Änderungen der Ausdrucksweise finden wir diese Deklaration auch z. B. in dem jetzt geltenden, 1914 zuletzt umgearbeiteten Programm der schwedischen Sozialdemokratie wieder.

Die „praktischen Forderungen" des Erfurter Programms enthalten einen Paragraphen (§ 3), der so lautet: „§ 3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege."

Der entsprechende Teil des schwedischen Parteiprogramms hatte früher einen ähnlichen Wortlaut. In der jetzigen Fassung lautet er jedoch ganz anders. „Kampf gegen den Militarismus. Sukzessive Verminderung der Militärlasten bis zur Abrüstung. Bindende Schiedsgerichtsvereinbarungen, permanente skandinavische Neutralität, kräftiges internationales Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen gegen den Krieg."

In seinem allgemeinen Teile ist das Erfurter Programm also eine blasse Wiederspiegelung des entsprechenden Teiles in dem mächtig explosiven „kommunistischen Manifest" des Jahres 1848. Man merkt, daß diesmal ein so blutleerer Pedant und gedankenarmer Epigone wie Karl Kautsky, natürlich in naivem, gutem Glauben, eine verarmende, verschlechternde Auswahl aus der genial üppigen Gedankenwelt des „Manifestes" getroffen hat.

Das magere, hinkende Dogma, daß „die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise" die gleichen seien, soll jetzt das Ganze tragen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß „die Interessen der Arbeiterklasse" in einem gegebenen Lande so lange, *wie der Kapitalismus noch besteht*, unauflöslich mit den wirtschaftlichen Sonderinteressen dieses Landes verknüpft sind und daß solche notwendigerweise zu den schärfsten wirtschaftlichen Interessenkonflikten zwischen verschiedenen Ländern führen — besonders dann, wenn diese sich in einem gegebenen

Augenblicke nicht alle auf einunddersel̃ben Entwicklungsstufe befinden und auch nicht alle ganz dieselben inneren und äußeren Voraussetzungen zur kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung haben. Daß „die Interessen der Arbeiterklasse in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise einunddieselben" seien, ist ein schönes Ideal, um davon zu träumen, und eine Utopie, deren Verwirklichung wohl des Erstrebens wert ist — doch eine soziologische Wirklichkeit und eine wissenschaftliche Wahrheit ist es nur teilweise und kann es auch nie anders als teilweise sein, solange unsere privatkapitalistische Produktionsweise noch von Bestand ist. Denn sie erzeugt zwar internationale Interessengemeinschaft innerhalb der Bourgeoisie sowohl wie des Proletariats — aber auch das Gegenteil. Ebensowenig wie die Bourgeoisie kann das Proletariat im kriegerischen Zeitalter des Kapitalismus und in dem ihm folgenden, wie wir glauben und hoffen, friedlicheren zugleich leben.

Dieselbe Denkschwäche des hierher gehörenden auslandspolitischen Teiles des Erfurter Programms enthüllt das auffallende Vermeiden des Wortes national sowie auch jeder Besprechung der Stellung der Nationalitätsfrage zum Internationalismus des Proletariats. Das Programm schweigt und läßt uns über diese ganze große Frage völlig im Unklaren — sodaß sich die extremsten doktrinären Internationalisten innerhalb der Partei wohlfühlen können; diejenigen aber, welche sich einen Rest klaren Nationalitätsgefühls und zukunftsgültigen Nationalitätswillens bewahrt haben, vielleicht weniger. Also im stillen ein Vollenden der Denklinien des „Manifestes" in ihrer internationalistischen Richtung, mit vorläufiger Unterdrückung seiner nationalen Entwicklungsmöglichkeiten.

Noch größer ist die Unklarheit, die wir im „praktischen" Teile des deutschen Programms finden. Was ist unter den Worten „allgemeine Wehrhaftigkeit" und „Volkswehr" zu verstehen? Und wie will man den Ausdruck „stehende Heere" motivieren? Es hat den Anschein, als ob man sich irgendeine Art gewaltiger radikaler Demokratisierung des Militärsystemes gewünscht habe, aber nicht imstande gewesen sei, offen herauszusagen, wie diese Demokratisierung beschaffen sein solle, oder es auch nicht gewagt habe.

Doch warum denn eigentlich überhaupt ein Militärsystem? Diese Frage wird in dem deutschen Programm ganz übergangen. Vielleicht, um sich nicht mit den radikalen Antimilitaristen, die unter radikalen Internationalisten wohl massenweise vertreten sein werden, auseinandersetzen zu müssen.

Das schwedische Programm geniert sich dagegen nicht, den Antimilitaristen mit der etwas orakelhaften Phrase „sukzessive Verminderung der Militärlasten bis zur Abrüstung" einen kräftigen Handschlag zu geben mit einer Redensart, die offenbar ein wenig von allem bedeuten soll, nur nicht etwas, das wirklich irgendeinen vernünftigen militärischen Sinn haben kann.

Studieren wir die Besprechungen und Beschlüsse über Nationalität, Auslandspolitik, Friedensbestrebungen, Militarismus, Imperialismus, Kolonialpolitik usw. auf den Kongressen der deutschen sozialdemokratischen Partei und auf denen der Internationale, so steht als klare, unwiderlegliche Tatsache da, daß die Sozialdemokratie in diesen, gerade bei einer internationalen Volksbewegung grundlegenden Fragen weder zur Klarheit noch zur Einigkeit gelangt ist. Aber ebenso klar leuchtet eine andere Tatsache hervor: die, daß die fundamentale Unklarheit als Mittel zur Verdeckung der fundamentalen Uneinigkeit vorzügliche Dienste geleistet hat.

Man hat, mit anderen Worten, immer in gutem Glauben und unter dem Eindrucke, daß alles in schönster Ordnung sei, zum Schlusse prächtig klingende „einigende" Beschlüsse zurechtdrechseln können, die dann von den Kongressen unter Hurrarufen und Absingen revolutionärer sozialistischer Hymnen angenommen worden sind. Nichts charakterisiert die intellektuelle Schwäche gewisser Führer sowohl wie der großen Massen und ihre beiderseitige Unfähigkeit zu gesundem politischem Realismus besser, als der beinahe religiös unerschütterliche Glaube an den großen, realen Wert jener „einigenden" Beschlüsse für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung.

Dies ist der Glaube an die Phrase und die Blindheit gegen die Realitäten. Nur eine weltgeschichtliche Krisis wie der Krieg der Jahre 1914—16 vermag zu beweisen, daß Unklarheit Unklarheit ist, Phrase Phrase bleibt und daß in Fragen, über die man auf den Kongressen die herrlich „einigenden" Beschlüsse gefaßt hat, fundamentale Uneinigkeit herrscht.

Das Unheimliche an der Sache ist, daß die fundamentalen Unklarheiten, die mit leeren Phrasen verdeckten Uneinigkeiten, da sie in Beschlüssen, die auf internationalen oder nationalen Parteikongressen angenommen worden, formuliert sind, den Namen, die Ehre und die Würde der „einstimmig angenommenen und festgestellten grundlegenden Prinzipe der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung" erhalten müssen! Wer gegen die fundamentale Sinnlosigkeit der auf den Kongressen zusammengebrauten Kompromisse opponiert, der stellt sich in schärfsten Gegensatz

zu der ganzen Bewegung — so heißt es von führender Seite innerhalb der Internationale und in den verschiedenen Ländern —, denn er bricht ja mit den „grundlegenden Prinzipen" der Bewegung, wie sie von der höchsten Autorität der Bewegung, ihren Kongressen, festgestellt worden sind!

Natürlich ist es den Führern der Bewegung beinahe unmöglich, öffentlich einzugestehen, daß der Lauf der Weltgeschichte seit dem Entstehen der Internationale und die eigene tragisch zerrissene innere Geschichte der Internationale unwiderleglich die bisher vollständige Inkompetenz der Kongresse zum Formulieren haltbarer Prinzipe, nach denen die Sozialdemokratie zur auswärtigen Politik, zur Friedensfrage, zum Militarismus, zum Imperialismus, zum Nationalismus, zur Kolonialpolitik und zu ähnlichen Fragen Stellung nehmen könnte, bewiesen haben.

Dies zuzugeben ist den Führern der Sozialdemokratie beinahe unmöglich, weil darin eine Anerkennung der Tatsache läge, daß die Prinzipe der Sozialdemokratie auf diesem Gebiete, wo Nationalismus und Internationalismus, Kriegswille und Friedenswille einander berühren, erst noch zu formulieren sind. Marx und Engels behandelten die Sache viel zu obenhin, indem sie das Problem durch Doktrinen oder vielmehr Phrasen lösten, die sowohl der Wirklichkeit wie ihrem eigenen fundamentalsten und wertvollsten wissenschaftlichen Prinzipe widerstreiten — nämlich dem Prinzipe, daß die eigenen Entwicklungsgesetze der privatkapitalistischen Gesellschaft darüber entscheiden, was solange, wie die privatkapitalistische Gesellschaft noch besteht, in der praktischen Politik möglich und unmöglich ist.

Also: entweder muß die Arbeiterklasse so lange, wie die privatkapitalistische Gesellschaft noch in völlig typischer Gestaltung existiert, auf praktische Politik verzichten, oder sie muß diese praktische Politik ehrlich in dem Rahmen der volkspsychologischen, wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten, welche das Wesen und die Bewegungsgesetze der privatkapitalistischen Gesellschaft vorschreiben, bleiben lassen. Die dritte Alternative ist Phrasenmacherei, eine nicht sehr ehrliche Idealisterei, Zurechtdrechseln hohler „einigender" Kongreßbeschlüsse, die als bindende Prinzipe ausgegeben werden.

Die Sozialdemokratie muß schließlich zersprengt und zwischen zwei ehrlichen Willen geteilt werden. Der eine ist der ehrliche Wille, keinen Anteil am Nationalismus, Militarismus und Imperialismus der Kapitalistengesellschaft zu haben und jede Verantwortlichkeit in dieser Beziehung abzulehnen. Hierbei wird jedoch übersehen, daß mit jenem Nationalismus, Militarismus und Imperialismus, wenn er auch unter der Führung der Bour-

geoisie und in ihrem Dienste steht, vitale proletarische Interessen verknüpft sind. Der andere ist der ehrliche Wille, in Übereinstimmung mit den unerläßlichen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft die Verantwortung auf sich zu nehmen und in den nationalen, militärischen, kolonialpolitischen und imperialistischen Angelegenheiten auch der Kapitalistengesellschaft mitzuwirken — natürlich nicht im Sinne der Bourgeoisie, sondern mit dem sozialen Entwicklungsziele der Arbeiterklasse vor Augen.

In den sozialdemokratischen Kongreßdebatten sehen wir den Kampf zwischen diesen beiden ehrlichen Willen — dem sogenannten „radikalen" und dem sogenannten „revisionistischen". Und in den Kongreßbeschlüssen sehen wir beide unterliegen und an ihre Stelle einen anderen Willen treten, den Willen, zwei unvereinbare Dinge zu gleicher Zeit zu wollen und Phrasen auszuklügeln, die einen Kompromiß zwischen dem Willen, ehrlich an der Auslandspolitik der Kapitalistengesellschaft mitzuwirken, und dem Willen, dies ganz und gar nicht zu tun, zustande bringen. Dieser Wille ist weder intellektuell stark, noch ehrlich, noch moralisch gesund und rein. Aber er ist die Lebensluft sozialdemokratischer Führer eines gewissen, wohlbekannten Typus.

Um diese prinzipielle Unklarheit, Inkonsequenz und Spaltung in den sozialdemokratischen Kongreßauffassungen der hierhergehörenden Fragen zu beleuchten, muß es des Raummangels wegen genügen, wenn ich nur einige wenige charakteristische, autoritative Äußerungen und Beschlüsse der deutschen Parteitage und der Kongresse der Internationale während der beiden dem Weltkriege vorangegangenen Jahrzehnte anführe.

Hierbei möchte ich zunächst auf die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik aufmerksam machen, weil diese Politik in den letzten Jahrzehnten immer mehr der Mittelpunkt der wirtschaftlichen und politischen Reibereien der Großmächte und damit der Mittelpunkt der großen auswärtigen Politik überhaupt geworden ist.

Da ist es denn notwendig, wieder an die nationalökonomischen Grundfakta zu erinnern, welche als treibende Kräfte hinter dem Imperialismus, Militarismus und Nationalismus unserer Zeit stehen, und damit auch hinter der politischen Spannung zwischen den Großmächten, die sich in der verheerenden Explosion des Weltkrieges Luft gemacht hat.

Da die Entwicklung der west- und mitteleuropäischen Völker zu immer einseitiger und intensiver werdendem Industrialismus bis dato beständig

fortgedauert hat, ist auch ihr Bedarf an Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr und an Ausfuhrgebieten zum Absetzen ihrer Waren und ihres Kapitals beständig gestiegen. In gewissen Ländern sind auch die Auswanderungsmöglichkeiten der Bevölkerung eine Lebensfrage von zunehmender Bedeutung. Was man, allgemeiner ausgedrückt, braucht, ist, wie ich schon früher hervorgehoben habe, also entweder ein in aller Zukunft gesicherter, völlig freier, durch kein Machtmonopol zu Lande oder zu Wasser gestörter Weltverkehr, oder auch ein für jeden großen Industriestaat ausreichender, gesicherter Anteil, in Form kolonialer Besitzungen oder reservierter „Interessen"gebiete, an solchen nahrungsmittel- und rohstoffproduzierenden außereuropäischen Ländern, die nicht deutlich erkennbar, aber unvermeidlich auf dem Wege sind, in relativ naher Zukunft selbst Industriestaaten zu werden. Mit einer gewissen Kombination dieser beiden Eventualitäten ist natürlich stets zu rechnen. Für eine Großmacht, die nicht, wie Rußland und die Vereinigten Staaten, in ihrem zusammenhängenden Landgebiete sowohl eine gemäßigte Industriezone wie eine halbtropische Kolonialzone besitzt, ist es jedenfalls eine Lebensfrage, nicht durch die Kolonialerwerbungen anderer Großmächte, deren Handelspolitik oder deren Macht über den Verkehr auf den Weltmeeren gegenwärtig oder in Zukunft von geeigneten Kolonialgebieten abgesperrt zu werden.

Daher ist die Kolonialpolitik gerade jetzt der Kern des modernen expansiven Imperialismus und einer der innersten Gründe des land- und seemilitärischen Wettstreites zwischen den Großmächten, sowie der Kampfplatz, auf welchem die nationalistischen Leidenschaften und Bestrebungen zusammenstoßen. Der Weltkrieg, die große, kriegerische Entwicklungskrisis des modernen Imperialismus, ist daher seinem tiefsten Inhalte nach ebensowohl ein Krieg um Kolonial-, Handels- und Seemacht, wie ein Krieg um nationale Rangstellung.

Die Art und Weise, wie sich die Sozialdemokratie zu den kolonialpolitischen Problemen und Konflikten der Gegenwart gestellt hat und stellt, muß daher, dem Wesen der auslandspolitischen Probleme in unserer Zeit gemäß, ein untadeliges Kriterium ihres innersten Prinzipstandpunktes zum Imperialismus, Militarismus und Nationalismus und zur auswärtigen Politik überhaupt sein.

In seinem Buche Kolonialpolitik und Sozialdemokratie[1] hat Gustav Noske eine speziell zur Aufklärung der deutschen Sozialdemokraten

[1] Stuttgart 1904.

bestimmte Übersicht über die Geschichte der deutschen Kolonialpolitik seit ihren ersten Anfängen im Jahre 1884 gegeben und dabei auch das offizielle Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegen die kolonialen Bestrebungen des deutschen Staates geschildert.

Das Motto des Buches ist ein Ausspruch Wilhelm Liebknechts im deutschen Reichstage am 4. März 1885: „Die menschliche Kultur ist vom Kolonisationswesen überhaupt nicht zu trennen." Es wäre eine fürchterliche Anklage gegen die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie sich gegen die Kultur überhaupt ebenso verhalten hätte, wie sie sich in ihrer Kolonialpolitik verhalten hat; denn das Buch enthält ein haarsträubendes Gemisch von Vorurteil, Stumpfheit und Inkompetenz in der Behandlung, welche die deutsche Sozialdemokratie dem deutschen „Kolonialwesen" hat zuteil werden lassen. Zum Glück hat die Partei ja zur selben Zeit gezeigt, daß „die menschliche Kultur" im allgemeinen an ihr eine warmherzige, einsichtsvolle und tapfere Vorkämpferin besitzt.

Die „revolutionäre" marxistische Parteidogmatik stand einer wirklich sozialistischen Auffassung der kolonialpolitischen Aufgaben der Partei „im Rahmen der bestehenden Gesellschaft" im Wege. Höchstens vermochte man (wenn man nicht, wie Kautsky[1] es ausdrückt, das „Pech" hatte, „Revisionist" zu sein) sich zu dem Zugeständnisse aufzuschwingen, daß nach vollständiger Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft von sozialistischen Aufgaben innerhalb der Kolonialpolitik die Rede sein könne. Auf dem im Jahre 1907 in Essen stattfindenden Parteitage erklärte Bebel mit charakteristischer Offenherzigkeit: „Die Frage, ob es eine sozialistische Kolonialpolitik gebe, hätte gar nicht in die Erörterung gezogen werden sollen, weil das ein Streit um des Kaisers Bart ist, eine reine Zukunftsmusik. Was wir, wenn wir zur Herrschaft gelangt sind, mit unseren Kolonien anfangen, das sage ich Ihnen ganz offen, weiß ich nicht[2]."

Hier, wie sooft, wenn es sich um die tagespolitischen und realpolitischen Aufgaben der Sozialdemokratie gehandelt hat, mußte die Phrase „Zukunftsmusik" die verhängnisvolle Rolle eines Schlummerkissens für die in

[1] In Dresden 1903; Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, S. 236. Kautsky sagte in der kolonialpolitischen Debatte: „Ich meine nicht, daß es eine Schande ist, Revisionist zu sein, es ist nur ein Pech, ein Pech für die Person und für die Partei." Eine einfältigere Äußerung über die theoretische und praktisch-politische Neugestaltungsarbeit innerhalb der Sozialdemokratie, als diese von der „vornehmsten wissenschaftlichen Autorität" der Partei ausgesprochene, läßt sich wohl schwerlich denken. [2] Op. cit., S. 228.

dogmatischen Schlaf versunkenen Parteigenossen spielen. Man glaubte, daß man, nach Marx, eigentlich nur auf die mit Naturnotwendigkeit ausbrechende „soziale Revolution" zu warten habe, um dann (sozusagen gratis) „die politische Macht zu übernehmen" und das sozialistische Programm durchzuführen. Erst dann würde von einer Aufführung der „Zukunftsmusik" die Rede sein können. Bis dahin sollte die Bourgeoisie ungestört die Wirtschaft und die Politik anordnen.

Ungestört? Nein! Man sollte ja, nach Marx, agitieren, organisieren und das Proletariat aufklären. Und Marx gab zu, daß Sozialpolitik zum Schutze der Arbeiterklasse gegen unaufhaltsame geistige und körperliche Versumpfung und Ausbeutung notwendig sei. Die Sozialdemokratie stürzte sich also als politische Partei in das politische Leben hinein — und stürzte sich damit nolens volens sowohl in die „Zukunftsmusik" wie in das revisionistische „Pech". Es erwies sich in der Praxis unmöglich, nur Revolutionär zu spielen. Aber das nur umstürzlerische Prinzip durfte nicht aufgegeben werden. Folglich wurde man im Widerstreit gegen seine Prinzipe und sein „revolutionäres" Gewissen Realpolitiker — d. h. in vielen Fällen ein inkonsequenter, unwilliger, schlecht unterrichteter und inkompetenter Realpolitiker, der jeden Augenblick bereit war, die Arbeit und die Verantwortung ganz und gar dem Gegner (der Bourgeoisie) zu überlassen, von „Zukunftsmusik" und „Kaisers Bart" zu schwatzen und schließlich, als ehrlicher Mensch, seine eigene vollständige Unzulänglichkeit einzugestehen.

„Es hat geraume Zeit gedauert, bis es die deutsche Sozialdemokratie für erforderlich erachtete, auf ihren Parteitagen zur Kolonialpolitik Stellung zu nehmen", schreibt Noske[1]. Es scheint bis 1890 gedauert zu haben, in welchem Jahre Paul Singer auf dem Parteitage in Halle erklärte, daß die Sozialdemokraten „Gegner" der Kolonialpolitik seien, weil sie „nur den besitzenden Klassen zugute komme". Das Erfurter Programm von 1891 sagt über Kolonialpolitik nichts — als indirekt, daß die Sozialdemokratie auch „die Ausbeutung und Unterdrückung einer Rasse bekämpfe". Dann ist von der Kolonialpolitik auf einem deutschen Sozialdemokratenparteitage erst 1894 wieder die Rede, in welchem Jahre sie als „zwecklos" und als „Luxus" bezeichnet wird. Im Jahre 1898 nennt man Deutschlands Kolonialpolitik „Kreuzfahrerromantik". Auf dem 1900 in Mainz stattfindenden Parteitage versichert Singer, daß die Kolonialpolitik, „weit entfernt, der deutschen Arbeiterklasse irgendeinen Nutzen zu verschaffen", im „Gegenteil" „auch in

[1] Noske, op. cit., S. 221.

bezug auf die Arbeitsverhältnisse erheblichen Schaden stiften" werde, und eine Resolution über „die Welt- resp. Kolonialpolitik" sagt: „Die Sozialdemokratie — — — erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik entschiedensten Widerspruch." Als 1907 auf dem Parteitage zu Karlsruhe ein Delegierter die Einsetzung eines Ausschusses für Kolonialfragen beantragt, wird dies, wie das Protokoll angibt, mit „Lachen" begrüßt — ein geradezu scheußlicher Beweis der Erkenntnislosigkeit, welche die deutsche Sozialdemokratie gegen die unabänderliche politische Entwicklung, die über die Marokkokrise des Jahres 1911 hinweg zur Katastrophe des Weltkrieges führen sollte, gezeigt hat.

Ich komme nun mit einigen Worten auf den Dresdener Parteitag im Jahre 1903 zurück, weil er in dieser Verbindung besonders interessante Züge aufweist.

Auf diesem Parteikongresse lag ein Resolutionsantrag folgenden Wortlautes vor: „Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, die Interessen der Arbeiterklasse, die Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle aufs kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es ihr bisher möglich gewesen ist."[1] Also: „in jeder möglichen Form" — nicht bloß gegen „Militarismus und Marinismus", sondern auch gegen „Kolonialpolitik und Weltpolitik" — und zwar „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen unseres Programms!"

Der große Parteitheoretiker Karl Kautsky, der Mann, der als unmittelbarer Nachfolger von Marx und Engels dasteht, sprach sich unter anderem folgendermaßen aus: „Hier möchte ich das Wort ‚Kolonialpolitik' unterstreichen. (Ruf: Aber recht scharf!) Denn dies Wort spielt im Revisionismus eine große Rolle und nicht nur das Wort, sondern auch die Sache!"

Um dies zu beweisen, führt Kautsky einen Artikel des Revisionisten Eduard Bernstein an, worin dieser sagt: „Ohne koloniales Vordringen un-

[1] Handbuch der Sozialdemokratischen Parteitage von 1863—1909. Bearbeitet von Wilhelm Schröder. München 1910. S. 235—36.

serer Wirtschaft würde das Elend, das wir heute in Europa noch vor uns sehen und auszurotten bestrebt sind, unendlich viel größer, die Aussicht auf seine Ausrottung bedeutend geringer sein als dies jetzt der Fall ist." — „Dies", erklärt Kautsky, „ist die grundsätzliche Billigung der Kolonialpolitik."

Mit dergleichen kann der volkswirtschaftliche Gelehrte und marxistisch „materialistische" Soziologe Kautsky unmöglich einverstanden sein. „Bernstein", sagt er, „führt weiter aus, daß es ganz unsinnig sei, wenn man auf der einen Seite darauf hinweise, der Drang nach kolonialer Expansion entspränge mit Naturnotwendigkeit aus dem Wesen des Kapitalismus und andrerseits diese Expansion bekämpft; gegen das, was notwendig sei, könne man nicht auftreten, man müsse es mitmachen."

„Ich bin anderer Meinung", fährt Kautsky nun fort. „Hier kann man eine Parallele ziehen zwischen der kolonialen Expansion und den Bestrebungen des Kapitalismus, das Kleinhandwerk zu ruinieren. Daß der Kapitalismus das Kleinhandwerk ruiniert, ist eine Naturnotwendigkeit, aber folgt daraus für uns etwa die Pflicht, bei diesem Expropriationsprozeß des Kleinhandwerks mitzutun? Nein, das müssen wir dem Kapitalismus allein überlassen, und darauf berufen wir uns ja auch immer in unseren Agitationsreden. Dieselbe Haltung müssen wir gegenüber der Kolonialpolitik einnehmen. Gewiß, die Ausdehnung des Kapitalismus in den Kolonien ist notwendig, und es wäre kindisch, ihn daran hindern zu wollen, aber die Herren Kapitalisten sollen, wenn sie außerhalb Deutschlands gehen, dies auf eigene Kosten und Gefahr tun (sehr gut!), sie sollen nach Venezuela, China, Südafrika gehen, wohin sie wollen, aber sie sollen nicht verlangen, daß das deutsche Volk auch nur die Knochen eines einzigen Grenadiers dafür opfert, daß die Bourgeoisie bei ihren Kolonialabenteuern auf die Kosten kommt." (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte, den Leser zunächst auf die einstimmenden Zurufe der Zuhörer jener Rede in der Kongreßversammlung aufmerksam machen zu dürfen. Läßt sich, wenn man ehrlich sein will, leugnen, daß diese begeisterten Rufe der Befriedigung immer gerade an den Stellen ertönen, wo der Redner die allerärgsten Dummheiten gesagt hat? Das läßt tief in die Mysterien der Kongreß- und Parteipsychologie hinein blicken.

Unter den „ärgsten Dummheiten" verstehe ich hier Sätze, die der von Marx und Engels aufgestellten, absolut grundlegenden sozialwissenschaft-

lichen Theorie „der materialistischen Geschichtsauffassung" zufolge und nach Marxens absolut grundlegenden volkswirtschaftlichen Theorien der „Theorie des Arbeitswertes" und der Kapitaltheorie, reiner Unsinn sind.

„Die Herren Kapitalisten sollen, wenn sie außerhalb Deutschlands gehen, dies auf eigene Kosten und Gefahr tun", sagt das marxistische wissenschaftliche Licht Kautsky unter hörbarem Entzücken der marxistischen Vertreterversammlung. Und diese marxistische Begeisterung steigert sich noch, als er Bismarcks Wort von den „Knochen des Grenadiers" entlehnt, um zu bekräftigen, daß das deutsche „Volk" mit den „Kolonialabenteuern" der deutschen „Bourgeoisie" auch rein gar nichts zu schaffen haben könne und wolle!

Dies ist wirklich eine liebliche sozialistische Gesellschaftsanschauung, hochfeiner „Geschichtsmaterialismus" und eine prächtige Anwendung der Wert- und Kapitaltheorie, die Marx aufgestellt hat! Herr Kautsky hat vergessen, daß es nach Marxens Wert- und Kapitaltheorien der „Bourgeoisie" vollständig unmöglich ist, innerhalb oder „außerhalb Deutschlands" etwas Wirtschaftliches zu unternehmen, ohne daß dies buchstäblich auf Kosten des „Volkes", auf Kosten und Risiko der Arbeiterklasse geschähe! Herr Kautsky hat vergessen, daß es gerade das epochemachende Verdienst der sozialistischen Gesellschaftsforscher Marx und Engels ist, bewiesen zu haben, daß das tragische Element in dem sozialen Zustande des modernen Arbeiters vor allem sein unabänderliches Gebundensein an die Kapitalistengesellschaft, seine Solidarität mit ihr, ist — solange, wie sie noch besteht und die einzige Gesellschaft, die es zum Darinleben gibt, ist. Im Gegensatz zu allen älteren und jüngeren Gesellschaftsauffassungen behauptet der Marxismus und jeder andere echte Sozialismus, daß die menschliche Gesellschaft auf jeder einzigen ihrer naturnotwendigen Entwicklungsstufen eine unauflösliche Solidarität zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft sei. Eine Solidarität, die sich nicht beseitigen läßt, so grausam sie auch gegen gewisse Schichten der Gesellschaft sein mag.

Bisher war dies teilweise eine Solidarität zwischen Freien und Sklaven, zwischen Feudalherren und Hörigen, zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern. Die Sozialdemokratie erwartet, daß es im nächsten Entwicklungsstadium nur eine Solidarität zwischen freien, gleichberechtigten Staatsbürgern geben werde. Doch wenn etwas bei Marx und Engels blutigen Hohn erregt hat, so ist es die Sentimentalität und das unwissenschaftliche Gewäsch, die naturnotwendige Gesellschaftssolidarität zu leugnen, weil sie, leider, teilweise noch eine Solidarität zwischen einer Oberklasse und einer Unter-

klasse, zwischen Reichen und Armen, zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern ist. Die kapitalistische Solidarität wird — nach Marx — dann gesprengt, wenn die sozialistische Solidarität im Schoße der Kapitalistengesellschaft zu selbständiger Lebensfähigkeit herangereift ist und infolgedessen sofort an die Stelle der alten treten kann — aber nicht eher!

Die menschliche Gesellschaft ist Solidarität im Bösen wie im Guten. Sonst gäbe es keine Not! Keine soziale Not! Die Leidenden könnten ja dann — „unter energischen Protesten" — aus der Gesellschaft herausspazieren und es ihren Herren und Ausbeutern überlassen, das „Risiko" und die „Kosten" ihrer Räuberpolitik zu tragen! Nun bleibt, nach Marx, der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg als der übrig, die kapitalistische Räuberpolitik, welche *nicht* ein naturnotwendiges Glied der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen ist, wenn möglich mit aller Macht zu *hindern* und sich, ihrem humanitären Charakter entsprechend sowie unter Leitung ihrer sozialistischen und demokratischen Ideale, in kluger, sachlicher Weise an der kapitalistischen Räuberpolitik, die ein naturnotwendiges Glied in dem Heranreifen der Kapitalistengesellschaft zu ihrem Sturze ist, *mitzubetätigen*.

Ein solches Mitwirken kann nicht eine der Arbeiterklasse *sympathische* politische Aufgabe sein (wenn es in unserer sündhaften Welt überhaupt sympathische Aufgaben gibt!), aber sie ist unerläßlich, falls die Arbeiterklasse überhaupt in der Kapitalistengesellschaft politisch tätig sein soll und nicht — nach Marxens Revolutionstheorie — in die sozialistische Gesellschaft hineingeschleudert werden soll — — — — — ohne zu der ungeheuer großen Aufgabe, die „politische Macht zu übernehmen", den „Staat abzuschaffen" und die Gesellschaft auf irgendeiner „kollektivistischen Basis" zu organisieren — was es nun sein soll — *vorbereitet* zu sein.

Also: Entweder ist die Kolonialpolitik eine sozialentwicklungsgeschichtliche *Notwendigkeit*, oder sie ist es nicht. Sowohl der „radikale" Kautsky wie der „revisionistische" Bernstein geben ohne jeglichen Vorbehalt zu, daß sie notwendig sei. Bernstein zieht daraus in ehrlicher Weise die praktischen Folgerungen, die der Lehre Marxens entsprechen.

Auch der wissenschaftliche Spezialist Kautsky denkt an die praktischen Konsequenzen — aber an die *demagogischen*. Es ist leichter, die Massen *radikal* gegen die Kolonialpolitik aufzuwiegeln, als sie in *mäßiger* Weise dagegen aufzureizen. „Nein", sagt er, „das müssen wir dem Kapitalismus allein überlassen."

Was ist der „Kapitalismus allein" in einer Gesellschaft, die *kapitalistisch*

und noch nichts anderes ist!? Ist nicht der moderne Arbeiter in genau ebenso hohem Grade eine kapitalistische Erscheinung wie sein Arbeitgeber?

„Und auf den Grundsatz weisen wir ja stets in unseren Agitationsreden hin[1]." Ein schöner „Grundsatz" für einen Hüter der wissenschaftlichen Prinzipe einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Hinsichtlich des Standpunktes, den Bebel zur Frage der Kolonialpolitik eingenommen hat, läßt sich noch eine 1907 auf dem Parteitage in Essen gemachte Äußerung hervorheben, worin er auf seine bekannte große kolonialpolitische Ausführung im deutschen Reichstage, die er nun selbst als „eine seiner besten Reden" bezeichnet, hinweist. „Ich habe zuerst", sagt er, „scharfe Angriffe gegen die deutsche Kolonialpolitik im allgemeinen gerichtet, habe sie als Raub-, Plünderungs- und Unterdrückungspolitik gebrandmarkt, als eine Politik, die wir unter allen Umständen nach allen Richtungen hin zu bekämpfen hätten. Daran anschließend habe ich dann ausgeführt: ‚Aber daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik treiben kann unter Umständen eine Kulturfrage sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird'." Hierauf las Bebel einen Auszug aus seiner Reichstagsrede vor und betonte, daß er noch ebenso denke, wie er damals gesprochen habe. Aber, fügt er hinzu, „kann mir denn irgendeiner unterstellen oder bildet sich irgend jemand ein, daß ich diese Sätze als erfüllbares Programm für die kapitalistische Gesellschaft aufgestellt hätte? Es ist mir doch selbstverständlich gar nicht eingefallen, zu glauben, daß die bürgerliche Gesellschaft eine solche Kolonialpolitik treiben könnte. Ich wollte nur sagen: ‚Wollt ihr Kolonialpolitik treiben, dann wäre das das Ziel'[2]."

Also im Grunde ganz dieselbe Auffassung wie bei Kautsky. Die gleiche fundamental unfolgerichtige Vorstellung, daß die Arbeiterklasse sich mit Vorbedacht außerhalb der politischen Arbeit der bürgerlichen Gesellschaft stellen könne und müsse und daß die Arbeiterklasse zu gleicher Zeit in energischer planmäßiger Weise mitten in der politischen Arbeit der bürgerlichen Gesellschaft stehen könne und müsse, indem sie nämlich Reichstagsabgeordnete wählt und diese ermahnt, im Reichstage zu „kämpfen". Der Reichstagstribun grundsätzlich als Agitationstribun und nichts anderes! Zu gleicher Zeit: der Reichstagstribun und die Reichstagsarbeit grundsätzlich als Mittel, um die durch „naturnotwendige" Gesellschaftsverhältnisse in unabänderlicher Weise bedingte Lage der Arbeiterklasse zu schützen und zu ver-

[1] Ich habe diese Worte gesperrt drucken lassen. [2] Op. cit., S. 238.

bessern! Der Marxismus als theoretische Grundlage zu politischer Untätigkeit auf gewissen Gebieten des sozialen Lebens. Derselbe Marxismus als theoretische Grundlage zu politischer Betätigung auf anderen Gebieten desselben sozialen Lebens!

Ein freiwilliger politischer Konfusions- und Schwächezustand, der nur die grundsätzlichen Feinde des „Übernehmens der politischen Macht" durch die Arbeiterklasse oder ihres Heranreifens zum Lösen überhaupt irgendeiner ernsten politischen Aufgabe erfreuen kann. Wären nicht gute Aussichten vorhanden, daß das revisionistische „Pech" gar bald in der deutschen Sozialdemokratie kräftig um sich greifen und endgültig die Führung übernehmen wird, so wäre es wahrhaftig mit den Möglichkeiten zu fortschreitender Demokratisierung deutscher Politik und zu fortschreitendem politischen Heranreifen der deutschen Demokratie schlecht bestellt.

Sicherlich werden die Aussichten auf einen solchen Sieg des Revisionismus und des Demokratismus nach dem Weltkriege in Deutschland unvergleichlich viel größer sein, als sie vor ihm gewesen sind. Um aber nicht zur Unterschätzung der inneren Schwierigkeiten, die sich einer solchen Entwicklung besonders auf auslands- und kolonialpolitischem Gebiete entgegenstemmen, zu veranlassen, möchte ich an den wegen seines „Imperialismus" aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossenen Gerhard Hildebrandt erinnern. Seine hierher gehörenden Anschauungen hat er in einer 1911 erschienenen Broschüre „Sozialistische Auslandspolitik"[1] niedergelegt.

Was seine Schrift, sagt Hildebrandt in der Vorrede, „zum Schluß als aktuelle Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet, ist in Jena (1911) von der obersten, Richtung weisenden Instanz der Partei einmütig abgelehnt worden", d. h. von dem vor dem Marokkoprobleme stehenden Parteitage. Allerdings habe Bebel durchblicken lassen, daß der Handel Deutschlands große Vorteile aus der Kolonisation Marokkos ziehen könne, „wenn sie mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten, betrieben würde", und daß hierin eine Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Großmächten auch wünschenswert sei, aber die Resolution des Parteitages enthalte „kein noch so kleines Körnchen der Anerkennung dafür, daß das monopolistische Ausdehnungsstreben Frankreichs und Englands auf die Dauer zu einer verhängnisvollen Schwächung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit Deutschlands

[1] In der Sammlung „Staatsbürgerliche Flugschriften", erschienen bei Eugen Diederichs in Jena.

führen muß und daß deshalb Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse ein Interesse daran haben und gezwungen sind, sich dieser Politik entgegenzusetzen und auf die Gleichberechtigung oder Mitberücksichtigung Deutschlands zu dringen."

Auch der Sprecher der Revisionisten auf dem Parteitage, Dr. David, habe darauf gedrungen, daß der Beschluß gegen die „kapitalistische, militaristische und chauvinistische" Kolonialpolitik (als Privatangelegenheit oder Sonderinteresse der Bourgeoisie gefaßt) bestehen bleiben solle, ohne daß ihm etwas über Deutschlands berechtigte Ansprüche auf Gleichberechtigung und Mitberücksichtigung hinzugefügt werde. Hildebrand dagegen sieht eine in dieser Richtung gehende Meinungsäußerung von seiten der deutschen Arbeiterklasse als notwendig an, um die führenden Kreise Frankreichs und Englands vor einer zu weit getriebenen wirtschaftlichen und kolonialen „Einkreisungspolitik" gegen Deutschland zu warnen. Im Lichte des Weltkrieges gesehen, ist diese Auffassung Hildebrandts aus dem Jahre 1911 außerordentlich merkwürdig. Sie zeigt, daß der sozialdemokratische „Imperialist" die auslandspolitische Lage und die in ihr liegenden furchtbaren Gefahren unvergleichlich viel richtiger erkannte als die übrigen „Revisionisten", von den großen geistigen „Führern" — einem Bebel und einem Kautsky — ganz zu schweigen.

Was, nach Hildebrandts Überzeugung, die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1911 hätte sagen müssen, war dies: „Wir sind für den Frieden, aber nur für einen Frieden auf Grundlage der Gleichberechtigung." (Der Gleichberechtigung Deutschlands mit England und Frankreich.) „Wir sind es der Zukunft unseres Volkes, der Zukunft unserer Kinder schuldig, daß wir die koloniale Sicherung der benachteiligten Volkswirtschaften erstreben und durchsetzen, mögen die Hindernisse so groß sein, wie sie wollen, mögen sie kommen, von wem sie wollen!" „Das", fügt er hinzu, „wäre nicht nationalistisch und nicht chauvinistisch, weil es ein einfacher Akt der Selbstverteidigung wäre. Es wäre national in dem Sinne, in dem die Arbeiterbewegung für die Sicherung der Lebensbedingungen eines jeden Volkes einzutreten verpflichtet ist, und wäre darum ein Schritt, ein gegenwärtig notwendiger und erfolgreicher Schritt zum Sozialismus hin."

„Täten vor allem die deutschen Arbeiter in der gegenwärtigen Situation diesen Schritt, dann würden die herrschenden Klassen in Frankreich und England gewahr werden, daß sie mit ihren nun seit mehr als einem Vierteljahrhundert fortgesetzten Versuchen zur Einschnürung des deutschen Wirt-

schaftslebens an die Grenze des Möglichen gekommen sind, und sie würden endlich einmal sich überlegen müssen, wohin die Fortsetzung dieser Einschnürungspolitik schließlich führen muß. Dann würden aber auch weite Schichten des deutschen Volkes, die der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, obwohl sie den kulturellen Aufstieg der Arbeiter wünschen, sich zum engen und dauernden politischen Anschluß an die Arbeiterbewegung entschließen können. Tun aber die sozialistischen Arbeiter den notwendigen Schritt nicht, dann haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie bei den übrigen zur demokratischen Mehrheitsbildung nötigen Teilen des deutschen Volkes kein Vertrauen gewinnen, sondern dauernd zur Minderheitspartei verdammt bleiben. Es ist dann ihre Schuld, wenn die nationalistisch gesinnten Schichten die Führung behalten — um sozialistisch notwendige Forderungen der auswärtigen Politik gegen die Arbeiter durchzusetzen, aber darüber hinaus vielleicht gleichzeitig unberechtigte und unverantwortliche Sonderinteressen im Innern und nach außen hin zu betreiben. An der sozialistischen Arbeiterbewegung liegt es, ihr Schicksal zu entscheiden. Versagt sie, so verdammt sie sich selbst zur Opposition und Einflußlosigkeit. Tut sie, was notwendig ist, dann kann sie schnell ungeahnte Erfolge auch im Innern erzielen. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder[1]!"

Gerhard Hildebrandt wurde auf dem Parteitage in Chemnitz im Jahre 1912 formell aus der deutschen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, nachdem die Debatte über seine Rechtgläubigkeit bereits einige Jahre, besonders in der Parteipresse, angedauert hatte. Vor allem hatte seine Schrift *Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus* böses Blut erregt, weil er sich darin „in scharfen Gegensatz zu den Grundforderungen der Partei gestellt[2]" haben sollte — d. h. weil er nachweist, daß die tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen um 1911 herum durchaus nicht so waren, wie Karl Marx in der Zeit zwischen 1847 und 1867 angenommen hatte, daß sie bis zum „Sturze des Kapitalismus" oder bis zur „sozialen Revolution" werden müßten. Anstatt nun das Programm neueren Forschungen und der Wirklichkeit gemäß abzuändern, tut man den Forscher, der diese neuere, Marx und dem Marxismus unerwartete Wirklichkeit zu entdecken und anzuerkennen gewagt hat, in Acht und Bann.

[1] Op. cit., S. 62—63. [2] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S. 451.

„Es ist notwendig, daß sich die Parteiinstanzen mit Hildebrandt beschäftigen, denn die bürgerliche Presse wirft uns täglich mit Auszügen aus Reden und Schriften von Schippel, Calwer und Hildebrandt Knüppel zwischen die Beine, indem die Ausführungen dieser sozialistischen Schriftsteller gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet werden[1]." Dies war natürlich sehr unzart von der bürgerlichen Presse — aber man versteht, daß sie der Versuchung erliegen mußte, als sich ihr die Gelegenheit bot, von so anerkannt bedeutenden Gesellschaftsforschern wie Schippel und Calwer Waffen gegen einen politischen Gegner zu entlehnen, dessen berüchtigte Furcht vor freier Gesellschaftsforschung offensichtlich eine Kulturfrage von allgemeiner Bedeutung ist, nicht etwas, das die schuldige politische Partei als ihre ausschließliche Privatsache kann ansehen dürfen.

„Gegen Hildebrandt als Mensch hat niemand etwas, wir handeln nur im Interesse der Partei, wenn wir Stellung gegen Hildebrandt nehmen." — — — „Aber das soll uns nicht weiter aufregen, vielmehr kommt es darauf an, festzuhalten, wo Hildebrandt sich in recht krasser Weise in Widerspruch mit uns setzte. Um es kurz zu sagen: er trat ein für Kolonien, für Schutzzölle, für den Marokkorummel, ja sogar für den Militarismus. Dabei ließ er Äußerungen fallen, wie die, daß wir in Deutschland noch am besten regiert würden, und daß er sich wohl bewußt sei, Forderungen zu vertreten, die teilweise auch die Nationalliberalen stellen."

Auf einem deutschen Parteitage erklärte man es demnach als fundamentalen Parteigrundsatz (an welchen die Mitglieder glauben müssen, da sie sonst Gefahr laufen, ausgeschlossen zu werden), daß man Kolonien und Schutzzölle (solange der Kapitalismus währt!) unter allen Umständen fanatisch bekämpfen müsse und daß ein demütig lächelndes Gesicht zu französischer Agressivität und englischer Weltbevormundung in der Marokkofrage das allein Seligmachende sei. Außerdem wird die Lehre, daß Deutschland schlechter regiert sei als andere Länder, zum Parteidogma erhoben! Wer das Gegenteil glaubt, der kann nicht deutscher Sozialdemokrat sein! Ist es da zu verwundern, daß der neutrale Herr Branting hat glauben können, diese schöne Lehre mit voller Berechtigung auch zum Parteidogma der schwedischen Sozialdemokratie erheben zu dürfen!

Wer nicht an die sehr einfache, sehr einfältige und sehr ententehafte Verrücktheit glaubt, daß der „deutsche Militarismus" gerade jetzt ein viel schlimmeres allgemeinmenschliches Übel sei als der „Zarismus" oder Frankreichs

[1] Op. cit., S. 451.

chronische politische Zuckungen oder Englands übermütige, unersättliche Expansionspolitik — der kann kein Mitglied der grundsätzlich internationalistischen Sozialdemokratie sein, weder in Deutschland noch in einem neutralen Lande! Aber vielleicht möglicherweise in Rußland, Frankreich und England! Es gibt Zeichen, die nach dieser Richtung hindeuten!

Hildebrandt gab zu, daß seine Auffassungen in gewissen Punkten von den Grundsätzen des Parteiprogrammes abwichen. Aber, sagte er, es müsse „in der Partei auch für die Vertreter solcher Ansichten Raum vorhanden sein[1]", denn er wisse doch, daß er der sozialdemokratischen Partei näher stehe als irgendeiner anderen.

Wenn diese Auffassung nicht früher oder später angenommen werde und wenn man nicht die Grundsätze des Parteiprogrammes schrittweise in bessere Übereinstimmung mit der wirklichen sozialen Entwicklung (im Gegensatz zu der Gesellschaftsentwicklung, die Marx zwischen 1847 und 1867 voraussehen zu können geglaubt habe) zu bringen wisse, so werde es ja zum Parteidogma, daß kein sozialwissenschaftlich frei forschender und denkender Mensch Zutritt zur Partei habe oder berechtigt sei, in ihr zu bleiben.

Es nützte Hildebrandt nicht das Geringste, daß er auf dem Chemnitzer Parteitage beweisen konnte, daß seine wirtschaftliche Anschauung radikal sozialistisch sei, daß seine politische Anschauung radikal demokratisch sei, daß er „auf dem Boden des Klassenkampfes" stehe und daß er „den Klassenkampf für eine solche Selbstverständlichkeit" halte, „daß davon zu reden gar nicht lohnt[2]". Die veralteten Parteidogmen über die Kolonialpolitik, die Schutzzölle, den Imperialismus, den Militarismus und Deutschlands schauderhaftes Regierungssystem waren es, die gegen „eine nur geringe Minderheit"[3] im Jahre der Gnade 1912 auf einem Parteitage über ihn siegten.

Die Jahreszahl 1912 zeigt, mit 1914 verglichen, in deutlich erkennbarer Weise, daß die deutsche Sozialdemokratie reichlich lange auf die Gnade hin gesündigt hat.

Ich habe auch die Protokolle der Parteitage, welche die deutsche Sozialdemokratie 1910 in Magdeburg, 1911 in Jena und 1913 wieder in Jena abgehalten hat, durchgesehen und darin noch viele Beweise des dogmatischen Schlummerns der deutschen Sozialdemokratie hinsichtlich der auslandspolitischen sowohl wie der damit am engsten zusammenhängenden innerpolitischen (besonders hinsichtlich der das Militärwesen betreffenden) Fragen

[1] Op. cit., S. 454. [2] Op. cit., S. 476. [3] Op. cit., S. 507.

gefunden. Etwas prinzipiell Neues und über das, was ich in diesem Kapitel bereits mit Beispielen belegt habe, Hinausgehendes habe ich jedoch nicht entdeckt. Über die Opposition der wenigen Einsichtsvollen gegen die Unbelehrbarkeit der überwältigenden Mehrheit ließe sich zwar noch allerlei sagen, aber es würde hier zu viel Raum fortnehmen.

Nur folgende Episode sei der Kuriosität halber angeführt.

Dr. Karl Liebknecht sprach sich 1911 auf dem Parteitage in Jena bei der Diskussion über den „Zarismus" und Finnland folgendermaßen aus:

„Wenn wir dies alles vor unserem Auge Revue passieren lassen, so wird niemand verkennen, daß das finnische Proletariat gerade auch im jetzigen Moment seiner Leidensgeschichte Anspruch darauf besitzt, daß die deutsche Sozialdemokratie, daß das ganze internationale Proletariat seine Solidarität mit dem gepeinigten finnischen Volke erklärt[1]."

Daß in den Jahren 1914—16 diese „Solidarität" zerrissen sein könnte — zerrissen zugunsten des „Zarismus" — das war weder durch irgendeinen Prinzipienparagraphen des Parteiprogrammes noch durch irgendeinen Parteitagsbeschluß in irgendeiner Form als entfernte Möglichkeit vorausgesehen. Im Gegenteil! Und dennoch geschah es. Hatte das Parteiprogramm unrecht? Oder haben die jetzt an der Seite des „Zarismus" kämpfenden, des gepeinigten finnischen Volkes und vieles anderen Russischen gar nicht gedenkenden französischen und englischen Sozialdemokraten aufgehört, echte Mitglieder der Internationale zu sein?

[1] Protokoll usw. Jena 10.—16. September 1911, Berlin 1911, S. 406. Von mir gesperrt wiedergegeben.

11. Die Auslandspolitik der Internationale vor dem Weltkriege

Auf dem Kongresse der Internationale, der 1900 in Paris tagte, konstatierte der Holländer van Kol in einem kurzen Schlußworte: „das internationale Proletariat biete somit das erhebende Schauspiel, einstimmig die kapitalistische Kolonialpolitik gebrandmarkt zu haben[1]."

Dies geschah durch Annahme eines durch van Kol beantragten Beschlusses, worin ausdrücklich anerkannt wurde, daß „die Entwicklung des Kapitalismus notwendig zur kolonialen Expansion führe; daß der Imperialismus, der die notwendige Folge davon sei, in allen Ländern den Chauvinismus gebäre und zu immer größeren Ausgaben für den Militarismus zwinge". Aber „die Kolonialpolitik der Bourgeoisie habe keinen anderen Zweck, als den Profit der Kapitalistenklasse zu steigern und das kapitalistische System aufrechtzuerhalten". Man hielt also an der ungereimten Auffassung fest, daß der unerläßliche Teil des Kapitalismus, welcher Kolonialpolitik heißt, „keinen anderen Zweck" habe als den, solchen Sonderinteressen der Kapitalistenklasse, die gegenwärtig und in der weiteren Zukunft nichts mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen der Arbeiterklasse zu tun hätten, zu dienen. „Den Profit der Kapitalistenklasse zu steigern" ist jedoch nach Marx kein Sonderinteresse der Kapitalistenklassen, sondern einer der bedeutungsvollsten Faktoren der nach der ersehnten sozialistischen Revolution hinstrebenden Entwicklung des Kapitalismus.

Der Kongreß erklärte deshalb (!), „daß das organisierte Proletariat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die kapitalistische Kolonialbesitzausdehnung zu bekämpfen." Zu diesem Zwecke empfiehlt er, „daß die verschiedenen sozialistischen Parteien überall sich angelegentlichst mit dem Studium der Kolonialfrage beschäftigen" — ein Gedanke, den, wie wir gesehen haben, deutsche Sozialdemokraten noch im Jahre der Gnade 1907 auf ihrem eigenen Parteitage mit Heiterkeit zu begrüßen geruhten.

Die Auffassung der Internationale auf dem Kongresse zu Amsterdam im Jahre 1904 wird durch einen Beschluß gekennzeichnet, worin es heißt: „Der Kongreß anerkennt das Recht der Einwohner zivilisierter Länder, sich in

[1] Noske, op. cit., S. 218.

Ländern niederzulassen, deren Bevölkerung sich in niederen Stadien der Entwicklung befindet" — „verurteilt aber auf das schärfste das heutige kapitalistische Kolonialsystem und fordert die Sozialisten aller Länder auf, dieses zu stürzen"[1] — obgleich es nach Marx der reinste Blödsinn ist, einen wesentlichen Teil des kapitalistischen Systemes „stürzen" zu wollen, bevor dies System durch seine eigene Entwicklung auf dem Punkte angelangt ist, wo es von selbst gänzlich zusammenbricht.

Nun schritt man zum Formulieren eines sozialistischen Kolonialprogrammes, das fünf Punkte festsetzen sollte. Der erste dieser Punkte forderte von den sozialdemokratischen Reichstagsparteien aller Länder, „sich rücksichtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrag, jedem kolonialen Eroberungszug und jeder militaristischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen". „Die vollständige Emanzipation der Kolonien" sollte, nach dem fünften Punkte des Programmes, „das erstrebte Ziel" der sozialistischen Kolonialpolitik sein.

Mit diesen Grundsätzen ließ sich natürlich keine wirklich positive sozialistische Kolonialpolitik vereinen. Auch fehlt jede Spur einer solchen im Programme. Sein dritter und sein vierter Punkt sind zwar beherzigenswert, aber ausschließlich unter Arbeiterschutzgesichtspunkten der Sozialpolitik, die man hier, in Übereinstimmung mit der ganz besonderen Natur der vorliegenden großen Übelstände, auf die Kolonialverwaltung ausdehnen will, um die Eingeborenen nach Möglichkeit vor Mißhandlung und Ausbeutung zu schützen. Sehr unklar ist dagegen der zweite Punkt des Programmes, der verlangt, „jedes Monopol, jede große Landkonzession zu bekämpfen". Hier taucht wenigstens eine Ahnung auf, daß es eine großzügige, positive sozialistische und demokratische Kolonialpolitik mit Sozialisierung des Bodens und gesellschaftlicher Kontrolle über die Produktion und die Einkommensverteilung geben könne.

Die Verhandlungen auf dem 1907 in Stuttgart tagenden Kongresse der Internationale zeigen indessen, daß einer starken Minderheit bei diesem ebenso unmarxistischen wie volkswirtschaftlich und politisch unrichtigem „prinzipiellen Verwerfen" jeder Kolonialpolitik jetzt ungemütlich zu werden anfing. Die Mehrheit der vom Kongresse gewählten Kommission zur Vorberatung der Kolonialfrage wollte die Einleitungsworte des zu erlassenden Kongreßbeschlusses so formulieren: „Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen der Kolonialpolitik allgemein, besonders aber für die Arbeiterklasse,

[1] Noske, op. cit., S. 223.

stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisierend wird wirken können[1]."

Die Minderheit der Kommission wollte jedoch von dieser kleinen, dem wirklichen Marxismus und der gesunden Vernunft gemachten Konzession nichts wissen, und der Kongreß stellte sich mit 127 Stimmen gegen 108 auf die Seite der „radikalen" Kommissionsminderheit. Der dann angenommene Beschluß bekräftigt den 1900 in Paris und 1904 in Amsterdam eingenommenen Standpunkt.

Die beiden letzten internationalen Sozialistenkongresse vor dem Weltkriege — 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel — erbieten dem Studium der Entwicklung der sozialdemokratischen Auslandspolitik bis zum Ausbrechen des Weltkrieges viel Interessantes, aber die Kolonialpolitik ist dort nicht anders als nebenbei behandelt worden. Statt dessen beleuchten diese beiden Kongresse das Vorgefühl, das die Sozialdemokratie von dem herannahenden Weltkriege hatte, und ihre Auffassung seiner Ursachen und der richtigen Art und Weise, ihn abzuwehren. Der Kopenhagener war ein gewöhnlicher Kongreß, der sich mit einer großen Menge verschiedener Fragen beschäftigte. Der Baseler dagegen war eine während des Balkankrieges zusammenberufene Versammlung zur Erhaltung des durch die Balkanwirren als unmittelbar bedroht angesehenen Weltfriedens.

Unter den Beschlüssen und Äußerungen auf dem Kopenhagener Kongresse scheint mir folgende Resolution besondere Beachtung zu verdienen, weil sie die Art und Weise charakterisiert, wie die internationale Sozialdemokratie damals die großen auslandspolitischen Gegenwartsfragen aufgefaßt, besprochen und entschieden hat.

In Beziehung auf Finnlands Verhältnis zu Rußland nahm der Kongreß einstimmig eine Resolution an, die mit folgenden Worten beginnt: „Der Internationale sozialistische Kongreß zu Kopenhagen brandmarkt die barbarische und schmähliche Politik der russischen Regierung und der reaktionären Vertreter der besitzenden Klassen in der Duma und im Reichsrate, — eine Politik, welche sich anschickt, die Autonomie und die demokratischen Freiheiten Finnlands zu vernichten und Finnland in eine unterjochte Provinz Rußlands zu verwandeln[2]."

[1] Noske, op. cit., S. 225. [2] Internationaler Sozialistenkongreß zu Kopenhagen, 28. Aug. bis 3. Sept. 1910, Berlin 1910, S. 18.

„Der Kongreß stellt weiter fest, daß die brutale Unterdrückung der Autonomie Finnlands nur die Folge eines ganzen Regierungssystems der rohesten Unterdrückung aller nichtrussischen Nationalitäten und des russischen Volkes selbst ist, — eine Unterdrückung, welche durch die von Blut und Schmutz triefenden russischen reaktionären Machthaber ausgeübt wird, die sich mit dem Scheine eines ‚Konstitutionalismus' umgeben."

So klang es in einer von französischen Sozialdemokraten verfaßten[1], von sozialistischen Vertretern Englands und Frankreichs offiziell unterstützten und angenommenen Resolution einige Jahre, bevor alle diese sich der Lehre anschlossen, daß Rußland ein herrlicher, würdiger Streiter „für Demokratie und Freiheit" sei, ein guter, stolzer Mitkämpfer „für die Freiheit der kleinen Nationen", „für den Sieg der Humanität und des Rechtes" und „für die künftige Sicherung des Weltfriedens". Der Kopenhagener Kongreß wußte noch gar nichts von diesen Dingen, sondern hörte mit „stürmischem Beifall" eine Rede an, die mit den Worten endete: „Der Zarismus ist das Gefängnis, der unterirdische Kerker ist Sibirien. Jeder Sieg, den der Zarismus davonträgt, ist eine Niederlage für die Zivilisation. — — — Der Zarismus ist der Tod[2]."

Dieser Umschwung in Auffassung und politischer Aktion ist zu gewaltsam, um einen anderen Schluß zuzulassen als den, daß entweder in dem früheren oder in dem späteren Standpunkt etwas von Grund aus verkehrt gewesen sein muß, wenn nicht vielleicht in allen beiden oder überhaupt in den sozialdemokratischen Methoden, nationalpolitische und weltpolitische Fragen zu beurteilen.

Der vom Kopenhagener Kongresse angenommene Beschluß gegen Kriegsrüstungen und Kriege war außerordentlich wortreich. Der Kernpunkt war jedoch, daß er den Wortlaut eines auf dem Stuttgarter Kongresse gefaßten Beschlusses wiederholte und bekräftigte. So heißt es: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch aus-

[1] Op. cit., S. 24. [2] Op. cit., S. 25.

brechen sollte ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen[1]."

Bis zu einem späteren Kongresse vertagt wurde ein von Vaillant und Keir Hardie eingereichter Zusatzantrag, der folgenden Wortlaut hatte. „Unter allen Mitteln, welche angewendet werden sollen, um Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, hält der Kongreß als besonders zweckmäßig den allgemeinen Streik der Arbeiter, hauptsächlich in den Industrien, welche für den Krieg die Materialien liefern (Waffen, Munition, Transport usw.), ebenso eine Agitation und Aktion im Volke, und zwar mit den kräftigsten Mitteln[2]."

Wenn man den wirklichen Verlauf der Ereignisse in den Jahren 1914—16, die angenommene Resolution und den als Wechsel auf die Zukunft ausgestellten Zusatz mit einander vergleicht, dann tritt es ja ungeheuer scharf hervor, daß dieser ganze Kongreßsozialismus ein Theoretisieren und Utopisieren gewesen ist, ungetrübt durch Kenntnis der weltgeschichtlichen Realitäten und Seite an Seite mit ihnen — besonders unkundig aber der Realität, die da heißt: das nationale Empfinden des modernen Arbeiters, auch des sozialdemokratischen modernen Arbeiters, sein Nationalinteresse, sein nationaler und staatlicher Selbsterhaltungstrieb, ja sogar sein nationaler und staatlicher Selbstbehauptungstrieb. Es scheint jenen Herren Kongreßsozialisten gar nicht eingefallen zu sein, daß ein Durchführen ihrer drastischen Vorschläge zur „Bekämpfung des Krieges" beim Kriegsausbruche oder während eines vor sich gehenden Krieges für ein bestimmtes Land nationalen und staatlichen Selbstmord bedeuten werde und daß die Arbeiter dieses Landes sich weigern könnten, ihre internationale proletarische Solidarität so weit auszudehnen.

Es war dem späterhin während des Weltkrieges so „neutralen" Herrn Hjalmar Branting vergönnt, als damaliger Tagespräsident des Kongresses die unter „stürmischem Beifall" ins Werk gesetzte Annahme jenes oben angeführten Beschlusses mit folgenden Worten zu begrüßen. „Wir haben durch diesen Beschluß noch einmal den festen Willen bekundet, für den Weltfrieden überall und in allen Formen, wenn nötig mit den schärfsten Mitteln zu wirken[3]."

[1] Op. cit., S. 35. [2] Op. cit., S. 32. [3] Op. cit., S. 43. Der Sperrdruck ist von mir angeordnet.

Der außerordentliche internationale Sozialistenkongreß, der 1912 in Basel stattfand, nahm unter Begeisterungsdemonstrationen ein „Manifest[1]" an, worin die Sozialdemokratie „sich zum erstenmal nicht darauf beschränkt, ihre Mißbilligung „der Regierung und der Diplomatie der bürgerlichen Gesellschaften" auszusprechen oder zu agitieren, sondern klar und nachdrücklich kundgibt, welcher Art die Richtlinien der Politik des Proletariates in jedem Lande sein müssen[2]."

Das Manifest beginnt damit, an die auf den Kongressen in Stuttgart und Kopenhagen angenommenen „leitenden Grundsätze für den Krieg der Sozialdemokratie gegen den Krieg[3]" zu erinnern. Darauf wird festgestellt, daß die auslandspolitische Lage von Jahr zu Jahr kritischer geworden sei. „Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attentate gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten." Eine Erweiterung der Balkankrise zu einem großen europäischen Kriege wäre „die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen."

Dieser internationale Sozialistenkongreß schloß sich also ganz der in den bürgerlichen pazifistischen Kreisen üblichen Anschauung an, daß ein Krieg zwischen Europas Großmächten, falls es dazu käme, absolut nicht den geringsten Grund in einem Gegensatze wirklicher Volksinteressen, deren Vertreter diese Großmächte seien, haben könne, sondern dadurch hervorgerufen werden müsse, daß die Leitung der Politik, der Diplomatie und des Militärwesens besagter Großstaaten in den Händen des reinen Kriminalwahnsinnes liege.

Man *leugnet* ganz einfach das Vorhandensein eines Gegensatzes zwischen „wirklichen Volksinteressen" hinter den Interessenkonflikten der Staaten, wie sie in offiziellen und nichtoffiziellen Formen hervortreten. Doch ein derartiges einfaches Verneinen ist noch kein Beweis — und der Beweis würde mißlingen, um so gründlicher mißlingen, je mehr er versuchte, sich auf wirkliche *Einblicke* in die Lebensprozesse und den Entwicklungskampf der modernen Großstaaten zu stützen.

Man macht einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den „Völkern" der

[1] Compte rendu analytique du Congrès Socialiste International extraordinaire tenu à Bâle les 24 et 25 novembre 1912, Bruxelles 1913, S. 9—12. [2] Op. cit., S. 12. [3] Siehe oben S. 145.

Großmächte einerseits und ihren „Militärkasten", „Rüstungskapitalisten", profitgierigen „Kolonialabenteurern", chauvinistischen Staatsmännern, unzulänglichen Diplomaten, und was sonst noch alles die Staatsmacht beherrscht, andrerseits. Die „Völker" sind absolut friedlich — nicht nur in dem Sinne, daß sie Krieg nicht wünschen, sondern auch in dem Sinne, daß sie gar kein Interesse an irgend welchem Kriege haben. Die Kriegsgefahr kommt ausschließlich aus den Kreisen, die, mittelbar oder unmittelbar, die Staatsmacht in ihrer Hand haben und aus Gewinnsucht, Machtbegierde, Vorurteil, Chauvinismus und Dummheit „die Völker gegeneinander treiben".

Diese hübsche Theorie leidet bedauerlicherweise an einem Fehler — nämlich daran, daß sie nicht genügend mit der Wirklichkeit übereinstimmt, um eine große internationale Partei in ihrer auswärtigen Politik in richtige Bahnen leiten zu können.

Die Theorie starrt sich an dem Antagonismus zwischen „Staat" und „Volk" blind, so blind, daß sie die hier allein entscheidende Tatsache: die Solidarität zwischen „Volk" und „Staat" gar nicht mit in Rechnung zieht. Aus dem „Volke" ist der „Staat", aus irgendeinem „Volke" ist jeder „Staat" geschichtlich herausgewachsen, und jeder „Staat" wird stets von einem „Volke", das seinen stärksten sozialen und kulturellen, ethischen und nationalen Lebenswillen in seinem Staate konzentriert hat, getragen und entwickelt. Der „Staat" ist nichts Vollkommenes. Aber das ist das „Volk" auch nicht. Das Lebensverhältnis zwischen „Staat" und „Volk" ist nicht vollkommen, aber das ist auch kein anderes bekanntes Lebensverhältnis. „Der Kapitalistenstaat" ist mangelhaft, ja brutal — aber ganz dasselbe läßt sich vom „Kapitalistenvolke", einem Volke sagen, das „Kapitalisten" erzeugt und sich wirtschaftlich durch solche regieren lassen muß.

Es besteht oft an der Oberfläche eine auffallende seelische Ungleichheit zwischen einem Volke und seinen Politikern, wie diese durch die Jahrhunderte hindurch gewesen sind. Die Ungleichheit z. B. zwischen dem sehr soliden französischen Volke und den sehr unsoliden französischen Politikern ist verblüffend. Aber dennoch herrscht dort Solidarität, in der Tiefe. Ein Volk hat solche Politiker und einen solchen Staat, wie es seiner Gemütsart und seinem Entwicklungsgrade nach haben muß — im großen gesehen und mit Berücksichtigung zureichend langer Perioden betrachtet. Wenn der solide französische Kleinbürger Politiker wird, dann wird er ein Politiker des wohlbekannten französischen Typus — und von einem andern Typus läßt sich

der solide französische Kleinbürger nicht regieren. Und so ist es in allen Ländern — sogar im heiligen Rußland.

Die Theorie, daß die „Völker" friedlich und unschuldig seien, wenn die „Staaten" verbrecherische Kriege führen, gibt übrigens der „materialistischen Geschichtsauffassung" und ihrem Urheber, dem Vater der Internationale, einen Schlag ins Gesicht. Nur Friedensfreunde, die *nicht* Marxisten sind, können zu einer so oberflächlichen soziologischen Anschauung berechtigt sein.

Wenn man sieht, wie das Manifest des Jahres 1912 verschiedene der akuten politischen Schwierigkeiten Europas lösen wollte, wird man noch deutlicher daran erinnert, daß die Politik der Sozialdemokratie noch in erster Reihe eine *Agitationspolitik* ist, die politischer Sachlichkeit und wirklichem politischen Verantwortungsgefühl nur sehr eng zugemessenen Spielraum gewährt. Die Massen zu politischem Selbstbewußtsein und Organisationswillen hinaufzuagitieren, ist *eine* Sache. Ihr tagespolitisches Handeln zu leiten, ist eine ganz *andere* Sache. Beides ist notwendig. Aber die groben Übertreibungen, Einseitigkeiten und Unsachlichkeiten, die entschuldbar sein können, wenn es sich nur um Agitation zum Massenanschlusse an ein allgemeines Programm handelt, werden zu vollständig bloßstellenden Unfähigkeitsbeweisen, wenn die realen Fragen der Tagespolitik zur Erreichung positiver Ergebnisse behandelt werden sollen.

Die Phrasenpolitik hat ihre Aufgabe im politischen Leben — denn der Mensch ist nun einmal so. Doch die Sozialdemokratie hat die *Grenze* der zulässigen Anwendung der Phrasenpolitik nicht genug beachtet.

So verkündet das Manifest, daß die Sozialisten dem „nationalen Chauvinismus" auf der Balkanhalbinsel „*entgegenarbeiten*" und „die Verbrüderung aller Balkanvölker, einschließlich der Türken, der Albaner und Rumänen, *proklamieren*" sollen. „Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen." Nie eine Frage, ob „alle Balkanvölker" „einschließlich der Türken, der Albaner und der Rumänen" sich miteinander „verbrüdern" *wollen* oder *können*! Oder ob Albanien, resp. irgendein anderes Balkanland, vielleicht auch reif zur Mitgliedschaft in einer „*demokratischen* Balkanföderation" ist. Hier fragt man nicht nach der sozialen Entwicklungsstufe eines Volkes, bevor man ihm gegen seine sozialen und politischen Krämpfe moderne Demokratie verordnet. Bei den getreuen Schülern des großen soziologischen Evolutionisten Marx ist der soziologische Evolutionismus weggeblasen.

Neben einem solchen Idealpolitisieren ins Blaue hinein mutet es beinahe wie Realpolitik an, wenn das Manifest offen und ehrlich mit der großen Arbeiterrevolution droht, falls „die herrschenden Klassen" den Weltkrieg ausbrechen lassen. „Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution, im Gefolge eines Weltkrieges, hat sich als eine wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen." „Wenn die Regierungsgewalten jede Möglichkeit der normalen Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben." „Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblicke der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein. Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie aufwenden."

Zu oberst auf der Skala realpolitischer Werte möchte ich jedoch gern die Äußerung des Manifestes über den russischen Zarismus setzen. Aber gerade in dieser Frage hat sich die internationale Sozialdemokratie unfähig erwiesen, zusammenzuhalten und einig die Versprechungen des Manifestes einzulösen, als es galt, from sounds to things überzugehen. Einigkeit in der Phrasenpolitik. In dem Verhalten der französischen und englischen Sozialdemokraten während des Weltkrieges liegt, wie es mir erscheint, reiner Verrat an der Antizarismusdeklaration des Manifestes vor.

Diese Deklaration hat folgenden Wortlaut[1].

„Mit großer Freude begrüßt der Kongreß den Proteststreik der russischen Arbeiter als Bürgschaft, daß das Proletariat Rußlands und Polens anfängt, sich von dem fürchterlichen Schlage der zarischen Gegenrevolution zu erholen. Darin sieht der Kongreß die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus — jenes Zarismus, der, nachdem er die verschiedenen Völker seines eigenen Landes blutig zu Boden geschlagen und nachdem er die Balkanvölker unzählige Male verraten und sie ihren Feinden ausgeliefert hat, jetzt zwischen der Furcht vor einer drängenden nationalistischen Bewegung, die der Zarismus selbst erschaffen hat, hin und her schwankt.

Wenn nun der Zarismus sich wiederum den Schein gibt, als Befreier der Balkanvölker aufzutreten, so geschieht dies nur, weil er unter diesem heuchlerischen Vorwande durch blutigen Krieg sich wieder

[1] Op. cit., S. 11. Ich habe hier gewisse Worte und Sätze gesperrt wiedergeben lassen.

eine Übermachtstellung auf dem Balkan erobern will. Der Kongreß erwartet, daß Rußlands, Finnlands und Polens kräftig wachsendes Stadt- und Landproletariat dies Lügengewebe zerreißen, sich jedem kriegerischen Abenteuer von seiten des Zarismus, jedem Plane des Zarismus, gelte er nun Armenien oder Konstantinopel, widersetzen und seine ganze Kraft auf das Wiederaufnehmen des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird.

Denn der Zarismus ist die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas und der rücksichtsloseste Feind der Demokratie auch unter den vom Zarismus selbst beherrschten Völkern — ein Feind, dessen Untergang anzustreben die ganze Internationale als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen muß."

Als der „Zarismus" im Juli 1914 wirklich der „drängenden nationalistischen Bewegung" in Rußland nachgab und unter der „heuchlerischen" Maske des „Befreiers", mit Serbien als Strohmann, noch einmal einen „blutigen Krieg" begann, um sich „eine Übermachtstellung auf dem Balkan zu erobern" und „die Balkanvölker zu verraten" — wie verhielten sich da die Sozialdemokraten Englands und Frankreichs gegen „die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas" und gegen den „rücksichtslosesten Feind der Demokratie"?

Haben sie rund heraus erklärt, daß Frankreich und England Deutschlands Neutralitätsgesuch während des Kampfes der Mittelmächte gegen Rußland annehmen müßten, und versucht, dies durchzusetzen?

Am 1. August 1914 um 1 Uhr 5 Minuten nachmittags telegraphierte der deutsche Gesandte in Paris folgendes an seine Regierung in Berlin: „Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident mir, daß Frankreich das tun werde, was seine Interessen ihm geböten."[1]

Nachdem Frankreich so sein Neutralbleiben in Deutschlands Kriege gegen Rußland verweigert hatte, verweigerte auch England seine Neutralität, und zwar ganz einfach aus dem Grunde, weil der Krieg auf diese Weise an die Küsten des englischen Kanals verlegt worden war, zu Frankreichs Schwächung zugunsten Deutschlands zu führen drohte und die England sowohl wie Frankreich strategisch unschätzbare Neutralität Belgiens über den Haufen warf.

[1] Das Deutsche Weißbuch, Dokument Nr. 27. Bestätigt durch Nr. 117 des französischen Gelbbuches.

Wo war jetzt der Entschluß der französischen Sozialdemokraten, „im Namen der Demokratie" den „Untergang des Zarismus anzustreben"? Und der gleiche Entschluß der englischen Sozialdemokraten? War ihre Beteiligung an dem Beschlusse der Internationale nichts weiter als eine Demonstration gewesen, eine so gedankenlose, haltlose Demonstration, daß jetzt nicht einmal die Rede davon war, einen Versuch zum Lösen der Schwierigkeiten zu machen, die mit dem Einlösen des Gelübdes, unter welchen praktischen Verhältnissen dies auch zu geschehen hatte, verknüpft sein mußten?

Denn den Umstand, daß Frankreich mit Rußland gegen Deutschland verbündet war und daß das Rußland des „Zarismus" sich darüber klar war, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien und daher auch über Berlin gehen mußte, hatten die französischen Sozialdemokraten wohl nicht gänzlich übersehen, als sie 1912 in Basel das Manifest und seinen patzigen Phrasenkrieg gegen den „Zarismus" so tapfer mit Hurrageschrei begrüßten.

Der jetzige Glaube der französischen Sozialdemokraten, daß der „Zarismus" zum Vorkämpfer des Sieges der Demokratie in Europa tauge, muß recht schwach sein. Oder ihre Zustimmung zum Baseler Manifeste ist wenig ernst gemeint gewesen. Oder ihre ganze Auslandspolitik ist ein unzuverlässiges, zusammenhangloses Phrasengewebe. Eine vierte Möglichkeit kann ich nicht sehen. Denn ich lasse, was mich anbetrifft, nicht die Ansicht über den „Zarismus", die das Baseler Manifest so kräftig andeutet, fallen.

Übrigens ist es ja nur zu klar, daß die Internationale, falls sie die Bedeutung in der auswärtigen Politik, welche sie trotz aller Phrasenpolitik vor dem Weltkriege zu erhalten begann, nach dem Kriege soll wieder erlangen und weiter entwickeln können, in sehr beträchtlichem Grade ihre Sachkenntnis vermehren und ihr Verantwortlichkeitsgefühl hinsichtlich ihrer eigenen Beschlüsse und Äußerungen steigern muß. Die Sozialdemokratie wächst jetzt während des Weltkrieges endgültig aus ihren grünen Agitationsjahren heraus und in ihr reifes politisches Verantwortlichkeitsalter hinein.

III

Die Sozialdemokratie im Weltkriege

12. Die Sozialdemokratie beim Kriegsausbruche

Die Haltung der sozialdemokratischen Parteien in den verschiedenen Ländern — den kriegführenden und den neutralen — beim Ausbrechen des Weltkrieges und hinterdrein ist schon Gegenstand einer ziemlich umfangreichen Literatur geworden. Eine gute Materialsammlung bis zum Ende des Jahres 1914 ist A. W. Humphreys International Socialism and the War[1]. Eine Dokumentensammlung aus der Zeit um den Kriegsausbruch herum findet man in den August- und Septembernummern des Jahrgangs 1914 der schwedischen sozialdemokratischen Zeitschrift Tiden. Unter deutschen Darstellungen sind besonders zu beachten Eduard Bernstein, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg[2], Eduard David, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg[3], Paul Lensch, Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg[4] und Heinrich Cunow, Partei-Zusammenbruch?[5] Auch die Zeitschriften der deutschen Sozialdemokratie Neue Zeit und Sozialistische Monatshefte sind wichtige Quellen zu hierher gehörenden Studien — gleichwie die österreichischen, englischen und französischen Parteiorgane. Unter Hinweisung auf diese Literatur will ich mich hier darauf beschränken, einige zusammenfassende Züge zu geben und sie durch einige, anderen Quellen entnommene Einzelheiten zu vervollständigen.

Allgemeiner Streik, sobald ein Krieg auszubrechen droht, um ihn dadurch unmöglich zu machen — dieser ebenso unsozialistische wie wirklichkeitsfremde, durch und durch das Gepräge anarchistischer und syndikalistischer Oberflächlichkeit und Verworrenheit im Denken tragender Gedanke hat während der letzten Jahrzehnte sehr in der Arbeiterwelt Frankreichs, Englands, Hollands, Italiens und Rußlands gespukt. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihn scharf zurückgewiesen. Und beim Ausbrechen des Krieges im August 1914 kam es in Frankreich und Rußland ebensowenig zu einer derartigen Kraftäußerung gegen den Krieg, wie in Deutschland.

Der Gedanke machte bei der großen Probe das gründlichste Fiasko — weil auch dem Arbeiter die Nationalität ein unvergleichlich viel stärkeres

[1] London 1915. [2] Tübingen 1915. [3] Berlin 1915. [4] Berlin 1915. [5] Berlin 1915.

Band ist als die Internationalität und weil die Staatssolidarität unvergleichlich viel stärker bindet als die Klassenentzweiung löst, sobald die Existenz des Staates und seine Lebensmöglichkeiten auf dem Spiele stehen.

Einer der Väter des Kriegsstreikgedankens, der Holländer Domela Nieuwenhuis, verkündete 1891 auf dem Brüsseler Kongresse der Internationale, daß der „Chauvinismus" erst dann ein Ende nehme, wenn der Streik gegen jeden Krieg, Verteidigungskrieg sowohl wie Angriffskrieg, beginne, und daß er jegliches Unterscheiden zwischen Verteidigungskrieg und Angriffskrieg „verwerfe". Hierauf antwortete der alte Wilhelm Liebknecht: „Der ganze Weltstreik ist nichts anderes als eine jämmerliche Phrase!" „Laßt euch nicht von der Phrase beherrschen! Es wäre der Fluch der Sozialdemokratie, unter die Herrschaft der Phrase zu geraten. Befreit euch von der Phrase."[1]

Dies hinderte die französische Sozialdemokratie von Hervé bis Jaurès nicht, noch 1907 in Stuttgart auf dem Kongresse der Internationale gewaltig für einen allgemeinen Streik bei drohendem Kriegsausbruche zu schwärmen — obgleich der russische Sozialdemokrat Plechanoff schon 1893 (in Zürich) darauf hingewiesen hatte, daß „der Militärstreik" in erster Linie gerade die Kulturvölker entwaffnen und „diese den russischen Kosaken ausliefern werde".[2]

Dieselben französischen Sozialdemokraten (außer dem in dem den wirklichen Kriegsinteressenten günstigsten Augenblicke ermordeten Jaurès) sind im Weltkriege und durch ihn fanatische theoretische und praktische Eiferer für die „Auslieferung" des deutschen Volkes an die russischen Kosaken geworden. Und damit dürfte wohl der Kriegsstreikgedanke auch in Frankreich einstweilen begraben sein! Aber die Beerdigungsweise, das Ritual, ermangelt ja nicht der charakteristischen französischen Liebenswürdigkeit. Die Prinzipientreue ist ja großartig! Und eine wirklich verständnisvolle internationale Brüderlichkeit leuchtet ja hell durch das Dunkel!

Das internationale Sozialistenbureau beschloß in seiner Sitzung, die am 29. Juli 1914 in Brüssel stattfand, „das Proletariat aller durch den drohenden Krieg berührten Länder einstimmig aufzufordern, ihre Demonstrationen gegen den Krieg, für den Frieden und für eine schiedsgerichtliche Entscheidung des österreichisch-serbischen Konfliktes nicht nur fortzusetzen, sondern noch zu vergrößern". „Die deutschen und französischen Arbeiter sollen einen energischeren Druck als je zuvor auf ihre Regierungen ausüben,

[1] Eduard David, op. cit., S. 43—44. [2] Op. cit., S. 45.

damit Deutschland mäßigend auf Österreich einwirke und Frankreich Rußland bestimme, sich nicht in den Konflikt einzumischen. Das Proletariat Großbritanniens und Italiens hat seinerseits diese Bemühungen aus allen Kräften zu unterstützen."[1]

Daß die deutsche Regierung ihr Äußerstes tat, um „mäßigend auf Österreich einzuwirken", ist eine erwiesene Tatsache. Wie aber stand es mit den Bemühungen Frankreichs „Rußland zu bestimmen, daß es sich nicht in den Konflikt mische"? Wie verhielt es sich mit Frankreichs gutem Willen, wenigstens sich selbst für die von Deutschland vorgeschlagene Neutralität zu entscheiden, falls jene eventuellen Bemühungen keinen Erfolg haben sollten?

Es war freilich jetzt nicht das französische Volk, sondern nur das deutsche, das „den russischen Kosaken ausgeliefert" werden sollte, — um noch einmal die Worte des russischen Sozialdemokraten Plechanoff anzuführen.

Erinnern wir uns des Laufes der Begebenheiten, auf welche es hier ankommt.

Die französische Regierung lehnte Deutschlands Neutralitätsgesuch am Vormittage des 1. August ab. Belgien lehnte den als Ultimatum formulierten Vorschlag Deutschlands, daß Belgien passiv neutral bleiben solle, am 2. August ab. Der Einmarsch der Deutschen in Belgien begann am 4. August. Englands Kriegserklärung an Deutschland wurde am 4. August überreicht.

Das am 30. Juli an Kaiser Wilhelm gesandte Telegramm des Zaren gab zu, daß „die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen" gegen Österreich schon am 25. Juli „beschlossen" worden seien. Rußlands allgemeine Mobilmachung, auch gegen Deutschland, begann spätestens am 31. Juli. Was in den diesem Termine vorangehenden Wochen und Tagen in dem dunklen Zarenreiche vorging, das dürften wohl die Forschungen späterer Zeiten entschleiern. Rußlands Truppen überschritten am 1. August die Grenze Ostpreußens, also an demselben Tage, als Deutschlands Kriegserklärung an Rußland überreicht wurde. Deutschlands Kriegserklärung an Frankreich fand am 3. August statt.

Wir können nun zu dem internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel zurückkehren.

Die Verlegung des Krieges nach Belgien hinein war für dies Bureau „einer der härtesten Schläge", wie Bernstein[2] sagt, und zersprengte es in

[1] Tiden, August-September 1914, S. 229. [2] Op. cit., S. 7.

nationale Gruppen, deren Mitglieder sich nun alle auf die Seite ihres eigenen Landes in dem Streite stellten.

Der Umstand, daß die Mitglieder des Bureaus über Belgiens Schicksal, der Kriegsschauplatz eines gemeinsamen, so lange schon vorbereiteten und besprochenen Revanche-Panslawistenkrieges Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland und Österreich zu werden, so maßlos überrascht waren, legt Zeugnis davon ab, daß sie sich mehr mit ihren Theorien und Dogmen als mit den Realitäten der neuzeitlichen Gesellschaftsentwicklung beschäftigt hatten und infolgedessen intellektuell unvorbereitet waren, mit diesen umzuspringen. Und nicht allein dies. Ihre Überraschung über den Lauf der wirklichen Kriegsereignisse und ihre Art und Weise, damals und später Stellung zu diesen zu nehmen, beweisen auch noch etwas anderes und Bedenklicheres — nämlich, daß es mit der Vertiefung und Echtheit der sozialistischen sowohl wie der pazifistischen Überzeugung in den führenden Kreisen der Internationale kümmerlich bestellt war und noch ist.

Man predigt innerhalb der Internationale seit Jahrzehnten, daß der Kapitalismus die einzige eigentliche Ursache aller modernen Kriege sei und daß alle modernen Kriege kapitalistische Raub- und Konkurrenzkriege seien. Man klagt seit Jahrzehnten die Kapitalisten Rußlands, Englands und Frankreichs sowohl wie auch die Deutschlands an, daß sie, um ihre wirtschaftlichen Privatinteressen zu fördern, die Rüstungslasten in die Höhe trieben, die Völker gegeneinander hetzten, die Staaten zu blutigen Eroberungsabenteuern verleiteten und sich nicht davor scheuten, den Weltfrieden in Gefahr zu bringen.

Als die englischen und französischen Kapitalisteninteressen in Rußland, in Marokko, in der Türkei, auf dem Balkan usw. den Gegensatz gegen die dortigen deutschen und österreichischen Kapitalistenineressen noch kürzlich mit unverhüllter Aggressivität wiederholt auf den Punkt, wo es biegen oder brechen muß, getrieben hatten und als, in der so vorbereiteten Situation, die Intrigen und Brutalitäten des slawischen Nationalismus schließlich die langerwartete und lange besprochene Explosion hervorrufen — da lassen die führenden Männer der Internationale in panischem Schrecken ihre Theorien über den Krieg des Kapitalismus fahren und werden im Handumdrehen zu gläubigen Nachbetern der speziellen Theorie der bürgerlichen Klassen Frankreichs, Englands und Rußlands, jener Theorie, daß der Weltkrieg der Krieg des „deutschen Militarismus", der Krieg der „deutschen Barbarei" und der Krieg des „deutschen Kaiserismus" gegen die „Menschheit", das „Recht" und die „Demokratie" sei.

Es erscheint diesen Friedensfreunden nun selbstverständlich, daß der Vertrag, der ein „neutrales" Belgien zu einem unverletzlichen Außenfort Englands und Frankreichs in allen ihren zukünftigen Kriegen gegen Deutschland gemacht hat, für das Land, dem die Interessen der Großmächte diesen Vertrag aufgezwungen, heiliger sei als der Friede selbst. Es wird nun gute, ententesozialistische Religion, daß Belgien sich als Kämpfer hinopfern muß, um den Kapitalistenstaaten England und Frankreich in ihren blutigen Auseinandersetzungen mit dem Kapitalistenstaate Deutschland zu helfen.

Seit wann sind denn die trüben, vergänglichen diplomatischen Vereinbarungen kapitalistischer Staaten für Umsturzsozialisten in so heiliger Weise bindend? — für revolutionäre Sozialisten nämlich, die ja den Tag herbeisehnen, da das Proletariat alle Verträge der kapitalistischen Gesellschaft aufheben und zerreißen wird! Belgische Proletarier müssen ein typisches französisch-englisches, durch typische Kapitalistenstaatsdiplomatie aus den heiligen Jahren 1831 und 1839 garantiertes Kapitalistenstaatsinteresse bis zum letzten Blutstropfen verteidigen!

Was man nun auch über den hier zutagetretenden Idealismus sagen möge — speziell proletarisch revolutionär, sozialistisch oder pazifistisch ist er nicht, und mit Marxens materialistischer Geschichtsauffassung oder seiner Klassenkampf- und Proletariatstheorie hat er nichts zu schaffen. Aber eine rein bürgerliche Rechtsideologie ist darin enthalten — welchen Wert sie nun haben möge.

Wo war nun jene bürgerliche Rechtsideologie, als die französischen und englischen, sowie verschiedene andere Elemente der Internationale für den großen internationalen Kriegsstreik eiferten? Was wäre ein aufrührerisches Sichweigern der Arbeiter aller mobilisierten Länder, den Gestellungsbefehlen nachzukommen, sowie die zur Mobilmachung notwendige Arbeit im Verkehrswesen, in den Waffen- und Munitionsfabriken auszuführen, und eine, ebenfalls in Aussicht gestellte, unmittelbare Zerstörung des wichtigsten Materials des Transportwesens denn schließlich anderes gewesen als ein auf revolutionäre proletarische Ideologie gestütztes, haarsträubendes Verbrechen gegen alle bürgerlichen Anschauungen über die Heiligkeit und die absolut verpflichtende Kraft der Treugelübde und der Gesellschaftsverträge? Ist das Gelübde der Treue gegen die Regierung des eigenen Volkes, gegen den eigenen geschichtlich entstandenen Staat für die eigene große Masse des Volkes weniger bindend — als die im Jahre

1839 zwischen den reaktionären Regierungen einiger „kapitalistischer Räuberstaaten" über Belgien geschlossene Neutralitätskonvention?

Und wie ist es bei den allgemeinen Streiken, die stattgefunden haben, tatsächlich zugegangen — z. B. bei dem des Jahres 1909 in Schweden? Hat die proletarische Ideologie unbedingtes Aufrechterhalten der geschlossenen Vereinbarungen gefordert? Hat man nicht die Solidarität der Proletarier höher gestellt als ihre vereinbarten Verpflichtungen gegen die Kapitalistengesellschaft? Vielleicht kann der neutrale Herr Branting darüber Auskunft geben.

Zugunsten einer derartigen revolutionären Ideologie läßt sich, unter marxistischem Gesichtspunkte, die weltgeschichtliche Tatsache anführen, daß im Staatsrechte sehr viele „ewig" bindende Verträge und Gesetze enthalten gewesen sind, gegen welche man sich mit der Zeit hat vergehen müssen, weil es unmöglich war, eine Einigung aller Beteiligten hinsichtlich der lebensnotwendigen Reformen zu erzielen, und daß es sich dann und wann auf dem Gebiete des sozialen Rechtes sowohl wie auch auf dem des wirtschaftlichen in ähnlicher Weise verhalten hat.

Es handelt sich also für den Umsturzsozialisten durchaus nicht darum, ob es überhaupt jemals recht sein kann, sich gegen Gesetz und Vertrag zu vergehen, sondern nur um die Frage, wann dies gutes revolutionäres Recht sein könne. Diese Frage hat Marx in betreff der Lohnarbeiterklasse in seinem „Kommunistischen Manifest" ausführlich behandelt.

Wenn revolutionäre Sozialisten und Pazifisten im Handumdrehen die proletarische, revolutionäre, sozialistische und pazifistische Ideologie fahren lassen, um sich mit Haut und Haar der bürgerlichen, ja speziell der ententebürgerlichen hinzugeben, so kann dies keinen anderen Grund haben als den sehr menschlichen, aber keineswegs proletarischen, revolutionären, sozialistischen oder pazifistischen, daß man aus nationalen Sympathien für die eine kämpfende Seite, in diesem Falle die Ententeseite, Partei ergriffen hat und daß man die Kampfideale und Streitparolen ihrer kapitalistischen Politiker zu seinen eigenen macht.

Unter diesem Gesichtspunkte ist es selbstverständlich, daß französische und englische Sozialisten sich mit einem französischen und englischen Kapitalistenkriege solidarisch machen mußten, nachdem dieser Krieg nun einmal trotz der Proteste der Sozialisten von den führenden Politikern entfesselt worden war.

Nicht ganz so leicht ist zu begreifen, warum Belgiens Sozialisten so erpicht

darauf sein konnten, von den Grundsätzen des Pazifismus abzugehen und ein ungeheueres Blutopfer zu bringen, um ihre Treue gegen die im Jahre 1839 geschlossene, in Belgiens Souveränität eingreifende Zwangskonvention zu besiegeln. Der Eingriff in die Souveränität wäre dadurch nicht größer geworden, daß man aus eigener Wahl zur passiven und pazifistischen Neutralität übergegangen wäre — also allen Kriegführenden gleiches Recht auf Durchmarsch zugestanden und ihnen allen dieselbe Entschädigungsverpflichtung auferlegt hätte, ungefähr so, wie Griechenland es später getan hat.

Die Erklärung muß darin liegen, daß die belgischen Sozialisten, als nichtbürgerliche Rechtsideologen betrachtet, sich durch ihre rein nationalen Gefühle und Anschauungen bestimmen ließen auf Kosten der proletarischen und pazifistischen, und daß ihrer Meinung nach den nationalen Interessen Belgiens besser damit gedient sein würde, wenn man gemeinsame Sache mit Frankreich und England gegen Deutschland machte, als wenn man die Neutralität tatsächlich und trotz des Vertrages aus dem Jahre 1839 nach allen Seiten hin aufrechterhielte.

Noch merkwürdiger als die flammende Begeisterung der Belgier und der Entente über die Art und Weise, wie Belgien sein Neutralitätsproblem löste, ist ja die gewisser neutraler Sozialdemokraten, z. B. des Herrn Branting. Der sozialistische Herr Branting findet es geradezu herrlich, daß die Proletarier Belgiens der ihnen 1839 von gewissen Kapitalistenregierungen aufgezwungenen Verpflichtung, zu töten und sich töten zu lassen, um das Heer einer dieser Kapitalistenregierungen am Durchmarsche durch ihr Land zu verhindern, sofort gehorcht haben. Sein ganzes Auftreten während des Krieges beweist jedoch, daß er einerseits, sobald es ihm paßt, ein guter bürgerlicher Ideologe sein kann und daß er andererseits Deutschland mit ganz denselben Augen ansieht, wie seine französischen und englischen Parteigenossen es nunmehr tun.

Schon unmittelbar vor und bei dem Ausbrechen des Krieges war die Haltung der Sozialdemokratie wesentlich anders, als nicht nur viele ihrer eigenen Mitglieder, sondern auch viele ihrer Gegner erwartet hatten. Man begnügte sich mit Protesten sehr allgemeinen, oberflächlichen Inhaltes — mit Protesten, deren phrasenreiche, unsachliche Abfassung zeigte, daß man im Grund unkundig, verständnislos, ratlos und ohnmächtig vor der gewaltigen Krisis der Gesellschaftsentwicklung, deren Stunde nun geschlagen

hatte, dastand. Es hat großes völkerpsychologisches Interesse, einen Blick auf einige der wichtigsten dieser Dokumente zu werfen.

Die Leitung der deutschen sozialdemokratischen Partei erließ am 25. Juli 1914 infolge des Ultimatums, das Österreich Serbien am 23. Juli gestellt hatte, folgendes Manifest[1]:

„Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der großserbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe und, falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber und den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.

Parteigenossen! Wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgendeine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnützen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"[2]

[1] Ich gebe dies und die folgenden Dokumente nach den August- und Septembernummern der „Tiden" (1914) wieder, jedoch nach Vergleich mit den Originalen, soweit sie mir zugänglich gewesen sind. [2] Wörtlich nach dem deutschen Originale wiedergegeben.

Das am 26. Juli erlassene österreichische sozialistische Parteimanifest möge hier unmittelbar folgen — der Vergleichung halber.

„In einer ernsten Stunde wenden wir uns an euch. Die Gefahr eines Krieges mit Serbien nähert sich in bedrohlicher Weise, und noch bevor dieser Tag zu Ende ist, kann der Krieg schon ausgebrochen sein. Die österreichisch-ungarische Regierung hat der Regierung in Belgrad ein Ultimatum überreicht, und die Annahme ist, um die blutige Entscheidung durch die Waffen zu vermeiden, bis Samstag nachmittag 6 Uhr befristet. Der Friede hängt nur noch an einem Faden, und wenn dieser Faden reißt, d. h. wenn Serbien die Bedingungen Österreichs nicht annimmt, so wird der Krieg ausbrechen, der Krieg mit seinen Schrecken, seinen Leiden, seinen Sorgen. Und vor allem ist es die Masse des Volkes, welche die entsetzlichen Lasten und die scheußlichen Folgen zu tragen hat."[1]

„— — — Wir sind überzeugt, daß für alles, was Österreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und immer noch wäre, und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klassen, erklären es als die Vertretung der deutschen Arbeiter in Österreich, daß wir für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen können, daß wir für ihn und für alles, was aus ihm an furchtbar ernsten Folgen entsprießen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, ersonnen, unterstützt und gefördert haben.

Zu dieser Feststellung und Erklärung sind wir um so mehr verpflichtet und gedrängt, als die Völker in Österreich seit vielen Monaten ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt sind und der Tribüne entbehren, von der aus sie ihren Willen künden könnten. Angesichts der Gefahr eines Krieges, der von allen Angehörigen des Staates die volle Hingabe von Gut und Blut in Anspruch nimmt, erscheint die planmäßige Vergewaltigung des Volkswillens, wie sie in der Ausschaltung des Parlaments liegt, um so erbitternder und aufreizender! — — —

Wir wissen, wie entsetzlich groß durch die so lange andauernde wirtschaftliche Krise die Not gestiegen ist; wir wissen, in welchen weiten Schichten das Elend sich niedergelassen hat; wir wissen, in welcher düsteren Lage sich die breiten Massen des Volkes befinden, und welche verzweifelte Stimmung

[1] Nach „Tiden".

sich ihrer bemächtigt hat. Darum erheben wir unsere Stimme laut zur Warnung, rufen an zur Besonnenheit, zur gewissenhaften Erwägung aller Notwendigkeiten, die aus den Lebensbedürfnissen der Völker entspringen!

Dem Volke ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm. Der politischen Freiheit in den Versammlungen und in der Presse sind Fesseln angelegt. In dem Bewußtsein der schicksalsschweren Stunde soll noch einmal unser Mahnruf laut werden: Der Friede ist das kostbarste Gut des Menschen, das höchste Bedürfnis der Völker!

Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, hüben wie drüben, angestiftet haben und entfesseln wollten. Wir wissen uns darum einig mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt, nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens, und feierlich bekennen wir uns zu der Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode!"[1]

Es kann genügen, hier die Forderung des deutschen Manifestes hervorzuheben, daß Deutschland sich jeder „kriegerischen Einmischung enthalte", wenn sich der Krieg zwischen Rußland und Österreich „nicht verhindern" lasse.

Wer, nachdem er jahrelang heftig gegen den „Zarismus protestiert" hat, in einem Dokumente dieser Art so etwas schreiben kann, der hat schwerlich das Recht, zu verlangen, daß seiner Theorie über die „Brutalität" der österreichischen Ultimatumsforderungen an Serbien besondere Beachtung zuteil werde. Es ist unmöglich, der Reflexion zu entgehen, daß so nur der schreibt, welcher im tiefsten Inneren ganz genau weiß, daß er sich in dieser Frage selbst nicht völlig ernst nehmen kann, sondern noch der „Phrase" huldigt.

Am 1. August 1914 erließ die deutsche sozialdemokratische Parteileitung ein neues Manifest, das folgenden Wortlaut hatte:

„Der Kriegszustand ist erklärt. Die nächste Stunde schon kann den Ausbruch des Weltkrieges bringen. Die schwerste Prüfung wird damit nicht bloß unserm Volke, nein, unserm ganzen Weltteil aufgezwungen.

Bis zur letzten Minute hat das internationale Proletariat seine Schuldigkeit getan, diesseits und jenseits unserer Grenzen, und alle Kraft angespannt, um den Frieden zu erhalten, den Krieg unmöglich zu machen. Waren unsere ernsten Proteste, unsere immer wieder wiederholten Bemühungen erfolglos,

[1] Wortgetreu nach dem Originale.

sind die Verhältnisse, unter denen wir leben, noch einmal stärker gewesen als unser und unserer Arbeitsbrüder Wille, so müssen wir jetzt dem, was kommen mag, mit Festigkeit ins Auge sehen.

Die fürchterliche Selbstzerfleischung der europäischen Völker ist die grausame Bestätigung dessen, was wir seit länger als einem Menschenalter den herrschenden Klassen mahnend, wenn auch vergeblich, zugerufen haben.

Parteigenossen! Nicht mit fatalistischem Gleichmut werden wir die kommenden Ereignisse durchleben. Wir werden unserer Sache treu bleiben, werden fest zusammenhalten, durchdrungen von der erhabenen Größe unserer Kulturmission.

Die Frauen insbesondere, auf welche die Schwere der Ereignisse doppelt und dreifach lastend fällt, haben in diesen ernsten Zeiten die Aufgabe, im Geiste des Sozialismus für die hohen Ideale der Menschlichkeit zu wirken, auf daß die Wiederholung dieses namenlosen Unglücks verhütet wird, dieser Krieg der letzte ist.

Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Schärfe die Arbeiterbewegung. Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem Einzelnen, sondern unserer Sache.

Parteigenossen! Wir fordern euch auf, auszuharren in der unerschütterlichen Zuversicht, daß die Zukunft trotz alledem dem völkerverbündenden Sozialismus, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit gehört."[1]

Das einzige Positive in diesem sonderbar schwachen Aktenstück scheint mir der Gedanke zu sein, darauf hin „wirken" zu wollen, daß „dieser Krieg" auch „der letzte" bleibe. Ahnte der Verfasser des Manifestes aber auch, daß die Demonstrations- und Phrasenpolitik jetzt endgültig Bankerott gemacht hat — hat er wohl die Notwendigkeit geahnt, daß die Sozialdemokratie sich von der Tyrannei der hohlen Agitationsphrase befreien muß, und ist ihm die Notwendigkeit, die weltpolitischen Realitäten auch in Friedenszeiten mit ehrlichem Willen wissenschaftlich zu studieren und parlamentarisch zu behandeln, wirklich klar geworden?

Auch in Frankreich wurden zwei sozialdemokratische Manifeste erlassen — anscheinend beide am 29. Juli 1914, also zwei Tage vor Jaurès Ermordung. Das eine rührt von der „vereinigten französischen Sozialistenpartei" her und lautet folgendermaßen:

[1] Wortgetreue Wiedergabe des Originales.

„Die fundamentale Anarchie der Gesellschaftsordnung, der Wettstreit der kapitalistischen Gruppen, die Kolonialkonkurrenz, die Intrigen und Gewaltmaßregeln des Imperialismus, die Raffsuchtpolitik auf der einen Seite, die Hochmuts- und Prestigepolitik auf der anderen haben seit zehn Jahren eine permanente Spannung in ganz Europa, eine beständige, wachsende Kriegsgefahr erzeugt.

Durch die aggressiven Züge der österreichisch-ungarischen Diplomatie hat sich die Gefahr plötzlich vergrößert. Was auch die Anklagen des österreichischen Staates gegen Serbien sein mögen, welche Übergriffe auch der panserbische Nationalismus begangen haben mag, Österreich hätte, wie unsere österreichischen Kameraden laut und deutlich erklärt haben, die notwendigen Garantien erhalten können, ohne sich einer so brutalen Note zu bedienen, die plötzlich mit dem erbittertsten, gefährlichsten Kriege droht.

Gegen die Gewaltpolitik, gegen die Methoden der Brutalität, die in einem Augenblicke eine Katastrophe sondergleichen über Europa hereinbrechen lassen können, erhebt sich protestierend das Proletariat. Es manifestiert seinen Abscheu vor dem Kriege und seinen Willen, ihm vorzubeugen. Die Sozialisten und Arbeiter Frankreichs appellieren an das ganze Volk, daß es aus allen Kräften zur Erhaltung des Friedens beitrage. Sie wissen, daß die französische Regierung sich ehrlich und energisch bemüht hat, die Gefahren des Konfliktes zu beseitigen und zu mildern. Was sie von ihr verlangen, ist der Versuch, Versöhnung herbeizuführen und eine Vermittlung zu bewerkstelligen, die durch einen Druck auf Serbien, daß es einen großen Teil der Forderungen Österreichs annehme, erleichtert wird. Was sie von ihr verlangen, ist eine Beeinflussung des uns verbündeten Rußlands, damit es nicht die Verteidigung slawischer Interessen aggressiven Operationen als Vorwand dienen lasse. Ihr Bestreben stimmt darin mit dem der deutschen Sozialisten überein, die von Deutschland verlangen, daß es einen mäßigenden Einfluß auf Österreich ausübe. Beide Parteien handeln auf ihrem Posten in gleicher Weise, streben nach demselben Ziele.

Dieser starke, mächtige Friedenswille soll auf den Massenversammlungen, zu welchen wir einladen, kundgegeben werden. Um mit größerer Kraft und Vereinigung den gemeinsamen Friedenswillen des europäischen Proletariates zu konstatieren und eine gemeinsame Aktion zu verabreden, versammelt sich die Internationale morgen in Brüssel. In ihr und mit ihr werden wir das abscheuliche Verbrechen, das die Welt bedroht, mit unserer

ganzen Energie bekämpfen. Schon die bloße Möglichkeit dieses Verbrechens verurteilt und schändet das ganze Regime.

Nieder mit dem Kriege! Es lebe die soziale Republik!

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!"

Hieran schließt sich die Erklärung der französischen sozialistischen Parlamentsgruppe:

„Die sozialistische Gruppe des Parlamentes hat heute (am 29. Juli) die internationale Lage erwogen. Sie schließt sich ganz und einstimmig dem im Namen der Partei entlassenen Manifeste an.

Nachrichten über Österreichs Eindringen in serbisches Gebiet, die eine neue Verschärfung der Krisis markieren, haben zur Prüfung der möglichen politischen Folgen dieses Ereignisses veranlaßt. Die Gruppe ist der Ansicht, daß eine bewaffnete Intervention Rußlands nur die Gefahr ausdehnen und das Übel verschlimmern könne, ohne dem unglücklichen Serbien, das tatsächlich von allen Seiten her in seiner Selbständigkeit bedroht ist, die geringste positive und dauerhafte Garantie zu bieten.

„Sie ist überzeugt, daß diese Intervention nur dem aggressivsten germanischen Imperialismus in die Hände arbeiten würde, jenem Imperialismus, der sich die Gelegenheit zu einem Gewaltunternehmen sondergleichen ausgesucht zu haben scheint, aber eines Tages sehen wird, daß der Mißbrauch, den er mit der brutalen Macht treibt, sich gegen ihn selbst wendet.

Sie ist der Ansicht, daß alle Anstrengungen Frankreichs und Europas sich nun auf den Erfolg der von England vorgeschlagenen Vermittlung konzentrieren müssen und daß jede bewaffnete russische Aktion diesem klugen Plane widerstreiten würde. Sie fügt hinzu, daß Frankreich, das seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen seit mehr als vierzig Jahren den höheren Interessen des Friedens untergeordnet hat, sich Serbiens wegen nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen darf.

Sie verkündet laut und deutlich, daß Frankreich allein über Frankreich verfügen kann, daß das Volk auf keinen Fall durch eine mehr oder weniger willkürliche Auslegung heimlicher Verträge und unklarer Verbindungen kann in einen Konflikt hineingezogen werden dürfen und daß es seine ganze Freiheit behalten muß, um in Europa einen friedlichen Einfluß ausüben zu können.

Sie beauftragt ihr Bureau, sich mit der Regierung in Verbindung zu setzen, ihr den festen Friedenswillen, der das Land beseelt, kundzugeben und über ihre Absichten hinsichtlich der Einberufung des Parlamentes Auskunft zu verlangen."

Auf den ersten Anschein hin wirkt das französische Manifest als etwas mehr durch wirkliche sozialistische Gesellschaftsauffassung (besonders zu Anfang) beeinflußt und etwas realpolitischer als das deutsche. Aber des Pudels Kern ist doch die an die französische Regierung gestellte Forderung einer „Beeinflussung des uns verbündeten Rußlands, damit es nicht die Verteidigung slawischer Interessen aggressiven Operationen als Vorwand dienen lasse."

Wie weit war dies ernst gemeint? Wieviel wirkliche Kenntnis der wirklichen auswärtigen Politik Rußlands im Jahre 1913—14 stand hinter dem Worte? Und was verstehen diese französischen Sozialisten einerseits unter den „slawischen Interessen" Rußlands und andererseits unter Rußlands „aggressiven Operationen"? Ich kann es nicht anders verstehen, als daß das Manifest Rußland in einer indirekten Wendung das Recht zuerkennt, Serbien zu „beschützen" und dabei Österreich mit Krieg zu bedrohen. Was ist dann mit Rußlands „aggressiven Operationen", denen entgegengewirkt werden soll, gemeint? Löst sich nicht der ganze Protest gegen Frankreichs Mitlaufen in dem Vernichtungskriege des Panslawismus gegen Österreich in eine lahme, unklare Phrase auf? Und doch war es die Aufgabe der französischen Sozialdemokratie, gerade diesen Protest klar zu formulieren und mit aller Macht zu verwirklichen.

Die „Erklärung" der Parlamentsgruppe ist in diesem Punkte außerordentlich bedeutungsvoll, indem sie deutlich ausspricht, daß „eine bewaffnete russische Intervention nur die Gefahr ausdehnen könne", ohne Serbien dauernd zu nützen, und daß Frankreich „sich nicht Serbiens wegen in einen Konflikt hineinwerfen lassen" dürfe, sondern „seine Freiheit behalten müsse, damit es ohne Rücksicht auf eine „mehr oder weniger willkürliche Auslegung geheimer Verträge" handeln könne.

Um so eigentümlicher ist es, daß die französische sozialistische Parlamentsgruppe nicht genug wirklichen Einfluß auf die auswärtige Politik ihres Landes hatte, um diese elementaren Forderungen des Sichzurückhaltens Frankreichs durchsetzen zu können, als es sich nun darum handelte, dem „Zarismus" in seinen angeblichen Bestrebungen, Serbien (dessen Sache, der „Erklärung" gemäß, ja keineswegs mit der Rußlands identisch war!) zu „beschützen", blutige Dienste zu leisten.

Doch die Einflußlosigkeit dieser Parlamentsgruppe ist ganz erklärlich. Der unauslöschliche Deutschenhaß machte ein Annehmen des Neutralitätsvorschlages Deutschlands undenkbar. Diese nationale Leidenschaft läßt auch die

„Erklärung" in ihren Worten über den „aggressiven germanischen Imperialismus" und darüber, daß Frankreich „seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen" „untergeordnet" habe, deutlich durchblicken.

Haben französischer, englischer und russischer Imperialismus sich nicht „aggressiv" gezeigt? Wie konnte es denn ein besonderes Verbrechen des deutschen Imperialismus sein, wenn er auch aggressiv war? Weshalb darf der Kapitalismus in Deutschland nicht dasselbe Gesicht zeigen, das er in England, Frankreich, Rußland und sogar in Italien zur Schau getragen hat?

Es ist sehr verlockend, hier auch eine andere Frage an die revolutionären und pazifistischen Sozialisten Frankreichs zu stellen.

Ist der 1871 in Frankfurt unterzeichnete Friede ein Friedensschluß oder nur ein Waffenstillstand gewesen? Nur im zweiten Falle konnte Frankreich möglicherweise noch dazu berechtigt sein, einen „Anspruch" auf Elsaß-Lothringen zu erheben. Ist aber der Frankfurter Friede ein wirklicher Friedensschluß, dann hat ja Frankreich sein Recht und seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen in bindender Form abgetreten, und diese Abtretung besteht jetzt zu Recht. Daher kann sich Frankreich, ein Neutralitätsanerbieten ablehnend, nicht zur Eroberung der abgetretenen Provinzen Elsaß und Lothringen in einen Krieg stürzen, ohne sowohl das Recht zu verletzen wie den Frieden zu brechen.

Wie steht es aber mit den Aussichten auf den Weltfrieden der Zukunft, wenn dieser Eroberungskrieg den Franzosen nun nicht den gewünschten Erfolg bringt? Wer wird dann der Friedensstörer sein?

Die durch die Parlamentsmitglieder Keir Hardie und Arthur Henderson vertretene englische Abteilung des internationalen sozialistischen Bureaus erließ unmittelbar nach der am 29. Juli 1914 in Brüssel stattfindenden Sitzung des Bureaus folgendes Manifest:

„Der seit lange drohende europäische Krieg ist nun über uns gekommen. Seit hundert Jahren hat der Zivilisation keine solche Gefahr gedroht. Es gilt nun, in voller Erkenntnis der verzweifelten Lage mit Kraft im Interesse des Friedens zu handeln. Euch hat man nie über Krieg um Rat gefragt.

Wie es sich auch mit dem Recht und Unrecht des plötzlichen, zerschmetternden Angriffes Österreichs auf Serbien verhalten möge, gewiß ist, daß die Arbeiter in allen den Ländern, die wahrscheinlich in den Krieg hineingezogen werden können, jeden Nerven anspannen müssen, um ihre Regierungen daran zu verhindern, daß sie sich zum Kriege verpflichten.

Überall haben die Sozialisten und die organisierte Arbeit diesen Weg eingeschlagen. Überall sind heftige Proteste gegen die Gier und die Intrigen der Militaristen und der Rüstungshöker erhoben worden.

Wir ermahnen euch, dasselbe hier in Großbritannien in noch größerem Maßstabe zu tun. Demonstriert in jedem Industriezentrum gewaltig gegen den Krieg. Zwingt diejenigen der herrschenden Klasse und ihre Presse, die euch eifrig zum gemeinsamen Vorgehen mit russischem Despotismus bewegen wollen, zu schweigen und den Beschluß der überwältigenden Volksmehrheit, die mit einer solchen Schändlichkeit nichts zu schaffen haben will, zu achten. Rußlands jetziger Erfolg wäre ein Fluch für die Welt.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Schon jetzt werden in Form geheimer Abmachungen, welche der Demokratie der zivilisierten Welt nur aus Gerüchten bekannt sind, Schritte getan, Schritte, die uns alle in Krieg stürzen können.

Arbeiter, erhebt euch gemeinsam für den Frieden! Vereint euch und besiegt den Feind Militarismus und die eigennützigen Imperialisten jetzt und auf immer.

Männer und Frauen Britanniens, jetzt ist uns eine beispiellose Gelegenheit geboten, der Menschheit und der ganzen Welt einen außerordentlichen Dienst zu leisten!

Verkündet, daß für euch die Zeit des Plünderns und des Schlachtens vorbei sei; sendet Botschaft des Friedens und der Brüderlichkeit an eure Genossen, die weniger Freiheit besitzen. Nieder mit der Klassenherrschaft! Nieder mit der Herrschaft der brutalen Kraft! Vorwärts für die friedliche Herrschaft des Volkes!"

„Gemeinsam mit russischem Despotismus vorgehen" ist eine „Schändlichkeit". „Rußlands jetziger Erfolg wäre ein Fluch für die Welt."

Jedoch — die wirklich sozialistischen englischen Arbeiter sind eine sehr kleine und sehr einflußlose Schar. Und Sir Edward Grey mit den „freien Händen"[1] leitete ja die auswärtige Politik.

[1] Siehe Weltkrieg und Imperialismus (Eugen Diederichs, Jena), Kapitel 17.

13. Die Sozialdemokratie und Deutschlands „Schuld"

Es ist eine unbestreitbare, für die Zukunft der Arbeiterbewegung ebensosehr wie für die der Staaten in höchstem Grade bedeutungsvolle Tatsache, daß zwischen den außenpolitischen Denklinien der Sozialdemokratie vor dem Ausbrechen des Weltkrieges und ihrer Denkrichtung nach dem Kriegsausbruche ein tiefgehender Unterschied besteht. Daher ist es wichtig, festzustellen, worin dieser Unterschied liegt.

Eine freilich weder einfache noch leichte Aufgabe, denn die Masse der Dokumente ist fast unübersehbar und ihr Inhalt oft unklar; wozu noch kommt, daß der Kampf zwischen einander widerstreitenden Auffassungen das Problem noch verwickelter macht.

Die internationale gemeinsame Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder, die „Internationale", war, wie wir gesehen haben, vor dem Weltkriege auf rein wehrnihilistische und radikal antimilitaristische Denkbahnen geraten. Auf dem Pariser Kongresse im Jahre 1900 wurde ja ein Beschluß gefaßt, der den Arbeiterparteien der verschiedenen Länder zwar nicht befiehlt, aber doch anempfiehlt, ihre Vertreter in allen Parlamenten zum unbedingten Stimmen gegen jede Ausgabe des Militarismus, des Marinismus oder der Kolonialexpeditionen zu verpflichten oder, wie es im französischen Texte noch deutlicher heißt, zu verlangen, „daß die sozialistischen Abgeordneten s'engagent à voter contre toute dépense militaire et toute dépense pour la flotte et les expéditions militaires coloniales."[1]

Hatte man sich gedacht, daß diese Verpflichtung auch bei drohendem oder ausbrechendem Kriege gelten solle? Auf diese Frage antwortet die Kriegsstreikpropaganda mit einem bedingungslosen Ja! Und die Beschlüsse der Kongresse zu Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) antworten mit einem in allerlei Unklarheiten eingehüllten Ja! Man droht, läßt aber darüber im Unklaren, womit man droht! Hinter einer solchen Drohung kann sich ebensowohl eine klare Absicht mit festem Willen zum Handeln, wie auch eine sehr unklare Absicht mit einem sehr schwankenden

[1] Eduard Bernstein, op. cit., S. 6.

Willen — ein starker Wille zum Demonstrieren, aber kein reifer Wille zum Handeln — verstecken.

Der Weltkrieg hat bewiesen, daß das letztere der Fall war. Noch beim Kriegsausbruche fuhr das „Proletariat" fort, „seinen Abscheu vor dem Kriege und seinen Willen, ihm vorzubeugen, zu manifestieren", wie es in dem am 29. Juli 1914 erlassenen Manifeste der „vereinigten französischen Sozialistenpartei" heißt. Was aber tat man nachher, als die Kriegserklärungen, Mobilmachungsbefehle und Truppentransporte der Kapitalistenregierungen als vollendete Tatsachen vorlagen und nichts weiter zu tun blieb als entweder allgemein zu streiken oder für, bzw. gegen den verlangten Kriegskredit zu stimmen? Die parlamentarischen Vertreter schwenkten sofort — wenn auch nicht ohne Seelenqualen und Opponenten — vollständig um. Sie beschlossen, daß die Kapitalistenregierungen jetzt als Nationalregierungen, Nationalverteidigungsregierungen anzusehen seien oder sich dadurch, daß Sozialisten in sie einträten, dazu umgestalten ließen.

Die typischste Schwenkung dieser Art fand in Frankreich statt. Für die französische Sozialdemokratie gab es jetzt keine Teufelsmaske des Kapitalismus, die das Antlitz des Nationalstaates entstellte und verdeckte, mehr. Dies Antlitz wurde nun auf einmal rein und heilig. Aber um so gräßlicher grinste der scheußliche Dämon des Kapitalismus sie jetzt in der widerlichen Gestalt des Feindes, Deutschlands, an.

Deutschland — der einzige wirklich am Ausbrechen des Weltkrieges Schuldige! Deutschland — die unheimliche Heimat des brutalen Militarismus, der Hunnenbrutalität! Deutschland — das welteroberungstolle! Deutschland — der gemeine Unterdrücker fremder Nationalitäten und der Masse des eigenen Volkes! Deutschland — das lügenhafte, das ränkeschmiedende, das schuldige, der einzige wirklich an dem großen Verbrechen der Entfesselung des Weltkrieges Schuldige! „J'accuse!"

Je länger der Krieg gewährt hat, desto mehr hat sich diese neue Form des Deutschenhasses verbreitet. Diese haßbetonte Manie, alle wirklichen und eingebildeten Abscheulichkeiten der Kapitalistengesellschaft in Deutschland, und am liebsten allein in Deutschland, vereinigt sehen zu wollen, mit bemäntelnden, mildernden Urteilen über nicht nur England, Frankreich, Belgien und Italien, sondern sogar über Rußland, obwohl dort das Elend und die Brutalität bekanntlich nicht bloß kapitalistisch sind.

Diese fixe Idee, daß Deutschland der Schuldige und die anderen mehr

oder weniger unschuldige Lämmer seien, ist ein Gemeingut der Sozialdemokraten und ihrer politischen Gegner in den kriegführenden Ländern geworden. Sie hat sich auf Sozialdemokraten und andere in den neutralen Ländern erstreckt.

Sie hat vom ersten Tage des Weltkrieges an auch in Deutschland selbst eine gewisse Verbreitung gefunden — hauptsächlich in sozialdemokratischen und den ihnen nahestehenden Kreisen.

Die bis in die deutsche Sozialdemokratie hinein verbreitete allgemeine sozialdemokratische Parteinahme gegen Deutschland (und, in Verbindung damit, mehr oder weniger indirekt für Rußland!) ist die unmittelbarste Fortsetzung des heftigen Parteinehmens gegen Österreich und für Serbien sowie für dessen „Beschützer" Rußland während der kritischen Tage vor dem Kriegsausbruche.

„In der leidenschaftlichen Stellungnahme gegen den Krieg und in der Kennzeichnung Österreichs als Hauptanstifter waren die Sozialdemokraten aller Länder bis dahin einig," schreibt Eduard Bernstein als Zusammenfassung seines Überblicks über die Lage bis zum 31. Juli[1].

Die erste Parteizeitung der deutschen sozialdemokratischen Partei, der Berliner Vorwärts — gewöhnlich als das offizielle Sprachrohr der Partei bezeichnet — war von Anfang an sehr freigebig mit den heftigsten Ausfällen gegen Österreich und schrieb am 30. Juli 1914 in bekräftigendem Tone folgendes:

„Schon ertönt es in Frankreich, wo man so heiß wie irgendwo die Erhaltung des Weltfriedens ersehnt, daß nunmehr kein Mensch mehr Rußland, sondern einzig Österreich und seinen Verbündeten Deutschland als den Anstifter zum Weltbrand, den wirklichen Störenfried betrachten müsse."[2]

Am 1. August, als bekannt geworden war, daß Rußland seine ganze Armee gegen die Mittelmächte mobil machte, sprach sich der Vorwärts auf folgende Weise aus[3]: „Die russische Mobilmachung erscheint uns als kein Grund, die ernstesten, geduldigsten Verhandlungen nicht vom Standpunkt ehrlichster Friedenspolitik aus fortzusetzen. Niemand kann wissen, ob nicht Rußland nur deshalb seine Kriegsbereitschaft in forciertem Tempo fortzusetzen für notwendig hielt, weil der Lokalanzeiger durch sein eigentümliches Versehen die deutsche Mobilisation publizierte. Aber auch Rußlands

[1] Op. cit., S. 15. [2] Op. cit., S. 17. [3] Op. cit., S. 18.

Mobilisierung braucht Deutschland noch nicht nervös zu machen, weil ja Rußland wegen seiner Heeresorganisation und der Weitläufigkeit seines Landes unendlich viel längere Zeit zur Mobilisierung gebraucht wie Deutschland."

Es ist kaum notwendig, daran zu erinnern, daß die Auffassung des Vorwärts, es bringe Deutschland keine Gefahr, Rußland einen Vorsprung in der Mobilmachung zu lassen, teils durch die staunenswerte Schnelligkeit der tatsächlichen russischen Mobilmachung, teils durch die entsetzliche Verwüstung Ostpreußens auf fürchterliche Weise widerlegt worden ist. Hinter diesem Irrtum des Vorwärts liegt jedoch offensichtlich etwas anderes, etwas viel Bedenklicheres als nur Mangel an militärischer Sachkenntnis — nämlich fanatische Voreingenommenheit und Feindseligkeit gegen die leitenden Staatsmänner des eigenen Landes, als mehr oder weniger bereitwillige Opfer „des beispiellosen Treibens der unverantwortlichen Kriegshetzer" betrachtet[1].

Mißtrauen und Haß führen das Wort, wenn es sich um die Machthaber des eigenen Landes, Deutschlands, handelt, aber die naivste Leichtgläubigkeit und der blindeste Eifer, alles aufs beste zu deuten, sobald es Deutschlands Feinden — Frankreich und England — gilt. Daß auch in diesen Ländern mit den „beispiellosen Intrigen unverantwortlicher Kriegshetzer" zu rechnen war, ist eine Tatsache, die der Vorwärts und seine Gesinnungsgenossen in der deutschen und nichtdeutschen Sozialdemokratie rein instinktiv übersahen oder durch ein starkes Verkleinerungsglas sahen.

Ebenso rein instinktiv übersah und eliminierte man auf dieser Stelle den ganzen gewaltigen weltgeschichtlichen Hintergrund der serbisch-russisch-österreichisch-deutschen Krisis nebst ihren tieferen gegenwartsgeschichtlichen Ursachen und Realitäten. Mit der erbärmlichsten Dilettanterei hielt man an den „Kriegshetzer"- und „Intrigen"theorien fest, die in demagogischer Weise einseitig gegen Österreich und Deutschland ausgenutzt wurden. Keine Ahnung davon, daß zwischen den Nationen, zwischen den Staaten unumgängliche weltgeschichtliche Entwicklungskonflikte bestanden — sondern lauter wohlfeile Agitationsphrasen! „Nieder mit den Kriegshetzern!"

Sogar ein wissenschaftlicher Geist wie Eduard Bernstein — der nicht vergessen hat, daß die „großen Vorkämpfer Marx und Engels wie auch ihre

[1] Op. cit., S. 18 (Vorwärts, 31. Juli).

ersten Führer Bebel und Liebknecht" der Sozialdemokratie „die Feindschaft gegen das zarische Rußland sozusagen als Erbstück hinterlassen" haben[1] — zeigt sich in Erstaunen erregender Weise unklar und unschlüssig, als es gilt, die weltgeschichtlichen Gründe und Realitäten des Weltkrieges zu beleuchten und dazu Stellung zu nehmen. Mit dem besten Willen auf der Welt kann ich nicht finden, daß Eduard Bernsteins Verstand und Herz während des Weltkrieges der deutschen Sache auch nur annäherungsweise volle Gerechtigkeit haben wiederfahren lassen — wohl aber bedeutend mehr Gerechtigkeit der Sache Frankreichs und Englands, obgleich er einsieht, daß „Deutschlands Niederlage Rußlands Sieg heißen würde" und folglich „ebensowenig das Ende des imperialistischen Militarismus bringen kann, wie umgekehrt die Niederlage Rußlands solches verspricht"[2].

Dasselbe muß man, meiner Ansicht nach, von der Schriftleitung des Vorwärts und deutschen Sozialdemokraten in vorgeschobener Stellung wie Kautsky, dem Manne der Wissenschaft, und dem Politiker Haase sagen — von Dr. Karl Liebknecht gar nicht zu reden, dessen blinder Fanatismus mehr als irgend etwas anderes die Voreingenommenheit und Haltlosigkeit der Meinungsrichtung, in welcher er die Rolle des enfant terrible und des Sohnes seines Vaters (von 1870—71) zu spielen liebt, enthüllt hat.

Daß solche soziologische Oberflächlichkeit und antideutsche Voreingenommenheit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie besonders der französischen Sozialdemokratie und den weniger deutschfreundlichen Elementen in den Sozialdemokratien der neutralen Länder außerordentlich willkommen gewesen ist, kann man sich ja sagen.

Alles, was der Vorwärts geschrieben und Doktor Liebknecht gesprochen, hat in der Regel in diesen Kreisen mit einstimmigem „Jubel" begrüßt werden können — und hat sie natürlich möglichst gründlich in ihren antideutschen Stimmungen und Vorstellungen bestärkt. Denn ist nicht der Vorwärts die offiziellste aller Zeitungen der deutschen Sozialdemokratie? Trägt nicht Doktor Liebknecht einen berühmten revolutionären Namen, und ist er nicht der wahre Führer der deutschen Sozialdemokraten? In den Glauben an diesen letzten Blödsinn verfällt sogar ein so kenntnisreicher, ruhig urteilender Mann wie A. W. Humphrey[3]: „doktor Karl Liebknecht the present leader of the German Socialists"!

[1] Op. cit., S. 15. [2] Op. cit., S. 56. [3] International Socialism and the War, S. 13.

Die deutsche Sozialdemokratie hat Jahrzehnte hindurch in den Sozialdemokraten des Auslandes den Glauben großgezüchtet, daß die inneren Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland außerordentlich und einzig dastehend, herabwürdigend und brutal seien. Dies Erziehen des Auslandes zu dem Glauben an die Sklaverei des deutschen Volkes unter einer „Militärkaste", einer „Bureaukratenkaste" und einer „Junkerkaste" ist mit deutscher Gründlichkeit, deutschem Doktrinarismus, deutschem Mißtrauen, deutscher Unterschätzung des Eigenen und deutscher Überschätzung des Fremden betrieben worden.

Unter deutschem Gesichtspunkte hat es sich um einen demokratischen Kampf nach westeuropäischem Muster — der allerdings mehr phrasenpolitisch als realpolitisch, mehr agitatorisch als in allem ernstgemeint gewesen ist — gegen den Bureaukratismus und Militarismus, den ganzen eigenartigen Staatsgeist und die ganze eigenartige staatliche Ordnung Deutschlands gehandelt.

Nur ein Beispiel! Über das Vertrauen des Auslandes auf Deutschlands Friedensliebe schreibt Bernstein[1]: „In dieser Hinsicht stand es nun in bezug auf das offizielle Deutschland bei den europäischen Demokratien leider nicht günstig. Hier war man von jeher gewohnt, Deutschland als das klassische Land des Militarismus und der Steigerung der Rüstungen zu betrachten und zu fürchten — letzteres mit der die Furcht begleitenden Empfindung."

Wer hat kräftiger dazu beigetragen, den „europäischen Demokratien" diese „Gewohnheit" beizubringen, als gerade die deutsche Sozialdemokratie? Und ist dies überhaupt auf eine Weise geschehen, die den deutschen Staatsmächten gegen die anderer Länder auch nur annäherungsweise, unter nationalem deutschen Gesichtspunkte, wirklich gerecht geworden ist?

Wenn man, gleich mir, beobachtet hat, wie Herr Hjalmar Branting und seine Zeitung (Social-Demokraten) vom ersten Tage des Weltkrieges an den Vorwärts und gewisse führende Sozialdemokraten in durchaus loyaler Weise als Zeugen zugunsten der Theorie, daß Deutschland schuldig sei, haben benutzen können — dann fragt man sich, ob die radikalen Elemente innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und in Deutschland überhaupt nicht endlich zu der Erkenntnis erwachen werden, daß ihre sinnlos übertriebenen, einseitigen Anklagen gegen die Einrichtungen des eigenen Landes dem Auslande eine falsche, Deutschlands Weltstellung

[1] Op. cit., S. 23. Von mir gesperrt wiedergegeben.

in gefährlicher Weise herabsetzende Vorstellung von deutschem sozialen Leben, deutscher Kultur und deutscher Gemütsart geben müssen.

Der Franzose und der Engländer sind geneigt, ihr Eigenes zu schätzen und zu loben, und halten oft sogar eigene eingestandene Fehler für viel nobler, als die meisten Vorzüge des Ausländers. Daher mißverstehen sie die selbstkritische deutsche Art, sehen in allen den agitatorischen Übertreibungen buchstäbliche Wahrheiten und meinen, daß die brutale Willkür der Obrigkeit in Deutschland natürlich noch siebenmal schlimmer sein müsse, wie sie geschildert wird, da ja sogar die Deutschen selber solche „Enthüllungen" machen können, wie man im Vorwärts findet.

Das Dogma der „Schuld" Deutschlands war lange vor dem Ausbrechen des Weltkrieges von „radikalen" Deutschen gut vorbereitet. Daher war es auch kein Wunder, daß es sofort beim Kriegsanfange nicht nur unter Deutschlands Feinden, sondern auch in den neutralen Ländern, namentlich in ihren sozialistisch und bürgerlich radikalen Kreisen, so außerordentlich populär wurde.

Die Bekehrung der französischen Sozialdemokraten vom Internationalismus zu antideutschem Nationalismus erhielt an dem Vorurteile hervorragender deutscher Sozialdemokraten gegen ihr eigenes Land eine Stütze. Die Grundanschauung der internationalen Sozialdemokratie, daß der Kapitalismus der einzige „Schuldige" sei und daß er in allen Ländern mit reifer kapitalistischer Produktionsweise gleich schuldig sei, ertrank in einer Sturzwelle bürgerlich nationaler und nationalistischer Stimmungen und bürgerlicher Rechtsideen und Rechtsideale — Stimmungen und Ideen, worin die Legende der „Schuld" Deutschlands und der „Barbarei" Deutschlands eine Hauptrolle spielte, wie sie es sogar in gewissen Kreisen Deutschlands selbst tat.

Hierzu kommt nun ein anderes Moment, dem man in dem folgenden besondere Aufmerksamkeit schenken muß.

Wenn französische und englische Demokraten über Demokratie reden, so meinen sie natürlich demokratische Einrichtungen der französischen und englischen Typen. Und wie verschieden diese auch sind, so müssen sie doch als wesentlich gleichartig und als der demokratische Typus überhaupt gelten. Diese Anschauung teilen Demokraten aller Länder der Welt — auch deutsche.

Stößt man auf eine national deutsche Abart des Demokratismus, die

stark von dem westeuropäischen abweicht, dann wird sie also nicht als Demokratismus erkannt, weil man den englisch-französischen Maßstab anlegt.

Die von den deutschen Sozialdemokraten an den Einrichtungen ihres eigenen Landes und seinem Staatsgeiste geübte Kritik scheint mir oft an gerade diesem Fehler zu leiden — an dem Anlegen eines ausländischen Maßstabes unter der Vorstellung, daß er universal sei, und an dem Vernachlässigen der Nachforschung nach dem eigenen nationalen Maßstabe des Demokratismus.

Die Schiefheit der von den deutschen Sozialdemokraten an deutschen Verhältnissen geübten Kritik dürfte hierin eine ihrer Erklärungen finden. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland sich vor einer mit den nationalen Verschiedenheiten des Demokratismus rechnenden Kritik als ein weit weniger undemokratisches Land erweisen wird, als man annehmen muß, wenn man, ohne es selbst zu merken, die Antwort auf die ungereimte Frage sucht: ist Deutschland ebenso demokratisch nach französisch-englischem Muster wie Frankreich und England?

Der Glaube an Deutschlands einzig dastehende „Schuld" am Weltkriege wäre sicherlich nicht so felsenfest, wie er jetzt auf verschiedenen sozialdemokratischen Seiten ist, wenn man gelernt hätte, das Solidaritätsverhältnis zwischen dem deutschen Volke und dem deutschen Staate so zu sehen, wie es wirklich ist, anstatt danach zu fragen, ob es ebenso sei wie in Frankreich und England.

Sollte nicht ein Sozialist von deutschem Staatsgeiste etwas mehr lernen können, als von englischem oder französischem?

14. Deutsche und französische Sozialdemokratie während des Weltkrieges

Den zum Kriege notwendigen Staatskredit haben die Sozialdemokraten sowohl im deutschen Reichstage wie im französischen Parlamente bewilligt. Aber Unterschiede sind vorhanden, und sie sind in hohem Grade charakteristisch.

Bei der Abstimmung des deutschen Reichstages am 4. August 1914 über den ersten, 5 Milliarden Mark betragenden Kriegskredit gab die sozialdemokratische Parteigruppe nach Verabredung nur Jastimmen ab. Aber bei der vorbereitenden Besprechung der Frage in der Gruppe waren ein Sechstel bis ein Siebentel der Mitglieder entgegengesetzter Meinung gewesen und hatten erklärt, daß die Bewilligung der Mittel zu einem solchen Krieg „die Sozialdemokratie mit sich selbst in Widerspruch setzen" heiße und „auf die Arbeiter anderer Länder den schlechtesten Eindruck machen, in der Internationale der Arbeiter die größte Verwirrung stiften" werde[1].

Im „Social-Demokraten" (Stockholm) vom 17. Oktober 1914 wurde über die Auffassung dieser Minderheit in folgender Weise ausführlich berichtet:

„Zuerst muß vielleicht, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, als selbstverständlich betont werden: daß das Recht und die Verpflichtung zu nationaler Selbstverteidigung und Selbstbehauptung auch von seiten der Minderheit keinen Augenblick in Frage gestellt worden ist. — Hierüber hat also vollständige Einigkeit geherrscht. Dagegen hat die Minderheit es als Pflicht der deutschen Reichstagsfraktion angesehen, in schärfster Form jede Verantwortung für diesen Krieg abzulehnen, der durch eine von uns stets bekämpfte Politik hervorgerufen ist, eine Politik, an der Deutschlands herrschende Klassen mitschuldig sind und die, allgemein gesehen, die Folge der kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung ist, welche wir grundsätzlich bekämpfen. — Nur die schärfste Form des Protestierens konnte hier nützen. Aber durch Bewilligung des Kriegskredites hat die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion, trotz aller Vorbehalte, die in ihrer Erklärung stehen, auch ihren Anteil an der Verantwortlichkeit übernommen. — Dieser Fehler war um so größer, je weniger die deutsche offi-

[1] Bernstein, op. cit., S. 20.

zielle Darstellung dessen, was den Krieg unmittelbar veranlaßt hat, die ganze Wirklichkeit enthält und je mehr es sich um einen Präventivkrieg von deutscher Seite hat handeln können, ja um einen Krieg, der sogar nach Ansicht gewisser Kreise ein Eroberungskrieg, ein kapitalistischer Expansionskrieg, werden soll. Es ist überflüssig, hier auseinanderzusetzen, daß jede Annexion eine fortdauernde Friedensgefahr für die Zukunft und keineswegs eine Friedensgarantie sein würde.

Aber auch unter rein nationalen Gesichtspunkten bedeutet der Beschluß der Reichstagsfraktion einen verhängnisvollen Mißgriff. Er hat Deutschlands militärische Stellung nur scheinbar gestärkt. Dieser Schritt riß alle Dämme nieder, die im Auslande noch dem Kriege der äußeren und inneren Solidarität der Massen mit dem Kriege widerstanden. — Hätte die deutsche Reichstagsfraktion sich anders verhalten, so wäre der Krieg niemals so populär geworden, wie er jetzt ist. In Frankreich, in Rußland und in England hätte eine andere Stimmung geherrscht. Sembat und Guesde wären nicht in die französische Regierung eingetreten, Englands Fachgenossenschaften ständen nicht billigend hinter den englischen Anwerbungen Freiwilliger. Mit einem Worte: es ergibt sich daraus, daß dies Auftreten der deutschen Sozialdemokratie in seinen Rückwirkungen die Feinde Deutschlands in höchst erheblichem Grade gestärkt haben muß. — Man hegt jetzt nur noch die einzige Hoffnung, daß es gelingen möge, während des Krieges die internationalen Kräfte heraufzubeschwören, die dem Kriege entgegenwirken und die Lust, ihn fortzusetzen, schwächen können. Nach dieser Richtung hin müssen alle Bestrebungen gehen, zum Frommen jedes einzelnen Volkes und der ganzen Menschheit."

Von seiten der Mehrheit der Parteigruppe (nominell der ganzen Gruppe) gab der Sprecher der Gruppe, Hugo Haase, folgende Erklärung ab:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde, und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern (Beifall der Sozialdemokraten) für Aufrechterhaltung des Frie-

dens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Parteien. (Lebhafter Beifall von allen Seiten.) Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. (Stürmischer Beifall aller Parteien.) Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. (Lebhafter Beifall.) Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! (Stürmische Beifallskundgebungen aller Parteien.) Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite." (Lebhafter Beifall.)

Die hier, zum Teil von mir, gesperrt wiedergegebenen Ausdrücke und Sätze scheinen mir besondere Beachtung zu verdienen — und zwar sowohl unter allgemeinen politischen Gesichtspunkten wie im Lichte der späteren Begebenheiten des Weltkrieges.

Die Minderheit der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsgruppe, die den Kriegskredit nicht bewilligen wollte, war von der Anschauung beseelt, daß der ausbrechende Krieg ein Kapitalisten- und Imperialistenkrieg sei, den das deutsche sozialdemokratische Proletariat mit einem „Protest in schärfster Form" abfertigen könne, und daß die Machthaber Deutschlands, ihrer brutalen Gesellschaftsauffassung gemäß und zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und politischen Sonder- oder Klasseninteressen, den Krieg herbeiintrigiert und provoziert hätten, nachdem sie ihn durch ihre Kolonial- und Ausdehnungspolitik und ihre Kriegsrüstungen seit lange gründlich vorbereitet.

Daher hätte das Bewilligen der Kredite die deutsche Sozialdemokratie „in Widerspruch mit sich selber" gebracht. Echt deutsch und sehr rührend ist überdies, in einem solchen Augenblick die Besorgnis wegen des „Eindruckes auf die Arbeiter anderer Länder" und der befürchteten „Verwirrung in der Internationale". Irgendein starkes, waches vaterländisches Empfinden spricht wahrlich nicht aus der Auffassung dieser sozialdemokratischen Minderheit; um so deutlicher aber ein verknöcherter, wirklichkeitsfremder Doktrinarismus und ein an Fanatismus grenzendes Vorurteil gegen die Machthaber im eigenen Lande — als die am meisten, wenn nicht geradezu allein am Ausbrechen des Krieges Schuldigen.

Geradezu entsetzlich naiv oder leichtgläubig und wirklichkeitsfremd wirkt die Anschauung, die in dem ausführlichen Berichte über die Ansicht der Minderheit z. B. in den Worten Ausdruck erhält: „Hätte die deutsche Reichstagsfraktion sich anders verhalten, so wäre der Krieg niemals so populär geworden, wie er jetzt ist," und „es ergibt sich daraus, daß dies Auftreten der deutschen Sozialdemokratie die Feinde Deutschlands in höchst erheblichem Grade gestärkt haben muß".

Weniger wirklichkeitsfremd, aber dennoch lange nicht sachlich genug, scheint mir Haases Kundgebung im Auftrage der Majorität zu sein.

Hierin wird ganz harmlos eingestanden, daß die Sozialdemokratie gegen die „imperialistische Politik" und eine „verhängnisvolle Entwicklung" der Berührung des deutschen Staates mit anderen Staaten „gekämpft" und

„manifestiert" habe — ohne daß an die naheliegende Frage gedacht wird, ob eine Sozialdemokratie auf wissenschaftlicher marxistischer Grundlage einen unabänderlichen Hauptzug der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft „bekämpfen" könne, „ohne sich in Widerspruch mit sich selber zu bringen". Es müßte ja die Aufgabe des Marxisten sein, eine derartige Entwicklung zu *verstehen* und das Proletariat mit möglichst heiler Haut und in intellektueller Hinsicht möglichst gut vorbereitet durch sie hindurchzulotsen, um nachher selbst die politische und wirtschaftliche Führung zu übernehmen.

Dies wäre ja etwas anderes, als unter sorgfältig bewahrter Unkenntnis *gegen* Kolonialpolitik und Imperialismus zu „manifestieren". Weshalb denn nicht ebenso gern die ganze sozialdemokratische Politik auf das „Manifestieren" gegen *den Kapitalismus überhaupt* beschränken?

Indessen sah die Mehrheit der Parteigruppe doch ein, daß „der Sieg des russischen Despotismus" die „Freiheit und Zukunft" des deutschen Volkes aufs Ernstlichste bedrohen würde. Hiermit aber war es auch mit der realpolitischen Klarheit zu Ende.

„Jedes Volk hat das Recht auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung." Doch „jeder Eroberungskrieg wird verurteilt". Also *auch dann*, wenn er die *einzig mögliche Art und Weise*, auf welche sich die Selbständigkeit einer Nation erringen oder sichern läßt, die *einzig mögliche* Art und Weise ihrer *wirksamen* „Selbstverteidigung" und die einzige Art und Weise, den dauerhaftesten Friedenszustand für die Zukunft zu erreichen, sein sollte!

Die Oberflächlichkeit, mit welcher auch die deutsche Parteimajorität argumentiert, tritt gerade hier besonders hervor. Man wagt nicht der naheliegenden Wahrheit ins Gesicht zu sehen, daß gewisse Umänderungen auf der politischen Karte Europas — Umänderungen, die von der Parteiminderheit, von der Schriftleitung des *Vorwärts*, von Dr. Liebknecht und von Herrn Branting als deutsche „Eroberungen" abgestempelt werden — sich unerläßlich notwendig erweisen können, um gewissen Völkern, z. B. den Polen und den Finnen, „nationale Selbständigkeit" wiederzugeben, anderen aber, z. B. dem deutschen selbst, die „nationale Selbständigkeit" zu sichern und um eine Koalition wie die russisch-französisch-englische von künftigen Friedensverletzungen abzuschrecken.

Welches Prinzip soll nun den Vortritt haben? Das Prinzip „keine Eroberungen" — hinter welchem wohl das Prinzip liegen müßte, daß die Karte Europas vor dem Weltkriege das Ideal des Rechtes in vollendeter

Weise verwirklicht habe? Oder das Nationalitätsprinzip? Oder das Prinzip des künftigen Garantierens des Friedens?

Die kriegerischen „Friedens"töne der Entente um die Weihnachtszeit 1915 und zur Jahreswende 1916 beweisen ja nunmehr, daß Deutschlands „Gegner" nicht „zum Frieden" geneigt waren, nachdem Deutschland sein Kriegsziel, die „eigene Sicherung", erreicht hatte. Und wie soll Deutschland einen Frieden, „der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht", schließen können, wenn es diesen beliebt, als unerläßliche Friedensbedingungen Forderungen aufzustellen, welche mit der „Selbständigkeit" des deutschen Volkes, seiner „Freiheit", seiner „Zukunft" und der Möglichkeit künftiger „Selbstverteidigung" absolut unvereinbar sind?

Also — auch bei der Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Parteigruppe schimmert die vorgefaßte Meinung hervor, daß von Deutschlands Feinden nie ein „Eroberungskrieg" zu befürchten sei, geschweige denn das Aufstellen derartiger Friedensforderungen, welche mit Deutschlands „Sicherung" unvereinbar seien oder die „Freundschaft" mit den „Nachbarvölkern" nicht ermöglichten. Wiederum gewahren wir die für Deutschland jetzt erwiesenermaßen lebensgefährliche Geneigtheit, die politischen Naturen und Bestrebungen der „Nachbarvölker" in rosigem Lichte zu sehen, den politischen Charakter des eigenen Landes aber und sein Streben mit schwarzem Mißtrauen zu betrachten. Und das tut man, wenn man von solchen „Nachbarvölkern", wie England, Frankreich und Rußland sind, umgeben ist, — und obgleich man von den Vätern der Partei, Marx und Engels, wenigstens über die politische Natur und die politischen Bestrebungen Rußlands warnende Aufklärungen erhalten hat!

Eine Phrase wie diese — „nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel" — charakterisiert einen von einer großen politischen Partei auf die Dauer unhaltbaren Standpunkt des doktrinären Negativismus, prinzipieller Unkenntnis und einer teilweise selbstverschuldeten Einflußlosigkeit im Verhältnis zur auswärtigen Politik des Landes. Ich meine damit einen Standpunkt in der Vergangenheit, deren Folgen man am 4. August 1914 leider zu tragen hatte.

Mehr oder weniger ist dies der Standpunkt all und jeder Sozialdemokratie gewesen. Man glaubte, daß er zum wahren Internationalismus und Proletarismus gehöre.

In der französischen Sozialdemokratie ließen sich jedoch schon beim Kriegsausbruche wesentlich andere Töne vernehmen. Doch erst noch ein paar Worte zur vorbereitenden Orientierung.

Diejenigen, welche Jean Jaurès und seine einzig dastehende Tätigkeit als Politiker in Frankreich am besten gekannt haben, betonen auch am stärksten, daß sein am 31. Juli 1914 in Paris durch Mörderhand erfolgter Tod den alles Deutsche hassenden Revanchepolitikern Frankreichs ebensosehr in höchstem Grade gelegen gekommen sei wie der russischen Kriegspartei mit ihren Ansprüchen auf Frankreichs Beteiligung an dem Kriege gegen Deutschland, der über Berlin und Wien zu einer gründlichen „panslawistischen" Umorganisierung Österreichs und des Balkans und zum Einzuge des Zaren in das von allen rechtgläubigen Russen so lange vergeblich ersehnte Konstantinopel führen sollte.

Jaurès hatte nämlich mit der ganzen Macht seiner gewaltigen Persönkeit an der Sicherung des Weltfriedens auf die einzige Weise gearbeitet, die einem französischen Politiker, dem es wirklich ernst mit seiner Sache war, offen stand — also dadurch, daß er ein ehrliches Eingehen von französischer Seite auf Deutschlands Versuche zur endgültigen Aussöhnung der beiden Nationen energisch anstrebte. Mit anderen Worten: er wollte die Revanche und das Russenbündnis auf immer aufgehoben wissen. Während der kritischen Tage unmittelbar vor seinem Tode scheint Jaurès von der französischen Regierung gefordert zu haben, daß sie auf die bei Rußland einzig und allein wirksame Art und Weise für den Frieden eintreten solle — d. h. durch die Drohung, den Bündnisvertrag aufzukündigen und neutral zu bleiben[1].

Ich muß indessen gestehen, daß die Berichte, die ich über die Äußerungen Jaurès während der Krisis vor dem Ausbrechen des Krieges gelesen habe, auf mich einen gemischten Eindruck machen. Sie atmen ein so unbedingtes Vertrauen zu der felsenfesten Friedensliebe und erhabenen politischen Weisheit der französischen sowohl wie der englischen Regierung, daß es mir schwer wird, in ihnen eine völlig getreue Wiedergabe der wirklichen Äußerungen eines Politikers seiner Charakteranlage und Erfahrung zu sehen. War er jedoch wirklich so naiv und oberflächlich, wie jene Zeitungsberichte aus Belgien und Paris[2] ihn darstellen, so hatte er den wirklichen Charakter des Krieges, den die allgemeine Mobilmachung Rußlands an demselben

[1] Bernstein, op. cit., S. 24—25. [2] Einige dieser Berichte sind in Bernstein op. cit. und in Humphrey op. cit. wiedergegeben.

Tage, als er ermordet wurde, unvermeidlich machte, ganz gewiß nicht durchschaut.

Jaurès gestand indessen in seinem letzten Artikel in der Zeitung l'Humanité ein, daß Deutschland bis zum 31. Juli eine für Deutschlands Aussichten in dem Zweifrontenkriege außerordentlich wertvolle Zeit habe verloren gehen lassen und daß diese Zeit sowohl von Rußland wie von Frankreich benutzt worden sei[1].

Nachdem Frankreich das Neutralitätsgesuch Deutschlands am 1. August abgelehnt und am 3. Deutschlands Kriegserklärung erhalten hatte und nachdem es den englisch-französisch-belgischen Heeren Ende August gänzlich mißlungen war, die Deutschen am Eindringen in Nordfrankreich zu verhindern, sodaß sich der französisch-russisch-englische Krieg gegen Deutschland also, allen Berechnungen zuwider, in einen Krieg auf Frankreichs eigenem Boden verwandelt hatte, wurde das französische Parteiministerium in ein „Nationalverteidigungsministerium" umgestaltet. Die Sozialdemokraten Jules Guesde und Marcel Sembat traten nun ins Ministerium ein.

Beide waren alte Gegner eines französischen Revanchekrieges. Sembat hatte in seinem Buche Faites la paix, sinon faites un roi nachgewiesen, daß Frankreich sich noch nicht zu einem wirklichen Frieden mit Deutschland verstanden habe und sich gerade deshalb auf der schiefen Ebene der immer drückender werdenden Militärlasten befinde — die unmittelbar vor dem Weltkriege denn auch ganz richtig mit der kulturell und wirtschaftlich unhaltbaren Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ihren Gipfel erreichten. Man habe, meinte Sembat, nur die Wahl zwischen wirklicher Versöhnung mit Deutschland oder einem Militarismus, der die logische Forderung einer Monarchie anstatt der Republik stelle — sowie auch die des fortfahrenden engsten Zusammenarbeitens mit dem zaristischen Militarismus des heiligen Rußlands!

Im französischen Ministerium befanden sich schon zwei Sozialisten, aber ehemalige, die bis vor kurzem noch von den rechtgläubigen bitterlich gehaßt worden sind — nämlich Millerand und Briand, letzterer berühmt wegen seiner drakonischen Maßnahmen gegen den Streik der französischen Eisenbahner im Jahre 1910.

Auf Grund des gemeinsamen politischen Arbeitens der großen Revolutionäre Guesde und Sembat in dem „kapitalistischen" Ministerium Viviani

[1] Humphrey, op. cit., S. 78—79.

mit den jetzt sehr gemäßigten ehemaligen Sozialisten Millerand und Briand sowie mit einer Reihe unbestreitbarer „Kapitalisten" und „Bourgeois" wurde am 28. August 1914 ein ausführliches sozialistisches Parteimanifest erlassen, woraus folgendes angeführt sei[1]:

„Das Oberhaupt der Regierung war der Ansicht, daß für die Organisation eines Kampfes, der mit größter Hartnäckigkeit geführt werden muß, die Zusammenarbeit aller notwendig sei, und vor allem auch die Mitwirkung jener, die zur Entwicklung des Proletariats die Unterdrückung des Despotismus für notwendig halten. — — — Da ist die Anwesenheit unserer Freunde im Schoße unserer Regierung für alle eine Gewähr, daß die republikanische Demokratie bereit ist, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.

Die ersten Prüfungen und der Enthusiasmus der Mobilisierungstage geben uns die Gewißheit, daß wir nicht nur für die Größe Frankreichs, sondern für die Freiheit, für die Republik — für die Zivilisation kämpfen. Wir kämpfen, damit die Welt, befreit von der erstickenden Umarmung des Imperialismus und allen Kriegsgreueln, endlich den Frieden in der Achtung vor den Rechten aller genieße. Diese Überzeugung werden die sozialistischen Minister der ganzen Regierung einflößen. — — — Und durch ihre Ausdauer, durch ihren Schwung der Begeisterung werden sie zugleich das Heil des Vaterlandes, den Fortschritt der Menschheit sichern."

So klingt es, wenn revolutionäre französische Sozialdemokraten offiziell sich und ihre Partei zur Beteiligung an einem unbestreitbar kapitalistischen Kriege verpflichten, zur Beteiligung an einem unzweideutig imperialistischen Kriege, einem Revanchekriege (zur Wiederherstellung des „Rechtes in Elsaß-Lothringen") auf seiten Rußlands! Sie halten „zur Entwicklung des Proletariats" die „Unterdrückung des Despotismus" für notwendig. Natürlich nicht die Unterdrückung des zarischen Despotismus in Rußland oder auch nur die des Despotismus des Kapitales in Frankreich — sondern nur die des Despotismus des „Kaisers" in dem tief unglücklichen, herabgewürdigten Deutschland!

Die Anwesenheit der revolutionären (annehmbarerweise einstmals auch kriegsstreikagitierenden) Sozialdemokraten im bürgerlichen Ministerium bietet „eine Gewähr", daß die (kapitalistische) Republik „bereit ist", „bis zum letzten Blutstropfen" ihrer Proletarier zu kämpfen — und zwar auf seiten

[1] Bernstein, op. cit., S. 27. Im Original gesperrt gedruckt.

des Zaren und mit glühender Hoffnung auch auf seinen möglichst gründlichen Sieg.

Und dieser Kampf, nach einer Deutschland verweigerten Neutralität, mit dem Zarismus gemeinsam ist ein Kampf „nicht nur für das Bestehen des Vaterlandes, nicht nur für Frankreichs Größe" (also auch für Frankreichs Größe!), sondern für die (kapitalistische) „Freiheit", für die (kapitalistische) „Republik", für die (kapitalistische) „Zivilisation"!

„Die Welt" soll durch die notorisch imperialistischsten Imperien — Rußland, England und Frankreich — von der erstickenden Umarmung des Imperialismus befreit werden. „Diese Überzeugung werden die sozialistischen Minister dem ganzen Ministerium einflößen!"

Dies, wenigstens unter sozialdemokratischem Gesichtspunkte, außerordentlich sonderbare französische sozialdemokratische Parteimanifest wurde von Herrn Branting in seiner Zeitung „Social-Demokraten" (Jahrgang 1914, Nr. 207) äußerst kurz und unklar wiedergegeben, dagegen aber auf sehr interessante und dem damaligen Herrn Branting, meiner Ansicht nach, zur Ehre gereichende Weise besprochen. Ich gebe daher seinen Kommentar mit besonderem Vergnügen in extenso wieder.

„Schwedischen Lesern des französischen Standpunktes", schreibt Herr Branting, „fällt dabei auf, daß man dort Deutschland viel zu wenig kennt, obgleich guter Wille zum Verstehen vorhanden ist, und daß die Kraft der Hilfe, auf welche man rechnet, uns wie eine unglückliche Illusion erscheinen muß. Doch — wir haben uns nicht als anspruchsvolle Schiedsrichter aufzublähen. — Das Verzweifelte aber ist, gegen die Hoffnung, die unsere deutschen Parteigenossen auf schnelle Verständigung im Westen unter anständigen Bedingungen gehegt haben, um dann alle Kraft gegen das Zarentum vereinigen zu können, jetzt feststellen zu müssen, daß diese Taktik gegenwärtig entschieden keine energischeren Gegner hat als gerade die französische Sozialdemokratie. — Brecht die Offensivkraft des gefährlichen Bundesgenossen des Zarenreiches, aber keine Eroberungspolitik, kein Volkskrieg zwischen Deutschland und Frankreich, schließt anstatt dessen einen Sonderfrieden — so hat das taktische Programm der deutschen Sozialdemokratie gelautet, und hierin hat es vielleicht bis zu einem gewissen Grade auch die deutsche Regierung auf seiner Seite gehabt, obwohl die letzten Äußerungen der Berliner Presse nach einer anderen Richtung gehen.

Eben trifft nun die Nachricht ein, daß die drei Mächte der Entente sich

fester denn je verbunden haben, nämlich durch das Versprechen, daß keine von ihnen für sich und vorzeitig Frieden schließen werde. Und für diese Taktik des Durchhaltens, für diesen Kampf bis aufs Äußerste tritt in Frankreich hauptsächlich die Sozialdemokratie ein, die darin nur alle revolutionären Überlieferungen ihres Landes fortsetzt. — So folgen denn die Arbeitermillionen auf beiden Seiten der Kampffront ihren respektiven Linien, die nie zusammentreffen, in der tiefsten Überzeugung, ihre Pflicht nicht nur gegen ihr Vaterland, sondern auch gegen die künftige Freiheit der Welt und den Frieden der Zukunft zu erfüllen. Und keiner versteht den Blick des anderen auf die Dinge, aber beide spannen ihre Kräfte bis aufs Äußerste an, um einander ganz zu vernichten!

Niemals hat die Welt ein verhängnisvolleres Einschlagen einer verkehrten Richtung durch Kräfte gesehen, die vereinigt und miteinander im Einverständnisse eine neue Zeit erschaffen hätten, nun aber anstatt dessen anscheinend auf Frankreichs künftigen Schlachtfeldern verbluten werden."

So schrieb der Führer der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Ende August oder Anfang September 1914 — ehe er sich die haßerfüllten, demagogisch verzerrten Darstellungen der Entente über deutsche Kriegsführung, deutsche Kriegsziele und den deutschen politischen Charakter überhaupt hatte aneignen können.

Ich will mir bloß erlauben, hinter Herrn Brantings Behauptung, daß die französischen Sozialdemokraten jetzt „nur alle revolutionären Überlieferungen ihres Landes" fortsetzten, ein Fragezeichen zu machen.

Diese Äußerung läßt den *späteren* Herrn Branting durchblicken. „*Revolutionäre* Überlieferungen' — dadurch ‚fortgesetzt', daß Sozialdemokraten ihr Vaterland verteidigen, *trotzdem* es eine chauvinistische, imperialistische, der sozialrevolutionären Arbeiterbewegung todfeindliche Kapitalistenrepublik ist, die vermittels finanzieller und diplomatischer Machenschaften ihren derb aggressiven Imperialismus auf den kultur- und freiheitsfeindlichen zaristischen Imperialismus in Osteuropa stützt! Nein — einen solchen Entschluß kann man verstehen, aber nur als ein *Aufopfern* ‚revolutionärer Überlieferungen', ein *trotz allem* aus alter guter Vaterlandsliebe gebrachtes *Opfer* — das aber ist zum wenigsten das gerade Gegenteil eines ‚Fortsetzens' der ‚revolutionären Überlieferungen' der *Sozialdemokratie*, die ja auch in Frankreich Ahnen hat.

Diese Worte hat der bürgerlich altradikale Herr Branting gesprochen — der im Laufe des Weltkrieges auch immer mehr zu Worte kommen sollte. Der französische Republikanismus wird verherrlicht — obwohl dies allen „revolutionären Überlieferungen" der Sozialdemokratie geradezu widerstreitet.

So waren, mit ihren charakteristischen Verschiedenheiten, die Kundgebungen der französischen und der deutschen Sozialdemokratie im ersten Abschnitte des Weltkrieges.

In Deutschland verhehlte man sich die grundsätzliche Schwierigkeit, einen nationalen Standpunkt in einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt mit dem sozialdemokratisch-internationalistischen in Einklang zu bringen, nicht. Eine deutsche Parteiminderheit — die sich später vergrößert hat — versuchte sogar, die internationalistische, rein sozialdemokratische Forderung kräftig hervorzuheben.

In Frankreich war es anders. Der sozialdemokratische Internationalismus wurde sofort mit Haut und Haar von der Flut des französischen Nationalgefühls verschlungen — von einer Flut, die mit den Wassern der heißen Quellen des französischen „Nationalismus" stark vermischt war. Frankreichs Sache ist die Sache der Internationale — sowie auch die Sache der „Menschheit", die Sache der „Zivilisation", die Sache der „Freiheit", die Sache des „Rechtes", die Sache der „Kultur", die Sache der „Humanität" usw.

So hat es in der Folge mit ständig zunehmender nationalistischer Betonung bei der französischen Sozialdemokratie geheißen. Wenn ich hier auf weitere Beispiele verzichte, so geschieht es nur aus Raummangel und weil ich schon im 6. Kapitel zureichend sprechende Beweise vorgelegt habe.

In Deutschland hat sich die Spaltung zwischen einer „gemäßigten" Mehrheit und einer wachsenden „radikalen" Minderheit immer mehr vertieft. Führer der realpolitischen Seite sind Männer wie Eduard David, Wolfgang Heine, Albert Südekum, Max Schippel, Paul Lensch, Heinrich Cunow, Carl Leuthner, Edmund Fischer und Paul Kampffmeyer gewesen. Auf der „radikalen" Seite haben Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Hugo Haase, Franz Mehring, Ledebour und der Schriftleiter des Vorwärts die Hauptrolle gespielt.

Zur noch besseren Charakterisierung der realpolitischen sozialdemokratischen Auffassung genügt es, folgende Zeilen aus einem Artikel des Dr. Albert Südekum anzuführen, der im August 1914 im „Social-Demokraten" veröffentlicht wurde und teilweise auch die Eindrücke wiedergab, die Südekum bei einem seiner Besuche in Stockholm von den führenden schwedischen Sozialdemokraten erhalten hatte.

„Den ersten und tiefsten Eindruck, den ich bei der Unterhaltung mit schwedischen Parteigenossen erhielt", schreibt Dr. Südekum, „war der, daß sie, ehe wir miteinander gesprochen, die Bedeutung dieses Krieges für Deutschland nicht voll erkannt hatten. Ihnen erschien dieser Krieg wie ein anderer, vielleicht wie der Deutsch-Französische 1870/71 oder der Russisch-Japanische. Doch nichts, was früher in der Geschichte vorgegangen, läßt sich mit diesem Kriege in Parallele bringen, alle Vergleiche sind vielmehr irreführend und gefährlich. Denn hier handelt es sich nicht um Kämpfe mit einem Anflug von Sport, hier haben wir's nicht mit einem Ritterturniere zu tun, um lange betriebene Rüstungen auszuproben. Nein, hier handelt es sich um einen Versuch der drei verbündeten Mächte, Rußland, Frankreich und England, Deutschland zu vernichten und aus dem Kreise der Großmächte hinauszudrängen. Es gilt einer Entscheidung über die Zukunft Deutschlands, vielleicht über Deutschlands Existenz überhaupt. Sein oder nicht sein, das ist hier die Frage.

Hat man dies erst klar erfaßt, dann ergibt sich alles andere von selbst. Man versteht dann die Haltung des deutschen Volkes, gleichwie das Verhalten der Sozialdemokratie. Solange aber, wie man sich über die Hauptsache nicht klar ist und nicht begriffen hat, um was es sich jetzt handelt, solange man noch von der verkehrten Ansicht ausgeht, daß dieser gewaltige Krieg keine ernste Gefahr für Deutschland sei, solange muß auch das Urteil über die Einzelheiten schwankend und voller Widersprüche sein.

Darum kann ich nicht stark genug unterstreichen, daß wir in Deutschland in allen Parteien und allen Schichten der Bevölkerung tief von der Überzeugung durchdrungen sind, daß wir jetzt siegen oder untergehen müssen. Nur hierdurch erklärt sich der furchtbar entschlossene Ernst, der die ganze Nation durchglüht, und die Tatsache, daß jetzt jeder als etwas ganz Selbstverständliches seine Pflicht und mehr als seine Pflicht tut — — —".

In seiner Besprechung dieses Aktenstückes erklärt Herr Branting, gar nicht imstande zu sein, die Lage anders zu verstehen, als daß Deutschland beim Ausbrechen des Krieges „der Stärkste, nicht aber der am meisten Bedrohte"

gewesen sei. Von irgendwelchem Rechte der Notwehr konnte also, nach Herrn Branting, bei Deutschland durchaus keine Rede sein. Später hat er ja seiner streng ententehaften Überzeugung, daß der Krieg Deutschlands Angriffs- und Welteroberungskrieg gegen Nachbarn sei, die mit größter Ehrlichkeit und Nachgiebigkeit bis zuletzt nach Erhaltung des Friedens gestrebt hätten, unzählige Male Ausdruck verliehen.

IV

Französische Kriegsstimmungen und Kampfmethoden

15. Französische „couleur morale" in Kriegszeiten

Das Mitglied der Französischen Akademie, Déroulèdes Nachfolger als Vorsitzender der „Patriotenliga", Schriftsteller und Deputierter, Herr Maurice Barrès hat seine in den ersten Monaten des Weltkrieges im Echo de Paris veröffentlichten Zeitungsartikel in Buchform herausgegeben. Um „die couleur morale" jener tragischen Tage zu bewahren, wie er in der Vorrede sagt. Das Buch heißt L'âme française et la guerre. L'union Sacrée[1].

Herr Barrès ist als ein „großer Patriot" nach französischem Zuschnitt bekannt und anerkannt. Und viele Seiten dieses Buches sind sicherlich dazu geeignet, diesen seinen Ruf als französischer Patriot noch zu verstärken. Daß er, der Mann aus dem Wasgenwalde, französischer Patriot ist — das kann ihn dem Außenstehenden natürlich so sympathisch machen, wie er wohl erwartet, daß es geschehen soll. Aber er erwartet ohne Zweifel auch Sympathie wegen seines Deutschenhasses — nicht allein in Frankreich und, gerade jetzt, innerhalb der ganzen Entente, sondern auch, nach alter guter französischer Gewohnheit und Überzeugung, dans l'univers überhaupt.

„Ah! l'Allemagne, en face de la France si pure, se souille de tous les crimes, et l'univers en est témoin[2]."

Also auf der einen Seite Frankreich, „si pure", und auf der anderen Deutschland, das „sich mit allen Verbrechen besudelt". Und als Zeuge: „l'univers".

Es gibt gegenwärtig auch, ganz richtig, eine Art Menschen in dieser vortrefflichen Welt, die aus politischem und moralischem Instinkte auch in diesem Punkte mit Herrn Barrès sympathisieren, sie seien nun Franzosen, politisch zur Entente Gehörende oder nur Entente-Neutrale. Aber unsere Welt ist, leider, nicht vollendet gut. Sie beherbergt auch noch eine andere Sorte. Nämlich Menschen, die, ebenfalls aus politischem und moralischem Instinkte, etwas ganz anderes als Sympathie mit solcher couleur morale toute française empfinden.

Das am 26. Oktober 1914 geschriebene Kapitel des Buches (XXX, Die Blechschmiede der Hohenzollern) beginnt mit folgenden Worten[3]: „Die Französische Akademie ist rein. Wir haben keine deutschen Mitglieder oder

[1] Paris 1915. [2] Op. cit., S. 60. [3] Op. cit., S. 351.

Korrespondenten mehr. So ist es bei uns nun heller als in den anderen Abteilungen des Institutes. Doch es unterliegt keinem Zweifel, daß sie alle eine Ehre darin sehen werden, den kameradschaftlichen Verkehr mit dem Volke abzubrechen, das erklärt, unsere Nation vernichten zu wollen[1]." Und ein paar Seiten weiter heißt es: „die deutschen Ordensdekorationen sind für einen Franzosen niemals eine Ehre gewesen[2]."

Es ist nicht meine Absicht, noch mehr Enthüllungen der âme française während des Krieges aus dem Buche des Herrn Barrès auszugraben. Es erscheint mir sowohl lehrreicher wie angenehmer, in diesem Kapitel noch Raum für auch andere französische Kulturträger behalten zu können. Aber wenigstens eine Reflexion soll nicht unterdrückt werden.

Die Frage, ob Herr Barrès glaubt, daß die deutsche „Nation erklärt" habe, die französische „Nation vernichten zu wollen", läßt sich leider mit Hinweisen auf eine bekannte Tatsache beantworten — auf die nämlich, daß die Kenntnis der Franzosen, auch in Friedenszeit, von ihrem großen östlichen Nachbarvolke in der Regel lebhaft an unser aller Kenntnis von den Bewohnern des Planeten Mars erinnert.

Aber, wird ein Kriegspsychologe einwenden, Herr Barrès kann, als Patriot, unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht auf den Gedanken verfallen, etwas anderes zu sagen als Dinge, wodurch die Kampflust des französischen Volkes möglichst heftig angestachelt wird. Worauf zu erwidern ist, daß der bloße Gedanke, das französische Heer oder das französische Volk bedürfe in einer solchen Lage derartiger Reizmittel, unmöglich anders aufzufassen ist, denn als Beleidigung.

Ich komme nicht über die Tatsache hinweg, daß eine stolze Nation, ein Volk mit männlicher Psyche, beim Ringen mit einem starken gefährlichen Gegner gar nicht anders kann als jeden Nerv und jede Muskel anspannen — ohne glauben zu brauchen, daß der Feind „erklärt" habe, den Besiegten vernichten zu wollen. Männlich gesunde Seelen muß es geradezu widerlich berühren, sich selber auf ganz feminine Weise als „si pure" beschreiben zu hören, den Gegner mit dem Beiworte „mit allen Verbrechen besudelt" bezeichnet zu sehen und zu wissen, daß „das Weltall" zum Zeugen dieser kompromittierenden Gegenüberstellung angerufen wird.

Übertreibungen in Wort und Tat gehören zum Kriege — denn größer ist unsere Seelenkraft noch nicht. Doch ich weigere mich zu glauben, daß l'âme

[1] Hier und in den folgenden Zitaten dieses Kapitels lasse ich die Worte und Ausdrücke, die mir besonders beachtenswert scheinen, gesperrt wiedergeben. [2] Opt. cit., S. 353.

française wirklich so schwach ist, wie Barrès sie hinstellt. Hierbei hat sich sicherlich die Boulevardhysterie mit ihrer couleur morale wieder einmal vorgedrängt.

Das Mitglied der Französischen Akademie, Herr Emile Boutroux, hat am 28. September 1914 einen Brief an die Revue des Deux-Mondes geschrieben, und der Schriftleiter dieser Zeitschrift, das Mitglied der Französischen Akademie Herr F. Charmes, versichert in der dazu verfaßten Einleitung, daß „niemand mit größerer Autorität über Deutschland sprechen" könne, denn niemand kenne „das Deutschland von gestern und das heutige so gut" oder sei besser imstande, einen Vergleich zwischen ihnen anzustellen, „der für das gegenwärtige verpreußte Deutschland zum Urteil und zum Verwerfungsurteil" werde[1].

Das „Urteil" der „Autorität" lautet auf wahnsinnige, metaphysisch-religiös bemäntelte Herrschsucht und unheilbare Barbarei. „Das, was Deutschland anstrebt, ist die Ausübung der Herrschermacht, der einzigen Rolle, die dem auserwählten Volke Gottes ziemt[2]." „Das Volk Gottes vereinigt also ein Maximum an Wissenschaftlichkeit mit einem Maximum an Barbarei — — — Barbarei, gesteigert durch Wissenschaft[3]." „In wissenschaftlicher und systematischer Weise hat Deutschland die Zerstörungswut der Hunnen gegen unsere hellenische, christliche und humane Zivilisation ausgespielt" — nämlich während des jetzt stattfindenden Krieges. „Alle Schleier sind zerrissen; die deutsche Kultur ist in Wirklichkeit nichts anderes als gelehrte Barbarei[4]."

In der Zeitung Petit Parisien vom 1. Dezember 1914 erklärte der autoritative Herr Boutroux unter anderem folgendes. „Die Untertanen Wilhelms des Zweiten begnügen sich nicht länger mit der Hegemonie. Es ist ihnen klar geworden, daß sie anderen Völkern in jeder Hinsicht unendlich überlegen sind, daß sie die stärksten sind und daher das Recht haben, zu wollen, was ihnen gefällt." „Sollte Deutschland siegen, so würde sein Wille unbedingt das Gesetz der Besiegten werden und aus den annektierten Ländern würden alle Bewohner, die nicht niedergemetzelt worden sind, vertrieben werden[5]."

Noch interessanter ist der in den Daily News vom 7. Dezember 1914 veröffentlichte Brief des autoritativen Herrn Boutroux, weil er dem Leser

[1] Emile Boutroux, L'Allemagne et la Guerre, Paris 1915, S. 3. [2] Op. cit., S. 21. [3] Op. cit., S. 26. [4] Op. cit., S. 27. [5] Op. cit., S. 37.

einen tieferen Einblick in die eigene Denkwerkstatt und die Gemütsart des französischen „Patrioten" gibt. „Deutschlands feindliche Handlungen im Jahre 1905" gegen Frankreich in Marokko zeigten, daß „Deutschland tatsächlich entschlossen war, Gewalt anzuwenden, um ses ambitions démesurées zu befriedigen[1]." Von jenem Augenblicke an sei den französischen „Patrioten" die „Möglichkeit", ja Wahrscheinlichkeit, klar gewesen, daß es „in naher Zukunft" zu dem jetzigen Kriege kommen werde, zu jenem Kriege, über welchen die ältere Generation „hauptsächlich theoretisiert" habe. Nun aber, nach der Marokkokrise des Jahres 1905, hätten die französischen Patrioten „mit ruhiger Entschlossenheit" jenen Gedanken an den kommenden Krieg" in der stillen, überlegten Hoffnung aufgenommen, „das Vaterland endlich Genugtuung für die Demütigungen erhalten zu sehen, die seine Feinde ihm mit Wonne durch den Frankfurter Frieden zugefügt, und Frankreich mit neuem Prestige seine Rolle des Verteidigers der Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt wieder aufnehmen zu sehen[2]."

Herr Boutroux enthüllt hier die Wahrheit über die Unvermeidlichkeit des neuen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland noch mehr. Die koloniale Ausdehnung Frankreichs zeigte 1905 wirklich alle Anzeichen der „Maßlosigkeit", besonders neben der deutschen und im Vergleich mit dem Bedürfnis Deutschlands an offenen kolonialen Gebieten zu künftiger wirtschaftlicher Entwicklung. Ist es nun dem Franzosen, dem Ritter der „Gerechtigkeit" und der „Freiheit", ganz unmöglich, zu verstehen, daß die „Gerechtigkeit" gegen Deutschland und die Rücksicht auf die „Freiheit" des deutschen Volkes unbedingt verlangen, daß Frankreichs kolonialer Aggressivität gewisse Grenzen gesetzt werden, und ist er gänzlich unfähig, in einem derartigen Bestreben von seiten des in kolonialer Hinsicht bisher so maßvollen, bescheidenen Deutschen Reiches etwas anderes zu sehen als „des ambitions démesurées" — ja, dann mußte ja der neue Krieg zwischen Frankreich und Deutschland eines Tages nicht mehr zu vermeiden sein, obwohl mit einer Rollenverteilung, die derjenigen gerade entgegengesetzt ist, welche der „autoritative" Herr Boutroux hier, nicht ohne Zusammenhang mit der Auffassung der Franzosen, daß der Frankfurter Friede nur ein Waffenstillstand anstatt eines Friedens gewesen sei, ankündigt.

Ich glaube nicht, daß die Wahrheit über den wirklichen Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland und über die darin liegenden Ursachen des Weltkrieges überhaupt sich klarer darlegen läßt, als Herr Boutroux es hier unter

[1] Op. cit., S. 42. [2] Op. cit., S. 43.

harmloser Anwendung der Gesichtspunkte und der Redeweise des französischen „Patrioten" getan hat.

Damit es der „Autorität" des Herrn Boutroux nicht an noch einer gebührenden Stütze fehle, führe ich zum Schlusse noch einen seiner Aussprüche über die deutsche Kriegsführung im Weltkriege an. „Es war klar, daß die Deutschen sich jetzt nicht nur vornahmen, zu siegen, sondern auch zu töten und zu zerstören, ganz einfach aus dem Grunde, um selbst an die Stelle der früheren Einwohner in den eroberten Gebieten zu treten. Sie nahmen sich vor, die Bevölkerung auszurotten und erschossen mit Vergnügen Frauen und Kinder. Sie steckten mit Vorliebe, unter den verlogensten, erbärmlichsten Vorwänden, die Gebäude in Brand, welche durch künstlerische Schönheit und geschichtliche Erinnerungen Symbole und Stützen der Nationalität der Bevölkerung sind."[1]

Offensichtlich spielt die Vorstellung dieser wirklich superlativen Barbarei bei Herrn Boutroux die Rolle einer kräftigen Stütze seiner Theorie über die „ambitions démesurées" der Deutschen. Die letzteren kehren nämlich, nebst der „Barbarei", in allen wissenschaftlicher gehaltenen französischen Kriegsbüchern, die ich gelesen habe, wieder. Herr Léon Daudet z. B. redet klar und deutlich von den „projets de domination, d'impérialisme universel"[2].

Dieser Schriftsteller setzt uns mit großer Gründlichkeit auseinander, wie deutsche Philosophie und deutsche wirtschaftliche Unternehmungslust den Versuch einer Welteroberung durch Waffengewalt, den wir jetzt erleben, systematisch vorbereitet haben.

Der Sieg der Entente müsse wirklich fruchtbringend für die Zukunft werden. Frankreich dürfe nach einem Siege über Deutschland nichts von einem Nachbarn zu fürchten haben, der „même morcelé" und „délivré du joug prussien" gefährlich sein könne. Es vernotwendige sich, bereits jetzt alle deutschen Einflüsse in Frankreich mit der Wurzel auszureißen — „damit es künftig möglich sei, unsere schlechten Nachbarn daran zu verhindern, daß sie uns mit ihren ungesunden Lehren vergiften und uns mit ihren gefährlichen wirtschaftlichen Unternehmungen bedrohen"[3].

Frankreichs geistige Befreiung müsse in der „Dekantisierung des höheren französischen Unterrichtes" bestehen, also in der Befreiung von den auf die

[1] Op. cit., S. 44—45. [2] Hors du joug allemand. Mesures d'après-guerre, Paris 1915, S. 2. [3] Op. cit., S. 3.

Werke Immanuel Kants gegründeten philosophischen Anschauungen und Methoden. Dies sei „la défense nationale intellectuelle". „Was würde es nützen, das Ansehen der deutschen Armee vernichtet zu haben, wenn wir fortführen, die Philosophie, die den Geist, welcher diese Armee erschaffen hat, beherrscht, zu pflegen und anzuwenden — — — —?"[1] „Cette forme éducative de la Revanche ne sera certes pas la moins importante."[2]

Nachdem Herr Daudet diese wichtige Angelegenheit auf 132 Oktavseiten klargestellt hat, schickt er sich an, „zu enthüllen, wie Deutschland seine industrielle und kommerzielle Expansion seit ungefähr zwanzig Jahren seinen Kriegsplänen auf methodische Weise und in ungeheuerem Umfange hat dienen lassen"[3]. „Es ist nämlich jetzt möglich, ein vollständiges Bild der verbrecherischen Pläne der Deutschen zu geben." Und „es ist jetzt öffentlich bekannt, daß Deutschland sich sorgfältig auf den Krieg vorbereitet hat, den man nicht nur im Generalstabe, in den Kasernen und Zeughäusern, sondern auch bei uns, auf unserem eigenen Boden, als gegen Frankreich bevorstehend ansah"[4]. Dann folgt eine fast 200 Seiten starke Einzelschilderung der betreffenden scheußlichen deutschen Maßnahmen in Frankreich — welche mit der gebührenden wissenschaftlichen Sachlichkeit und Gründlichkeit zu studieren, die französischen Zivil- und Militärbehörden merkwürdigerweise ganz Herrn Léon Daudet überlassen zu haben scheinen.

Herrn Daudets „forme éducative de la Revanche" führt ungesucht zu einer Untersuchung über Les causes profondes de la guerre", die Herr Emile Hovelaque, Inspecteur général de l'Instruction publique, angestellt hat[5]. Die Untersuchung „erklärt die Barbarei, die Frankreich bluten macht" und „enthält keine einzige Behauptung", die der Verfasser „nicht auf einen Beweis stützen kann"[6].

Herr Hovelaque zeigt, daß eine der allertiefsten Ursachen in der vollständigen Unfähigkeit der Deutschen, andere Völker zu verstehen, zu suchen ist. Und belegt diese Tatsache besonders dadurch mit Beispielen, daß er das gehässige deutsche Verkennen der tugendhaften Engländer analysiert. Auf diese Weise gelangt er zu einer sehr interessanten, sehr wertvollen allgemeinen These über die Geistesbeschaffenheit der Deutschen. „Die Analyse dieser Thesen und dieser Theorie beweist die fundamentale Unfähigkeit des deutschen Gehirns, andere Wirklichkeiten als die materiellen zu fassen. Die geistigen Wirklichkeiten kann dies geometrische Denken, können diese starren

[1] Op. cit., S. 118. [2] Op. cit., S. 121. [3] Op. cit., S. 131. [4] Op. cit., S. 133. [5] Paris 1915. [6] Op. cit., S. 3.

Metaphysiker=raisonnements, diese mechanischen Auffassungen des Lebens nicht greifen". Die geistigen Wirklichkeiten „entgehen" dem deutschen Denken „gänzlich"[1].

Es scheint besonders das Deutschland nach 1870 zu sein, das mit diesem intellektuellen Starrkrampfe behaftet ist. Denn dies Deutschland „zeigt uns das in der Geschichte einzig dastehende Beispiel eines Volkes, das ganz und gar durch Pedanten erschaffen worden ist und das ganz und gar in intellektueller Beziehung von seinen docteurs diaboliques beherrscht wird"[2].

Der Weltkrieg ist demnach „der Endpunkt der ungeheuerlichen Entwicklung eines Räubervolkes, das künstlich nur dazu erschaffen worden ist, den Zwecken der Gewalt zu dienen". Der Weltkrieg ist „une guerre religieuse" und „kann, wie alle Religionskriege nur mit der Vernichtung einer der kämpfenden Religionen und mit dem endgültigen Siege des einen Ideales über das andere enden". Auf der einen Seite, der deutschen, haben wir „einen Versuch, die unendliche Mannigfaltigkeit der Welt und der Geister auf die dürre Einförmigkeit einer einzigen Kultur zu reduzieren und alle Völker unter die autokratische Tyrannei eines einzigen Staates zu beugen". Und auf der anderen, der französischen und russischen, sowie der englischen und japanischen Seite des Weltkrieges, gewahren wir „alles, was Griechenland, Rom, Judäa und das christliche, zivilisierte Europa und was das universale Streben des menschlichen Geistes und der menschlichen Seele seit ihrem Bestehen geleistet", um, wie Emile Boutroux sagt, „im Menschenleben das Höhere zur Herrschaft über das Gemeinere zu bringen, die Gerechtigkeit über die Gewalt, die Vernunft über den blinden Impuls, die Güte über die Bosheit herrschen zu lassen und um in der Welt eine moralische Kraft zu erschaffen, die imstande ist, die materiellen Kräfte zu beherrschen und sie zu humanisieren"[3].

Auch nach Herrn Hovelaques Ansicht ist also Rußland (und vielleicht auch das der Entente so nützliche Japan) geistig „Griechenland, Rom und Judäa sowie dem christlichen, zivilisierten Europa" verwandter als das deutsche „Räubervolk". Er kommt in seinen politisch=religiösen Schwärmereien tatsächlich immer wieder darauf zurück, la Russie mit la France und l'Angleterre in eine Reihe zu stellen. Möglicherweise aus reiner Unkenntnis des Russenstaates im allgemeinen und der russischen Kriegsführung während des Weltkrieges in Ostpreußen, in Galizien und innerhalb seiner eigenen alten Grenzen im besonderen. Dagegen schwebt er nicht darüber in Un=

[1] Op. cit., S. 6. [2] Op. cit., S. 8. [3] Hovelaque, op. cit., S. 56—58.

kenntnis, daß „Deutschland nicht nur in Europa jener erdrosselnden Einkreisung, woran es immer gelitten, unterworfen ist“[1] — d. h. daß die Dreieinigkeit Frankreich-Rußland-England, Deutschlands geographische Entwicklungswege auf allen Seiten sperrt und „kontrolliert“ und daß dies eine der „causes profondes de cette guerre“ ist. Seine echtfranzösische Wertung der geistigen Eigenart Deutschlands, natürlich in erster Reihe im Verhältnis zur französischen, läßt ihn ganz einfach in dem Weltkriege „auf Flanderns und Polens (!) verschneiten Ebenen“ die sich in der „Gegenwart“ abspielende „Fortsetzung des antiken Kampfes zwischen Licht und Finsternis“ erblicken.

Jedoch das Eigentümliche an diesem in ruhigem, sachlichem Tone von einem inspecteur général de l'instruction publique geschriebenen Buche, das „keine einzige Behauptung enthält“, die der Verfasser „nicht auf einen Beweis stützen kann“, ist keineswegs seine Überspanntheit, sondern der Umstand, daß es der vollkommene Typus der nationalen französischen Stimmung im gegenwärtigen Augenblick ist.

[1] Op. cit., S. 55.

16. Der französische Geisteszustand im Kriege

Es gibt einen redlichen und einen verdorbenen nationalen Sinn — meint Herr Camille Jullian, Mitglied des Instituts und Professor am Collége de France[1]. Und er meint natürlich auch, daß Frankreich und seine Freunde die erstere Art besitzen, während Deutschland auf die andere Sorte angewiesen ist.

„Man sehe, was die Deutschen aus der Nationalität gemacht haben", schreibt er.[2] „Sie haben ihr Vaterland in einen Exerzierplatz verwandelt, um die Welt zu beherrschen. Um auf diesem Exerzierplatze Waffen zum Siege anfertigen zu können und um Werkzeuge zum Morden und Stehlen zu erhalten, haben sie die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft durchstöbert, sich die Industrie, die Wissenschaft und alles geistige Können zunutze gemacht, dénaturant, travestissant, corrompant toutes ces choses." — „Wir anderen dagegen, ich meine Engländer, Belgier, Franzosen, Russen und Serben, wir sehen das Vaterland ganz anders an. Wir sehen in ihm ein Stück bewohnter Erde, wo wir in Familien, einander nahe leben, wo wir uns in Arbeit, Zusammengehörigkeitsgefühl, Einigkeit, Eintracht und Liebe üben."

Herr Jullian hält es augenscheinlich für „rectitude du sens national", die nationalen Wirklichkeiten in Europa auf diese Weise darzustellen und zu erklären, daß „der berühmte Ausspruch der Deutschen Deutschland über alles" bedeute, daß „Deutschland alles, Leib und Seele, untergeordnet werden" solle.[3]

Von einer „perversion du sens national" hat Jullian anscheinend in Frankreich niemals etwas gespürt, — weder vor der Dreyfuszeit, noch während dieser oder gar nach ihr. Oder er entschuldigt solche französische perversion — aus patriotischen Gründen! Weshalb denn nicht auch bei „Deutschland über alles" ein wenig ablassen?

Die Antwort finden wir in dem Buche Le militarisme allemand; ce qu'il est; pourquoi il faut le détruire[4] mit besonderer Ausführlichkeit gegeben. Der Verfasser, Herr Hubert Bourgin, Professor am Lycée

[1] Rectitude et perversion du sens national, Paris, 1915. [2] Op. cit., S. 29—30. [3] Op. cit., S. 24. [4] Paris, 1915.

Louis-le-Grand, verspricht in der Vorrede „unparteiisch und genau" zu sein und versichert, daß er „alle Vorsichtsmaßregeln getroffen" habe, „um es zu sein".

„Der deutsche Militarismus ist der freiwillige Förderer unverzeihlicher Verbrechen gegen das Recht, gegen die Vernunft, gegen die Menschlichkeit." Der deutsche Militarismus „hat Deutschland selbst entartet (dénaturé) und hat das deutsche Volk verbrecherisch und wahnsinnig gemacht". „Die Geschichte wird ihren Lauf nehmen, und die Gerechtigkeit wird auf Erden herrschen können, wenn der deutsche Militarismus vernichtet worden ist."[1]

„Diese Exekution ist die ehrenvolle Aufgabe der verbündeten Armeen, und es ist nicht meine (Herrn Bourgins) Absicht, im voraus etwas über die Friedensbedingungen zu sagen, welche die verbündeten Regierungen dem Besiegten vorschreiben werden. Aber jedem unparteiischen Geiste ist es klar, daß diese Bedingungen notwendigerweise die Befreiung der Welt und Deutschlands enthalten werden. Das Ende des Ganzen wird eine zweckmäßige politische Umorganisierung Deutschlands, sowie „la libération des peuples et l'établissement de la justice" sein"[2].

Was nun die näheren Angaben über den „deutschen Militarismus" anbetrifft, so möchte ich den interessierten Leser auf die „unparteische" und „genaue" Abhandlung selber hinweisen.

Ihr Inhalt scheint mir eine erstaunliche Familienähnlichkeit — abgesehen von dem Unterschiede zwischen einem trockenen und einem saftigen Stile — mit einem solchen, weder mit „Unparteilichkeit" noch mit „Genauigkeit" prahlenden Werke wie Pierre Lotis Heftchen La Grande Barbarie[3] zu haben.

„Man weiß", schreibt der berühmte Romanschriftsteller, „daß sie überall, hier (in Ypern) wie in Löwen, in Arras, in Soissons und in Reims mit größter Freude auf die Monumentalbauten schießen — immer, immer auf das, was Schönheits-, Kunst- und Altertumswert hat. — — — Ferner kennt man auch die deutsche Vorliebe für das Bombardieren der Zufluchtsorte der Verwundeten oder Kranken, der Ambulanzen, der Krankenpfleger und der Wagen des Roten Kreuzes"[4]. Die Deutschen sind „ein von der Geburt an zur Lüge bestimmtes Volk"[5], denn sie unterstehen sich, die Sturzbäche schmutziger Anklagen, die gegen sie und ihren „Militarismus" erho-

[1] Op. cit., S. 123. [2] Op. cit., S. 127—128. [3] Paris 1915. [4] Op. cit., S. 7—8. [5] Op. cit., S. 9.

ben werden und als deren Dolmetscher nun auch der alte Marineoffizier Julien Viaud (Pierre Loti) auftritt, als unwahr zu bezeichnen.

In der Sammlung ausgesucht achtungswerter Franzosen, die ich hier von französischer couleur morale und Geistesverfassung während des Krieges zeugen lasse, ist Julien Viaud meines Wissens der einzige, der den Schimpfnamen boche[1] für den Deutschen in die höhere Literatur eingeführt hat, ebenso wie es ihm auch beliebt hat, den schönen Ausdruck voyous[2] in dieser Verbindung als literarisch berechtigt abzustempeln. Er hat kein Wort der Mißbilligung, als er in den Schützengräben Flanderns die braunen und schwarzen, hochgewachsenen und kleinen Hilfstruppen Englands und Frankreichs sieht — die exotischen Schmuckstücke des englischen und französischen Militarismus. Aber er denkt mit Ekel an jene „grausameren und gemeineren", „unverbesserlichen Wilden", die mit „Indianergeheul" aus den feindlichen Schützengräben herausstürmen[3].

Die Broschüre Pierre Lotis schildert außerdem zwei interessante Unterredungen mit dem Könige und der Königin der Belgier — anscheinend nicht ganz, ohne daß ihm ein schwaches Bewußtsein aufdämmert, wie außerordentlich parador es doch ist, daß beide Majestäten durch das rote Schicksalsband des Blutes unbestreitbar unzertrennlich mit „les boches", „les voyous", les indéracinables sauvages", „le peuple né pour le mensonge" und la Grande Barbarie überhaupt zusammengehören. König Albert — vom Vater her Herzog von Sachsen und Fürst von Sachsen-Coburg — trägt im Deutschen Reiche den Titel „Königliche Hoheit", und seine Mutter war eine Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen. Und seine Gemahlin — von Geburt „Prinzessin in Bayern", Familienname: Wittelsbach.

Über die Neutralitätspolitik des Königs am 2. und 3. August 1914 schreibt Pierre Loti folgende merkwürdigen Worte. „Von einem Tage zum andern, ohne Furcht, ja ohne Unschlüssigkeit, den Kompromiß verachtend, der wenigstens eine Zeit lang, wenn auch zum Schaden der Weltkultur, seine Städte und Paläste ein wenig hätte schonen können, hat er sich wie ein großer Kriegerkönig inmitten seines Heldenheeres gegen das stinkende Ungeheuer erhoben"[4]. Dem Südfranzosen Julien Viaud kann es natürlich gar nicht einfallen, auch nur einen Augenblick darüber nachzudenken, ob nicht ein deutscher Fürst, wenn er auch König des nur zur Hälfte germanischen Belgierstaates ist, wirklich hätte eine Weile unschlüssig sein

[1] Op. cit., S. 19. [2] Op. cit., S. 11. [3] Op. cit., S. 14. [4] Op. cit., S. 29—30. Von mir in gesperrtem Druck wiedergegeben.

müssen. Wenn auch nicht aus Furcht vor dem „stinkenden Ungeheuer", dessen Verwandter er ist, so doch wenigstens aus einem gewissen deutschen Gefühle der Gefahr, die der „Weltkultur" durch die Niederlage des Deutschen Reiches in diesem Kampf des vereinigten Ostens und Westens drohte.

Einige Worte der Königin — eine betrübte Frage, weshalb ihre deutschen Verwandten anscheinend nicht mehr zu ihr seien, wie sie früher gewesen — kommentiert Herr Julien Viaud auf folgende Weise, die einem Mitglied der französischen Akademie gegen eine deutsche Fürstin wirklich Ehre macht.

„Ich weiß wohl weshalb, ich wie wir anderen. Ich weiß, daß sie, hinter ihrer dicken Heuchelei von ihrem Ursprung an so gewesen sind. Doch wie konnte ich es wagen, dieser Königin zu widersprechen, die unter ihnen geboren ist, wie eine schöne, seltene Blume unter Nesseln und Dornen. Ganz gewiß ist das Freiwerden ihrer latenten Barbarei ein Werk jenes ‚Königs von Preußen', welcher der treue Nachfolger des Mannes ist, den die große Maria Theresia gebrandmarkt hat. Er ist es ohne Zweifel, der sie nach dem scharfen, treffenden Ausdrucke der Amerikaner ‚toll im Kopfe gemacht' hat. Aber sie waren immer so. Und um ihre âmes de mensonge, de meurtre et de rapine zu beurteilen, genügt es, ihre Schriftsteller, ihre Denker, deren Kynismus uns unverständlich ist, zu lesen"[1].

Herrn Julien Viauds sehr persönliche „Grande Barbarie" führt die Gedanken ungesucht auch zu einem solchen Aktenstücke hin, wie das große reich illustrierte Buch Les Allemands destructeurs de cathedrales et de tresors du passé — Documents officiels composés d'après une documentation appartenant au Sous-Secrétariat d'Etat des Beaux-Arts[2] ist. Pierre Loti hat hierzu ein folgendermaßen lautendes Zeugnis beigetragen. „Mit Abscheu und Entsetzen schließe ich mich allen obenstehenden Protesten sowohl wie allen noch nicht formulierten an, die später noch erscheinen und die ungeheuerliche Wirklichkeit in viel zu mildem Lichte darstellen werden"[3].

Das Buch wird „den ausländischen literarischen und Künstlergesellschaften sowie allen Freunden des Schönen überreicht, damit sie le système de destruction des armées allemandes kennen lernen"[4]. Diese Widmung haben

[1] Op. cit., S. 48—49. [2] Paris, 1915. [3] Op. cit., S. 67. Von mir gesperrt wiedergegeben. [4] Op. cit., S. 1.

etwa 100 der kulturellen Berühmtheiten Frankreichs unterzeichnet — unter ihnen Maurice Barrès, Clemenceau, Camille Flammarion, Anatole France, Pierre Loti, Jean Richepin, Auguste Rodin, Edmond Rostand und Camille Saint-Saens.

Das von diesen hundert französischen Kulturgrößen unterzeichnete Aktenstück beginnt mit einer Ansprache an die Kulturträger Deutschlands, „die gewagt haben, die Verbrechen[1] zu vertuschen", welche dieses Buch enthüllt. Sie haben „gewagt", sich zu weigern, die französischen oder andere nicht deutsche Schilderungen und Auslegungen der hierhergehörenden Tatsachen unbesehen anzuerkennen. Sie haben „gewagt", die unaufhörlich wiederholte Beschuldigung zurückzuweisen, daß das Zerstören der Kulturdenkmäler zum Systeme des deutschen „Militarismus" gehöre — mit irgendwelcher militärischer Notwendigkeit oder militärischem Vorteil gar nichts zu tun habe und ganz einfach das Ausbrechen der Hunnenbarbarei des deutschen Volkes sei.

Dadurch, daß sie dies „gewagt", haben die deutschen Professoren, Künstler usw. „die edle Aufgabe, Philosoph, Historiker, Gelehrter, Künstler zu sein, herabgewürdigt". „Sie haben in Wahrheit ihre eigenen Götter verraten". „Sie haben also gezeigt, daß sie, mit ihren mehr oder weniger glitzernden Schwarzen-Adlerorden und Zieraten der Hoftracht, meistens nichts anderes sind als engherzige Fanatiker und Lohnschreiber, denen die Feder nur ein Mittel ist, um dem Brotgeber zu dienen"[2].

Diese französischen Artigkeiten schließen mit einer aus anderen ähnlichen Dokumenten schon bekannten Versicherung, daß bei der nun folgenden Beweisführung, die sich ganz auf „unwiderlegliche Dokumente"[3] stützen werde, „nicht ein übertriebenes Wort aus unserem Munde kommen" solle.

Sehr richtig! „Das Beweisen" beginnt auf der nächsten Seite mit folgendem Satze. „Es ist unbestreitbar, daß das Bombardement des Domes zu Reims ein Teil eines plan déterminé war". Denn die Mitglieder des deutschen Generalstabes sind „Barbaren durch ihren Materialismus und ihren Ehrgeiz"[4].

Inwiefern die Franzosen den Dom und seine nächste Umgebung militärisch mißbraucht haben — das erfährt man in diesem Dokumente nicht. Ebensowenig, wie überhaupt in französischen, englischen und belgischen Dokumenten der militärische Mißbrauch, den die Verteidiger mit öffentlichen Gebäuden treiben, oder die Zerstörung, welche die eigene Beschie-

[1] Op. cit., S. 5. [2] Op. cit., S. 6. [3] Op. cit., S. 8. [4] Op. cit., S. 9.

ßung der Franzosen, Engländer und Belgier in den französischen und belgischen Städten angerichtet hat, irgendwie beleuchtet wird.

Das nun vorliegende Dokument schließt jedoch mit folgendem „feierlichen Protest", den am 29. Oktober 1914 kein Geringerer erhoben hat, als die Französische Akademie in eigener, hoher, kollektiver Person — unter Vorsitz des Herrn Marcel Prévost, mit Herrn Etienne Lamy als Sekretär und in Gegenwart des Präsidenten der Republik, des Herrn Raymond Poincaré[1].

„Die Französische Akademie protestiert gegen alle Behauptungen, wodurch Deutschland in lügenhafter Weise Frankreich oder seinen Verbündeten die Verantwortung wegen des Krieges zuschreibt.

Die Akademie protestiert gegen alle Ableugnungen, die der évidente authenticité der gemeinen Handlungen, welche von den deutschen Heeren begangen sind, widerstreiten.

Im Namen der französischen und der ganzen menschlichen Zivilisation brandmarkt die Akademie die Verletzer der belgischen Neutralität, die Frauen- und Kindermörder, die wilden Zerstörer edler Altertumsdenkmäler, die Brandstifter der Löwener Universität und des Reimser Domes, die auch die Pariser Kathedrale niederbrennen wollten.

Die Akademie spricht den Armeen, die wie wir gegen die Koalition Deutschland-Österreich kämpfen, ihre Bewunderung aus.

Tiefgerührt sendet die Akademie unseren Soldaten, die, von den Tugenden unserer Vorfahren beseelt, einen Beweis der Unsterblichkeit Frankreichs geben, ihren Gruß."

Diesem „Proteste" ist noch eine Anmerkung hinzugefügt, die so beginnt: „Als diese Worte veröffentlicht wurden, haben sie gewissen Geistern im Auslande ein wenig übertrieben erscheinen können". Doch „seitdem" sind die Beweise der Richtigkeit der Beschuldigungen zum Vorschein gekommen! „Die Geschichte wird unseren Groll dadurch rechtfertigen, daß sie nicht aufhören wird, neue Beweise an den Tag zu bringen — — —."

So wird denn wohl die französische „Geschichte" dereinst energisch auch die „Bewunderung" „rechtfertigen", welche die Akademie den Kosakenhorden und anderen russischen Truppen, die in den verwüsteten Teilen Ostpreußens grausige Spuren hinterlassen haben, zollt — ganz zu schweigen von gewissen Kampfmethoden und Heldentaten, welche die „farbigen" Hilfstruppen Frankreichs und Englands charakterisieren und sogar den Mit-

[1] Op. cit., S. 77—78.

gliedern der Französischen Akademie bekannt sein müssen, die in diesem weltgeschichtlichen Augenblicke ja den Präsidenten der Republik in ihrer Mitte hatten.

In dieser illustren Verbindung ist es übrigens unmöglich, eine sehr naheliegende Reflexion noch länger zu unterdrücken.

Es handelt sich um den Zusammenhang zwischen der berühmten Humanität Englands und Frankreichs, auch ihrer militärischen Humanität im Gegensatz zu dem barbarischen deutschen Militarismus, einerseits und andererseits den militärischen Absichten und humanitären Erwartungen Frankreichs und Englands, wenn sie hochgewachsene Neger, muskulöse Araber, schlanke Hindus, kleine, gewandte Gurkhas und andere Sorten heißblütiger, nicht sehr zivilisierter Soldaten in großer Anzahl in ihren Heeren gegen Deutschland verwenden.

Man hegte ja in den früheren Abschnitten des Krieges, als diese farbigen Hilfstruppen vielleicht am zahlreichsten waren, auf englisch-französisch-russischer Seite sehr sichere Erwartungen, daß die Ententeheere die Gegenden, Dörfer und Städte schnell und gründlich überschwemmen würden und daß sich Gurkhas, Neger und Kosaken bald Unter den Linden treffen und sich im königlichen Parke zu Potsdam gemeinsam ihres Lebens freuen könnten.

Welche humanitären Segnungen erwarteten besonders die Herren der Französischen Akademie von dem Vorgehen dieser schwarzen und braunen Wilden in deutschen Landen? Welche Art Kriegsführung hatte der ganz besondere französische und englische „Militarismus" hier eigentlich gegen die deutsche Zivilbevölkerung vorbereitet?

Die offiziell kundgegebene vorbehaltslose „Bewunderung" der Französischen Akademie, die man entschieden als auch die halbwilden Elemente der gegen „die Koalition Deutschland-Österreich" kämpfenden russischen Heere umfassend ansehen muß, ist recht sonderbar. Noch merkwürdiger aber ist die „Bewunderung" dieser Herren und ihrer humanitären und kulturellen Gesinnungsgenossen in Frankreich, wenn sie auf die betreffenden, militärisch gewiß sehr wichtigen Elemente des französischen Heeres ausgedehnt wird.

Ist es diesen französischen Kulturträgern wirklich niemals eingefallen, daß ihre Senegalneger und Araber auch von „den Tugenden ihrer Vorfahren beseelt" sind und daher, besonders bei dem jetzt so ersehnten Einfall in Deutschland höchst aufsehenerregende „Beweise der Unsterblichkeit Frankreichs" werden geben müssen?

Daß diese gräßlichen „Beweise" noch nicht haben „gegeben" werden können, ist bekanntlich weder das Verdienst der Französischen Akademie noch das des französischen Generalstabes — sondern die große patriotische Enttäuschung und der Kummer beider.

Ist es eine „Tugend", kein Verbrechen gegen die Humanität begangen zu haben — weil man seine Absichten noch nicht hat ausführen können?

Wie sind hierbei französischer „Patriotismus", französische „Humanität" und französischer „Militarismus" miteinander verflochten?

Einem Außenstehenden liegt es außerordentlich nahe, zu glauben, es sei doch, trotz allem, für die „Menschheit und menschliche Zivilisation" besser, daß der Krieg, wenn er überhaupt kommen mußte, von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern auf französischem und russischem Boden geführt wird, als daß Frankreichs und Englands angeworbene Afrikaner und Asiaten nebst russischen „Kosaken" und Tataren ihn auf deutscher Erde führen. Von zwei Übeln wählt man notwendigerweise das kleinere — ohne darum etwas anderes als auch diesem feindlich sein zu brauchen und ohne zu verlangen, daß diejenigen, welche in der Sache Partei sind, diese Auffassung teilen sollen.

Obgleich noch reichlich Material unbenutzt auf meinem Schreibtisch liegt, will ich dies Kapitel abschließen. Ich gewahre nämlich, daß die französische Kriegsstimmung in höchstem Grade einheitlich ist und daß die französischen Auffassungen und ihre gegen die Deutschen erhobenen Anklagen sich durch außerordentliche Einförmigkeit auszeichnen.

Mit einer oder der anderen schwach ausgeprägten Ausnahme ist es immer einunddieselbe kritiklose französische Selbstvergötterung neben einunddersselben kritiklosen Diabolisierung alles Deutschen. Zu neun Zehnteln unsachliche, fanatisch „patriotische" Rhetorik, ohne jeden Wunsch und jedes Bestreben, zu allgemeinmenschlichen Fundamenten und Wahrheiten hinabzudringen, und ohne jegliche Erkenntnis, daß der Sache Frankreichs mit einem so geistesschwachen Auftreten vor Zeitgenossen und Nachwelt nicht in tieferem Sinne gedient sein kann. Immer einunddieselbe widerlich schiefe Darstellung der hinter dem Weltkriege liegenden weltgeschichtlichen Realitäten — das eingeklemmte, in kolonialer Hinsicht benachteiligte Deutschland als friedensstörender Welteroberer, machttoller Volksunterdrücker und Geißel der ganzen Menschheit. Nur aus dem Grunde, weil Deutschland wirklich gewagt hat, Anspruch auf eine Stellung zu erheben, die der seiner ununterbrochen länderverschlingenden, fremde Staaten unterminierenden Nachbarn: Rußland, Frankreich und England gleichberechtigt ist.

Sogar ein so geschulter Soziologe wie Dr. Gustave le Bon gelangt in seiner ausführlichen Untersuchung Enseignements de la guerre européenne[1] zu dem Schlusse: „Deutschland opfert jetzt seine Reichtümer und seinen zukünftigen Wohlstand der Begierde hin, die Völker seinem Despotismus unterworfen zu sehen[2]". Und er erzählt uns weiter von dem „fürchterlichen Hegemonietraum" Deutschlands, dem „die Völker erliegen würden", wenn „die Völker" nicht durch den Weltkrieg gerettet würden. Dr. le Bon tröstet sich indessen damit, daß es auch einem Militärischsiegenden heutzutage nicht mehr möglich sei, „l'idéal de domination universelle"[3] zu verwirklichen. Wenigstens nicht, solange die englische Flotte noch „domine sans rivalité les mers"[4]. Deutschland werde jedoch seine Versuche, die „Hegemonie" in Europa und auf der ganzen Welt zu erlangen, erst dann aufgeben, wenn es mehrmals besiegt worden sei[5].

In den gratis verteilten, für die Neutralen bestimmten Schriften, wie Professor E. Durkheims „L'Allemagne au-dessus de tout" und Professor Ch. Andlers „Le pangermanisme, ses plans d'expansion allemande dans le monde", findet der Leser denselben engen, schiefen Gedankengang und dieselbe panikartige Stimmung vor der Grundtatsache der Situation wieder — vor einem Deutschland, das zwar nicht um die Alleinherrschaft, wohl aber um Gleichberechtigung kämpft; vor einem Deutschland, das schon ohne Gegenstück zu Frankreichs ungeheurem kolonialem Imperium stärker als Frankreich geworden ist.

Stärker als Frankreich! Ist das nicht ganz dasselbe wie „Feind der Menschheit"?

[1] Paris 1915. [2] Op. cit., S. 348. [3] Op. cit., S. 349. [4] Op. cit., S. 351. [5] Op. cit., S. 352.

V

Einige deutsche „Barbaren“ haben das Wort

17. Deutsche Selbstkritik während des Krieges

„Nicht so zu verstehen, als ob wir uns je eingebildet hätten, daß unter diesen Umständen, unter welchen niemand zu etwas anderem berechtigt ist, als sich mit Leib und Seele seinem Vaterlande hinzugeben, aus irgendeiner Ecke Deutschlands ein Fünkchen Sympathie mit uns aufblitzen werde[1]."

Diese Worte, hinter denen Frankreichs vornehmste Kulturträger stehen, enthüllen in treffender Weise den tiefsten Unterschied zwischen französischer Gemütsdürre und deutscher seelischer Frische — zwischen französischer civilisation oder culture und deutscher „Barbarei".

Der angeführte Satz enthält einen Irrtum. Es ist nicht wahr, daß es in Deutschland während des Krieges an reichen, tiefen Sympathien und an aufrichtigen Äußerungen der Sympathie mit Frankreich gefehlt hat. Es ist der französischen Gehässigkeit vorbehalten, fanatisch an das Gegenteil zu glauben.

Der angeführte Satz enthält eine Wahrheit — durch Rhetorik und Fanatismus verdreht. Die Deutschen sind jetzt gleich den Franzosen zu nichts anderem „berechtigt als sich mit Leib und Seele ihrem Vaterlande hinzugeben". Das ist wahr. Aber diese seelische Hingabe an das Vaterland ist der typisch deutschen Gemütsart nicht dasselbe wie persönliches Aufgehen in kritikloser Vergötterung der Diplomatie, der Politik und der inneren und äußeren Verhältnisse des Vaterlandes — nicht einmal in einem Augenblicke, da Volk und Staat in großer Gefahr schweben.

Es ist französisch, zu glauben, daß dem Vaterlande in der Stunde der Gefahr *nichts anderes* nützlich sein könne als panegyrische Loblieder. Es ist französisch, zu glauben, daß unbedingtes Einstimmen in diese patriotische Lobrednerei zu der selbstverständlichen seelischen Hingabe des Staatsbürgers an sein Vaterland in der Stunde der Gefahr *gehöre*.

Es ist deutsch, bis zur Übertreibung und Einseitigkeit daran zu glauben, daß dem Vaterlande auch in der Stunde der Gefahr neben milder, schonender Kritik bittere und heftige nützlich sei. Es ist deutsch, zu glauben, daß das Recht des einzelnen auf ein solches Richteramt mit seiner Pflicht, sich dem Dienste des Vaterlandes mit Leib und Seele hinzugeben, vereinbar sei.

[1] Les Allemands destructeurs etc., S. 5.

Es ist französisch, solche Kritik im Lager des Feindes mit Begeisterung zu begrüßen. Es ist deutsch, bis zur Einseitigkeit mit solcher Kritik im eigenen Lande zu sympathisieren — und zu gleicher Zeit in dem Dienste, den das Vaterland gerade jetzt unerläßlich fordert, ohne Rhetorik und als etwas Selbstverständliches, Gut und Leben hinzugeben.

In gewisser Hinsicht sind bemerkenswert der Ton und die Gesichtspunkte des Buches „Der deutsche Chauvinismus[1]", das Professor Ottfried Nippold ein Jahr vor dem Kriegsausbruche in den Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung hat erscheinen lassen. Wie es in gutem Glauben benutzt werden kann, um eine sehr einseitig deutschfeindliche Auffassung der Rolle Deutschlands im Weltkriege zu bekräftigen, beweist das vom Dozenten Ernst Wigfors geschriebene Buch „Der Weltkrieg und der Weltfriede[2]."

Es ist dem Professor Nippold freilich klar, daß die Wellen des Chauvinismus in Frankreich, England, Rußland und Italien mindestens ebenso hoch gehen wie in Deutschland oder Österreich[3]. Doch seine Auffassung des deutschen Chauvinismus und des Chauvinismus überhaupt bleibt an der Oberfläche und ermangelt vollständig der nötigen Vertiefung durch weltpolitische Einsichten. Und er scheint nicht einmal auch nur zu ahnen, welch ein für Deutschland gefährlicher Anreiz und welche Hilfe dem Chauvinismus und der Deutschfeindlichkeit in gewissen fremden Ländern aus einer von deutscher Seite kommenden agitatorisch schiefen, übertriebenen Darstellung der tatsächlichen Bedeutung der deutschen Chauvinisten in der deutschen auswärtigen Politik erwachsen muß.

Ich möchte wohl wissen, ob Professor Nippold jetzt (1916) noch an folgendem, 1913 niedergeschriebenen Satze festhalten würde[4]: „Soviel ist jedenfalls sicher. Wenn wirklich etwas das Deutsche Reich in Gefahr bringen kann, so ist es einzig und allein das Überhandnehmen der chauvinistischen Bewegung. Diese, nicht die Tripelentente, ist Deutschlands Feind."

Hier ist „die chauvinistische Bewegung" in Deutschland gemeint — unter Übersehen der Möglichkeit, daß die chauvinistische Bewegung eines oder des anderen der Länder der Entente „das Deutsche Reich in Gefahr bringen" könnte! Solch blinder, selbstkritischer Eifer und solche auslandspolitische Harmlosigkeit sind echt deutsch!

[1] Berlin 1913. [2] Stockholm, I und II, 1915. [3] Op. cit., S. 127. [4] Op. cit., S. 127.

Wenn ich aus dem reichen Material, das mir zu Gebote steht, ein Beispiel eines Stückes deutscher Selbstkritik während des Krieges herausziehen sollte, das voll tiefer politischer Einsicht, gesund demokratischen, positiven Reformwillens und heißer Liebe zu den starken, guten Kräften im deutschen Volke ist, so könnte ich schwerlich etwas Besseres tun, als an das von Professor Hugo Preuß geschriebene Werk „Das deutsche Volk und die Politik[1]" zu erinnern.

Die Kritik dessen, was Preuß als die Schwächen der politischen Begabung des deutschen Volkes und als die Anomalien der gegenwärtigen politischen Verfassung Deutschlands ansieht, ist schonungslos und erschöpfend. Es ist eine Kritik, der sowohl die sozialistischen wie die liberalen Demokraten aller Länder müssen Verständnis entgegenbringen können. Aber es ist zugleich eine Kritik, die sie begreifen lassen wird, daß das deutsche Volk einen politischen Charakter in allgemein menschlicher Hinsicht ebenso wertvoller Art besitzt, wie der des englischen und des französischen Volkes ist, und daß diese Tatsache mit einer tiefgehenden Verschiedenheit des deutschen Typus politischer Beanlagung und der westeuropäischen Typen sehr wohl im Einklang steht.

Die universale Entwicklung dessen, was Preuß den „Obrigkeitsstaat" nennt, zu dem, was er den „Volksstaat" nennt, ist bisher zwar in England und Frankreich weiter fortgeschritten als in Deutschland. Andrerseits aber ist sie in Deutschland viel weiter gediehen, als diejenigen, welche verkehrterweise alle nationale politische Entwicklung mit national englisch-französischem Maße messen, zu erkennen vermögen. Im deutschen „Volksstaate" wird wohl immer ein wenig mehr vom „Obrigkeitsstaate" zu finden sein, als schließlich in dem französischen oder englischen „Volksstaate" zurückbleibt.

Deutsche Staatsgesinnung, deutscher Staatsidealismus ist an sich mächtiger, autoritativer und organischer als englisches oder französisches Staatsbewußtsein. Sie ist „zunächst ein Ausdruck der allgemeinen Verfassung des deutschen Geistes[2]", ist „eingebettet in die Gesamthaltung der deutschen Kultur[2]". „Der idealistischen Staatsauffassung" des Deutschen entspricht seine „idealistische Geschichtsauffassung[3]", und sie wurzelt in jenen sehr unenglischen und unfranzösischen Seelenkräften, die der Welt deutsche Lyrik, deutsche Musik, deutsche Philosophie, deutsche Mystik,

[1] Jena 1915. [2] Siegfried Marck, Deutsche Staatsgesinnung, München 1916, S. 4.
[3] Op. cit., S. 69.

deutsche mittelalterliche Burg- und Stadtbauten und deutsche bildende Kunst geschenkt haben.

„Künftig gehören wir alle zusammen in eine Partei des deutschen Idealismus, der zu einer politischen Kraft gemacht werden muß — mögen wir nun siegen oder nur durchkommen, oder mag es uns ganz schlecht ergehen — gleich!" schreibt Professor Alfred Weber am 25. Mai 1915 draußen im Felde[1]. „Und es ist ganz klar, daß nur die Kräfte, die heute links stehen, den Kristallisationspunkt abgeben können, um den sich das parteimäßig Neue gruppiert. Mit offenem Visier für Idealismus gegen Materialismus, das wird das einzige sein, wodurch die Nation zu bewegen sein wird. Sie wird aus diesem Kampf idealistisch zurückkommen, und es muß alles getan werden, damit dieser Idealismus nicht von bramarbasierenden Faustrecht-Nationalisten eingefangen, umgeformt und entwertet wird. Unser Ziel soll hochgespannter und edler sein als das der Gewalt-Nationalisten. Und ich bin überzeugt, daß ein höherer Flug des vaterländischen Gedankens als der ihre die Nation zu sich hinreißen würde. Wir haben bisher als nationales Klischee nichts Höheres gehabt als die Auffassung Treitschkes, die von ihm tief gefühlt wurde, — er hat wie wenige eine Empfindung für deutsches Wesen gehabt. Aber er hat als konkrete Weltaufgabe nur von der bloßen Machtbehauptung gesprochen. Und die Art, wie er sie aussprach, war daher imstande, der gewöhnlichsten, primitivsten, zum Beispiel antisemitischen Depravierung zu dienen."

„Der deutsche Volkscharakter ist für mich das Wunderbarste, was es menschlich gibt — das größte, tiefste und entscheidendste Erlebnis des ganzen Krieges", schreibt Weber am 8. Juni 1915[2]. „Was mich jetzt manchmal traurig gemacht hat, hat nicht seine Ursache in ihm, sondern in unserm Schicksal. Wir müssen das Reich in gewissem, vor allem im geistigen Sinn, aber auch in manchen äußeren Aufbauformen noch einmal errichten, mindestens umformen, wenn es uns — das geistige Deutschland — fassen soll. Das Verhängnisvolle ist, daß die bisherige Aufbauform, wenn sie uns auch militärisch rettete und militärisch und organisatorisch etwas Großes in die Welt hinstellt, doch die Gefahr in sich schließt, an unserer eigentlichen großen politischen und geistigen Aufgabe vorbeizuführen."

Wie vorurteilsfrei und tief kritisch ein deutscher Patriot, auch in Zeiten,

[1] Gedanken zur deutschen Sendung, Berlin 1915, S. 40—41. [2] Op. cit., S. 52—53.

da Staat und Volk in äußerster Gefahr sind, in die innersten Entwicklungsschwierigkeiten und Entwicklungsgefahren seiner Nation hineinblicken kann und hineinblicken will, das beweist vielleicht am allerdeutlichsten der letzte, am 22. September 1915 geschriebene Aufsatz dieser Sammlung[1]. „Wir müssen den Glauben festhalten," sagt Weber, „daß jener Geist, der unser eigenstes Gut ist, der uns aus diesem Weltzusammenbruch ans Licht rettet — trotz aller bisherigen Unvollkommenheiten des nach außen gerichteten politischen Handelns und der kläglichen seelischen Eingeengtheit unseres Verhaltens im Innern — jetzt, wo er erwacht ist und alles durchdringt, auch die Gestaltung unseres Staatskörpers zu einer ihm entsprechenden machen wird."

Und er fügt hinzu: „Es ist sehr unwahrscheinlich, daß dies nach dem absoluten Muster westlicher Demokratien geschehen wird."

Der Außenstehende aber kann hinzufügen: um so besser für die Hoffnung der Menschheit auf eine Weiterentwicklung der Gesellschaft. Diese Entwicklung muß eine Vielheit ungleicher Formen aufweisen, um dem Menschengeschlechte das Erhaltenbleiben jener geistigen Kraftmannigfaltigkeit und jenes geistigen Kraftgegensatzes, die ein reiches, aufsteigendes Leben kennzeichnen, verbürgen zu können.

[1] Op. cit., S. 103—107.

18. Deutsche Wertung der Feinde

Wer wissen will, wie echtdeutsche Selbstkritik — im Gegensatz zu der unechten des J'accuse-Mannes — in Kriegszeiten aussieht, der lese Hugo Preuß und Alfred Weber. Wer wissen will, wie ein Deutscher in Kriegszeiten die Feinde seines Landes beurteilen kann, der lese Karl Joel, Neue Weltkultur[1], Max Scheler, Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg[2] und Karl Leuthner, Russischer Volksimperialismus[3].

Schelers geniales Buch war schon Mitte November 1914 abgeschlossen und trägt alle Spuren der ungeheueren geistigen Spannung der ersten Kriegsmonate. Dies aber hat der Verfasser sich selbst nicht verhehlt. Er schreibt darüber in seiner Vorrede:

„Schon jetzt fürchte ich, daß die leidenschaftliche Bewegung des Gemütes, in der dieses Buch geboren wurde — wie oft legte ich die Feder von ihr gefangen zur Seite — in Urteilen über Personen und Völker über berechtigte Grenzen hinausgeführt habe. Ist es der Fall, so bitte ich die Betroffenen ob meiner großen Geistesenge um Verzeihung.

Noch mehr fürchte ich, daß — aufrichtig gemessen an den Ideen eines absolut Wahren und Guten, an denen jeder Mensch seine Gedanken und Forderungen messen sollte — zu dem also Wahren und Rechten dieses Buches sich viel also Falsches und Unrechtes eingeschlichen haben werde. Dann hoffe ich, daß Gott das Wahre und Rechte mit seinen Händen halten, schirmen und zur Kraft des Lebens werden, das Falsche aber, das ich sagte, so bald wie möglich wie Spreu im Winde verwehen lassen möge."

Schelers Buch ist in erster Reihe eine Wertung der Sache Deutschlands in Beziehung auf die Sache Englands und Rußlands und erst in zweiter Linie eine Gegenüberstellung der deutschen Sache und der Frankreichs. Die Grundstimmung sei durch einige Einzelanführungen angedeutet.

„Herr Romain Rolland schrieb in seinem Briefe an Herrn Gerhart Hauptmann: ‚Der Franzose glaubt nicht an das Fatum, das Fatum ist

[1] Leipzig 1915. [2] Leipzig 1915. [3] Leipzig 1915.

die Entschuldigung der Schwachen.' Er deckt mit diesem Satze, ohne es zu wissen, nur das Prinzip der frechen unheiligen Willkür auf, das die französische Geschichte seit der Französischen Revolution — in dem sie klassisch wurde — regiert! Umgekehrt gilt: Wie nur der starke und große Mensch ein echtes ‚Schicksal' hat, so auch gerade das starke, große, vor den inneren Notwendigkeiten seiner Geschichte ehrfürchtige und den tiefen Weisungen seiner inneren Konstitution über alle momentanen Opportunitätszwecke, etwaige Regierungs- und Diplomatenwillkür hinaus folgende Volk. Eben die Schicksalsmäßigkeit des deutsch-englischen Krieges ist es, die den Krieg zu einem ‚gerechten' Kriege macht; und vor der die törichten Anklagen von Personen voll Ehrfurcht verstummen sollten, Anklagen, die einen so großen Raum hüben und drüben einnehmen[1]!"

„Wenn es einen berechtigten und tiefen Zweifel gibt über das Vorhandensein der Kriterien des ‚gerechten Krieges' in diesem Kriege, so kann er ernstlich allein den deutsch-französischen Teilkrieg betreffen. Daß hier Gegensätze und Machtkonflikte fehlen, wie sie im russisch-deutsch-österreichischen und deutsch-englischen Kriege vorhanden sind, — das sieht jeder[2]." „Die Wiedergewinnung eines durch kriegerische Gewalt eroberten Landesteiles, über dessen rechtmäßige Zugehörigkeit zu den beiden in Frage kommenden Staaten bei dessen Bewohnern grundverschiedene Rechtsauffassungen dauernd obwalten, kann — der inneren qualitativen Natur des Konfliktes zufolge — einen kriegsgewichtigen Gegensatz bilden[3]." Liegt nun ein solcher hinsichtlich Elsaß-Lothringens vor? Scheler meint, daß dies nicht der Fall sei. Vor liege nur „die in die alte romanisch-germanische Rassenfremdheit eingebettete Revancheidee". „Nun aber ist nichts klarer," fährt er fort, „als daß ein purer ‚Revanchekrieg' ein absoluter sittlicher Nonsens ist." Es sei „der Gipfelpunkt des politischen Verbrechens", diese in verletzter Eitelkeit wurzelnde und zum niedrigen Rachegefühl herabgesunkene Idee zum leitenden Grundgedanken „eines großen, in seinen Kulturleistungen bewunderungswürdigen Volkes" zu machen, anstatt sie höchstens zu einem nebensächlichen Faktor im politischen Leben werden zu lassen, „zu einem untergeordneten Bedürfnis, das gelegentlich einmal, wenn es ernste positive Zwecke erlauben und sich die Sache in sie einfügt, befriedigt werden kann[4]."

Hieran knüpft Scheler einige wahre Worte über die der eigenen Seele Frankreichs drohende Gefahr, daß „die Koketterie mit dem Zarismus" sich

[1] Op. cit., S. 191—192. [2] Op. cit., S. 193. [3] Op. cit., S. 194. [4] Op. cit., S. 196.

durch den unwiderstehlichen Druck der Weltbegebenheiten in eine zu intime geistige Zwangsgemeinschaft verwandeln könne und so zu einer nicht nur Frankreich, sondern dem festländischen Europa überhaupt lebensgefährlichen Machterweiterung „nicht etwa des Slawentums in toto, wohl aber jenes tiefen Zusammenhanges, den griechische Orthodoxie, Zäsaropapismus, Byzantinismus, religiöser Quietismus, Knute und Schnaps — miteinander bilden[1]", führen werde.

Scheler beklagt das geschichtlich unvermeidliche Unglück, daß Deutschland soviel besser zu einem Kriege gegen Frankreich vorbereitet gewesen sei, als zu einem Kriege gegen Rußland oder gar gegen England, und daß Deutschlands militärischer Verteidigungskampf sich daher vielleicht energischer gegen Frankreich richten werde, als politisch richtig sei[2].

„Ich habe ein Gesicht, das grausigste, das sich die Phantasie nur ersinnen kann", sagt Scheler an anderer Stelle. „Diese herrliche Erdkugel schließlich aufgeteilt in drei große Reiche: in ein großes mongolisches Reich unter Japans Führung und unter Japans Devise ‚Asien für Asien'; in ein über den Westen expandiertes russisches Reich, in das sich vielleicht europäische Kulturdinge, nicht sie frei schaffende Kulturkräfte noch hineinretten könnten, und ein mehr oder weniger mechanisiertes Amerika, das ohne das europäische Vorbild und ohne Europas ewig mahnendes Gewissen sich allein seinen spezifischen, nur allzu ‚spezifischen' Begabungen überließe![3]"

„Zwei Einstellungen", sagt er weiter[4], „scheinen mir für die Feststellung des Verhältnisses der Spannweite des europäischen Geistes zum Russentum besonders verderblich. Erstens die Auffassung Rußlands als nur einer ‚Nation' unter anderen Nationen analog Deutschland, Frankreich, England; zweitens die Teilung in ein europäisiertes und asiatisches mongolisch-tatarisches Rußland — eine Scheidung, die man von der harmlosen eines europäischen und asiatischen Rußlands im geographischen Sinne wohl scheiden möge."

„Was das erstere betrifft, so hat aber Rußland sicher nicht nur den Wert einer Nation, sondern mindestens den Wert eines Kulturkreises, so wie Westeuropa als Ganzes selbst wieder einen Kulturkreis darstellt. Es heißt

[1] Op. cit., S. 208—210. [2] Op. cit., S. 211. [3] Op. cit., S. 248. [4] Op. cit., S. 297—299.

also Rußland in einem Sinne schon unterschätzen, wenn man es eine ‚Nation' nennt. Aber in einem anderen Sinne heißt es auch Rußland erheblich überschätzen."

„Nation" sei ein westeuropäischer Kulturbegriff. Das bunte Völkerkonglomerat des Russenreiches ermangle der geistigen Entwicklung, die zu dem Begriffe „Nation" gehöre. Und die höhere und höchste Bildung sei in Rußland nicht national, sondern kosmopolitischer und internationalistischer als in irgend einem anderen Lande. „Rußland besteht also weder aus Nationen wie Österreich — noch ist es selbst eine Nation." Der „Panslawismus" sei teils Orthodoxie, Byzantinismus und Zarismus, teils eine dem Westen entlehnte Idee.

Es gibt, nach seelischem Maßstabe, wirklich nicht ein europäisches und ein asiatisches Rußland, sondern nur ein geistig einheitliches, wenn auch ethnisch buntes Russenreich mit einem dem eigentlichen Europa fremden Geistes- und Kulturtypus. Die Grenze zwischen europäischer und russischer (asiatischer) Geistigkeit liegt nicht in der Uralgegend, sondern dort, wo west- und südslawische Völker die Tendenz zeigen, sich geistig in Europäer zu verwandeln.

Scheler hat seinem Buche eine umfangreiche Studie „Zur Psychologie des englischen Ethos und des ‚cant'" als Anhang hinzugefügt. Sie scheint mir das Gründlichste und Scharfsinnigste alles dessen zu sein, was über diesen in der ganzen Welt viel besprochenen und für alle Welt sehr bedeutungsvollen Gegenstand geschrieben worden ist.

Die Gesichtspunkte erinnern in vielem an unsern lieben George Bernard Shaw, der auch eine oft angeführte Autorität ist — gleich den englischen Philosophen von Bacon, Locke, Hobbes, Berkeley, Hume und Smith bis zu James Mill, John St. Mill und Carlyle und gleich englischen Dichtern von Shelley und Byron bis auf Oscar Wilde und Meredith, nebst Schriftstellern wie Chesterton.

Ein Zusammenhang zwischen dem Weltkriege und dieser interessanten völkerpsychologischen Untersuchung liegt ja in den während des Weltkrieges veröffentlichten Aussprüchen englischer Staatsmänner, Gelehrter und Journalisten über die materielle Bedeutung dieses Krieges, sowie über die ideellen und materiellen Gründe, die England zur Beteiligung daran bewegt haben, in allerreichstem Maße vor. Scheler findet die Anknüpfung vor allem in einer zusammenfassenden Kundgebung in dem von den members of the Oxford faculty of modern history herausgegebenen

Buche: Why we are at war, Great Britain's case[1], worin folgendes ſteht[2]: „It is true that we are fighting for our own interests. But what is our interest? We are fighting for Right, because Right is our supreme interest."

Scheler fragt ſich nun und ſucht die Frage zu beantworten: „Wie konnte dieſer ‚alte engliſche Gedanke' (‚the old — the very old — English political theory') — wie dieſer Glaube entſtehen? Wie Dauer gewinnen, wie in England herrſchen?"

Die Frage hat ja, ſeitdem die Oxfordhiſtoriker Ende 1914 ihr Kriegsbuch erſcheinen ließen, bedeutend an Aktualität gewonnen. England kämpft, nach Ausſage dieſer Gelehrten, teils für das internationale Recht, teils aus dem Grunde, weil die Engländer ein Volk ſeien, „in deſſen Blute die Sache der Geſetzlichkeit das Lebenselement iſt", teils aber deshalb, weil die Geſetzlichkeit im Verkehr der Nationen „Englands höchſtes Intereſſe iſt".

Der Ausgangspunkt iſt demnach die kluge Annahme oder der blinde Glaube, daß die Sache der internationalen Geſetzlichkeit, des „Rechtes", immer mit den Lebensintereſſen Englands harmoniſiere, ſo daß England nie in eine Lage kommen kann, in welcher ihm ſein Lebensintereſſe geböte, internationale Ungeſetzlichkeiten zu begehen, internationales Recht zu verletzen und ſich gegen das „Recht" zu verſündigen.

Doch, meine Herren members of the Oxford faculty of modern history, nehmen wir einen Augenblick — for the sake of argument — an, daß dieſe präſtabilierte göttliche Harmonie zwiſchen dem Intereſſe Englands, ſein Leben zu ſchützen, einerſeits und dem Inhalte ſowie den Vorſchriften des „Rechtes" andrerſeits geſtört würde! Dann knackte natürlich die göttliche Weltordnung in ihren vitalſten Fugen. Dennoch ſoll es in der Geſchichte der Menſchheit ſchon vorgekommen ſein — oder was ſagt the Oxford faculty of modern history?

Nun gut — was tut England in dieſem angenommenen Falle? Hilft es freiwillig dabei, ſich den Hals abſchneiden, um the public law of Europe zu verteidigen? Oder beginnt England in dieſer „unharmoniſchen" Weltlage the public law of Europe zu drehen und zu wenden? Gerade ſo viel, wie nötig iſt? Das heißt: wie nötig iſt, damit das von England auf dieſe Weiſe mehr oder weniger glimpflich und willkürlich korrigierte public law of Europe wieder mit „our interest", „our own interests" harmoniere?

[1] Oxford 1914. [2] S. 116—117. [3] Op. cit., S. 115—116.

Ist dies die Art und Weise, wie the public law of Europe zu entstehen pflegt? Und erklärt diese Tatsache das Bestehen der ewigen Harmonie zwischen dem „Rechte" und den „Interessen" Englands?

Ja, — welch ein Licht wirft nun, nach Ansicht der Oxford faculty of modern history, das Stück modern history, das sich seit Ende 1914 auf der Weltbühne abgespielt hat, auf diese interessante Frage?

Wenn wir Antwort auf diese Frage erhalten haben, dann sind wir ohne Zweifel im Besitze neuen, wertvollen Materiales zur Beleuchtung der Frage, mit deren Behandlung Max Scheler sein lesenswertes Buch abschließt.

So explosiv Scheler in seinem Genius des Krieges ist, so sanft, obgleich nicht weniger genial, ist Karl Joel in seinem Buche Neue Weltkultur — das auf wunde Herzen in allen Ländern wie Balsam wirken können muß, ohne darum die Forderung strenger Wissenschaftlichkeit und Wahrheit unbefriedigt zu lassen.

„Wahrlich, in diesem Kriege gilt es mehr als Güter und Schätze der Menschen, mehr als das Leben der einzelnen, mehr als das Sein oder Nichtsein der Völker, in diesem Kriege geht es zuletzt um die Weltordnung. Wer wird siegen? Das Recht oder die Macht, die Werte oder die Triebe, die Ideale oder die Egoismen der Völker, die Freiheit oder die Knechtschaft, die Ordnung oder die Zerstörung, kurz die Kultur oder die Barbarei, religiös gesprochen, Gott oder die Natur, die oft so teuflische? Es geht um das Ziel der Menschheit, um den Sinn der Geschichte, der verloren ist, wenn sie rückwärts schreitet[1]."

In der Menschenseele kämpfen zwei geistige Urkräfte. Der unbegrenzt expansive, nach außen gerichtete und sich nach außen hingebende Lebenswille, der „Absolutismus". Und der nach innen, auf das Ich selbst gerichtete, sich in ihm einkapselnde und nach der Selbständigkeit des Ichs strebende Lebenswille, der „Individualismus", der „Egoismus". Im „Absolutismus" liegt der Wille zur Staatsbildung, zur Staatserweiterung, zum Imperialismus und zu universaler einheitlicher Organisation der Menschheit. Im „Individualismus" kämpft die persönliche Freiheitsbegierde gegen staatliche und soziale Fesseln.

Die höchste Kraft der Menschheit ist die harmonische Vereinigung des „absolutistischen" Lebenswillens mit dem „individualistischen" und ihr gemeinsames Wirken. Doch die Völker sind einander hinsichtlich des Maßes

[1] Op. cit., S. 3.

ihrer Anteile an diesen Lebenstendenzen und in der Art der Spezialisierung dieser Tendenzen in tiefgehendster Weise ungleich. Daher gestaltet sich der Machtkampf zwischen den Völkern zu einem Kampfe, der darüber entscheiden soll, ob die eine der beiden großen Lebenstendenzen oder die andere die Menschheit beherrschen wird, oder zu dem Streben eines bestimmten Volkes oder gewisser Völker, die eine Lebenslinie — meistens die „absolutistische" — zu monopolisieren. Dieser Grundzug der Weltgeschichte ist auch der Grundzug des Weltkrieges.

„Nach Gründung gewaltiger Kolonialreiche haben französischer ‚Nationalismus', englischer ‚Imperialismus' und russischer ‚Panslawismus' Deutschland als ‚weltbedrohende Militärdespotie' dem Fluch der Völker und den Waffen der halben Erde überantwortet. Und Deutschland muß sich nun wehren gegen den Kaiser von Indien und gegen die Schatten Peters des Großen, Ludwigs XIV. und Napoleons[1]."

Rußland. — „Man sieht meist in Rußland zu sehr nur das Unentwickelte und nicht auch das Fremdartige; man sieht nicht, wieviel Asien hier in Europa hineinspricht, wieviel Asien mit seiner dumpfen Mongolei, wieviel Asien auch mit seiner besten Mitgift, mit seiner Glaubenskraft. Aller Glaube aber ist absolut, und Rußlands Seele lechzt blindlings ins Absolute — — —. Nicht erst der Zar, nein, schon die russische Seele, die ihr ‚Väterchen' auf Händen trägt, ist absolut. Statt intensiver Kultur sucht sie unendliche Expansion bis zur Allumfassung."

Schwärmerei, Zügellosigkeit, Fanatismus, Fatalismus, blinde Unterwerfung, blinder Aufruhr, geniales Geschwätz bis ins Unendliche, Nitschewo, wo es auf Handeln und Moral ankommt — das ist die russische Seele, eine Seele der welterobernden Horden, aber keine Seele der Kultur. Zu wirklicher Kultur reicht der Individualismus des Russen nicht aus. Er ist zu wenig Persönlichkeit, zu sehr formloser Massenmensch — bald liebenswürdig, bald bestialisch, wie der Massenmensch immer ist, und immer unzuverlässig, immer bestechlich, immer ein moralisches Nitschewo.

Frankreich. — „Ja, der Absolutismus blieb religiös, politisch, philosophisch, wissenschaftlich die Dominante Frankreichs, die große Linie, von der seine kühnsten Geister ausbogen, zu der sie aber meist reuig zurückkehrten wie der Sünder ins Kloster."

„Doch unter all diesem hierarchischen und monarchischen Absolutismus

[1] Op. cit., S. 11—12.

wucherte ein beweglicher Individualismus fort und schuf erst das Problem Frankreichs und seine Kultur. Denn eben der Absolutismus gab die einheitliche Form, die klare Bahn, den festen Stil und darin den hocherziehlichen Zwang, der nun die Individuen zu heißerem persönlichen Wetteifer sammelte und stachelte und ihnen dabei nur Betätigung ließ in immer zarterer, schmiegsamerer Verfeinerung von Geist und Leben, in der schließlich Frankreich alle Völker der Erde übertraf[1]."

Keine Genies allergrößten Maßes. Aber viele feine geniale Geister vornehmen zweiten Ranges. „Wir haben keinen Faust und keinen Hamlet, aber wir haben die Briefe der Madame de Sévigné", sagt der fromme Brunetière. Die Kultur, der Individualismus, hat in Frankreich einen weiblichen Charakter. Die männliche Kraft der Nation finden wir in Staat und Kirche in der starken Zentralisation der Staatsverwaltung und der Kulturinstitutionen, in der unausrottbaren Sucht, innerhalb der Machtgesellschaft der Staaten den grand seigneur zu spielen. Doch auch in diese Lebenssphäre spielen die weiblichen Charakterzüge hinein — was französische Revanchepolitik und französische Gloirepolitik genugsam bezeugen.

England. — „Schreckliches Volk, klagt ein französischer Kardinal in England: hundert Sekten und nur eine Soße![2]" Der Arme war in seinem sektenlosen, in religiöser Hinsicht absolutistisch wohlgeordneten Lande daran gewöhnt, den ewigen mouton auf hundert verschiedene Weisen zu essen, weil ihm hundert verschiedene Soßen zur Verfügung standen. Der ernstgemeinte englische Individualismus erschreckte ihn. Er kannte den Individualismus nur als kulinarische Würze — in der Küche, in der Kultur, im Gesellschaftsleben.

„Der altenglische Individualismus, der zuerst den Absolutismus stürzte, aber auch weiterhin alle Staatsmacht und alle Uniform möglichst von sich schob, hat zweifellos der Neuzeit die Fahne der Freiheit vorangetragen und hat die Ideen gebildet, die Frankreichs Aufklärung und Revolution in Flammenschrift für Europa verkündeten; aber er hat dabei die Freiheit nicht im französischen Sinne als Gleichheit oder als bloße Empörung, sondern positiv als Selbständigkeit entfaltet und hat im Engländer das wahrhaft plastische Bild des freien Kraftträgers geschaffen. Und dieser Individualismus hat Kultur geschaffen; denn die Kultur braucht die Freiheit, weil sie aus dem Individuum wächst."

[1] Op. cit., S. 21—22. [2] Op. cit., S. 26.

„Und doch! Jener freie Kraftträger, der so erstaunlich früh fertig ward, ist stehengeblieben und gleicht oft in aller Tüchtigkeit einem hochgewachsenen Jungen, der nicht zur letzten inneren Reife, zur väterlichen Verantwortlichkeit kam[1]."

Der englische Individualismus vertrocknet zu Egoismus, kehrt — das schon Vorhandene bewahrend — der geistigen Kultur den Rücken und konzentriert seine Kraft auf das materielle Arbeitsgebiet. „Der bloße Individualismus ergibt einen Egoismus, der seelisch leer und träge wird, der nur seine leiblichen Güter steigert, sich in Sport und Kleidung, Komfort und Reichtum auslabet und wesentlich eine athletische und hygienische, technische und ökonomische Kultur erschafft, in der England der Meister Europas ward."

„Und dieses Volk der Pairs (ideal gesprochen) oder (real gesprochen) dieses Volk der Kaufleute hat nun das Netz des Weltreichs nur lose über die Völker geworfen, nur als geltende Handelsgemeinschaft, die unter Wahrung äußerer Formen Gewinn erzielt. Und dieses größte Kolonisationsvolk der Erde und der Geschichte hat vorzüglich eine äußere Kultur der noblen Sitte und der praktischen Mittel verbreitet und zwingt durch seine selbstherrliche Kraft Millionen, seine Art zu achten, seiner Form sich zu beugen; aber während es sich in den Mantel seiner Tugend hüllt, öffnet es nicht sein Herz, das doch Byronscher Glut fähig war, will es weder lernen, noch bekehren, läßt es die Menschen und die Völker frei und kalt und greift nur an ihre Wirtschaft und stiftet kein inneres Band — wie es kein geistiges System mehr baut, weil es im Einzelnen und Endlichen, im Materiellen und Praktischen hängenbleibt, weil es in seinen Denkern sich als ‚agnostisch' bekennt, und das heißt als blind gegen das Absolute, weil es keinen Himmel über sich schaut, dem es sich opfern will." „Aus Liebe zu sich selbst erschlug er sich" — schreibt George Meredith in seinem großen Werke „Der Egoist"[2].

Deutschland. — Deutschland geht bekanntlich nicht nur auf Welteroberung aus. Daß Deutschlands Kriegführung barbarisch und nutzlos verwüstend und eine bestialische Grausamkeit nur um der Grausamkeit und Verängstigung selbst willen sei — das wird tagtäglich energisch von allen seinen vielen Feinden verkündet.

Teils kommen sie mit Beweisen — die doch wohl von anderen als ihnen selber nachgeprüft werden müßten. Mit Beweisen, die sich so oft als ganz falsch, ja als nackte Fälschungen oder als in wesentlichen Teilen grundfalsch

[1] Op. cit., S. 29. [2] Op. cit., S. 39—40.

herausgestellt haben, so daß die Nachprüfungsarbeit eine Riesenarbeit mit beständig wachsenden Dimensionen geworden ist.

Teils urteilen sie a priori. Der Deutsche ist immer der Barbar gewesen. Was wir jetzt erleben, das hätte man vorhersagen können.

Neben diesem a-priori-Argumente des Feindes steht ein zweites. Es kommt von einer Klasse geistig sehr „hochstehender" Neutraler. Und hier lautet es so: der Deutsche ist ebenso grausam wie seine Feinde. Alle Kriegführenden sind gleich grausam. Das Vorgehen des Deutschen in Belgien muß, dieser Theorie a priori zufolge, mindestens ebenso scheußlich gewesen sein wie das des Russen in Ostpreußen.

„Wer aber a priori urteilen will," schreibt Joel[1], „muß sich doch fragen, ob der Deutsche auch nur einen der Antriebe zur Grausamkeit mitbringt: Zügellosigkeit oder Unbildung oder Leidenschaftlichkeit oder Haß gegen die Länder, in denen er kämpft. Doch, wenn der Deutsche nach einer Richtung hin fanatisch ist, so ist er's doch gerade in der Disziplin, und wenn er einen statistisch erweislichen Vorzug hat, so ist es die am weitesten durchgehende Schulbildung, und wenn er gegenüber romanischen und slawischen Völkern einen Mangel hat, so ist es vielleicht der an Temperament und impulsiver Leidenschaftlichkeit, und er haßt weder Russen noch Belgier, und er liebt beinahe Frankreich."

„Wer aber lieber a posteriori urteilt und die Erfahrung der Geschichte zum Zeugen ruft, der muß sich doch wohl wundern, daß gerade eine Nation barbarisch sein soll, die wohl wie alle anderen ihre barbarische Urzeit hatte, die noch im Dreißigjährigen Kriege eine Blütezeit der Greuel hatte, als sie, wie Leibniz sagt, fremden Blutvergießens Materie war, die aber seitdem eher ein erstaunlich unblutiges ‚unfanatisches' Geschichtsleben zeigt. Dieses Volk, dessen Revolution kaum soviel Hunderte Menschenleben kostete als die französische Hunderttausende, das kaum blutige Tyrannen und blutige Verschwörungen kannte, das nicht die Inquisition und nicht die Guillotine erfand, nicht die spanische Folter oder die neunschwänzige Katze, das keinen Alba und keinen Torquemada hatte, keinen Cesare Borgia, keinen Richard III. und keinen Iwan den Schrecklichen, keine Dragonaden, keine Sizilianische Vesper, keine Templerverbrennung, keine Bartholomäusnacht, keine Pulververschwörung, keine Strelitzen und Janitscharen, das auch in der Gegenwart keine Maffia und Camorra kennt, keine ‚Briganten' und ‚Apachen', keine Fürstenmorde, keine Kongogreuel, keine Pogrome,

[1] Op. cit., S. 39/40.

keine Nihiliſten, keine ‚Anarchiſten der Tat‘ und keine Suffragetten, keine Vogelſteller (à la Italien) oder Stierkämpfer — dieſes Volk gerade ſoll ſich heute der ſchlimmſten Grauſamkeit ſchuldig machen?“

„Iſt aber der Vorwurf der Barbarei ungerecht, dann iſt er ſelber das barbariſchſte aller Kriegsmittel — — —.“

Mag man auch Deutſchland ſelbſt in ſeinem heutigen Lebenszuſtand, mag man die deutſche Realität noch ſo unvollkommen finden oder doch ſie zu loben ſich ſcheuen, die deutſche Idealität darf man preiſen, weil ſie vereinigt, was anderen ewig widerſprechend erſcheint, weil ſie die Einheit ſucht von Kraft und Ordnung, von Freiheit und Geſetz, von Selbſtherrlichkeit und hingebendem Dienſt, von Eigenheit und Allgemeinſinn, die Einheit eben von Individualismus und Abſolutismus. Die Deutſchen mußten zu Denkern werden, weil widerſprechende Ideale in ihre Bruſt gelegt ſind. Und das deutſche Denken wieder mußte ſein Idealprinzip finden in der Einheit der Gegenſätze[1].“

„Man richte jedes Volk in den Fehlern ſeiner Tugenden, aber man gönne ihm auch die Tugenden ſeiner Fehler. Das deutſche Weſen iſt das verkannteſte, weil es am ſchwerſten faßbar iſt wie das Lebendige ſelber, das nie fertig geformt iſt, immer nur ſtrebt und ſich entwickelt[2].“

„Nicht aus dem ‚Militarismus‘ iſt das deutſche Weſen, ſondern aus dem deutſchen Weſen iſt der ‚Militarismus‘ zu verſtehen, der nur eine ſtärkſte notwendige Auszweigung iſt jener organiſierenden Kraft, die dieſes Weſen zugleich in ſoviel anderen Formen entfaltet[3].“

„Ja, wie kein anderer iſt dieſer Krieg ein Kulturkrieg, der nicht wie andere nur dem Jahrhundert eine Furche ziehen, ſondern ins Mark der Jahrtauſende greifen und eine neue Erde bereiten wird.“ Die Völker werden jetzt aus ihrer Selbſtzufriedenheit aufgerüttelt werden und den geiſtigen Boden, den ſie bisher brach haben liegen laſſen, in Anbau nehmen, ſo daß die Harmonie zwiſchen den inneren Kräften der Volksſeelen vollkommener werden wird, als ſie vorher geweſen iſt. Frankreich wird individualiſierter werden, England weniger materialiſtiſch und Deutſchland reifer in ſeiner Syntheſe innerer Freiheit und äußerer Geſetzlichkeit, Selbſtändigkeit und Selbſthingabe[4].

[1] Op. cit., S. 56. [2] Op. cit., S. 65. [3] Op. cit., S. 79—80. [4] Unter den deutſchen Kriegsbüchern, die ich hier aus Raummangel nicht analyſieren kann, möchte ich beſonders auf folgende aufmerkſam machen: Karl Nötzel, Der franzöſiſche und der deutſche Geiſt. — Eduard Wechßler, Die Franzoſen und Wir. — Karl Zimmermann, Das Problem Belgien. — Diedrich Biſchoff, Deutſche Geſinnung. — Georg Miſch, Vom Geiſt des Krieges. Sämtlich in Eugen Diederichs Verlag in Jena.

VI

Die Beſorgniſſe demokratiſcher Idealiſten wegen des Seelenzuſtandes der Deutſchen

19. „Über dem Kampfgetümmel"

Von aller ehrlich unbewußten, mit ehrlichem Idealismus verbundenen Selbstüberschätzung, die in der französischen Kriegsliteratur hervorgetreten ist, scheint mir Herrn Romain Rollands Audessus de la mêlée die abschreckendste zu sein.

Der Verfasser dokumentiert einen naiv unerschütterlichen, mit dem sanften Fanatismus eines Märtyrers nicht zu wenig durchsetzten Glauben, daß sein Geist und seine Auffassungen des deutschen und des französischen Wesens, sowie des deutschen und des französischen Anteiles am Kriege himmelhoch „über das Kampfgetümmel" erhaben seien. Nichts deutet in dem Buche an, daß der Verfasser seine eigene sehr deutliche Begrenzung auch nur ahnt. Eine typisch französische Begrenzung, die ihn in tiefer, hoffnungsloser Weise verständnislos vor der zentralen Eigenart des deutschen Wesens dastehen läßt — ein einziges Gebiet möglicherweise ausgenommen, das der Musik. Doch auf diesem Gebiet nicht etwas von deutschem Wesen tief fassen, hieße ja, von der Verbindung mit dem höchsten alles Existierenden überhaupt ausgeschlossen sein — und das geht doch wohl nicht an, wenn man als eigentliches Fach gerade die Geschichte der Musik hat.

Herrn Rollands zehnbändiger Roman Jean-Christophe ist von demokratischer und pazifistischer Seite auf das tollste überschätzt worden, weil er uns — o Wunder aller Wunder! — einen Franzosen zeigt, der ehrlich versucht, deutsches Wesen zu verstehen und rein geistig einen wirklichen Frieden (im Gegensatze zu dem „Waffenstillstand" der französischen Revanchisten!) zwischen den beiden großen Kulturnationen anzubahnen. In der Überraschung und Begeisterung hat man indessen, wie mir scheint, den bei Herrn Rolland herrschenden Unterschied zwischen Wollen und Können ganz übersehen.

Herr Rolland hat, meiner Ansicht nach, in dem Romane Jean-Christophe ebenso klar gezeigt, daß er deutsches Wesen nicht gründlich kennt und versteht, wie er gezeigt hat, daß er wenigstens etwas von dem Zentralen im Wesen der deutschen Musik und des deutschen Musikers fühlt und versteht. Schon das am allernächsten liegende Lebensgebiet, nämlich

das innere Verhältnis des deutschen Volkes zur Musik, kennt und versteht der Verfasser des Jean-Christophe nicht. Überdies weist seine Schilderung deutscher Menschen und Situationen eine deutliche Tendenz zum Ausarten in Karikaturen wohlbekannten französischen Stiles auf.

Und vergleichen wir nun Herrn Romain Rollands unabsichtlich anspruchsvolles „Über dem Kampfgetümmel" mit Max Schelers ebenso ehrlich kriegerischem wie ehrlich selbstkritischem „Genius des Krieges" oder mit Karl Joëls nicht weniger selbstkritischem, aber tief friedfertigem und versöhnlichem Buche „Neue Weltkultur", so öffnet sich vor unseren Augen ein wahrer Abgrund der Verschiedenheit zwischen französischer und deutscher Befähigung zu völkerpsychologischer Analyse und Sachlichkeit.

Der Wille ist bei dem Franzosen ebenso ehrlich wie bei dem Deutschen. Aber der Franzose bleibt sogleich in einem Dogma stecken, ohne es zu ahnen. In einem Modedogma, das ihm erlaubt, das deutsche Wesen zu hassen, ohne zu ahnen, was er tut. Er will das deutsche Volk nicht hassen; ebensowenig wie er das französische oder sonst ein Volk hassen will. Aber er haßt blind, voller Wut den „preußischen Militarismus". Und er ahnt gar nicht, daß er ihn gründlich verkennt. Er ahnt nicht einmal, daß dieser von einem seiner Feinde verkannt werden kann.

Er ahnt also nicht, daß dieser „Militarismus" ein Stück, und wahrlich nicht das schlechteste, des Zentralen im Wesen des Deutschen ist. Also etwas, worüber ein Idealist au-dessus de la mêlée ohne gründlichste Prüfung aller wesentlichen Tatsachen absolut nicht urteilen oder aburteilen darf.

Jene ebenso naiven wie maßlosen gehässigen Ergüsse über den „preußischen Militarismus" oder den „deutschen Militarismus" sind der unbewußte Sündenfall vieler ehrlicher Idealisten. Ihr Verfallen — gegen ihren eigenen guten Willen — in einen dummen Deutschenhaß während dieses Weltkrieges. In einen Deutschenhaß, den sie natürlich ableugnen und ableugnen müssen, da sie durchaus nicht begreifen, wo der „Militarismus" endet und der „Deutsche" anfängt, aber doch ihr Herz von jedem Wunsche, ein ganzes Volk als solches zu hassen, frei wissen.

„Ma tâche est de dire ce que je crois juste et humain", schreibt Rolland im September 1915 in der Vorrede seines Buches „Au-dessus de la mêlée". Ja, niemand kann Besseres tun, als wenn er das tut, was, seinem „Glauben" nach, gut ist. Der Glaube ist der Mann. Und der Glaube trägt oft das Kennzeichen der Nationalität.

Es kennzeichnet Herrn Rolland und jene jetzt in allen Ländern der Welt so zahlreichen Demokraten und Idealisten, deren Typus er ist, daß er und sie lange vor dem Weltkriege einen Glauben gehegt haben, der ihnen das Recht gab, während des Weltkrieges an alle die tollen Gerüchte über die grenzenlose Brutalität und Barbarei des „deutschen Militarismus" zu glauben. Es ist seit lange ein Element des demokratischen Idealismus jener Leute gewesen, daß sie die „Preußerei" oder den „deutschen Militarismus" gründlich zu kennen glauben, daß sie zwischen ihm und „dem deutschen Volke" klar unterscheiden zu können glauben und daß sie glauben, kein schändliches Gerücht, keine wahnsinnig gemeine Schmähung könne zu schändlich oder zu wahnsinnig gemein sein, sobald der Gegenstand der besagte „Militarismus" ist.

Man denkt gar nicht daran, daß man eines schönen Tages mit Schimpf und Schande als ein Mensch dastehen kann, der leichtfertig und aus Vorurteil unglaubliche Lügen und Schmähungen geglaubt, den agitatorischen Übertreibungen, Entstellungen und lügenhaften Sensationsgeschichten eines Feindes Glauben geschenkt hat.

Kein Gedanke daran, daß man durch solche vorurteilsvolle Leichtgläubigkeit das ganze Volk kränkt, dessen „Militarismus" man also selber schmähen und verleumden hilft — auch dann, wenn dieses Volk mit seinem eigenen „Militarismus" nicht einverstanden ist.

Herr Rolland schreibt am 29. August 1914 einen „offenen Brief an Gerhart Hauptmann", weil „ein Telegramm aus Berlin (Wolffs Bureau) in der „Gazette de Lausanne" vom 29. August 1914 mitgeteilt hat, daß ‚die an Kunstschätzen reiche alte Stadt Löwen nicht mehr existiere'".

„Die an Kunstschätzen reiche!" „Nicht mehr existiere!" Herrn Rolland — der seine Deutschen kennt — ist die Sache sofort klar. „Der deutsche Militarismus" ist losgelassen und vernichtet Kunstschätze — ohne zwingende militärische Gründe, aus reiner Brutalität, aus reiner Zerstörungslust und Kulturfeindlichkeit.

Nichts wird Herrn Rolland dazu bewegen, „seine Seele mit Haß" zu beflecken. Aber Deutschlands Schuld am Ausbrechen des Krieges scheint ihm völlig klar zu sein, und er fährt nun folgendermaßen fort[1]:

[1] Op. cit., S. 12—13 der schwedischen Auflage. Ich entlehne die Zitate der schwedischen Übersetzung, Stockholm 1916, vergleiche sie aber mit dem mir vorliegenden französischen Originale.

„Welche Gründe ich also auch habe, in dieser Stunde durch die Schuld Ihres Deutschlands zu leiden und die deutsche Politik samt den von ihr angewandten Mitteln als verbrecherisch zu bezeichnen, so mache ich doch keineswegs das Volk, das ihr unterworfen ist und sich von ihr als blindes Werkzeug gebrauchen läßt, dafür verantwortlich. Ich will damit nicht sagen, daß ich gleich Ihnen den Krieg als unvermeidliche Notwendigkeit ansehe. Ein Franzose glaubt nicht an den Fatalismus. Der Fatalismus ist die Entschuldigung schwacher Seelen. Der Krieg ist die Frucht der Schwäche und Dummheit der Völker. Man kann sie nur beklagen, nicht ihnen zürnen. Ich mache Ihnen unsere schmerzlichen Verluste nicht zum Vorwurf; die Ihrigen werden nicht geringer bleiben. Geht Frankreich unter, so tut Deutschland es auch. Ich erhob nicht einmal meine Stimme, als ich Ihre Heere die Neutralität des edlen Belgiens verletzen sah. Dieses empörende Verbrechen an Treu und Glauben, das in jedem redlichen Gemüte Verachtung erregt, ist nur zu sehr mit der politischen Tradition Ihrer preußischen Könige vereinbar. Es hat mich nicht überrascht.

Doch daß Ihr dieses hochsinnige Volk, dessen einziges Verbrechen darin besteht, daß es um seine Selbständigkeit und für das Recht kämpft, wie Ihr Deutschen 1813 selbst getan, nun mit solcher Wut behandelt — das ist zuviel! Der Groll der Welt erwacht. Verübt diese Gewalttaten gegen uns Franzosen, Euere wirklichen Feinde! Aber gegen Euere Opfer, gegen dieses kleine unglückliche und unschuldige belgische Volk zu wüten — welche Schande!

Und nicht damit zufrieden, das lebende Belgien anzufallen, führt Ihr auch Krieg mit den Toten, mit dem Ruhme der vergangenen Jahrhunderte. Ihr bombardiert Mecheln, Ihr zündet Rubens an. Löwen ist jetzt nur noch ein Haufen Asche — Löwen mit allen seinen Schätzen der Kunst und der Wissenschaft, die heilige Stadt! Aber, was seid Ihr denn für Menschen und wie soll man Euch jetzt nennen, da Ihr nicht Barbaren heißen wollt? Seid Ihr die Nachkommen Goethes oder Attilas? Führt Ihr Krieg gegen die Heere oder gegen den Menschengeist? Tötet Menschen, aber schont die Kunstwerke! Sie sind das heilige Erbe des Menschengeschlechtes. Ihr seid, wie wir alle, seine Verwalter. Dadurch, daß Ihr sie zerstört, wie Ihr es tut, erweist Ihr Euch dieses großen Erbes unwürdig, unwürdig, zu der kleinen europäischen Schar zu gehören, welche die Ehrenwache der Zivilisation ist."

Hier ist nicht der Ort, die betreffenden politischen, rechtlichen und kriegs-

geschichtlichen Tatsachen zu besprechen. Auf sie komme ich später noch zurück. Mich interessiert jetzt bloß Herrn Rollands Psyche — sein arroganter Glaube an seine eigene zureichende Tatsachenkenntnis. Er weiß, daß „der Krieg die Frucht der Schwäche und der Dummheit der Völker ist" — wahrlich ein erschöpfendes weltgeschichtliches „Wissen"! Über die „Neutralität des edlen Belgiens" und ihre Verletzung weiß er auch, schon jetzt, am 29. August 1914, alles Notwendige. Und schließlich weiß er jetzt, daß die Deutschen „mit den Toten, dem Ruhme der vergangenen Jahrhunderte, Krieg führen". Herr Rolland weiß, daß es ihm geziemt, auf Grund des Inhaltes der Kriegstelegramme des Tages den Deutschen eine Vorlesung über das nicht sehr passende „Kriegführen gegen den Menschengeist" und das passendere „Schonen der Kunstwerke" zu halten!

Aus einem im September 1914 „nach dem Bombardement der Kathedrale zu Reims" geschriebenen Artikel (mit dem bescheidenen Titel „Pro aris") geht hervor, daß Herr Rolland auch in dieser Angelegenheit sozusagen schon „am Tage darauf" über die vollständige Tatsachenkenntnis verfügte, ohne welche sich ganz gewiß kein anderer als ein Barbar erlauben würde, anzuklagen, zu urteilen und zu verurteilen.

Gibt es einen Franzosen, von welchem die Welt mit Recht hätte erwarten können, daß er jetzt „über dem Kampfgetümmel" stehen werde, so ist es wohl der Philosoph Henri Bergson. Doch der tiefsinnigste Erkenntnistheoretiker hat während des Krieges gezeigt, daß er als Ethiker, Soziologe und Politiker ein ganz gewöhnlicher Franzose ist.

Man lese z. B., wie Professor Bergson ein Porträt Bismarcks und ein vergeistigtes Bild der Gründung des Deutschen Reiches zeichnet[1]. Selbst Madame Juliette Adam hätte es nicht tiefsinniger und wahrheitsgetreuer machen können. Es ist ihre Schule.

„Es gab einen Mann," schreibt Herr Bergson, „in welchem sich die preußischen Methoden verkörperlicht hatten — ein Genie, mag sein, aber besessen vom Genius des Bösen, denn er war ohne Skrupel, ohne Glauben, ohne Mitleid, ohne Seele. Er hatte eben das einzige Hindernis, das seinen Plan stören konnte, aus dem Wege geräumt: er hatte Österreich bezwungen. Er sagt sich selbst: indem Deutschland sich unsere preußische Zentralisation

[1] Henri Bergson, Die Bedeutung des Krieges, schwedisch von Algot Ruhe, Stockholm 1915, S. 15.

und Disziplin aneignen darf, werden wir ihm zugleich unsere ehrgeizigen Ziele und unsere gierigen Pläne einimpfen. Wenn Deutschland zaudert, wenn die verbündeten Völker nicht von selbst zu diesem gemeinsamen Entschlusse gelangen, dann weiß ich, wie sie dazu zu bringen sind: ich werde in ihnen allen denselben Haßsturm entfesseln. Ich werde sie gegen einen gemeinsamen Feind treiben, einen Feind, den wir getäuscht und ausspioniert haben und den wir schon zu überrumpeln versuchen werden, wenn er keine Waffen hat. Wenn dann die Stunde des Triumphes schlägt, werde ich auftreten. Ich werde dem berauschten Deutschland ein Abkommen abliſten, ein Abkommen gleich dem Pakte, den Faust mit Mephistopheles abschloß, das es auch mit seinem eigenen Blute unterzeichnen soll und wodurch es auch, wie Faust, um irdischer Schätze willen seine Seele verkauft haben wird".

Diese schönen französischen Philosophenworte, die vielleicht etwas mehr französisch als philosophisch sind, finden wir in einer Betrachtung über den „Krieg zwischen Leben und Materie" wieder, die zu der Rede gehörte, welche Professor Bergson auf der Jahresversammlung der Académie des Sciences morales et politiques am 12. Dezember 1914 als Vorsitzender gehalten hat.

Deutschlands „Ehrgeiz zielte auf Herrschaft über die Welt ab", versichert Professor Bergson[1]. Und er fügt hinzu[2], es sei der Glaube der Deutschen, daß „die germanische Rasse, da sie vor allen anderen auserwählt" sei, auch die einzige sei, die unbeschränktes Recht auf Leben habe. „Die anderen sind also nur Rassen, die sie duldet, und diese Duldung ist gerade das, was man Friedenszustand nennt. Nun bricht der Krieg aus. Dies bedeutet, daß der Feind, gegen welchen Deutschland sich wendet, vernichtet werden muß. Es beschränkt sich nicht nur auf die Waffenfähigen, es massakriert Weiber, Kinder, Greise, es plündert, es äschert ein — das Ziel ist, Städte, Dörfer, die ganze Bevölkerung zu vernichten."

Professor Bergson macht nun die tiefsinnige Entdeckung, daß der Unterschied zwischen Deutschland und seinen Feinden der Unterschied zwischen Materie und Leben, zwischen Mechanismus und Geist sei. In Frankreich, Rußland, England und Belgien habe der Krieg die ewigen, schöpferischen, verjüngenden Kräfte des Lebens, des Geistes entfesselt und befreit. Keine Spur davon in Deutschland. Deutschland sei nur eine „Maschine" und werde „plötzlich zusammenstürzen", sobald sein mechanischer Kräftevorrat

[1] Op. cit., S. 22. [2] Op. cit., S. 26.

erschöpft sei, denn es „ist selbst nicht imstande, die Beschädigungen, welche es erleidet, zu heilen"[1].

Ja, Professor Bergson, die Methode kenne ich sehr gut wieder. Denn ich habe Ihre Werke lange und eifrig studiert. Doch nie hätte ich mir träumen lassen, daß der Verfasser der Bücher Matière et mémoire und L'évolution créatrice eines Tages durch eine so flache soziologische Anwendung der genialen Grundtheorie seiner eigenen Tiefsinnigkeit Hohn sprechen würde.

Der durch seine vorzüglichen Bergsonübersetzungen sehr verdiente schwedische Übersetzer der hier angeführten Kriegsvorträge schreibt in seiner Vorrede folgendes:

„Bergson hat in einem Briefe gewisse Bedenken gegen den Vorschlag, diese Betrachtungen dem schwedischen Publikum schon jetzt vorzulegen, ausgesprochen. ‚Die deutschfreundlichen Tendenzen, die man Schweden zuschreibt' — so lauten seine Worte — ‚lassen sich, wie mir scheint, nur auf eine Weise erklären: annehmbarerweise kennt man in Schweden die Einzelheiten der Geschehnisse nicht. Annehmbarerweise weiß man auch nicht, (und hat auch nicht denselben Grund wie wir, es zu wissen!), wie der Krieg entstand und welchem unbeschreiblichen, gründlich vorbereiteten Überfalle wir zum Opfer gefallen sind; man weiß sicherlich nicht, was für Scheußlichkeiten Deutschland in Frankreich und Belgien angehäuft hat. Betrachtungen, wie die meinen, setzen jedoch voraus, daß diese Tatsachen genau bekannt seien, da ich mich darauf beschränke, sie zu beurteilen oder vielmehr Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Besteht nicht als Voraussetzung eine ins Einzelne gehende Kenntnis der Tatsachen, auf welche ich mich stütze, dann werden meine Aussprüche willkürlich erscheinen. Erst dann, wenn die öffentliche Meinung Schwedens über die wirklichen Verhältnisse in allen Punkten aufgeklärt ist, kann man erwarten, daß diese Schrift nicht den entgegengesetzten Eindruck machen wird, wie sie soll.'"

Der Übersetzer fügt hinzu: „Es ist mir gelungen, ihm (Bergson) klarzumachen, daß wir hier bei uns (in Schweden) wohl ebenso gut mit Dokumenten versehen seien wie irgendwo anders."

Das Unglück will, daß Professor Bergsons „Aussprüche" uns hier in Schweden sehr viel „willkürlicher erscheinen", als er selbst zu ahnen vermag. Es dürfte eine Tatsache sein, daß hier im neutralen Lande gleich reich-

[1] Op. cit., S. 33—34 und 36—40.

haltige Sammlungen an Dokumenten aus beiden kämpfenden Lagern zugänglich sind und daß wir, so schwach unsere menschliche Natur auch sei, dennoch andere psychische Voraussetzungen zum sachlichen Beurteilen dieser Dokumente mitbringen, als sowohl Franzosen und ihre Alliierten wie Deutsche und ihre Verbündeten.

Wenn es mir gestattet ist, einen Augenblick von meinen eigenen Sammlungen zu reden, soweit ich sie wegen Raumersparnis nicht in meinen Kriegsbüchern habe benutzen können, so kann ich nur mitteilen, daß bei mir an offiziellen Rapports über Les atrocités allemandes oder German atrocities in Frankreich und Belgien kein Mangel ist. Ich habe auch einen ganzen Stapel Literatur, die teils von Herrn Joseph Bédier, professeur au Collège de France, verfaßt, teils über ihn geschrieben ist und durchweg les crimes allemands d'après des témoignages allemands behandelt. Ich besitze Bücher über les villes martyres Reims, Soissons, Senlis, Arras, Louvain und über la violation de la neutralité belge et luxembourgeoise par l'Allemagne (darunter eines, das Herr André Weiß, Membre de l'Institut, professeur de Droit international à l'Université de Paris verfaßt hat). Auch deutsche offizielle und andere Berichte über die Ereignisse in Belgien und Nordfrankreich, in Löwen und Reims, sowie in Ostpreußen, Polen, Galizien usw. sind vorhanden.

Hier gibt es Sammlungen deutscher, englischer und französischer Kriegskarikaturen und gehässiger Bilder — Material zu einer Forschung, die nicht ausschließlich Frankreich ein günstiges und Deutschland nur ein ungünstiges Zeugnis ausstellen würde. Ich möchte Herrn Bergson besonders auf eine Reihe photographischer Bilder aus dem Leben in Deutschland aufmerksam machen, Bilder, die deutsche Inschriften — teilweise sogar auf dem Bilde selbst — tragen. Diese Bilder sind mit gefälschten Unterschriften (die deutschen hat man weggeätzt oder fortgeschnitten) in französischen Zeitungen oder Zeitschriften reproduziert worden, um die greuliche Barbarei und moralische Erbärmlichkeit der Deutschen zu beweisen.

Nur ein einziges Beispiel, Herr Professor Bergson! Das harmloseste, am wenigsten widerliche, das ich herausfinden kann, um Ihre Nerven zu schonen! Die Berliner Illustrierte Zeitung brachte ein Bild (nach einer Photographie), auf welchem man sechs deutsche, etwa fünfzehnjährige

Gymnasiasten mit einem Handwagen voll Wollsachen durch die Straßen fahren sieht[1]. Vorne am Wagen ist ein großes weißes Plakat mit dem Zeichen des „Roten Kreuzes" befestigt und darunter steht die größtenteils deutlich leserliche Inschrift: Berliner Hausfrauen! Gebt für die Reichswollwoche!

Wohlan — Herr Professor Bergson. In der französischen Zeitung (oder Zeitschrift) Le Miroir (der Spiegel ist ja das Symbol der Wahrheit!) finden wir dieses Bild wieder. Aber das Zeichen des „Roten Kreuzes" und die Inschrift auf dem am Wagen befestigten großen weißen Plakate sind ausradiert. Die Inschrift ist jetzt ganz unleserlich. Anstatt ihrer sieht man andere Inschriften — auf französisch. Eine über, eine unter dem Bilde. Über dem Bilde steht: „Ce qu'ils font des lainages volés en France." Unter dem Bilde liest man: „Comment ils apprennent la probité aux enfants. Ces jeunes garçons que l'on emploie à transporter des tapis volés, comprendront évidemment l'honnêteté comme leurs parents."

Warum brauchte denn Le Miroir, wenn er wirklich glaubte, daß die lainages, welche (um durch freiwillige Gaben die Wollvorräte des Staats zu verstärken) während der Reichswollwoche in Berlin gesammelt wurden, volés en France und provenant du pillage seien, die Inschrift des Bildes, die Zeugnis davon ablegt, daß es sich um die Reichswollwoche und das „Rote Kreuz" handelt, wegzuätzen?

Kann Professor Bergson diese Frage beantworten? Oder muß ein germanischer Hamlet noch einmal einem romanischen Horatio sagen:

> There are more Things in heaven and earth, Horatio,
> Than are dreamt of in your philosophy.

Ferner könnte ich Herrn Professor Bergson eine gewaltige Sammlung an Dokumenten vorlegen, die auf Veranlassung der Schrift „Ein Aufruf deutscher Gelehrter und Künstler an die Kulturwelt" in verschiedenen Ländern, hauptsächlich aber in Frankreich erschienen sind. Ein Herr Louis Dimier, agrégé de l'Université, docteur ès lettres, hat jenes vielumstrittene Dokument sogar in Buchform und mit ausführlichen Kommentarien auf französisch herausgegeben. Als 158 Seiten starken Oktavband, um zu beweisen à quel point la pensée allemande est gâtée![2]

[1] Ferdinand Avenarius, Das Bild als Verleumder, München 1915. Man vergleiche auch Kunstverwaltung in Frankreich und Deutschland von Dr. Otto Grauthoff, Bern 1915. [2] Op. cit., S. 158.

Ich habe auch eine andere große Sammlung — eine Sammlung deutscher „Haßgesänge" und anderer, sogar wirklich religiöser Kriegslyrik, also Lyrik à la Lissauer und auch auf andere Weise.

Ich besitze noch eine Dokumentensammlung — worin die schrecklichen Annexionspläne der Deutschen behandelt werden. Aber auch eine Dokumentensammlung, die den heftigen Widerstand in Deutschland gegen solche, von einzelnen Leuten und privaten Körperschaften ausgehenden Pläne beleuchtet. Hier haben wir: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernverband, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund deutscher Industrieller und Reichsdeutscher Mittelstandsverband — und ihre deutschen Gegner in der Tiefe der Gesellschaft, in der Mitte der Gesellschaft und auf den Höhen der Gesellschaft.

Mein Material an Dokumenten über den „deutschen Militarismus" und die „Machtphilosophie" ist beständig im Wachsen. Dasselbe läßt sich über das große Neutralitätsproblem sagen — das mit der Frage der Neutralität Belgiens weder angefangen hat noch endet.

Schließlich kann ich Professor Bergson einen ganzen Stapel englischer Buchliteratur zeigen, deren allgemeiner Inhalt durch Titel wie What is wrong with Germany?[1], The German Peril[2], Prussianismus and its destruction[3] vortrefflich angegeben wird. Hier gibt es auch The Anglo-German Problem von Charles Sarolea, Ten years of secret diplomacy von E. D. Morel und German Culture[4] von neun Hochschulprofessoren, meistens Schotten. Ich empfehle, besonders die beiden letzten dieser Professoren zu lesen — ihrer Sachlichkeit wegen. Die schottische Auffassung der German culture ist der englischen ganz auffallend unähnlich — ein interessantes völkerpsychologisches Faktum.

Vielleicht aber zieht Professor Bergson vor, Rudyard Kiplings Büchlein France at War[5] zu lesen. Es ist zwar nicht sonderlich objektiv. Was man ja auch von dem Tommy-Atkins-Dichter nicht verlangt. Aber es ist sehr lebhaft und franzosenfreundlich.

[1] By William Harbutt Dawson, London 1915. [2] By Frederic Harrison, London 1915. [3] By Norman Angell, London 1914. [4] Herausgegeben von W. P. Paterson, London und Edinburgh 1915. [5] London 1915.

20. Von zwei Übeln das kleinere

Augenscheinlich ist Herr Romain Rolland durch seinen am 10. Oktober 1914 im Journal de Genève veröffentlichten Artikel (mit der Überschrift: „Von zwei Übeln das kleinere: Pangermanismus oder Panslawismus?") der Urheber der schönen demokratisch-idealistischen Lehre, die er selber in folgende Worte zusammengefaßt hat: „Der schlimmste Feind der Freiheit, der barbarischste Despotismus ist uns — den Bewohnern der Westländer, Franzosen und Engländern — der preußische Imperialismus, und ich wage zu sagen, daß seine Meritenliste mit großen Buchstaben auf dem verwüsteten Wege von Lüttich nach Senlis über Löwen, Mecheln und Reims geschrieben steht"[1].

Also: lieber Moskau als Potsdam! Ein Ruf, der ein tausendstimmiges Echo in demokratisch-idealistischen Herzen gefunden hat — wie wir sehen werden, nicht zum wenigsten in neutralen Ländern. Doch hören wir jetzt erst Herrn Rolland — den Vater der Theorie — an.

Deutschland ist, wie Herr Rolland meint, nach Richard Wagner steril geblieben. Nicht aber das heilige Rußland!

„Doch sagt mir," ruft er[2] aus der Tiefe seiner unerschöpflichen Kenntnis des modernen Deutschlands aus, „was habe ich, was hat Europa eurem heutigen Deutschland zu verdanken? Welche Kunst habt ihr seit Wagners Schöpfungen, die den Schluß einer Periode bezeichnen und bereits der Vergangenheit angehören, hervorgebracht? Welcher neue, kräftige Gedanke ist seit Nietzsche, dessen geniale Verrücktheit euch leider ihr Gepräge gegeben, uns aber nicht berührt hat, bei euch aufgekeimt? Wo haben wir mehr als vierzig Jahre lang unsere geistige Nahrung und das Brot unseres Lebens gesucht, wenn unser fruchtbarer Boden nicht zur Stillung unseres Hungers genügte? Wer ist unser Wegweiser gewesen, wenn nicht die russischen Schriftsteller? Wen könnt ihr, Deutsche, gegen jene Kolosse dichterischen Genies und geistiger Größe, Tolstoi und Dostojewski, aufstellen? Sie haben meine Seele gebildet. Wenn ich die Rasse, aus welcher sie hervorgegangen sind, verteidige, so trage ich ihnen und ihr meine Schuld ab. Die Verachtung,

[1] Op. cit., S. 45. [2] Op. cit., S. 46—47.

die ich gegen den preußischen Imperialismus hege, würde ich — wenn sie mir nicht schon in das romanische Herz gelegt wäre — von ihnen übernommen haben: vor zwanzig Jahren hat ihr Tolstoi gegen euren Kaiser Ausdruck verliehen. In der Musik hat Deutschland, das so stolz auf seinen ehemaligen Ruhm ist, nur Wagnerepigonen, frenetische Orchestervirtuosen wie Richard Strauß, aber kein einziges besonnenes, männliches Werk gleichen Gehaltes wie Boris Godunow; die deutschen Meister haben keine einzige neue Bahn gebrochen. In einer einzigen Seite Moussorgskys oder Strawinskys ist mehr Zukunftshoffnung, mehr wirkliche Originalität als in allen Partituren Mahlers und Regers. An unseren Universitäten, in unseren Krankenhäusern und in unserem Pasteurinstitute arbeiten unsere Gelehrten in brüderlicher Eintracht mit denen Rußlands zusammen. Die russischen Revolutionäre, die sich nach Paris geflüchtet haben, machen mit den Sozialisten gemeinsame Sache.

Ihr redet stets von den Missetaten des Zarismus. Auch wir verabscheuen sie. Der Zarismus ist unser Feind. Aber er ist auch der Feind der intellektuellen russischen Elite selbst. Das kann man, Deutsche, von eurer Elite, die den Befehlen eurer Herren sklavisch gehorcht, nicht sagen."

Unschätzbar — um Herrn Rollands eigenes Innere beurteilen zu können — sind die Worte über Tolstoi und Dostojewski, „sie haben meine Seele gebildet", und das Bekenntnis, daß Herrn Rollands „Verachtung des preußischen Militarismus" ihm teils von Anfang an in sein „romanisches Herz" gelegt, teils gerade von Tolstoi und Dostojewski übernommen worden sei.

Also — das auch in der neutralen Welt so populäre Feldgeschrei „lieber Moskau als Potsdam" hat seinen geistigen Ursprung in dem „romanischen Herzen" und in der slawischen Nationalseele! Unter dem Gesichtspunkte ist es allerdings begreiflich. Und ich glaube, daß wir nun anfangen, Herrn Rolland auch zu begreifen.

Tolstoi und Dostojewski! Freilich ohne jeden Vorbehalt „dichterische Genies". Aber ebenso gewiß keine „Kolosse geistiger Größe". Zu der „geistigen Größe" gehört ethische Universalität, ein gesunder Kern und positive schöpferische Kraft, die ihre nebelhaften, gärend nationalslawischen Seelen durchaus nicht besessen haben. Tolstoi und Dostojewski müssen wir kennen und bewundern. Aber sie sind nicht geeignet, eine „Seele" zu „bilden" — eine männliche Seele, einen klaren, starken, abendländischen Geist! Höchstens eine sentimentale und viel zu weibliche Seele, die sich, obwohl nicht slawisch, sondern romanisch, ihnen verwandt fühlt.

Herr Rolland hatte jedoch „erst vor ein paar Tagen" einen Brief „von einem Litauer" erhalten, „der, obschon er unter den Erpressungen der Russen gelitten hat, dennoch lebhaft gegen euch", d. h. die Deutschen, „Partei nimmt".

Ich kann aus Mangel an Raum den langen, trotz der Nationalität des Schreibers von echtslawischem Nationalgeiste inspirierten Brief des Litauers hier nicht abdrucken lassen. Aber ich kann zum Schlusse noch ein paar Reihen von Herrn Rolland anführen[1].

„Meine deutschen Freunde!" fährt er fort, „entweder schwebt ihr über das, was man unter den Völkern, die euch umgeben, denkt, in seltsamer Unkenntnis, oder ihr seht uns als sehr naiv oder schlecht unterrichtet an. Euer Imperialismus hat zwar ein zivilisiertes Äußere, aber er scheint mir gegen alles, was seinem lüsternen Weltherrschaftstraume in den Weg tritt, ebenso grausam zu sein wie der Zarismus. Während aber das gewaltige, geheimnisvolle Rußland, das von jungen, revolutionären Kräften überquillt, uns Hoffnung auf bevorstehende Wiedergeburt einflößt, stützt euer Deutschland seine systematische Verstocktheit auf eine viel zu alte und viel zu gelehrte Kultur, als daß große Hoffnung auf das Sichändern eines solchen Greises vorhanden sein könnte. Und wenn ich doch darauf gehofft habe — ich habe es getan, meine Freunde — so habt ihr dafür gesorgt, mir diese Hoffnung zu rauben, ihr Künstler und Gelehrte, die ihr diesen Aufruf, worin ihr euch stolz mit dem preußischen Militarismus solidarisch erklärt, redigiert habt. Wisset, daß es für uns romanische Völker nichts Niederdrückenderes, Unleidlicheres gibt als eure intellektuelle Militarisation. Wenn es das Unglück wollte, daß ein solcher Geist dereinst mit euch in Europa triumphieren würde, dann würde ich diesen Weltteil auf immer verlassen. Ich würde mich davor ekeln, dort zu leben."

Hier begegnen wir auch bei Herrn Rolland jenem fundamental unberechtigten, durch schwerwiegende Tatsachen schonungslos widerlegten demokratischen Idealistentraum von „Rußlands bevorstehender Wiedergeburt" durch „junge, revolutionäre Kräfte". Des Kontrastes wegen verkündet Herr Rolland jetzt auch Deutschlands Senilität!

Ja, Herr Rolland kennt sein Deutschland! Und er bekräftigt dies in einem am 17. November 1914 geschriebenen „Brief an die, welche mich anklagen" — in jenem Schreiben, wozu der Umstand Veranlassung gegeben hatte, daß Herr Rolland entsetzliche Schmähungen von französischer Seite hatte

[1] Op. cit., S. 49—50.

über sich ergehen lassen müssen, weil er das jetzt „korrekte" Verhalten gegen Deutschland nicht im entferntesten beobachtet gehabt.

Zu seiner Verteidigung schreibt er darin unter anderem folgendes[1]:

„Ich habe vier Artikel geschrieben: einen Brief an Gerhart Hauptmann, unmittelbar nach der Zerstörung Löwens, dann Über dem Kampfgetümmel, Von zwei Übeln das kleinere und Inter arma caritas. In diesen vier Artikeln habe ich gesagt, daß unter allen Imperialismen, welche die Welt bedrücken, der preußische, militaristische Imperialismus der schlimmste sei. Ich habe gesagt, daß er der Feind der europäischen Freiheit sei, der Feind der abendländischen Kultur, der Feind Deutschlands selbst und daß er vernichtet werden müsse.

„Hierüber sind wir uns, wie ich glaube, alle einig."

„Was wirft man mir denn vor?"

Herr Rolland muß sich jetzt tatsächlich, im Namen der Wahrheit, die ihm heilig ist, der Gefahr aussetzen, sich bei seinen französischen Landsleuten noch unbeliebter zu machen, und zwar durch Feststellen eines deutschen Faktums, das ihm selbst augenscheinlich sehr unerwartet kommt, das aber nichtsdestoweniger ein echtdeutsches, ja ein urdeutsches Faktum ist.

„Das Erste, Auffallendste und Unerwartetste," schreibt Herr Rolland[2], „ist, daß es in ganz Deutschland gar keinen wirklichen Haß gegen Frankreich gibt; aller Haß richtet sich gegen England. Es macht die Lage wirklich ergreifend, daß französisches Wesen nie eine solche Anziehungskraft auf Deutschland ausgeübt hat, wie in den letzten zwei, drei Jahren. Da begann man, das wirkliche Frankreich, das Frankreich der Arbeit und des Glaubens, zu entdecken. Unter den neuen Generationen Deutscher, den jungen Jahrgängen, die man bei Ypern und Dixmuiden zur Schlachtbank geführt, gab es die reinsten, idealistischsten und aufs tiefste von Weltverbrüderungsträumen beseelten Geister. Wenn ich nun sage, daß vielen unter ihnen der Krieg ein vernichtender Schlag — ‚eine Abscheulichkeit, ein Fiasko, eine Verneinung aller Ideale und eine Abdankung des Geistes', wie einer von ihnen kurz, bevor er fiel, geschrieben hat — gewesen ist, und wenn ich sage, daß Péguys Tod viele junge Deutsche in tiefe Trauer versenkt hat, so wird man mir nicht glauben. Man wird es jedoch tun müssen, wenn ich dereinst die gesammelten Dokumente veröffentliche."

[1] Op. cit., S. 80. [2] Op. cit., S. 84.

Vielleicht ist es Herrn Rollands Vorbild — „von zwei Übeln das kleinere", lieber den Panslawismus als den Pangermanismus — gewesen, wodurch Fräulein Ellen Key auf ähnliche Bahnen des Denkens hinausgelockt worden ist. „Nicht Moskau oder London, sondern gerade Potsdam ist Deutschlands gefährlichster Feind", meint sie. Doch um diesen Ausspruch gerecht beurteilen zu können, muß er im Zusammenhang mit dem übrigen Texte gelesen werden.

Diesen finden wir in der schwedischen Zeitschrift Forum in einem am 3. April 1915 veröffentlichten Artikel, der die Überschrift „Gleiches Maß" trägt. Darin schreibt die Verfasserin unter anderem folgendes:

„Während der letzten Monate hat man, privatim sowohl wie öffentlich, in Deutschland gefragt: Warum hassen uns alle? Und von gewissen Seiten her hat man in Feindesland geantwortet: das große, bewunderungswürdige deutsche Volk haßt kein Mensch. Aber man haßt das preußische System und den preußischen Willen zur Weltbeherrschung, zu einer Germanenherrschaft im Sinne des Römerreiches.

Zugleich wird in Deutschland verkündet, daß jeder Versuch, zwischen preußischem Geiste und deutschem einen Unterschied zu machen, feindliche Gesinnung zeige. Ja, man hat erklärt, daß der, welcher Deutschland zu lieben behaupte, Preußen aber nicht, ein Schuft oder ein Dummkopf sei (H. S. Chamberlain).

Diese Bezeichnungen hätten jedoch noch vor einem Jahre auf mindestens die Hälfte des deutschen Volkes selbst gepaßt. Nicht nur die Sozialdemokraten und die übrigen linksstehenden Parteien haben die preußische Politik bekämpft; nein, die Preußen selbst haben die Sympathie des übrigen deutschen Volkes nicht besessen."

Fräulein Key identifiziert sich also ohne Zweifel mit der innerhalb der Entente und auch in gewissen Kreisen neutraler Länder üblichen Auffassung, daß zwischen dem „deutschen Volke" und dem „preußischen Systeme", zwischen „deutschem und preußischem Geiste" Grundverschiedenheit bestehe und daß man dieses „System" oder diesen „Geist" wegamputieren könne, ohne daß irgendein lebenswichtiges, für die Menschheit wertvolles Stück des „deutschen Volkes" oder des „deutschen Geistes" mit ihm in den Sarg gelegt zu werden brauche. Sie glaubt, daß „mindestens die Hälfte des deutschen Volkes" vor dem Weltkriege mit ihr dieser Ansicht gewesen sei. Und es ist wahrlich nicht allein ihre Schuld, wenn sie hierin in einen sehr großen Irrtum verfallen ist. Aber es ist ihre „Schuld", daß sie nicht imstande ge-

wesen ist, richtig zu verstehen, was in der Selbstkritik „mindestens der Hälfte des deutschen Volkes", worauf sie anspielt, gelegen hat. Ihr eigener Gedankengang in der Auseinandersetzung, die ich jetzt wiedergebe, hätte sie eigentlich auf die richtige Spur bringen müssen.

Jetzt sucht man in Deutschland die großen Geister — in erster Reihe Goethe und Kant — zu Inspirationsquellen des Deutschlands der Gegenwart zu machen," schreibt sie. „Im Forum hat schon Alf Nyman klar gezeigt, wie wenig Kant mit der Anschauung, die den kategorischen Imperativ zu dem Satze: Marschieren, nicht Räsonieren! vereinfacht, zu schaffen hat. Was Goethe anbetrifft, so ist die Ungereimtheit, ihn mit dem Preußengeiste in Verbindung zu bringen, noch größer. Der hat von germanischem Geiste keine Ahnung, wer nicht weiß, daß er ewig und immer Individualismus ist; ein ewiger Protestant, der, wie Luther, mit den Worten: ‚hier stehe ich, ich kann nicht anders' der ganzen Welt das Recht seines Gewissens entgegenruft.

Doch gerade das Tiefe, Wunderbare, Unentbehrliche des deutschen Geistes machte ihn schlecht zur Lösung der großen politischen Aufgabe des deutschen Volkes: zur Einigung des Reiches geeignet. Mit einer gewissen Wahrheit konnte Börne sagen, daß ein Deutscher nur sich selber zu schreiben brauche, um einen Hamlet hervorzubringen! Preußen trat als Fortinbras hervor. Das Gold des deutschen Geistes wurde mit dem stärkeren, aber weniger edlen Metalle des preußischen Geistes vermischt, das notwendig war, um die deutsche Volkspersönlichkeit gestalten zu können. Die Erkenntnis des deutschen Volkes, daß Preußen für die Existenz und das Fortbestehen des Reiches alles bedeutet, hat zu dankbarer Nachsicht gegen den preußischen, von Goethe, Schiller und Kant in gleicher Weise gehaßten Grundsatz, daß Macht Recht sei, geführt.

Auch die preußischen Tugenden — Kühnheit, Manneszucht, Organisations- und Anpassungsfähigkeit, Liebe zur Arbeit — haben ja nicht nur Lichtseiten. Die Disziplin hat so tiefe Schatten, daß sie das deutsche Volk in seinem Bestreben, seinen Führern in allem zuzustimmen, blind gegen das Recht machen. Dieses hochstehende Volk muß nun den Barbarennamen hinnehmen, weil es in sich den Geist geduldet hat, der in der Kaiserrede, worin die nach China abgehenden Truppen ermahnt wurden, wie Hunnen zu hausen! Ausdruck erhalten hat. Dieser Geist ist bei der Verdeutschung Südjütlands, Polens, Elsaß-Lothringens, in der Verletzung der Neutralität

Belgiens, in der Behandlung dieses Landes gleichwie in Sozialistengesetzen, in der Zabernangelegenheit und noch manchem anderen in Deutschland selbst wirksam gewesen. Alles hat preußische Prägung. Der Ausdruck ist der Titel eines sehr beachtenswerten, eines genialen Aufsatzes im letzten Hefte der Zeitschrift Die neue Rundschau. Er ist von Lucia Dora Frost — einer jungen Dame, Offizierstochter, die sich in den letzten Jahren eine hervorragende Stelle unter den vielen vorzüglichen Essayisten Deutschlands erobert hat. Mit psychologischem Scharfsinn und in klaren, knappen Sätzen spricht sie aus, was schon viele deutsche Männer vor ihr gesagt haben. Aber ehrlicher als sonst jemand — es sei nun in Deutschland selbst oder bei seinen Freunden oder bei seinen Feinden — unterscheidet sie zwischen deutschem und preußischem Geiste.

Letzterer hat, wie L. D. Frost meint, den Mut, sich hassen zu lassen, und den Willen, gefürchtet zu werden, wie es zum Ausführen einer weltgeschichtlichen Aufgabe notwendig ist. Preußen, sagt sie, sei mehr als ein Staat, es sei ein System und ein Stil. (Diesen Stil hat Shaw mit dem Worte Potsdam bezeichnet.) Preußisch handeln heiße mit einer von aller Empfindsamkeit und Nervosität befreiten, kalten Kraft offensiv sein. Preußen habe jetzt die Aufgabe, die weltgeschichtlichen und weltgeographischen Veränderungen durchzuführen, welche für die Lebensfähigen stattfinden müßten. (Was lebensfähig ist oder nicht ist, unterliegt nicht der Entscheidung — Preußens!) Veränderungen könnten nur in der Weise geschehen, die Friedrich der Zweite begonnen und Bismarck fortgesetzt habe: durch Gewalt, durch Verletzung der bestehenden Ordnung. Preußens Eigenart sei der politische Militarismus. Zu diesem gehöre scharfe Trennung zwischen Volk und Heer, d. h. kein Demokratisieren des Heeres; aber Militarisieren des Volkes. Dazu gehöre auch, selbst nicht zum Volkskriege zu greifen und den Volkskrieg in anderen Ländern mit gutem Gewissen zu unterdrücken und zu bestrafen. Ohne den Glauben an das Recht auf Offensivpolitik sei der absolute Militärgeist und der absolute Krieg nur Barbarei. Preußen aber habe diesen Glauben. Sein Charakter sei dem englischen in dessen Verachtung ‚papierener Rechte' und dessen Achtung vor lebenskräftigen Tatsachen verwandt. Doch während England seine Macht zu englischer Interessenpolitik mißbraucht, das in Verfall Geratene beschützt habe und Feind des Zukunftsreichen gewesen sei, werde Preußen dagegen nur dem Untüchtigen zum Schrecken werden und ein Freund alles Lebenskräftigen sein.

„Die Verfasserin beklagt, daß die Mehrzahl des deutschen Volkes den gegenwärtigen Krieg nur als Befreiungskrieg betrachte; daß es noch kein offenes Auge für Preußens offensive Mission habe. Seine weltgeschichtliche Aufgabe könne das deutsche Volk erst dann erfüllen, wenn es völlig bewußt preußische Prägung angenommen habe.

„Wer, wie ich, den germanischen Geist im deutschen Volke liebt," fährt nun Fräulein Key fort, „wird nicht in Moskau oder London Deutschlands gefährlichsten Feind sehen, sondern gerade Potsdam, wie es hier oben hervortritt. Der Bericht gibt den Grundgedanken in klarer Weise wieder; der gesperrte Druck und die Einschaltungen sind von mir. Die große Frage der nächsten Zukunft ist die, ob ein siegendes Deutschland den edelsten Zug seiner geistigen Größezeit — die Humanität in tiefstem wie in weitestem Sinne des Wortes — behalten oder ob es die — noch unbewußte — Arbeit, den Geist Goethes durch den Geist Bismarcks zu vertreiben, fortsetzen wird. Geschieht das letztere, dann kann Schwedens ‚Schicksalsstunde' ebenso leicht auf einem Münster im Süden wie auf einer Kuppelkirche im Osten schlagen.

„Siegt dagegen Goethes Geist — der Geist maßvoller Selbstbegrenzung, strenger Selbstzucht, unablässiger Selbstkultur — dann kommt es zu einer anderen Weltentwicklung. Ein Deutschland, das in sich das Beste Preußens aufgenommen hat, aber diese Kräfte benutzt, um den Weltfrieden auf Grundlage des Rechtes nicht aber der Rüstungen, zu organisieren und die Weltkultur vor der Barbarei zu schirmen, wird von der ganzen Welt geliebt werden. Bei einer solchen Aussicht steht auch Schwedens Zukunft in hellerem Lichte da. Ein mit Südjütland abgerundeter Norden wird mit einem freien, friedlichen Deutschland — und den dann mit diesem Deutschland willig gemeinsam wirkenden Westmächten — die weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen können, Europa, worin Finnland, Polen und die Ukraine einbegriffen sind, innerhalb und außerhalb der Grenzen unseres Weltteils vor Asien zu schützen."

Man kann, wie ich glaube, beim Lesen dieses Dokumentes unmöglich bestreiten, daß Fräulein Key eine grundehrliche Unfähigkeit bewiesen hat, das große Lebensproblem des deutschen Volkes und seine seelische Eigenart so zu erfassen, wie beide wirklich sind. Hierin gleicht sie Herrn Rolland. Und sie gleicht ihm auch in dem verknöcherten Dogmatismus, womit sie daran festhält, daß ein Deutschland mit „preußischer Prägung" schlimmer sei als Rußland.

„Dann kann Schwedens ‚Schicksalsstunde' ebenso leicht auf einem Münster im Süden wie auf einer Kuppelkirche im Osten schlagen."

Und ganz am Anfange des angeführten Artikels schreibt sie folgendes:

„Gleichwie jeder Blutstropfen eines Schwedenherzens den von gewissen Seiten angeregten Gedanken, über das zertretene Finnland hinweg unserem östlichen Nachbarn die Hand zu reichen, zurückweisen sollte, so müßte sich jeder Blutstropfen gegen den jetzt von anderer Seite, verkündeten Gedanken empören, über das mehr als rechtswidrig zertretene Südjütland hinweg unserem südlichen Nachbarn die Hand zur Waffenbrüderschaft zu reichen.

Im Falle Finnlands brauchte ja nur ein Kaiserwort — und dazu das eines toten Kaisers — gebrochen zu werden; im Falle Dänemarks war es ein beschworener Artikel eines Friedensschlusses."

Dieser Dogmatismus und diese Unfähigkeit, die Realitäten zu entdecken und vorurteilslos zu bewerten, machen auch Fräulein Key zu einer Feindin Deutschlands, nicht nur zur Feindin der „Preußerei", und zur Fürsprecherin Rußlands vor der Welt gegen Deutschland — ohne daß sie, ebensowenig wie Herr Rolland, begreifen kann, daß dem so ist.

Fräulein Key war empört über eine Karikatur im Simplicissimus, die ihre Stellungnahme zu „Potsdam" und „Moskau" in der scharfen Weise dieses Blattes ausgelegt hat. Doch ich glaube nicht, daß der Simplicissimus sich dabei grobe Mißdeutung hat zuschulden kommen lassen. Die Karikatur ist grimmig — wie es dem über die Maßen grimmigen Probleme geziemt, auf welches sich Fräulein Key hier, vielleicht mit einem gewissen Mangel an Selbstkritik, eingelassen hat. Mehr als der lebhaft von ihr bewunderte Herr Rolland hat sie jedoch in letzterer Hinsicht wohl ganz gewiß nicht gesündigt.

Inhaltsverzeichnis

Seite

I. Deutschland und der Weltfriede 1
1. Deutschland als ideeller Mittelpunkt des Weltkrieges 3
2. Die Friedensstimmung der Entente um die Weihnachtszeit 1915 16
3. Der Deutsche Reichskanzler, die Friedensfrage und ein „neutraler" Kritiker 27
4. Deutschlands Entwicklungsanforderungen und Friedensbedingungen 47
5. Englands Friedensideal 64
6. Rußlands Kampf „für das Ideal der Menschenliebe und des Rechtes" und „der französische Friede" 80

II. Sozialdemokratische auswärtige Politik 93
7. Die Arbeiterbewegung als ein Faktor der auswärtigen Politik unserer Zeit 95
8. Die ursprünglichen außenpolitischen Prinzipe der Marxistischen Sozialdemokratie 100
9. Karl Marx und Friedrich Engels in ihrer späteren außenpolitischen Auffassung 110
10. Die Auslandspolitik der deutschen Sozialdemokratie vor dem Weltkrieg 119
11. Die Auslandspolitik der Internationale vor dem Weltkrieg . . 142

III. Die Sozialdemokratie im Weltkrieg 153
12. Die Sozialdemokratie beim Kriegsausbruche 155
13. Die Sozialdemokratie und Deutschlands „Schuld" 171
14. Deutsche und französische Sozialdemokratie während des Weltkrieges 179

IV. Französische Kriegsstimmungen und Kampfmethoden 193
15. Französische „couleur morale" in Kriegszeiten 195
16. Der französische Geisteszustand im Kriege 203

V. Einige deutsche „Barbaren" haben das Wort 213
17. Deutsche Selbstkritik während des Krieges 215
18. Deutsche Wertung der Feinde 220

VI. Die Besorgnisse demokratischer Idealisten wegen des Seelenzustandes Deutschlands 231
19. „Über dem Kampfgetümmel" 233
20. „Von zwei Übeln das kleinere" 243

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

Werke von Gustaf F. Steffen

Krieg und Kultur. Sozialpsychologische Dokumente und Betrachtungen vom Weltkrieg 1914. 9. Tausend. Pappbd. M 4.—, Lwd. geb. M 5.—

Aus dem Inhalt: „Die Schicksalsstunde des englischen Weltreiches" / Die Psychologie des Weltkrieges / Privatbriefe aus England / Öffentliche Aussprüche der englischen Intelligenz / Ein Brief des Fürsten Peter Kropotkin / Die russischen Reform- und Revolutionsparteien und der Krieg.

„Deutsche Arbeit". Dieses Buch gehört zu den wichtigsten und interessantesten, die in der ersten Hälfte des Krieges herausgekommen sind. Aus zwei Gründen: hier liegt eine umfassende Verteidigung der deutschen Sache durch einen Neutralen, und zwar durch einen Sozialisten, vor, und ferner: uns Deutschen werden hier Einblicke in die englische und russische Seele ermöglicht, die zum inneren Verständnis der Lage notwendig sind, die uns aber sonst nirgends in solcher Weise geboten werden. Darum können wir nur wünschen, daß das Werk im Ausland soviel Leser wie möglich finde und daß auch bei uns alle die, welche eine Einfühlung in das Weltbild unserer Gegner für fruchtbar halten, sich damit beschäftigen.

Weltkrieg und Imperialismus. Sozialpsychologische Dokumente und Betrachtungen vom Weltkrieg 1914. 6. Tauf. Pappbd. M 4.50, geb. M 5.50

Aus dem Inhalt: Die Weltgeschichte und der Imperialismus / Der Umfang des modernen Imperialismus / Ein englischer Imperialist mit deutscher Schulung / „Das Testament Peters des Großen" / Die Grundstimmung, wie die Engländer sie auffassen / Großmachtdiplomatie, russischer Imperialismus und großserbische Propaganda / Russische Zielbewußtheit / Englands moralische Gründe zur Kriegserklärung an Deutschland / Wie Frankreich Klarheit über seine „Interessen" erhält.

Deutsche Rundschau: Eingehend werden die verschiedenen Formen des Imperialismus erörtert, namentlich der westeuropäische Englands und Frankreichs dem russischen gegenübergestellt. Eine besondere Eigenart stellt in Europa der Imperialismus des deutschen Geistes dar; er erstrebt nicht Weltmacht oder Weltherrschaft, sondern verkörpert in sich den Willen zur deutschen Weltarbeit. Darin sieht Steffen die Überlegenheit des Deutschtums, diesen sittlichen Willen zu organisieren. Der Ausbruch des Weltkrieges vollzog sich als eine Folge der Interessen- und Machtkollision zwischen den stärksten und am schnellsten wachsenden Imperien der Welt, vor allem zwischen England, das an extensiver Macht, und Deutschland, das an intensiver Kraft die anderen überflügelte. Aufgezwungen wurde Europa die Krisis durch Rußland. Als England und Frankreich sich ihm dienstwillig zeigten, begingen sie „einen schwarzen Verrat an Demokratie und Freiheit, an der Selbständigkeit der kleinen Nationen" aus selbstsüchtigen, imperialistischen Motiven gegen Deutschland.

Die Demokratie in England. Pappbd. M 3.—, Lwd. geb. M 4.—

Der Weg zu sozialer Erkenntnis. Pappbd. M 3.—, Lwd. geb. M 4.—

Die Irrwege sozialer Erkenntnis. Pappbd. M 5.—, Lwd. geb. M 6.—

Die Grundlage der Soziologie. br. M 3.—, Lwd. geb. M 4.50

Das Problem der Demokratie. br. M 1.80

Hugo Preuß, Das deutsche Volk und die Politik. 5. Tausend.

(Polit. Bibliothek Bd. 14). Pappbd. br. M 3.—, in Lwd. geb. M 4.—

Die Hilfe: Unsere Selbstkritik hat die notwendige Aufgabe, uns vor die Frage zu stellen, was wir aus der ungeheuren Krisis lernen können. Es ist deshalb hervorragend patriotisch, wenn Hugo Preuß sein eben erschienenes Buch der „politischen Selbstbestimmung" widmet, wenn er in entwicklungsgeschichtlicher Darstellung die Elemente des gegenwärtigen politischen Zustandes unseres Volkes aufzeigt und diejenigen sucht, aus denen sich die neue Zeit gestalten soll. Preuß hat seine Aufgabe in ausgezeichneter Weise gelöst. Historiker, Staatsrechtler und Politiker zugleich, hat er nicht nur den weiten Blick, den die umfassende Kenntnis geschichtlicher Tatsachen verleiht und der die Einordnung des Einzelvorganges in große Zusammenhänge ermöglicht, sondern vor allem den scharf ausgeprägten Sinn für das Prinzipielle, mit dem er das wahrhaft Wesentliche aus der Fülle der Einzelheiten heraushebt.

Engelbert Pernerstorfer: Es ist ein Buch von höchster Bedeutung, weil es innerpolitische Richtlinien für Deutschland nach dem Kriege zieht, deren Verwirklichung ebensosehr für die Zukunft des Deutschen Reiches wie der europäischen Kultur von ausschlaggebender Wichtigkeit ist. (Berliner Tageblatt)

Professor Dr. Franz von Liszt: Ich habe es mit steigendem Interesse nicht einmal, sondern mehrmals gelesen und fühle dem Verfasser gegenüber mich zu lebhaftem Dank für die Belehrung und Anregung verpflichtet, die ich aus seinen Ausführungen gewonnen habe.

Franz Staudinger, Kulturgrundlagen der Politik. 2. Tauf.

Bd. 1: Ausgangspunkte und Methoden. Pappbd. M 3.50, Lwd. geb. M 4.50. Bd. 2: Ursachen und Ziele. Pappbd. M 4.50, Lwd. geb. M 5.50. (Polit. Bibliothek Bd. 10 und 11).

Carl Jentsch in der Zeit, Wien: In einer erkenntniskritisch-psychologischen Untersuchung zeigt er die Beziehungen, aus denen die Gesellschaft erwächst: und zwar nach Überwindung des anfänglichen Krieges aller gegen alle, in drei Grundformen: der Gliederung der Gesellschaft in Herrschende und Abhängige, des Gütertausches zwischen Gleichberechtigten und gemeinsamer genossenschaftlicher Arbeit aller an der Verwirklichung gemeinsamer Zwecke. Nach Marxens Methode, deren Kritikern eine Antikritik entgegenstellend (diese „materialistische" Geschichtsauffassung sei garnicht materialistisch und werde besser sozialorganisch genannt), zeigt er, wie die Wirtschaftsverfassung die Rechts- und Staatsordnung bestimmt, wie aus der Feudalordnung der Freihandel hervorgegangen, dieser aber durch die Großindustrie in einen neuen, den Rentenfeudalismus, umgeschlagen ist, was den Untergang des politischen Liberalismus zur Folge hatte. Während Marx die Vergangenheit richtig gesehen habe, sei seine Zukunftsprognose falsch ausgefallen. Den richtigen Weg habe Proudhon gewiesen: Die Genossenschaft sei berufen, der Menschheit die echte Kultur und die langersehnte Freiheit zu bringen. Die politische Macht würde dem Proletariat nichts nützen, denn es sei nicht befähigt, sie auszuüben; die wirkliche Macht habe der kleine Mann heute schon in den Händen — als Käufer, denn alle Produktion hänge von der Kundschaft ab: diese Macht müßten die Kosumenten zur Beherrschung der Produktion gebrauchen lernen. Staudingers Darstellung ist von heißem idealistischen Enthusiasmus durchglüht, und zahlreiche schöne Vergleiche nebst anschaulichen Beispielen aus dem Leben machen sein Werk zu einer angenehmen Lektüre; es enthält viele gute und wichtige Gedanken und verdient darum, studiert zu werden.

David Koigen, Die Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit. 2. Tauf. (Polit. Bibliothek Bd. 8). Pappbd. M 5.—, Lwd. geb. M 6.—

Saale-Zeitung: Koigen behauptet, „daß es in Wirklichkeit eine demokratische Kulturart gibt" und „daß der demokratische Wille und sein Gedanke durch die tiefe Not des Daseins ins Leben gerufen ist". Das Epitheton „verflachend" muß sich die Demokratie erst ziemlich spät verdient haben, denn, wie Koigen von dem ursprünglichen „demokratischen Kulturgedanken" sagt, will dieser „an Stelle der natürlichen oder göttlichen Art, das Leben zu bewältigen, die Menschenart gesetzt wissen". Unendlich fein drückt Koigen es weiter aus, daß „die wichtigste Quelle demokratischer Kultur die Geschichte der antik-griechischen Rechtsidee, die im Grunde die Geschichte vom Sichlosmachen der Masse von dem Vorstellungskreis des Titanentums, die Tatsache des Bildens der vielen zum Volke bedeutet, bleibt".

Gustav Schmoller: Der Verfasser meint: „Unsere Zeit bedürfe des Glaubens an die Geschichte. Man müsse es aufgeben, Volk und Masse zu verwechseln. Die Masse könne irren, das Volk folge auserlesenen Führern, die Revolution habe unser Bewußtsein verdunkelt. Der durchschnittliche Revolutionsmensch sei ein Poseur und Karrieremacher. Die Zeit der Revolutionen sei jetzt vorbei. Das Zusammenwachsen der Völker zur Menschheit sei im Werden. Eine Renaissance ohnegleichen bereite sich vor im Zusammenhang mit dem siegreichen Vordringen der Demokratie und eines neuen religiösen Glaubens". Endet das merkwürdige Buch auch in Visionen und Weissagungen, so wird doch auch der Mann der Wissenschaft diese Bekenntnisschrift nicht ohne Interesse und Teilnahme aus der Hand legen, denn sie baut sich auf breiter philosophischer und historischer Kenntnis auf; sie stellt das Bekenntnis eines radikalen Ideologen dar, der mehr als die meisten ähnlichen veranlagten Naturen sich bemüht hat, seine idealistischen Hoffnungen und Träume durch ernstes, tiefes Studium abzuklären.

(Jahrbücher für Gesetzgebung)

Heinz Potthoff, Probleme des Arbeitsrechtes. Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes. (Polit. Bibliothek Bd. 7). Pappbd. M 4.—, geb. M 5.—

Königsberger Hartungsche Zeitung: Potthoffs Name hat in den Kämpfen um die Einbeziehung des neuen Mittelstandes in die deutsche Sozialpolitik bereits einen guten Klang gewonnen, und seine praktischen Erfahrungen als langjähriger Syndikus des Werkmeisterverbandes wie seine Tätigkeit als Abgeordneter legitimieren ihn hinreichend, nun auch wegezeigend in das weite Gebiet des Arbeitsrechts einzuführen.

Handelsmuseum: Einem sozialen Arbeitsrecht wünscht die Schrift die Wege zu bereiten und versteht dabei unter „sozial" das Vorrecht des lebendigen Menschen vor allen Gütern und Einrichtungen dieser Erde. Das soziale Recht dient dem obersten Zweck des Staates, recht viele gesunde, leistungsfähige, frohe Menschen als Bürger zu zählen. „So wichtig die privatwirtschaftliche Rentabilität unserer gewerblichen Unternehmungen ist, noch wichtiger ist die volkswirtschaftliche Rentabilität, deren wichtigste Rücksicht, die auf Leben und Arbeitskraft der darin beschäftigten Menschen." Von diesem Standpunkt aus werden die wichtigsten Probleme des Arbeitsrechts behandelt, so die Arbeitsbeschaffung, die Arbeitsverfassung, der Arbeitskampf, das Verhältnis zwischen Arbeitsrecht und Bürgerrecht usw. Die Schrift ist eine reiche Fundgrube zur Informierung über die sozialen Gesetzgebungsversuche zur Milderung der Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum.

Richard Calwer, Das sozialdemokratische Programm

(Staatsbürgerl. Flugschriften Heft 9). br. M 2.—

Literarisches Zentralblatt: Die Flugschrift ist vor dem Kriegsausbruch erschienen, aber sie ist durch die folgenden großen Ereignisse keineswegs veraltet, sondern wird im Gegenteil sicher noch eine hohe Bedeutung erlangen, wenn einmal die innerpolitischen Folgen sich zeigen und an die politischen Parteien die Forderung herantritt, aus den Erfahrungen dieses ungeheuren Geschehens auch für sich die Lehren und Konsequenzen zu ziehen. Der bekannte Revisionist unterzieht hier die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Punkte des sozialdemokratischen Programmes einer eingehenden Kritik, zeigt, wie die Lehre vom Untergang des Kleinbetriebes und die Krisentheorie durch die Erfahrung des halben Jahrhunderts, das seit ihrer Aufstellung verflossen ist, als falsch erwiesen ist, und zieht daraus eine Reihe von wirtschaftspolitischen Folgerungen besonders für die Behandlung der Agrar- und Handwerkerfrage. Aber auch die Stellung der Sozialdemokratie zu Heer und Flotte, zur Monarchie, zur Kolonialpolitik und zur Zollfrage wird vom Standpunkt des proletarischen Interesses aus anders behandelt, als das sozialdemokratische Programm will, wie ja überhaupt die Schrift eine Loslösung der Partei von politischen Formeln und ihre Hinwendung zu den realen Interessen der produzierenden und konsumierenden Arbeiterschaft erstrebt. Darum sieht der Verfasser auch nicht im Kampfe der politischen Partei um die Macht im Staate, sondern in einer richtigen, zielbewußten Arbeitsmarktpolitik der Gewerkschaften und einer guten konsumgenossenschaftlichen Organisation die eigentliche Aufgabe von Gegenwart und Zukunft.

Schmollers Jahrbuch: Was der vorliegenden Schrift Calwers größere Bedeutung verleiht, sind die beiden Umstände, daß sie einmal gegen das Programm von 1891 auf der ganzen Linie vorgeht und daß sie kurz vor der Schicksalsstunde der Partei vom 4. August 1914 erschienen ist.

Jean Jaurès, Vaterland und Proletariat. Mit Einleitung von Engelbert Pernerstorfer. kart. etwa M 1.50

Die neue Rundschau: In erschöpfender und man kann wohl sagen abschließender Weise erörtert Jaurès hier die Frage des Nationalismus. Er weist nach, daß Klassenkampf und Nationalismus keine durchgängigen Gegensätze seien, daß die Nation eine Einheit ist und daß man nicht behaupten könne, „daß das moderne Proletariat ein Fremdling innerhalb der Nation sei, die es doch täglich umformen kann und deren künftige Geschicke es doch tatsächlich vorzubereiten hat". Er weist nach, daß „es der schlimmste Widersinn sei, zu behaupten, dem Proletariate sei das Vaterland gleichgültig." Nationale und demokratische Forderungen fallen immer zusammen. Es sei absurd und gefährlich, zu sagen: „Die Proletarier haben kein Vaterland". „Demokratie und Nation bleiben die wesentlichen Grundbedingungen jeder weiteren und höheren Entwicklung. Der starke und reiche Begriff Vaterland erhält so noch einen neuen, noch höheren und umfassenderen Sinn. Die scheinbare Krise der Vaterlandsidee ist eine Wachstumskrise." Die Proletarier, alle Männer der sozialen Gerechtigkeit und des internationalen Friedens drängen „zu dem gleichen Menschheitsvaterland, dem allgemeinen Vaterland der befreiten Arbeit und der versöhnten Nationen. Die Arbeiter, sagt er, können nur siegen, „wenn sie sich in jedem Lande die höchsten Seelen- und Geisteseigenschaften und die wahre Essenz des Nationalcharakters aneignen, weil die neue Menschheit nur dann reich und lebensvoll sein kann, wenn die Eigenart jedes Volkes in der allgemeinen Harmonie fortdauert und wenn alle Vaterländer schwingende Saiten an der Lyra der Menschheit sind." So predigt Jaurès den Arbeitern geradezu den Nationalismus.

Eugen Diederichs Verlag in Jena

Soeben erschien:

Gustaf F. Steffen
Das Problem der Demokratie

broschiert M. 1.80

(Staatsbürgerliche Flugschriften Heft 8)

Das Neue dieser Schrift ist sein wissenschaftlich vertiefter, sowohl volkswirtschaftlicher wie politischer Demokratismus, der dem rein dogmatischen Sozialismus und nur politisch demokratischen Liberalismus gegenübergestellt wird. — Die konservative Stockholmer Zeitung „Nya Dagligt Allehanda", die dem Buche fünf Leitartikel gewidmet hat, faßt die neuen Anschauungen Steffens folgendermaßen zusammen:

Er, der Sozialdemokrat, wagt es, seinen Parteigenossen bittere Wahrheiten zu sagen. Er erklärt, daß er bei ihnen schon völlig tote soziale Ideen finde, und dazu rechnet er teils den Syndikalismus und die Sabotage „mit ihren individualistischen Gewaltprinzipien aus den achtziger Jahren des achtzehnten und den vierziger des neunzehnten Jahrhunderts", teils ihren eigenen Unwillen gegen „völlig konsequente Beteiligung" ihrer Politiker „an der Gesetzgebungs- und Regierungsarbeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft". Steffen hält seinen sozialdemokratischen Radikalen eine Strafpredigt, indem er ihnen sagt, daß sie sich selber nicht klarmachten, was sie eigentlich wollten. Er deckt die Leere ihrer hochtönenden Phrasen auf, indem er daran erinnert, wie sie eine reine Opportunitätssache wie die Abrüstung mit einer Prinzipiensache, der Friedensidee, identisch machen und wie sie es als Verbrechen gegen die Prinzipien bezeichnen, wenn irgend einer ihrer Reichstagsabgeordneten sich an der wirklichen Reichstagsarbeit beteiligt, anstatt „im Plenumsaale vor leeren Bänken und schläfrigen Zeitungsreferenten phrasenreiche Agitationsreden zu halten."

Ferner bezeichnet er ihre Auffassung eines echt sozialistischen Regimentes als grundfalsch. Er will nichts davon hören, daß „das Volk, die gegenwärtige Mehrheit der Nation an armen, abhängigen, in ihrer Entwicklung gehemmten Gesellschaftsbürgern, den unmittelbarsten Einfluß auf Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung ausüben müsse", sodaß das Ganze nicht nur eine Regierung des Volkes und für das Volk, sondern auch eine durch das Volk werde. Er protestiert gegen Hülfsmittel wie imperatives Mandat, Referendum, Ein-Kammersystem und Verbot, daß Sozialdemokraten Minister werden, Mitglieder königlicher Kommissionen sind oder irgendwelchen politischen Auftrag übernehmen. Alles dies, meint Steffen, ist „ein frühes und sehr unvollkommenes Entwicklungsstadium des demokratischen Denkens und der demokratischen Erfahrung."

Die Hauptsache ist, daß das sogenannte Volk Gesetzgeber in das Parlament wähle, die sein Vertrauen besitzen und dessen würdig sind. Das „Volk" ist oft mißtrauisch. Sein Interesse für die individuellen Eigentümlichkeiten der Menschen ist apokryphisch, und Rücksichtnahme, wenn es sich um das Beurteilen der Arbeit und der Persönlichkeit eines Vertrauensmannes oder eines öffentlichen Funktionärs handelt, kennt es nicht. Man be-

Die in diesem Prospekt angegebenen Preise für Einbände mußten vom 1. Januar 1916 ab mäßig erhöht werden.

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 694 357 5